
**Militärpolitik im „Jahr der Frau“.
Die Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere und ihre
Folgen.**

Von der Fakultät für Lebenswissenschaften
der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina

zu Braunschweig

zur Erlangung des Grades einer
Doktorin der Naturwissenschaften

(Dr. rer. nat.)

genehmigte

D i s s e r t a t i o n

von Sybille Hannelore Koch
aus Freiburg im Breisgau

1. Referentin oder Referent:

Frau Professor Dr. Bettina Wahrig

2. Referentin oder Referent:

Herr Professor Dr. Herbert Mehrrens

eingereicht am:

17.12.2007

mündliche Prüfung (Disputation) am:

07.04.2008

Meinen Eltern

Die vorliegende Arbeit wurde von 2005-2008 in der Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften mit Schwerpunkt Pharmaziegeschichte der Technischen Universität Braunschweig unter Leitung von Frau Professorin Dr. Bettina Wahrig angefertigt. Die Stiftung der Deutschen Wirtschaft hat das Forschungsvorhaben durch ein großzügig bemessenes Stipendium finanziell ermöglicht.

Mein besonderer Dank gilt meiner Betreuerin, Frau Professorin Dr. Bettina Wahrig, die mich durch die gesamte Promotionszeit hindurch stets durch konstruktive Anregungen und Gesprächsbereitschaft außergewöhnlich gut betreut und die Fertigstellung der Arbeit in vielfältiger Weise gefördert hat. Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei Professor Dr. Herbert Mehrstens für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Wertvolle Anregungen für die Forschungsarbeit erhielt ich auch von Herrn Dr. Andreas Lang und Frau Karolien Reske, denen ich an dieser Stelle ebenfalls meinen Dank aussprechen möchte.

Daneben konnte ich aus vielen anregenden Gesprächen mit meiner Familie, mit Studienkollegen und Bekannten wertvolle Ideen und Anregungen für diese Arbeit mitnehmen. Ein besonders herzlicher Dank gebührt meinen Eltern, die mich während meiner Ausbildung uneingeschränkt unterstützt und mich in der Entscheidung zur Promotion bestätigt haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Daneben danke ich Frau Dr. Hedda von Schaumann-Werder für Ihre sorgfältige Hilfe bei der Formatierung während der Schlussphase, und Herrn Timo Glaser, Frau Sabine Stampf, Frau Susanne Koch für das Korrekturlesen. Dem Bundesarchiv Freiburg, der Sanitätsakademie in München und der Bibliothek des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn danke ich für die zügige und freundliche Unterstützung während der Archivarbeiten.

Ich danke Jörg, immer für mich da gewesen zu sein.

Merzhausen, im April 2008.

Inhalt

1. Einleitung.....	6
1.1. Zielsetzung der Themenstellung	6
1.1.1. Abgrenzung	7
1.1.2. Forschungsstand.....	8
1.1.3. Aufbau der Arbeit	13
1.1.4. Methoden und Material	15
1.1.4.1. Archivmaterial.....	15
1.1.4.2. Weiteres Quellenmaterial.....	16
1.2. Begriffe	17
2. Frauen im Militär. Praxis, rechtliche Grundlagen und politischer Diskurs bis 1975	18
2.1. Historischer Überblick bis zum Ende des 2. Weltkrieges.....	18
2.1.1. Frauen in der Armee – Entwicklung bis zum 20. Jahrhundert	18
2.1.2. Entwicklung des Sanitätsdienstes im 1. Weltkrieg und erste Verwendung von Frauen	21
2.1.3. Weimarer Zeit – erste konkrete Einbindung in den Sanitätsdienst.....	29
2.1.4. Nationalsozialismus – Vom Frauenarbeitsdienst zum Kriegshilfsdienst	31
2.1.5. Frauen im Militär während des 1. und 2. Weltkrieges: ein Vergleich	42
2.2. Von der Diskussion um die Wehrpflicht für Frauen zur Debatte über den Personalmangel im Sanitätswesen der Bundeswehr. Politische Entwicklungen 1945 bis 1975	44
2.2.1. Die Gründung der Bundeswehr und der Aufbau des Sanitätsdienstes	45
2.2.2. Frauen in den Streitkräften? Die Diskussion um die Dienstpflicht	49
2.2.3. Die Notstandsgesetzgebung	53
2.2.4. Wehrgerechtigkeit? Die Debatte um die Änderung des Soldatengesetzes	57
2.2.5. Lückenbüßer oder Emanzipation durch Dienstrang? Vom Personalmangel im Sanitätsdienst zur Zulassung von Frauen	58
2.3. Rechtliche Entwicklung. Der Artikel 12a des Grundgesetzes von 1956 – 1968.....	73
2.4. Frauen als Angehörige bewaffneter Streitkräfte? Die Sicht der Bundeswehr zwischen 1960 und 1975.	77
2.4.1. Strukturwandel der Bundeswehr als Argument.....	77
2.4.2. Die zivile Notstandsplanung 1968 – 1970 aus sanitätsmilitärischer Sicht.	78

2.4.3.	Personalmangel und Rekrutierungspolitik seit den sechziger Jahren .	81
2.4.4.	Geschlecht im Visier. Die Werbemaßnahmen der Bundeswehr in den Jahren 1974 – 1975.....	88
3.	Die Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere.....	91
3.1.	Die Öffnung der Bundeswehr 1975 – politisches Spannungsfeld im „Jahr der Frau“	91
3.2.	Rechtliches Spannungsfeld der Öffnung des Sanitätsdienstes – vom Verbot, Waffendienst zu leisten, zum Verbot einer Waffendienstverpflichtung.....	92
3.2.1.	Der Sanitätsdienst vor dem Hintergrund des Waffenverbots	94
3.2.2.	Artikel 12 Abs. 1 GG: Freiheit des Berufs	96
3.2.3.	Soldatengesetz §1 Abs. 3.....	97
3.2.4.	Soldatengesetz § 28 Abs. 6.....	98
3.2.5.	Teilzeitarbeit – rechtliche Möglichkeiten	100
3.2.6.	Soldatengesetz § 51 Abs. 5 i.d.F. 1975	101
3.2.7.	Soldatengesetz § 54 Abs. 3 i.d.F. 1975	101
3.2.8.	Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten § 1	102
3.2.9.	Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten § 26	103
3.2.10.	Änderungen des Soldatenversorgungsgesetzes	103
3.3.	Emanzipation oder Personalmaßnahme? Militärhistorische Betrachtungen .	104
3.3.1.	Formale Qualifikationsanforderungen	104
3.3.2.	Außendarstellung der Öffnung.....	105
3.3.3.	Auftrag des Sanitätsdienstes und die Ausbildung der weiblichen Sanitätsoffiziere	109
3.3.4.	Besoldung und Nebentätigkeiten.....	110
3.3.5.	Mutterschutz	112
3.3.6.	Uniformierung	113
3.3.6.1.	Dienstblem und Kopfbedeckung	116
3.3.6.2.	Gesellschaftsanzug/ Abendkleid.....	118
3.3.6.3.	Uniform und Schwangerschaft	120
3.4.	Geschlecht und Berufsbild – Frauen in der Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen der Eroberung von Marktchancen und der „Feminisierung“ der Bundeswehr.....	120
3.4.1.	Die fünf ersten Stabsärztinnen – Gleichheit qua akademischer Qualifikation?	122
3.4.2.	Körper der Nation? Geschlechterkonstruktion in der Bundeswehr und sprachliche Repräsentation von Frauen in der Bundeswehr	129

3.4.2.1. Die sprachliche Verkörperung der Öffnung anhand des internen Diskurses: Analyse ausgewählter Zeitschriften	131
3.4.2.2. Die öffentliche Wahrnehmung – Tagespresse	140
3.4.3. Auswirkungen der Öffnung der Bundeswehr für Frauen auf deren soziale Stellung	146
3.4.4. Eroberung eines Männerberufs – Akzeptanz und Sicht der Männer..	147
4. Die Zeit von 1975 bis 1990	150
4.1. Militärgeschichtliche Betrachtungen	150
4.2. Politischer Diskurs	153
4.2.1. Anhaltender Personalmangel im Sanitätsdienst und die Diskussion um die Wehrpflicht für Frauen	153
4.2.2. Die politische Haltung der SPD	155
4.2.3. Die politische Haltung der FDP	157
4.2.4. Die politische Haltung der CDU/CSU	158
4.2.5. Die politische Haltung der Grünen	159
4.3. Doch nur Lückenbüsser für die Männer? Öffentliche Diskussion nach der Öffnung	160
4.3.1. Karl-Wilhelm Berkhan versus Alice Schwarzer	160
4.3.2. Die Gründung der „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“	167
4.3.3. Der Frauenausschuss der IG Metall/ Deutscher Gewerkschaftsbund	169
4.3.4. Die Sicht der Männer – Briefe an das Bundesverteidigungsministerium	171
4.3.5. Die Öffnung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im Fokus der Medien	173
4.3.6. Die ersten Ärztinnen im Fokus von Soziologie und Frauenforschung	176
4.3.7. Bundeswehr und weibliche Gleichberechtigung?	180
4.4. Rechtlicher Diskurs ab 1975	181
4.4.1. Änderung des Soldatengesetzes zur Einstellung von Frauen in allen Laufbahnen des Sanitätsdienstes	182
4.4.2. Ausblick: Weiterentwicklung des Artikel 12a GG durch das Urteil des EuGH-Gesetzesänderung am 19.12.2000	183
5. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen	185
6. Literaturverzeichnis	189
6.1. Monographien	189
6.2. Zeitschriften und Zeitungen	200

6.3. Digitale Quellen.....	207
6.4. Bundestagsprotokolle/Ausschussprotokolle	207
6.5. Drucksachen	208
6.6. Quellenverzeichnis.....	208
6.7. Abbildungsverzeichnis	213
Anhang	215

1. Einleitung

1.1. Zielsetzung der Themenstellung

Frauen in der Bundeswehr sind eine im europäischen Vergleich verhältnismäßig neue Erscheinung. Erst 1975 – im Jahr der Frau – traf der Gesetzgeber die politische Entscheidung, die Laufbahn der Sanitätsoffiziere für Frauen zu öffnen. Seitdem erhöht sich ihr Anteil in den Streitkräften kontinuierlich. Der schrittweise Wandel eines Männerberufs zu einem bevorzugtem Frauenberuf ist historisch gesehen relativ häufig,¹ die Öffnung einer quantitativ männlich dominierten Institution wie der Bundeswehr für Frauen war aber für Deutschland zum damaligen Zeitpunkt ungewöhnlich. Es war auffallend, dass zunächst nur Frauen aus bestimmten Berufsgruppen, nämlich Ärztinnen, später auch Apothekerinnen, Veterinär- und Zahnmedizinerinnen im Zuge der Öffnung zur Bundeswehr zugelassen wurden. Historisch gesehen war dabei das Sanitätswesen die Eintrittspforte für weibliche Freiwillige. Fiel diese Entscheidung zufällig in das von der UNO proklamierte „Jahr der Frau“ und welche Auswirkungen hatte dieser Schritt auf die weitere Entwicklung der Bundeswehr?

Ziel dieser Arbeit ist es, den Entwicklungsprozess, der zur ersten Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere geführt hat, nachzuvollziehen. Aus historischer Perspektive soll untersucht werden, welchen Einfluss politische, rechtliche und öffentliche Debatten auf die Öffnung hatten.

Parallel dazu ist unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit und Gleichberechtigung hinsichtlich des Zugangs für Frauen zum militärischen Dienst die Frage zu beleuchten, in welchen militärischen Funktionen Frauen bei der Bundeswehr zum Zeitpunkt der Öffnung 1975 eingesetzt werden konnte. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Frage nach der Integration der Frauen in die Armee. Insbesondere die organisatorische und strukturelle Problematik der Öffnung soll dargestellt werden. Außerdem wird die Arbeit am Beispiel der Öffnung der Bundeswehr das Verhältnis von Geschlecht und Beruf betrachten und zudem auf die Frage eingehen, ob und inwieweit das geänderte Frauenbild den Öffnungsprozess für Frauen zum Truppendienst der Bundeswehr beschleunigt hat. Davon ausgehend ist die Wirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung

¹ Historische Beispiele für die allmähliche Umkehrung des Geschlechterverhältnisses sind u.a. der Arztberuf, Kellner, Friseure, aber auch Apotheker, die freiberuflich tätig sind. Zumeist ging der Wechsel von einem Männer- zu einem Frauenberuf mit einem deutlichen Statusverlust einher. Vgl. Wetterer, Angelika: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz, 2002. S. 79. Im Fall der Bundeswehr ist eine vollständige Umkehr der Geschlechterverhältnisse nicht abzusehen. Nichtsdestotrotz änderte sich bereits mit der Präsenz von Frauen in einem bis dahin exklusiv männlichen Beruf vieles an dem Berufsbild.

in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter herauszuarbeiten, indem die gesellschaftspolitische Debatte zu diesem Thema beleuchtet wird. Hierzu wird die Auseinandersetzung bundesdeutscher Medien mit der Frage der Öffnung der Bundeswehr für Frauen anhand ausgewählter Zeitschriften betrachtet.² Probleme und Aspekte der männlich geprägten Bundeswehr, der militärischen Sprache und des konservativen Traditionsverständnisses im Zusammenhang mit der Öffnung für Frauen sind kritisch darzustellen und zu beurteilen.

Dabei stellt sich zugleich die Frage nach den rechtlichen Grundlagen der Einstellung von Frauen in der Bundeswehr. Hierbei sollen eine Darstellung der historischen Entwicklung des Gleichheitsgrundsatzes sowie des Waffenverbots für Frauen im Grundgesetz und die entsprechenden Regelungen im Soldatengesetz im Vordergrund stehen; beide Gesetzestexte sollen im Kontext der Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen abgebildet und ihre Auslegungen in dem betrachteten Zeitraum von 1956 bis 1990 analysiert werden.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in chronologischer Reihenfolge, wobei in jedem zeitlichen Abschnitt alle o.g. Aspekte diskutiert werden.

1.1.1. Abgrenzung

Das Thema „weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr“ oder noch weiter gefasst „Frau und Militär“ ist äußerst komplex und im Gesamten nicht leicht zu erfassen, da es eine große Spannbreite an wissenschaftlichen Disziplinen berührt, wie Militärgeschichte, Soziologie, Politikwissenschaften, Frauen- und Geschlechterforschung, Pharmazie und Medizingeschichte, und außerdem auch von (verfassungs-)rechtlicher Seite betrachtet werden kann.

Die vorliegende Arbeit möchte sich dem Themenkomplex vor allem von zwei Seiten nähern: zum einen von der militärhistorischen Seite, wobei Fragen wie die Organisation des Sanitätswesens, Fragen der Zulässigkeit des Waffengebrauchs, Chancengleichheit und Anerkennung innerhalb der Institution, Leistungsdruck und Integration erörtert und zusammenfassend dargestellt werden sollen. Zum anderen wird der gesamte Gegenstand im Zusammenhang kultureller Geschlechterkonstruktionen im 20. Jahrhundert betrachtet. Beispielhaft soll dies anhand der Motive und dem sozialen Hintergrund der betroffenen Frauen aufgezeigt werden. Somit fokussiert die Arbeit mehrere Diskursstränge. Sie versucht, den juristischen, gesellschaftlichen, politischen und den Geschlechterdiskurs der Thematik „Frau und Bundeswehr“ zusammenzuführen und zu bewerten.

² Da es vor allem um die gesellschaftliche Debatte geht, wurden weniger informative Nachrichten, sondern v.a. Kommentare und Meinungsäußerungen ausgewertet.

Damit stellt sich diese Arbeit folgende Aufgaben: sie will den politischen und gesellschaftlichen Kontext der Entscheidung von 1975 untersuchen und bewerten. Sie will weiterhin die Phasen rechtlicher und sozialer Integration und Akzeptanz der Frauen in der Bundeswehr herausarbeiten. Und sie will schlussendlich die Frage erörtern, welche Rolle der entsprechende Einsatz der Ärztinnen in der öffentlichen Wahrnehmung spielte und inwieweit er die generelle Öffnung der Streitkräfte für Frauen vorbereitet hat. Die vorliegende Arbeit ist somit zeitlich eingegrenzt durch die Aufstellung der Bundeswehr 1956 einerseits und die Wiedervereinigung 1989/90 andererseits. Auf die Behandlung der Zusammenführung der NVA-Angehörigen des Sanitätsdienstes im Rahmen der Wiedervereinigung wurde jedoch verzichtet. Zum einen gibt es bereits allgemeine, vergleichende Untersuchungen über die Zusammenführung der NVA und der Bundeswehr,³ zum anderen wäre der Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt worden. Außerdem waren die meisten Frauen in der NVA im Gegensatz zur Bundeswehr nicht als Soldatinnen, sondern als Zivilbeschäftigte angestellt, die in der Gewerkschaft der Zivilbeschäftigten der NVA organisiert waren. Somit sind sie von vielen speziellen Aspekten der Untersuchung von Soldatinnen in Streitkräften nicht betroffen.

1.1.2. Forschungsstand

Die Frage nach Frauenberufen im Bereich der Pharmazie und Medizin war bereits Gegenstand einschlägiger Untersuchungen.⁴ Auch der Bereich der Militärpharmazie vor und nach 1945 weckte im Rahmen der Militärgeschichte in den letzten Jahren großes In-

³ Digutsch, Gunnar: Das Ende der Nationalen Volksarmee und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern. Frankfurt am Main, 2004 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 31: Politikwissenschaften, Band 503); Ehlert, Hans (Hg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. Berlin, 2002 (= Militärgeschichte der DDR, Band 3); Klein, Paul/ Zimmermann, Rolf (Hg.): Beispielhaft? Eine Zwischenbilanz zur Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr. Baden-Baden, 1991 (= Militär und Sozialwissenschaften, Band 11); Schönbohm, Jörg: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee. Berlin, 1992.

⁴ Beisswanger, Gabriele et al.: Frauen in der Pharmazie. Die Geschichte eines Frauenberufes. Stuttgart, 2001; Martin, Bärbel (Hg.): Frauen in der Gesundheitsversorgung. Lage, 2000 (= Schriftenreihe Gesundheit, Pflege, Soziale Arbeit, Band 5); Szász, Ildiko: Zukunfts-Pharmazeutinnen, Frauen im Apothekerberuf oder weibliche Apotheker? In: Faber, Ulrike (Hg.): Wechselwirkungen. Beiträge zu Pharmazie und Politik. Frankfurt am Main, 1999; Klimpel, Volker: Frauen in der Medizin. Historisch-biographisches Lexikon von den Anfängen bis zum zwanzigsten Jahrhundert. Hürtgenwald, 2001. Rombach, Rüdiger: Magdalene Neff. Erste deutsche Apothekerin. Selbstbiographien in den Rundbriefen der ersten deutschen Pharmazeutinnen. In: Deutsche Apotheker Zeitung 121 (1981) Nr. 7. S. 343-345; Graepel, Peter Hartwig: Die ersten Marburger Pharmaziestudentinnen (1901-1925). In: Pharmazeutische Zeitung 129 (1984) Nr. 29. S. 1660-1665.

teresse bei Historikern,⁵ wobei das Thema „Frau und Militär“ in der Militärgeschichtsschreibung lange Zeit tabuisiert war und die Frage nach den Geschlechterbeziehungen in militärischen Organisationen erst in jüngster Zeit gestellt wurde. Hier finden sich vor allem Beiträge aus den 80er Jahren, die der feministischen Friedensforschung entstammen.⁶ Vielfach beschäftigte sich die deutsche Debatte mit dem Zusammenhang von militärischer Kultur und geschlechtsspezifischer Gewalt.⁷ Alle theoretischen Ansätze hierzu sind neueren Datums und wurden seit den 80er Jahren entwickelt. Ungeklärt ist bislang aber die Rolle der Frauen im Bereich der Wehrpharmazie und Wehrmedizin der Bundeswehr in den 70er Jahren. Ein erster Überblick dazu wurde von Alfred Vordermaier gegeben.⁸ In dem von Armin Steinkamm herausgegebenen Sammelband „Frauen im militärischen Waffendienst“ werden rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des generellen Einsatzes von Frauen erläutert.⁹ Ingrid Anker et al. nähern sich dem Thema von soziologischer Seite, indem sie in ihrer Arbeit einen offiziellen

⁵ Müller, Bernhard: Militärpharmazie in Deutschland bis 1945. Stuttgart, 1993 (= Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie, Band 68); Dirks, Carsten Gerd: Militärpharmazie in Deutschland nach 1945. Bundeswehr und Nationale Volksarmee im Vergleich. Stuttgart, 2001 (= Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie, Band 79); Goerke, Heinz: Militärsanitätsdienst in drei Jahrhunderten. Bonn, 1997 (= Schriftenreihe Beiträge Wehrmedizin und Wehrpharmazie, Band 12); Lang, Andreas: Lebensmittelchemiker in Uniform. Die Geschichte der Lebensmittelchemie als Teil der Militärpharmazie. München, 2006 (= Forum Wissenschaftsgeschichte, Band 3); Deckenbrock, Walter: Wehrpharmazie in der Bundeswehr. Ein Rückblick bis zu den Anfängen. Bonn, 1988 (= Schriftenreihe Beiträge Wehrmedizin und Wehrpharmazie, Band 1); Schneider, Josef et al.: Beiträge zur Geschichte der Wehrpharmazie von 1935-1945. Düsseldorf, 1982 (= Düsseldorfer Arbeiten zur Geschichte der Medizin, Beiheft 8).

⁶ Albrecht-Heide, Astrid: Frau Macht (macht?) Militär. In: Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.): Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats. 2. Auflage. Pffaffenweiler, 1988 (= Beiträge zur Feministischen Theorie und Politik, Band 2). S. 293-318.

⁷ Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen. Freiburg i. Br., 1993; Kappeler, Susanne et al.: Vergewaltigung, Krieg, Nationalismus. Eine feministische Kritik. München, 1994. Effinger, Sabine. Eine andere Welt. Frauen, Männer und Gewaltwahrnehmung. Bochum, 1995 (= Frauen und Massenmedien, Band 5). Gahleitner, Silke Brigitta (Hg.): Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven. München, 2007.

⁸ Vordermaier, Alfred: Frauen für die Bundeswehr. Beurteilung und Perspektiven, Frankfurt am Main, 1985.

⁹ Steinkamm, Armin (Hg.): Frauen im militärischen Waffendienst. Rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des Einsatzes von Frauen in den Streitkräften unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Bundeswehr und des Österreichischen Bundesheeres. Baden-Baden, 2001 (= Schriftenreihe Wehrdienst und Gesellschaft, Band 6).

Fragebogen des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr auswerten.¹⁰ Zwei juristische Interpretationen des Grundgesetzes zu dieser Frage liegen von Ute Richter¹¹ und Nicole Maske¹² vor. Eine historische Arbeit mit internationaler Betrachtung existiert von Swantje Kraake.¹³

Den Aspekt Gender und Militär haben Ruth Seifert und Christine Eifler¹⁴ sowie Hanne Isabell Schaffer bearbeitet.¹⁵ Auch die von Jens-Rainer Ahrens et al. herausgegebene Veröffentlichung „Frauen im Militär“ befasst sich mit dieser Problematik.¹⁶

Auch Ekkehard Lippert streift in seiner gesellschaftspolitischen Abhandlung über weibliche Soldaten diesen Aspekt.¹⁷ Er zieht den Schluss, dass mit der Einbeziehung von Frauen längerfristig das Selbstbild des (männlichen) Soldaten geschwächt würde, und sich innerhalb der Armee zu erheblichen Leistungskampf zwischen Frauen und Männern entwickeln würde.

Sara Ruddick hat den Versuch unternommen, Argumente für die anti-militaristische Frauenbewegung von der Mutterschaft abzuleiten.¹⁸ Dabei führt sie die Position der Mutter im Familienverbund mit der Position gegen das Töten als Argument auf, das den Hintergrund für die unterschiedlichen Sichtweisen bildet, mit der Männer und Frauen ihre eigene Umwelt wahrnehmen. Frauen hätten nach Sara Ruddick ein mütterliches In-

¹⁰ Anker, Ingrid et al.: Soldatinnen in der Bundeswehr. Kennzeichen des sozialen Wandels. München, 1993 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 59).

¹¹ Richter, Ute: Frauen und Bundeswehr. Analyse der rechtlichen Möglichkeiten einer Frauenintegration in die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland. Univ. Diss. Hamburg, 1998.

¹² Maske, Nicole: Freiwillige Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in der Bundeswehr. Zugleich eine Überlegung zu den Kompetenzen der EG im Bereich der Wehrverfassung vor dem Hintergrund des Kreil-Urteils des EuGH. Frankfurt am Main, 2002 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 2: Rechtswissenschaft, Band 3449).

¹³ Kraake, Swantje: Frauen zur Bundeswehr. Analyse und Verlauf einer Diskussion. Frankfurt am Main, 1992 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 31: Politikwissenschaften, Band 198)

¹⁴ Seifert, Ruth/ Eifler, Christine (Hg.): Gender und Militär. Internationale Erfahrungen mit Frauen und Männern in Streitkräften. Königstein/Taunus, 2003. S. 10-22.

¹⁵ Schaffer, Hanne Isabell: Konkurrenz unter Frauen. Arbeitsbeziehungen von weiblichen Beschäftigten bei der Bundeswehr. München, 1994 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 91).

¹⁶ Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005.

¹⁷ Lippert, Ekkehard/ Rössler, Tjarck: Mädchen unter Waffen. Gesellschafts- und sozialpolitische Aspekte weiblicher Soldaten. Baden-Baden, 1980 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 20). S. 146-148.

¹⁸ Ruddick, Sara: Mütterliches Denken. Für eine Politik der Gewaltlosigkeit. Frankfurt am Main, 1993. S. 135-136.

teresse an der Erhaltung des Lebens. Deshalb müssten sie einen wie auch immer gearteten Dienst in den Streitkräften, der in Kriegsdienst ausarten kann, verweigern. Vielfach besagen feministischen Analysen weiterhin, dass Gewalt und Krieg primär kein menschliches, sondern ein männliches Problem seien.¹⁹ Die Argumentation ist „biologistisch“ begründet und lehnt den militärischen Einsatz von Frauen massiv ab. Als kultureller Aspekt wird zusätzlich angeführt, dass die „mystische Macht“ der Frau über das Leben-Männern von Natur aus versagt sei, und dass Männer dies kompensieren durch die Sucht, Macht über das Leben gewinnen zu wollen. Astrid Albrecht-Heide führt die Aufrechterhaltung dieser Machtverhältnisse auf eine „*fundamentale Unsicherheit*“ des Mannes zurück.²⁰ Die US-amerikanische Politologin Jean Bethke Elshtain hält es zunächst für einen logischen Schritt, Frauen zur Auflösung der geschlechterspezifischen Konstruktion von Krieg und Frieden in das Militär einzubinden.²¹ Allerdings hält sie diese Forderung aus moralischen Gründen für nicht tragbar. Stattdessen gibt sie die recht vage Empfehlung, Frauen in anderer Weise an politischen und militärischen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Gegen diese Ansätze ist einzuwenden, dass sie nicht nur empirisch nicht (immer) abgesichert sind, sondern auch die biologischen Auffassungen der Theorien selbst ein Produkt sozialer und kultureller Prozesse sind.

Bei allen Publikationen bezüglich der Öffnung der Bundeswehr für Frauen fällt auf, dass sich die Autoren und Autorinnen mehr der späteren generellen Öffnung der Bundeswehr für Frauen zuwenden. Die generelle Öffnung des allgemeinen Truppendienstes fand aufgrund der mit ihr verbundenen Thematik des Waffengebrauchs durch Frauen sowohl in der Wissenschaft als auch in den Medien eine weitaus höhere Beachtung als die schon viel früher vollzogene Öffnung für Frauen im Sanitätsdienst. Die vorliegenden Arbeiten sind außerdem in erster Linie anwendungsorientiert und wenig fokussiert auf historische Erkenntnisse. Viele der bestehenden Schriftstücke stammen aus dem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Bundeswehr (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr) und sind dementsprechend an den praktisch relevanten Fragestellungen im Sinne einer Entscheidungsfindung orientiert.²²

¹⁹ Seifert, Ruth: Militär und Geschlechterverhältnisse. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte. In: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11). S. 44-70. Hier S. 45.

²⁰ Zitiert nach: Ebd. S. 52.

²¹ Elshtain, Jean Bethke: Women and war. Chicago, 1995.

²² Vgl.: Lippert und Rössler 1980; Lippert, Ekkehard: „...auf keinen Fall Dienst mit der Waffe...“. München, 1988 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 7); Seifert, Ruth: Frauen, Männer und Militär. Eine Ergänzung militärsoziologischer Perspektiven. München, 1991 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der

Die Öffnung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr für Frauen im Jahre 1975 war jedoch nicht weniger interessant und erschließt ein Forschungsgebiet, welches Fragen nach der Akzeptanz, der Integration, dem Rollenverständnis und der Organisation dieser „ersten“ Frauen in der Bundeswehr aufwirft. Denn obwohl diese Frauen im Gegensatz zu den spektakulären Verhandlungen über die Zulassung von Frauen für den allgemeinen Truppendienst weitaus weniger von den Medien beachtet wurden, waren sie ein wichtiger historischer Meilenstein für die weitere Entwicklung der Bundeswehr und für die Anerkennung von Frauen in einem bis dato reinen Männerberuf.

Bundeswehr, Nr. 46); Anker et al. 1993; Klein, Paul/ Kriesel, Werner: Männliche und weibliche Bewerber für die Laufbahn der Sanitätsoffiziere der Bundeswehr. Ein empirischer Vergleich. München, 1993 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 80).

1.1.3. Aufbau der Arbeit

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über das komplexe Bedingungsgefüge, innerhalb dessen sich die Rolle von Frauen im Militär darstellt und verändert.

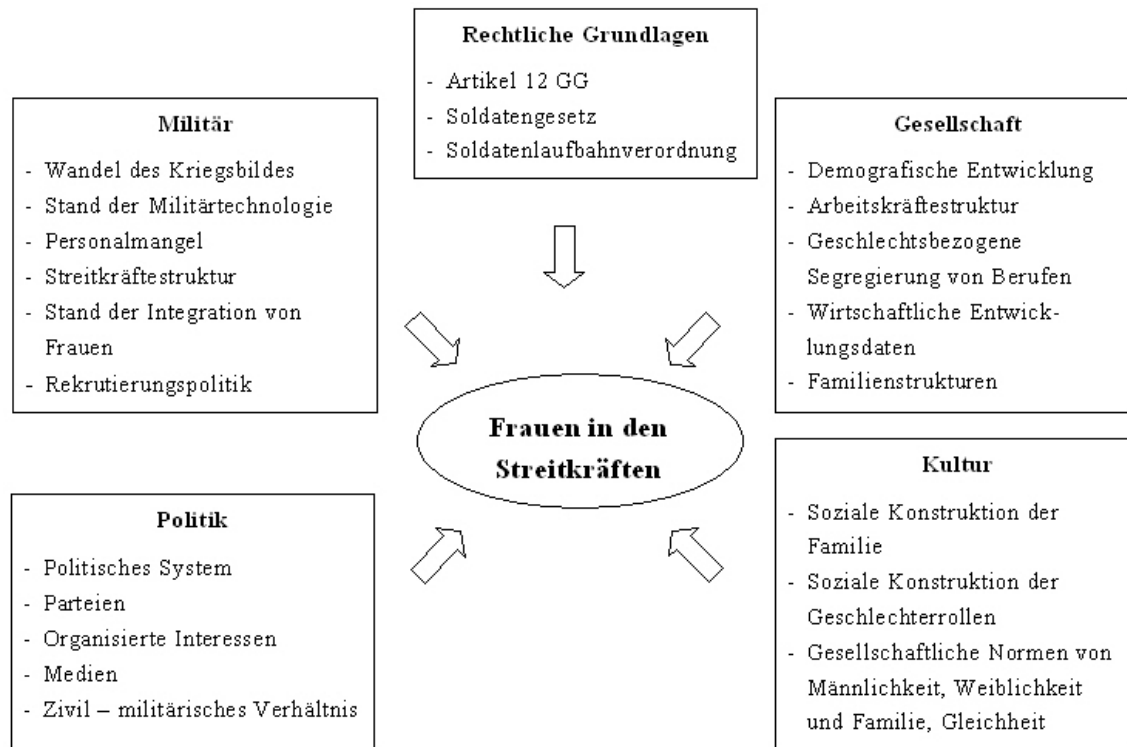


Abbildung 1: Frauen in den Streitkräften. Nach: Kümmel, Klein, Lohmann, 2000²³

Will man die Öffnung der Bundeswehr für Frauen sowie die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Integration untersuchen, lassen sich die komplexen Einflussfaktoren fünf Sachbereichen zuordnen. Zum Bereich *Militär* zählen Einflüsse wie der Wandel der Streitkräfte und der Militärtechnologie sowie die Rekrutierungspolitik und der Personalmangel im Sanitätsdienst der Bundeswehr Mitte der 70er Jahre. Zum Sachgebiet *Gesellschaft* gehören Faktoren wie die demografische Entwicklung, der Anteil von Frauen an der Erwerbstätigkeit sowie die geschlechterbezogene Segregation der Erwerbstätigkeit. In den Bereich *Kultur* fallen Punkte wie die soziale Konstruktion von Familie und Geschlechterrollen sowie gesellschaftliche Normen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Beim Aspekt *Politik* müssen das politische System, organisierte Parteien und Interessengruppen sowie die Medien im Hinblick auf die behandelte Fragestellung untersucht werden. Zu guter Letzt müssen im rechtlichen Bereich alle relevanten Gesetze beziehungsweise die Gesetzesänderungen betrachtet werden.

²³ Kümmel, Gerhard/ Klein, Paul/ Lohmann, Klaus: Zwischen Differenz und Gleichheit. Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen. Strausberg, 2001 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 69). S. 28.

Die Dissertation gliedert sich chronologisch in drei Abschnitte.

Nach einem Überblick über den aktuellen Forschungsstand und der Methodik in einem einleitendem Kapitel soll im *zweiten Abschnitt* ein historischer Überblick über das deutsche Militärsanitätswesen und über die Entwicklung der Beschäftigung von Frauen in diesem Bereich im Besonderen gegeben werden. Dabei ist der zeitliche Rahmen auf die Entwicklung ab dem 20. Jahrhundert beschränkt. Es ist die Frage zu behandeln, ob die Erfahrung mit dem Einsatz von Frauen in der Deutschen Wehrmacht zu einer Forcierung der Einstellung von Frauen in der Bundeswehr oder im Gegenteil eher zu einer Zurückhaltung bei deren Verwendung geführt hat. Auf den ideologischen Wandel nach Beendigung des Kalten Krieges soll ebenso eingegangen werden wie auf die Notstandsgesetzgebung, die Wehrgerechtigkeitsdebatte und den Hintergrund des Personalmangels der Bundeswehr seit den 60er Jahren. Ebenfalls sollen das rechtliche Spannungsfeld der Thematik untersucht, sowie die Konstruktionen von Geschlechterrollen in den 60er und 70er Jahren anhand der politischen Debatte beleuchtet werden. Der Abschnitt endet zeitlich im Jahr 1975 mit der Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere.

Im *dritten Abschnitt* wird mit Hilfe von Archivalien aus dem Militärarchiv Freiburg (vgl. Kap. 1.1.4.1) und an Hand der rechtlichen Änderungen nachvollzogen, wie Frauen ab 1975 in die Bundeswehr integriert wurden (Außendarstellung der Öffnung Uniformierung, Herkunft und Motive der ersten Ärztinnen, öffentliche Wahrnehmung). Er beleuchtet außerdem die damalige Konzeption und Organisationsform des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Auch bedürfen praktische Fragen nach der Uniformierung, der Organisation der Ausbildung und der faktischen Verwendung der ersten Ärztinnen einer Erörterung. Anschließend werden das Aufgabenprofil der weiblichen Sanitätsoffiziere, ihre Integration und Bedeutung für die Bundeswehr beurteilt. Im rechtlichen Teil dieses Kapitels wird die Diskussion über die Frage dargestellt, ob ein Einsatz von Frauen verfassungskonform war. Daneben werden die notwendigen Gesetzesänderungen im Verfassungsrecht und im Wehrrecht nachvollzogen. Der gesellschaftspolitische Abschnitt dieses Kapitels befasst sich mit der Eroberung der „Männerdomäne“ Bundeswehr einschließlich ihrer Folgen anhand ausgewählter Bundeswehrzeitschriften im Vergleich mit der öffentlichen Tagespresse. Am Beispiel des Arztberufes im Rahmen der Bundeswehr sollen die Änderungen der Berufs- und Geschlechterrollen nachvollzogen werden. Auch hier fließen Daten aus dem Militärarchiv über die ersten Ärztinnen in der Bundeswehr ein.

Der *vierte Abschnitt* schließt inhaltlich und zeitlich an die vorherigen an und zeichnet im gesellschaftspolitischen Teil das sich wandelnde Selbstverständnis von Frauen ab Mitte der 70er Jahre nach. Hier ist besonders der gesellschaftliche Diskurs über die Rolle der Frauen interessant, der sich in der Diskussion um die generelle Öffnung der Bundeswehr wiederfindet. Dabei wurden politische Stellungnahmen, besonders in Form von parlamentarischen Debattenbeiträgen, sowie Presstexte von Frauenverbänden, Gewerk-

schaften und Parteien ausgewertet. Für den rechtlichen Teil waren wiederum die verfassungs- und soldatischen Gesetzestexte sowie ihre Änderungen relevant. Die Darstellung endet zeitlich im Jahr 1989.

1.1.4. Methoden und Material

1.1.4.1. Archivmaterial

Die Methodik der Dissertation beruht zum größten Teil in der Auswertung von Archivmaterial des Bundesarchivs/Militärarchivs Freiburg, welches aufgrund der gesetzlichen Mindestschutzfrist von 30 Jahren erst kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.²⁴ Die Quellen wurden dabei sprachlich und inhaltlich aufgeschlüsselt und kritisch interpretiert. Ein zentrales Problem stellte die Tatsache dar, dass das Material weit verstreut war, da es keine zentrale Registratur gibt, in der Akten und Berichte speziell zu Frauen in der Bundeswehr etc. gesammelt sind. Neben den Beständen des Bundesarchivs/Militärarchivs in Freiburg wurden Bestände aus dem Bundesverteidigungsministeriums in Bonn ausgewertet. Weitere Quellen fanden sich in der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München. Vor allem militärinterne Sitzungsprotokolle, Personalunterlagen, interne Briefwechsel, Anordnungen, Verfügungen und Berichte konnten ausgewertet und für die Fragestellung verwendet werden.

Die militärgeschichtliche Sammlung des Militärarchivs Freiburg ist sachthematisch geordnet. Vor allem die Sammlung der Amtsdrucksachen umfasst die für die Arbeit notwendigen Akten, da sie insbesondere Dokumente der Bekanntmachungsorgane der militärischen Zentralbehörden sowie die Dienstvorschriften enthält. Daneben gaben Einblicke in die Akten der Pressestelle der Bundeswehr einen guten Eindruck über die nach außen getragene Haltung der Bundeswehr zur Öffnung für Frauen. Durch Auswertung der bundeswehrinternen Zeitschriften konnten die Meinungen innerhalb der Streitkräfte dargestellt werden.

Folgende Quellengruppen wurden analysiert:

- Personalakten
- Verfügungen
- interne Schriftwechsel
- Werbebroschüren und Anzeigentexte
- Presseerklärungen der Bundeswehr und Stellungnahmen des Bundesministeriums für Verteidigung
- Gremienprotokolle

²⁴ Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes vom 06.01.1988.

Solch eine spezielle Dienststelle gab es zwar in der Bundeswehr auch nicht, jedoch wurde durch die zeitliche und zunächst auch dienstliche Eingrenzung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen die Suche in den Beständen deutlich vereinfacht.

Folgende Bestandsgruppen wurden bearbeitet:

Bundeswehr (BRD):

BW 1: Informations- und Pressestab mit seinen Referaten

- Pressearbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Nachwuchswerbung

BW 24: Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr

- Zivile Notstandsplanung
- Dokumente der Abteilung InSan II 6²⁵
- Dokumente der Abteilung FÜS I 1²⁶
- Dokumente der Abteilung InSan II 2
- Dokumente der Abteilung InSan II 3
- Briefe des Bundesverteidigungsministeriums

Weitere Quellen, insbesondere zum Ersten Weltkrieg, befanden sich im Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv in München. Inhalte folgender Signaturen, hauptsächlich aus den Beständen der Großverbände des Ersten Weltkrieges, konnten hierbei eingearbeitet werden:

- MKr 14383
- MKr 14384
- MKr 14386
- MKr 14389
- MKr 14391
- MKr 510

1.1.4.2. Weiteres Quellenmaterial

Diejenigen Quellen, die aus einem größeren gesellschaftlichen Kontext stammen, waren v.a. bei der Diskussion um den gesellschaftlichen Diskurs der Öffnung als Gegenpol unumgänglich und konnten kritisch ausgewertet werden. Hierzu zählen neben Fachzeitschriften und populärwissenschaftlicher Literatur auch Sekundärliteratur, sowie die

²⁵ InSan = Inspektion des Sanitätsdienstes.

²⁶ FÜS = Führungsstab.

Amtsdrucksachen und stenographischen Berichte des Bundestages sowie Protokolle des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages für den Untersuchungszeitraum. Für die Darstellung der Kernfragen und der internen Probleme der Bundeswehr wurden Jahresberichte des Wehrbeauftragten herangezogen.

1.2. Begriffe

Zunächst ist der Begriff „weiblicher Sanitätsoffizier“ von dem Begriff „Sanitätspersonal“ abzugrenzen. Während der Begriff „Sanitätspersonal“ das gesamte Personal des Sanitätsdienstes inklusive Sanitätsmannschaften umfasst, fallen unter die Berufsbezeichnung „Sanitätsoffiziere“ Angehörige der Approbationen Arzt, Zahnarzt, Tierarzt und Apotheker. Ihr Dienstgrad ist im Truppendienst ranggleich mit dem eines Hauptmannes.

Vor allem für die rechtliche Diskussion ist eine Definition des Begriffes „Waffe“ – oder besser „Waffengebrauch“ – unerlässlich. Der Waffendienst wurde früher nur als direkte Auseinandersetzung mit einer Waffe, also einem Gerät, einem Instrument oder einer Vorrichtung verstanden, dessen Ziel unmittelbar darauf gerichtet ist, die andere Seite zu schädigen. Dagegen wird heute jeder Beitrag, welcher zur Tötung anderer Menschen führt, eingeschlossen, wie beispielsweise Beobachtungstätigkeiten der Artillerie, das Produzieren und Liefern von Munition, die Übermittlung von Befehlen, die Bedienung von Radar- und Peilsendern oder das Forschen an biologischen und chemischen Substanzen, die im Krieg verwendet werden können. Auch eine Tätigkeit, die für sich allein gesehen gar nicht zur direkten Tötung von Menschen bestimmt ist, wie das Forschen an biologischen und chemischen Stoffen, kann nach Franz Seidler als Beitrag zum Waffendienst verstanden werden.²⁷ Generell werden in Konfliktsituationen die Mittel, mit denen der Konflikt ausgetragen wird, als „Waffe“ bezeichnet, so zum Beispiel auch Argumente in einem Diskurs. Der Begriff „Waffengebrauch“ war also im 20. Jahrhundert bereits viel weiter gefasst als noch im 19. Jahrhundert und konnte letztlich nur im konkreten Einzelfall abgegrenzt werden. Prinzipiell wurde der Dienst mit der Waffe als der Dienst des Soldaten in den Streitkräften gesehen. Im allgemeinen Sprachgebrauch des Begriffes im Grundgesetz („Dienst mit der Waffe“) ist dies nicht zwangsläufig auf den Dienst in den Streitkräften bezogen, sondern kann auch nichtmilitärische Dienste wie den Polizeidienst, Bundesgrenzschutz etc. erfassen.²⁸

²⁷ Seidler, Franz W.: Frauen zu den Waffen? Marketenderinnen, Helferinnen, Soldatinnen. Bonn, 1978. S. 399.

²⁸ Seidner, Ingo: Der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr mit der Waffe als Gleichheitsproblem. Zum verfassungsrechtlichen Kontext von Art. 12a Abs. 4 S. 2 GG. Aachen, 1997. S. 29.

2. Frauen im Militär. Praxis, rechtliche Grundlagen und politischer Diskurs bis 1975

2.1. Historischer Überblick bis zum Ende des 2. Weltkrieges

2.1.1. Frauen in der Armee – Entwicklung bis zum 20. Jahrhundert

Seit Beginn der Neuzeit gab es in bezug auf den Militärdienst konstante, epochenübergreifende Geschlechterkonnotationen, die traditionell verwurzelt waren und welche Frauen, sofern sie überhaupt Militärdienst leisteten, in eine passive Rolle drängten. Gleichzeitig wurde in fast allen Staaten der Welt die Pflicht, dem Vaterland militärisch zu dienen, ausschließlich den Männern auferlegt. Begründet wurde die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Militär meist biologistisch:

„Männer wurden für die Rolle des Kriegers ausgewählt, weil die wirtschaftlichen und physiologischen Geschlechtsunterschiede, die es nahe legten, dass die Männer zur Jagd gingen, den Mann auch zum Jäger von Menschen prädestinieren.“²⁹

In Deutschland fand mit der Reichsgründung eine völlige Umgestaltung des Militärwesens mit der Aufnahme der allgemeinen Wehrpflicht ab April 1871 in die Verfassung (Art. 57 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16.04.1871) statt.³⁰ Damit begann eine Militarisierung der Gesellschaft, was ein völlig neues Verhältnis des Bürgers zum Staat schaffte und für die Heeresstruktur eine bis dahin nicht da gewesene Neugestaltung in Bezug auf die soziale Zusammensetzung bedeutete. Obwohl auch die Integration der Frau im Militär nicht linear fortschritt, können Zyklen oder wiederkehrende Bruchstücke von militärischen Aktivitäten von Frauen ausgemacht werden. Es gab immer wieder Frauen, die auch an den Kriegshandlungen beteiligt waren und somit die oben gemachten Aussagen zum Rollenkonstrukt konterkarierten. Die Frau als Soldatin war nach Schneider somit keine reine Erscheinung des 20. Jahrhunderts.³¹ Es ist aber anzumerken, dass Zeugnisse früherer militärischer Aktivitäten von Frauen meist auf Einzelpersonen beschränkt blieben. Historische Beispiele sind Aktivitäten von Frauen,

²⁹ Knight, Chris: Blood relations. Menstruation and the origin of culture. New Haven, 1991. Zitiert nach Yuval-Davis, Nira: Militär, Krieg und Geschlechterverhältnisse. Deutsche Übersetzung in: Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 18. Jean Bethke Elshtain dagegen sieht in der Rolle der Frauen im Kriegsgeschehen durchaus eine Aufgabe: die der Beobachterin, der Leidenden, der Wartenden, der Bewunderin des Mannes. Vgl. Elshtain 1995.

³⁰ Zitiert in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 510: Zusammenstellung der Gesetze, Verordnungen und Vollzugsbestimmungen über die Verpflichtung zum Kriegsdienste in Bayern. S. 10.

³¹ Schneider, Achim: Politische und gesellschaftliche Aspekte einer generellen Öffnung der deutschen Streitkräfte für weibliche Soldaten. In: Steinkamm 2001, S. 340-391. Hier S. 343 f.

die während kriegerischer Auseinandersetzungen aktiv an der Front gekämpft haben oder auch im Sanitätswesen tätig waren.³² Allerdings waren sie hierbei kaum gleichberechtigt und dienten in Erzählungen oft dazu, die weiblichen Kämpferinnen als unnatürliche, wenn auch romantische Frauen zu konstruieren. Nach Martin van Creveld wurden sie in der Geschichtsschreibung oft als lesbisch, androgyn und vermännlicht dargestellt oder galten als kämpfende Jungfrauen gleichzeitig tapfer und verletzlich.³³ Dies unterstrich die gesellschaftliche Ablehnung der gewaltbereiten Frau, die mit der Teilnahme an militärischen Handlungen die Vorstellung vom weiblichen Sozialcharakter verletzte. Oft wurden die Frauen, die als Männer verkleidet in Armeen kämpften, nachträglich enttarnt. Personen mit weiblichem Ausgangsgeschlecht waren also im militärischem Feld immer wieder an nicht weiblichen, sozialen Orten und männlichen Handlungsmustern zu finden, um dann oftmals bei ihrer Entdeckung Irritationen und Erstaunen auszulösen.³⁴ Einer der ersten Versuche im deutschsprachigem Raum, Frauen erstmalig kollektiv im Krieg einzusetzen, fand 1870 in Bayern statt, wo die Mutter des Königs Ludwig II. Frauen zur Bildung von Frauenvereinen aufrief, welche die freiwillige Krankenpflege organisierten.³⁵ Dieser Aufruf *„fand in allen Gauen herzliche Aufnahme.“*³⁶ Letztlich wurden jedoch nur *„5 Frauen und Jungfrauen weltlichen Standes [...] hauptsächlich auf dem Schlachtfelde, in Unterstützung der Feld-, Kriegs- und Etappen-Spitälern [...]“*³⁷ eingesetzt.

In nicht-militärischer Funktion hingegen gehörten Frauen und sogar Kinder schon immer zum Kriegstross dazu.³⁸ Für Deutschland ist dies zum ersten Mal genauer im

³² Im Sanitätswesen des 19. Jahrhunderts hat sich v.a. Florence Nightingale in der Verwundetenversorgung im Krimkrieg hervor getan, vgl. Smith, Francis Barrymore: Florence Nightingale. Reputation and Power. London, 1982. Als Beispiel für eine frontkämpfende Frau in Männerkleidung wird in der Kulturgeschichtsschreibung immer wieder Johanna von Orleans erwähnt, z.B. in Bouzy, Olivier: Jeanne d'Arc. Mythes et réalités. Paris, 1999 ; Baune, Colette : Jeanne d'Arc. Paris, 2004; Liger, Albert: Jeanne d'Arc. Orléans, 1898. In Deutschland nahmen Frauen oft die Identität von (männlichen) Familienangehörigen an oder von Gefallenen. Vgl. Hacker, Hanna: Ein Soldat ist meistens keine Frau. Geschlechterkonstruktionen im militärischem Feld. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 20 (1995) Nr. 2. S. 45-63. Hier S. 58.

³³ Creveld, Martin van: Frauen und Krieg. München, 2001. S. 47.

³⁴ Hacker 1995, S. 45-63. Hier S. 47.

³⁵ Rossbach, Karl: Geschichte und Entwicklung des Bayerischen Militär- und Sanitätswesens. Von den Anfängen bis zur Errichtung des neuen deutschen Reiches. Ingoldstadt, 1904. S. 160.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd.

³⁸ Van Creveld 2001, S. 100 f.

16. Jahrhundert beschrieben worden.³⁹ Die Frauen, welche das Geschäft des Marketers wahrnahmen, waren zuständig für die Verpflegung und die Bekleidung der Soldaten und selbst auf Kriegsschiffen keine Seltenheit. Da der karge Lohn oft nicht ausreichte, erwarben sich viele Frauen – gewissermaßen nebenbei – durch Prostitution ein weiteres Einkommen. Das Ansehen dieser Frauen war demnach sehr gering.⁴⁰ Daneben waren die weiblichen Angehörigen der Landsknechte ein wichtiger Bestandteil des Kriegstrosses, denn sie waren zuständig für die Versorgung, für das Kochen und die Wäsche der Soldaten und sie pflegten sie, wenn jene krank oder verwundet waren.⁴¹



Abbildung 2: Verkrüppelter Soldat mit Landsknechtsfrau. Holzschnitt aus dem 16. Jahrhundert⁴²

Mit der Einführung der Massenheere und der allgemeinen Wehrpflicht nach der Französischen Revolution,⁴³ z.B. in den Verfassungen und Gesetzen der Länder des Deutschen

³⁹ Wallhausen, Johann Jacob von: *Kriegskunst zu Fuß*. Oppenheim, 1615. (Nachdruck Graz, 1971). S.16.

⁴⁰ Die Trossweiber genossen zwar bei der Führung der Heere kein großes Ansehen, waren jedoch nicht völlig rechtlos. Sie wurden auf Grund einer einheitlichen Gerichtsbarkeit den Feldgerichten unterstellt und bei Vergehen bestraft. Umgekehrt konnten sich beim Schultheißen beschweren. Seidler 1978, S. 16.

⁴¹ Ebd.

⁴² Seidler 1978, S. 23.

⁴³ Im Deutschen Reich war die Wehrpflicht seit dem 16.04.1871 in Art. 57 der Reichsverfassung festgeschrieben. Die allgemeine Wehrpflicht galt vom 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr, wobei der aktive Dienst bei drei Jahren lag. Konnten Unterhalt, Ausrüstung und Verpflegung

Bundes und des Norddeutschen Bundes sowie später der Reichsverfassung für das Deutsche Reich änderte sich diese Einstellung. Plötzlich war das Militär kein eigener Stand mehr, sondern jeder männliche Bürger wurde zum „Bürger in Uniform“. Obwohl in der Französischen Revolution die Wurzeln der politischen Gleichstellung der Frauen zu finden sind, wurden sie aus dem Militärwesen zunächst vollständig verdrängt. Es gab keinerlei gesellschaftliche Akzeptanz der Frau als Soldatin. Dennoch waren Frauen in der Heimat für die Verwundetenversorgung zuständig, allerdings nicht als Mitglieder einer kämpfenden Truppe oder gar mit militärischem Rang. Mit dem Konzept des „soldat citoyen“⁴⁴ war von nun an die Rolle des Soldaten an die soziale Position des Staatsbürgers gekoppelt. Militärschulen trainierten das Verhalten der Soldaten und koppelten soldatische Werte an männliche Tugenden. Als solche galten militärische Charakteristika wie Ehre, Kameradschaft, Wehrhaftigkeit und Treue.

Als Folge blieb das Militär eine Angelegenheit der Männer. Weder an der Ausrüstung noch an der Versorgung der Massenheere des 19. Jahrhunderts hatten Frauen zunächst einen Anteil. Der Prozess der Wiedereinbeziehung fand erst wieder ab Ende des 19. Jahrhunderts statt und beschränkte sich auf das Lazarettwesen.

2.1.2. Entwicklung des Sanitätsdienstes im 1. Weltkrieg und erste Verwendung von Frauen

Im Zuge der Revolution veränderte sich das Bild der Frau und damit langfristig auch die Vorstellungen über die Leistungsfähigkeit von Frauen. Diese arbeiteten in der Landwirtschaft und der Industrie wie Männer und trugen maßgeblich zum Lebensunterhalt bei, auch wenn sie weniger Lohn für ihre Arbeit bekamen. Aus dieser Situation heraus entwickelten sich parallel zur Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts die linke Frauenbewegung, um berufliche und soziale Missstände von Frauen zu bekämpfen, und die bürgerliche Frauenbewegung, welche vor allem für die politische und gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen mit dem Ziel des Zugangs von Frauen zu den Erwerbszweigen der oberen Schichten kämpfte.

selbst bezahlt werden, wurde der dreijährige Wehrdienst unter Umständen auf ein Jahr verkürzt. Vgl. Lang, 2006. S. 27.

⁴⁴ Hippler, Thomas: Service militaire et citoyenneté sous la Révolution française. In : Monnier, Raymonde (Hg.): Citoyen et citoyenneté sous la Révolution française. Actes du colloque international de Vizille 24 et 25 septembre 2004. Paris, 2006 (= Collection études révolutionnaires, Band 9). S. 271-278. Hier S. 271 und 275 f.; Für eine allgemeine Darstellung vgl. Kuhn, Axel : Die Französische Revolution. Stuttgart, 1999.

Ausgehend von diesen Bewegungen wurde vielfach aus „Gleichberechtigungsansprüchen“⁴⁵ eine Teilhabe von Frauen von den Militärs gefordert. Für den Ersten Weltkrieg teilt von Gersdorff den Arbeitseinsatz von Frauen in zwei Phasen ein. Die erste stand unter nationalen und patriotischen Vorstellungen und war ein improvisierter Einsatz. In einer zweiten Phase entwickelte sich die Frauenarbeit – v.a. in den Rüstungsbetrieben und im Sanitätswesen – zu einer kriegswichtigen Ressource.⁴⁶

Im Sanitätswesen wurden im Zuge der allgemeinen Mobilmachung 2.000 Militärärzte sowie 7.000 Sanitätsoffiziere der Reserve einberufen sowie durch zivil angestellte Ärzte ergänzt.⁴⁷ Aufgrund des stetig wachsenden Bedarfs durch die großen Verluste kamen bei der obersten Heeresleitung 1916 zum ersten Mal prinzipielle Überlegungen zum Einsatz von Frauen auf. Frauen hatten im zivilen Bereich im Zuge der Industrialisierung zunehmend am Erwerbsleben teilgenommen. Bereits 1907 waren 30 % aller Frauen außer Haus erwerbstätig,⁴⁸ obwohl dies für die Frauen Ausbeutung und lange Arbeitszeiten bei geringer Qualifikation sowie einen völligen Mangel an sozialer Absicherung bedeutete. Neben dem Ausschluss von Frauen aus vielen Berufsfeldern waren diese Verhältnisse der Anstoß für die Frauenbewegung⁴⁹ und auch die Voraussetzung zu Überlegungen nach einer Frauenbeteiligung in den Streitkräften. Die steigende Erwerbsquote führte zudem zu einem Wandel im Arbeitsalltag von Organisationen und zu Veränderungen der Beziehungen zwischen Mann und Frau.⁵⁰ Die Anhängerinnen der an der Diskussion teilnehmenden Frauenbewegung teilten sich jedoch schnell in zwei Lager. Die linke Frauenbewegung um Rosa Luxemburg lehnte jegliche weibliche Mithilfe zum „imperialistischen Krieg“ ab, während die bürgerliche Frauenbewegung um Helene Lange eine Pflicht zur Landesverteidigung für Frauen forderte. Lange plädierte für ein Dienstjahr für junge Frauen und erhoffte sich damit, eine Ausweitung des Mitspracherechts von Frauen in der Gesellschaft sowie mehr Anerkennung für die Frauenarbeit insgesamt zu

⁴⁵ Albrecht- Heide, Astrid/ Bujewski, Utemaria: Militärdienst für Frauen? Frankfurt am Main, 1982. S. 17.

⁴⁶ Gersdorff, Ursula von: Frauen im Kriegsdienst 1914 – 1945. Stuttgart, 1969 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Band 11). S. 15.

⁴⁷ Bleker, Johanna/ Schleiermacher, Sabine: Ärztinnen aus dem Kaiserreich. Lebensläufe einer Generation. Weinheim, 2000. S. 76.

⁴⁸ Gersdorff 1969, S. 9.

⁴⁹ Lange, Helene: Die Frauenbewegung in ihren gegenwärtigen Problemen. 3. Auflage. Leipzig, 1924 (= Wissenschaft und Bildung, Band 27). S. 2-17.

⁵⁰ Bender, Christiane: Geschlechterstereotype und Militär im Wandel. Symbolische und institutionelle Aspekte der Integration von Frauen in die Bundeswehr. In: Ahrens et al. 2005, S. 45-61. Hier S. 45.

erlangen.⁵¹ Der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), der die bürgerlichen Frauenbewegungen mit Ausnahme der konfessionellen Frauenbündnisse vereinigte, äußerte sich 1916 befürwortend zum Frauenhilfsdienst und legte dar, „daß die deutschen Frauen freudig bereit sein würden, einer Ausdehnung des Arbeitszwangs auch auf sie zuzustimmen.“⁵² Dabei lagen den Vorschlägen unterschiedliche Motive zugrunde. Während die bürgerlich-liberale Frauenbewegung wie bereits während der Französischen Revolution eine Dienstpflicht v.a. aufgrund der Übernahme staatsbürgerlicher Pflichten befürwortete, plädierten kirchlich oder karitativ organisierte Gruppen für das weibliche Dienstjahr als Gegengewicht zu den als Bedrohung empfundenen urbanen Sozialbeziehungen und um den jungen Industriearbeiterinnen hauswirtschaftliche und grundlegende medizinische Kenntnisse zu vermitteln.

Zahlreiche Arbeitsplätze im Land wurden während des Krieges dann auch von Frauen übernommen, vielfach als Vertreterinnen ihrer Männer in höher qualifizierten Stellen als vor dem Krieg. Zusätzlich arbeiteten nach Franz Seidler⁵³ während des Krieges ca. 100.000 Frauen direkt im kaiserlichen Heer, vor allem im Bereich der Kranken- und Verwundetenpflege. Die meisten von ihnen waren Rot-Kreuz-Krankenschwestern, der Rest Diakonissinnen und Ordensschwwestern.⁵⁴ In der Rüstungsindustrie stieg der Anteil an Frauen von 1913 bis 1917 um 76 % von 788.100 auf 1,4 Millionen an.⁵⁵ Auch wurden erstaunlich viele der wenigen Ärztinnen in Deutschland im Heeressanitätsdienst eingesetzt. Zu Beginn des Kriegsausbruchs gab es etwa 200 Ärztinnen in Deutschland,⁵⁶ von denen viele ihren Beruf nicht – auch nicht zivil – ausübten. Die meisten Ärztinnen hatten ihre Approbation in einem verkürzten Verfahren der Zulassung kurz nach Kriegsausbruch im Jahr 1914 erhalten. 46 der 200 Ärztinnen wurden bei Kriegsausbruch

⁵¹ Dammer, Susanna: Militärdienst für Frauen - die große Chance der Emanzipation? In: Bechtel, Beatrix (Hg.): Die ungeschriebene Geschichte. Historische Frauenforschung. Dokumentation des 5. Historikerinnentreffens in Wien. Wien, 1984 (= Reihe Frauenforschung, Band 3). S. 285.

⁵² Zit. nach Rilke, Alice: Frauenarbeit und Meldepflicht. In: Die Frau 50 (1943) Vierteljahressheft 7/8/9, 1943. S. 98-103. Hier S. 100.

⁵³ Seidler 1978, S. 26.

⁵⁴ Winterstein, Werner: Die Beschäftigung von Frauen in den deutschen Streitkräften von 1914-1945. In: Bundeswehrverwaltung 20 (1976) Nr. 6. S. 129-136. Hier S. 130. In der Kriegskrankenpflege waren etwa 93.000 Rot-Kreuz-Schwwestern, 11.000 Diakonissen und 17.000 Katholische Ordensschwwestern tätig.

⁵⁵ Lüders, Marie-Elisabeth: Das unbekannte Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914-1918. Berlin, 1936. S. 84.

⁵⁶ Bleker und Schleiermacher 2000, S. 75.

für den Lazarettendienst verpflichtet, jedoch im Frühjahr 1915 schon wieder entlassen.⁵⁷ Aus Halle wurde berichtet, dass drei Ärztinnen zu Sanitätsoffizieren ernannt worden seien.⁵⁸ Immer wieder gab es auch Anfragen minderjähriger Mädchen, die sich *„mit Freuden als Freiwillige zur Heerestruppe“*⁵⁹ im Kriegsministerium meldeten und im Einzelfall auch in die besetzten Gebiete entsendet wurden. Nach Berichten von Frauen war der Kriegsalltag im Sanitätsdienst jedoch anders als die romantischen Vorstellungen, die das Rote Kreuz offiziell verbreitete:

*„Die Romantik des Krieges, von der wohl einzelne geträumt, ging unter in einem furchtbaren Grauen, in dem Jammer der Krüppel und Sterbenden, in Kälte, Schmutz, Entbehrungen, in hartem, eintönigem Dienst.“*⁶⁰

Aber nur wenige der im Rahmen der „freiwilligen Krankenpflege“ versorgenden Krankenschwestern arbeiteten direkt an der Front. Somit konnte das Bild der sich aufopfernden Frau, die für die nationale Sache ihren weiblichen Auftrag gewissenhaft erfüllte, aufrechterhalten werden. Der Dienst der Frauen war zwar erstmals in den Heeressanitätsdienst eingegliedert, obgleich die Frauen weder eine Uniform trugen noch dem Militärrecht unterstanden. Das Kriegsarbeitsamt richtete im Dezember 1916 eine offizielle Frauenarbeitszentrale (FAZ) unter der Leitung von Marie-Elisabeth Lüders ein, der die einheitliche Koordination der Frauenhilfsdienste oblag.⁶¹ Die Mobilisierung von Frauen durch Frauen war die Aufgabe des neu geschaffenen Amtes. Die leitenden Verwaltungs-

⁵⁷ Ebd. S. 77. Die genaue Ursache der Entlassungen steht als Forschungsfrage noch aus. Möglicherweise erkannte das Kriegsministerium, dass die militärische Verwendung von Ärztinnen das Problem der Befehlsgewalt von Frauen gegenüber Männern mit sich brachte, was im gesamtgesellschaftlichen Verständnis der Geschlechterhierarchie zum damaligen Zeitpunkt undenkbar war.

⁵⁸ Die Zeitschrift „Die Studentin“ erwähnte 1915 die Ernennung von drei in Halle tätigen Ärztinnen als Sanitätsoffiziere: Dr. Käthe Neumark, Dr. Elisabeth Reinicke und Dr. Wolf arbeiteten als Militärärztinnen in Kriegslazarette. In: Vorstand des VSTD: Die Studentin. 4. Jg. S. 19. Zitiert nach Koerner, Marianne: Auf fremden Terrain. Studien- und Alltagserfahrungen von Studentinnen 1900-1918. Bonn, 1997. S. 374.

⁵⁹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14386: Verschiedene Abstellungen trotz Minderjährigkeit in die Etappe. Kriegsministerium München an verschiedene Kriegsamtstellen, alle 1918.

⁶⁰ Königsegg, Ada von: Die Helferin. In: Hadeln, Charlotte von (Hg.): Deutsche Frauen, Deutsche Treue 1914-1933. Ein Ehrenbuch der deutschen Frau. Berlin, 1935. S. 21-22. Hier S. 22.

⁶¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14383: Informationsschreiben des Kriegsministeriums an alle Landeskriegsministerien und Kriegsamtstellen vom 12.12.1916.

positionen der Frauenarbeitszentrale waren vollständig mit Frauen besetzt, was ein Novum in der Geschichte des Deutschen Reichs war.⁶²



Abbildung 3: Gruppenfoto aus dem Lazarett mit drei Krankenschwestern der Armee⁶³

Am 14.06.1917 wurde in Bayern die „*Richtlinie zum Einsatz von Frauen in den besetzten Gebieten*“ veröffentlicht.⁶⁴ Dieses Dokument stellt die erste historische Quelle in Deutschland zur Integration von Frauen in ein deutsches Heer dar, wobei auf die bereits vor Kriegsausbruch bestehende Struktur von Frauenorganisationen zurückgegriffen werden konnte.⁶⁵ Der Einsatz war teilweise als Mischform aus staatlicher und selbständiger Tätigkeit organisiert. Frauen, die in den Etappengebieten als Helferinnen, Fahrzeugführerinnen, Telefonistinnen oder Bürogehilfinnen tätig waren, trugen erstmals als äußeres Kennzeichen eine schwarz-weiß-rote Armbinde.⁶⁶ Da sich dies auf Dauer aber als unpraktisch herausstellte, wurden sie alsbald durch Plaketten aus dem Kriegsbekleidungsamt ersetzt.⁶⁷

⁶² Süchting-Hänger, Andrea: Das „Gewissen der Nation.“ Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937. Düsseldorf, 2002 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 59). S. 110.

⁶³ Deutsches Historisches Museum (Hg.): Kaiser, Führer, Republik. Politische Postkarten vom Kaiserreich bis zur Besatzungszeit. Berlin 2002 (= Digitale Bibliothek, Band 92).

⁶⁴ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14384: Heranziehung weiblicher Hilfskräfte in den besetzten Gebieten vom 14. 06.1917. Erlass des Kriegsammtes Nr. 96/3.

⁶⁵ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14384: Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Frauenarbeit im Kriege vom 12.07.1917. S. 3.

⁶⁶ Seidler 1978, S. 26.

⁶⁷ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur Mkr 14384: Antrag des Kriegsministeriums vom 06.09.1917.

Auffallend war die Tatsache, dass die Einbeziehung der Frauen in die Streitkräfte auch dort zum ersten Mal über den Bereich der Kranken- und Verwundetenversorgung hinausging und Frauen Arbeiten übernahmen, die vorher ausschließlich Männern vorbehalten waren.⁶⁸ Die Etappenhelferinnen waren jedoch keinem Dienstgrad zugeordnet, da sie nicht als Soldaten in die Armee integriert, sondern als Zivilistinnen angestellt wurden. Dieser Status spiegelte sich auch in den uneinheitlichen Zuständigkeiten der Frauenreferate, der Frauenarbeitshauptstellen, des Kriegsammtes und Kriegsarbeitssamtes und auch in dem Schriftverkehr hierüber wider.⁶⁹ Dessen ungeachtet wurde im Verlauf des Krieges immer deutlicher die Notwendigkeit der Kriegsteilnahme von Frauen betont, insbesondere auch in der kriegswirtschaftlichen Produktion.⁷⁰

Von der steigenden Akzeptanz der weiblichen Helferinnen in Teilen der Armeeführung zeugen die weiteren Planungen gegen Kriegsende, als im Oktober 1918 von der Militärführung über ein rein weibliches Nachrichtenkorps nachgedacht wurde, welches auch militärischen Status erhalten sollte:

„Das weibliche Nachrichtenkorps untersteht der Inspektion der Nachrichtentruppen und ist ein Teil unserer Armee.“⁷¹

Nach diesen Planungen sollten Frauen des Nachrichtenkorps ungefähr 100.000 männliche Soldaten für den direkten Kampfeinsatz bereitstellen. Der Einsatz war aber nicht rechtzeitig vorbereitet worden, außerdem hatte er keine gesetzliche Grundlage. Da dem Aufruf nicht genügend Frauen nachkamen, versuchte das Kriegsamt, Frauenvereine und *„in Betracht kommende Persönlichkeiten“⁷²* zur Werbung für das weibliche Nachrich-

⁶⁸ In einer Studie („Ethnic Soldiers“) zeigt Cynthia Enloe, dass Soldaten in Abhängigkeit von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrem Alter und ihrer Schichtzugehörigkeit in spezifischer Weise militärisch eingesetzt wurden und dass regionale ethnische Gruppen im Laufe der Geschichte oftmals bestimmte Quoten für spezielle Verwendungen zu stellen hatten. Beispielsweise wurden in Israel die ethnische Minderheit der Drusen verstärkt in Einheiten der Grenz-wache verwendet, Beduinen als „Spürhunde“, andere ethnische Gruppen (ultraorthodoxe Juden) wurden aufgrund ihrer religiösen Studien gänzlich vom Militär befreit. Beim Kollektiv „Frau“ stand bis zum 1. Weltkrieg die spezifische Aufgabe, sich um die Kranken und Verwundeten zu kümmern, im Vordergrund. Enloe, Cynthia: *Ethnic Soldiers. State security in a divided society*. London, 1980. S. 29 und 55.

⁶⁹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14383: Brief des Kriegsministeriums Berlin an alle Kriegsamtstellen und Nebenstellen vom 13.03.1917.

⁷⁰ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14383: Niederschrift über die 1. Sitzung des „Nationalen Ausschusses für Frauenarbeit im Kriege“ vom 29.01.1917. S. 3 f.

⁷¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14389: Merkblatt zum Eintritt in das weibliche Nachrichtenkorps. Anlage zum Erlass 57/10 vom 05.11.1918.

⁷² Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14389: Brief des Kriegsministeriums an alle Kriegsamtstellen und Nebenstellen vom 22.10.1918.

tenkorps aufzufordern.⁷³ Die Nachrichtlerinnen verpflichteten sich zu zwölf Monaten Dienst und wurden in Schulen einen Monat lang zu Telefonistinnen, Fernsprecherinnen und Telegrafinnen ausgebildet. Durch die Kapitulation 1918 kam es nicht mehr zum Einsatz des weiblichen Nachrichtenkorps:⁷⁴

„Von der Durchführung bezw. Uebernahme dieses tiefeinschneidenden Erlasses musste sowohl in Preussen, wie in Bayern infolge der im November 1918 plötzlich eintretenden Demobilmachung Abstand genommen werden.“⁷⁵

Am 01.03.1919 wurde das Referat Frauenarbeit offiziell aufgelöst.⁷⁶

Insgesamt wurde der Einsatz von Frauen in kriegesischen Auseinandersetzungen durch den Mangel an männlichen Rekruten initiiert. Dennoch blieb das „Soldatsein“ den Männern vorbehalten, da Frauen mit Ausnahme des Frauenkorps zwar angestellt waren, aber keinen soldatischen Status inne hielten.⁷⁷ Auch innerhalb des „Frauenkorps“ war ein direkter Einsatz von Frauen an der Waffe nicht geplant. Nach dem Krieg waren mit einem Male fast 40.000 Frauen arbeitslos, die bisher in der Rüstungsindustrie tätig gewesen waren. Mit Umschulungen, Wohlfahrtsfonds und hauswirtschaftlichen Kursen versuchte man, die Frauen wieder in die (zivile) Arbeitswelt und die Gesellschaft zu integrieren.⁷⁸ Mit dem Ende des Kaiserreichs und der Ausrufung der Weimarer Republik konnte das Wahlrecht für Frauen verwirklicht werden. Seidler korreliert die Mobilisierung von Frauen im 1. Weltkrieg mit der Anerkennung des Wahlrechts.⁷⁹ Nach dieser These hätten sich die Frauen im 1. Weltkrieg diesen Schritt der politischen Gleichberechtigung

⁷³ Daneben wurde versucht, durch gezielte Werbemaßnahmen „Mädchen und Frauen Gebildeter Schichten“ angeworben werden. Vgl. hierzu von Gersdorff 1969, S. 32.

⁷⁴ Koepcke, Cordula: Von der Helferin zur Soldatin. Entwicklungen, Gefahren und Konsequenzen weiblichen Militärdienstes. In: Hecht, Ingeborg/ Henry, Ruth/ Meves, Christa: Frauen im Wehrdienst. Freiburg im Breisgau, 1982 (= Herderbücherei, Band 962). S. 58-134. Hier S. 67.

⁷⁵ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14391: Tätigkeit der Frauenreferate des Kriegsammtes und der Kriegsamtstellen vom 11.01.1917 bis 01.02.1919. S. 21.

⁷⁶ Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14391: Brief des General-Kommando II an das Ministerium für militärische Angelegenheiten (Kriegsamt) vom 01.03.1919.

⁷⁷ Die Frauen des Nachrichtendienstes unterstanden während der Dauer ihrer Verpflichtung militärischer Disziplinalgewalt. Vgl. Koepcke in Hecht et al. 1982, S. 58-134. Hier S. 67.

⁷⁸ BHSA/KA, MKr 14391. S. 47.

⁷⁹ Seidler 1978, S. 13. Das Frauenstimmrecht war durch den § 2 der Reichsverfassung im November 1918 verkündet worden und wurde zum ersten Mal am 19.01.1919 angewandt. 41 Vertreterinnen (9,6 %) der 423 Abgeordneten zogen in die Weimarer Nationalversammlung ein. Vgl. Möller, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie. 4. Auflage. München, 1993 (= dtv, Band 4512). S. 79.

buchstäblich erkämpft, so dass der Kriegseinsatz historisch betrachtet zu einer Aufweichung konventioneller Rollenmuster führte. Es gibt allerdings in der Literatur auch die gegenläufige Meinung, dass das Wahlrecht vor allem auf die politischen Verhältnisse der ersten Monate nach Kriegsende zurückzuführen sei.⁸⁰ Marie-Elisabeth Lüders, die Leiterin der neu geschaffenen Frauenarbeitszentrale beschrieb die Einverleibung von Frauen in den „Körper der Nation“ als positives Gefühl des „Einswerdens“:

„Es war für Millionen von uns das erste Mal, daß sie sich selber so ganz bewußt als Volk fühlten, aufgenommen in dieses nie erlebte Einswerden eines einzigen nationalen Willens und Wollens zur Erhaltung der Macht und der Größe der Heimat. Auch für uns Frauen versanken vor diesem Volkswerden die eigenen Sorgen, das eigene Wünschen.“⁸¹

Die gemeinsame Losung „Verteidigung des Vaterlandes“ erlaubte in diesem Kontext auch Frauen, sich als Teil der sozialen Gemeinschaft zu empfinden. So ist auch zu erklären, weshalb eine große Anzahl Frauen, die im Bund deutscher Frauenvereine zusammengeschlossen waren, am 24.11.1916 ihren Entschluss zur Verpflichtung durch das Hilfsdienstgesetz bekundeten.⁸²

Die Unterteilung in geschlechtsspezifische Aufgabenbereiche wurde zwar aufrechterhalten aber angesichts der gemeinsamen „nationalen Aufgabe“ dabei als weniger bedeutsam bezeichnet. Gerade durch die Aufrechterhaltung der geschlechtlichen Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Behauptung ihres „Aufgehobenseins“ konnten Frauen an der „Erfindung der Nation“ teilnehmen.⁸³

Personen wie Marie-Elisabeth Lüders, die sich für die Gleichberechtigung von Frauen einsetzten, und gleichzeitig Vertreterinnen einer nationalkonservativen Ideologie waren, mögen in dieser Situation auch eine Chance gesehen haben, die Partizipationsrechte von Frauen zu stärken.

⁸⁰ Dammer in Bechtel 1984, S. 287; Hämmerle, Christa: Von den Geschlechtern der Kriege und des Militärs. In: Kühne, Thomas/ Ziemann, Benjamin (Hg.): Was ist Militärgeschichte? Paderborn, 2000 (=Krieg der Geschichte, Band 6). S. 229-262. Hier S. 257.

⁸¹ Lüders 1936, S. 3. Das Erscheinungsjahr des Buches lässt auf eine Verbindung Marie-Elisabeth Lüders mit den Nationalsozialisten schließen. Das Gegenteil war jedoch der Fall: Marie-Elisabeth Lüders war eine Kämpferin für die Gleichstellung der Frau in Staat und Gesellschaft. Da Lüders jedoch gegen das NS-Regime war, wurde sie aus dem politischen Leben ausgeschaltet und sogar zeitweilig inhaftiert. Ab 1953 war sie Mitglied des Bundestages für die FDP und wirkte unter anderem an dem Gesetz über die Gleichberechtigung der Frau mit.

⁸² Ebd. S. 78.

⁸³ Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main, 1996.

Der Einsatz von Frauen im 1. Weltkrieg erfolgte also aus zwei Gründen: zum einen erforderte die Personalknappheit ihre Mobilisierung, zum anderen erkannten Vertreterinnen der Frauenrechtsbewegung die Chance, durch den Kriegshilfsdienst politische Gleichberechtigung zu erlangen. Der Einsatz war von der Kriegsführung keineswegs durch den Gedanken der Gleichberechtigung angestoßen worden, sondern durch die für notwendig erachtete Beseitigung einer personellen Notlage. Diese Konstellation sollte noch öfter bei der weiteren Entwicklung der Verwendung von Frauen im Militär Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Daneben hatte eventuell auch der immer stärker werdende wilhelminische Patriotismus die Frauen ergriffen und an das Militär herangeführt.

2.1.3. Weimarer Zeit – erste konkrete Einbindung in den Sanitätsdienst

Nach dem 1. Weltkrieg unterlag auch der Sanitätsdienst der Streitkräfte, die jetzt als Reichswehr bezeichnet wurden, den beschränkenden Bestimmungen des Versailler Vertrags von 1919.⁸⁴ Die Wehrpflicht musste abgeschafft werden; stattdessen wurde eine weitaus kleinere Berufsarmee von 100.000 Mann gebildet.⁸⁵ Die gesamte Offiziersstärke durfte nicht mehr als 4.000 Mann betragen, zuzüglich 300 weiterer Sanitäts- und 200 Veterinäroffiziere.

Nach Umsetzung der Bestimmungen lautete § 2 des Wehrgesetzes vom 23. März 1921 wie folgt:

„Die Zahl der Soldaten und Militärbeamten des Reichsheeres beträgt höchstens 100.000. In diese Zahl sind eingeschlossen 4.000 Offiziere und im Offiziersrang stehende Militärbeamte. Hierzu treten 300 Sanitäts- und 200 Veterinäroffiziere.“⁸⁶

Auch bei den Apothekern und Ärzten, die ja im Rang eines Offiziers standen, wurden Kürzungen vorgenommen. Nur wenige der aktiven Sanitätsoffiziere des vormals kaiserlichen Heeres konnten aufgrund der Beschränkungen für die Reichswehr verpflichtet werden.⁸⁷ Da die militärische Führung den Bedarf aber als weitaus höher einschätzte, bediente sie sich eines Tricks. Sie stellte kurzerhand weitere 25 Apotheker als so ge-

⁸⁴ Der am 28.06.1919 unterzeichnete Vertrag von Versailles enthielt neben territorialen Verlusten Deutschlands und der Auflage von Reparationszahlungen an die Siegermächte umfangreiche Bestimmungen zur Entwaffnung Deutschlands. Vgl. Möller 1993, S. 135 f.

⁸⁵ Jagow, Kurt: Daten des Weltkrieges. Vorgeschichte und Verlauf bis Ende 1921. Leipzig, 1922. S. 177.

⁸⁶ Fischer, Hubert: Der Deutsche Sanitätsdienst 1921 -1945. Organisation, Dokumente und persönliche Erfahrungen. Band 1. Osnabrück, 1982. S. 5.

⁸⁷ Müller 1993, S. 157 f.

nannte „Zivilbeamte“ ein, die dann unter dem Titel Regierungs- und Oberregierungsapotheker geführt, aber nicht auf die Zahl der Sanitätsoffiziere angerechnet wurden.⁸⁸

Da mit 300 planmäßigen Sanitätsoffizieren und den zusätzlichen Zivilbeamten ein Heer von 100.000 Mann medizinisch und pharmazeutisch zu versorgen war, dürfte die Arbeitsbelastung des Sanitätsdienstes relativ hoch gewesen sein. Frauen waren sowohl im Sanitätsdienst als auch in der gesamten Reichswehr in dieser Zeit lediglich als zivile Angestellte für Schreib-, Büro-, Verwaltungs- und Krankenpflegetätigkeiten eingestellt. Unter den Bedingungen einer weitgehenden Demilitarisierung Deutschlands, die viele Männer aus der Armee freigesetzt hatte, stellte sich die Frage einer Beteiligung von Frauen am kämpfenden Heer nicht. Über das nach Kriegsende abgeschaffte zivile Dienstjahr wurde jedoch erneut nachgedacht. Wie stark sich die Überlegungen aber von einer kriegsbedingten Dienstpflicht unterscheiden sollten, zeigt ein zeitgenössischer Artikel aus einer Studentenzeitschrift:

„Die Forderung einer Arbeitsdienstpflicht für die männliche und weibliche Jugend wird heutzutage aber aus wirtschaftlichen Gründen erhoben. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, liegt sie auf einer ganz anderen Ebene als die allgemeine Wehrpflicht. (...) Nicht der Zwang, in welchem Sinne hier leider das Wort Pflicht doch aufgefaßt werden muß, sondern das Ethos der Arbeit und des Dienstes sind das Maßgebende. (...) Für Frauen und Mädchen gilt das letztere [=beschränkte Arbeitsstundenzahl und Erholungsstunden, Anm. d. Autorin] in gleicher Weise, ihre Arbeitsgebiete werden hauptsächlich hauswirtschaftliche Arbeiten, Krankenpflege, Gartenarbeit sein.“⁸⁹

Die Autorin des Artikels hebt zwei Gedanken zur Begründung der erneuten Einführung eines Dienstjahres hervor: zum einen die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Maßnahme, zum anderen den positiven erzieherischen Effekt eines Jahres gemeinsamer Arbeit. Sie distanziert sich damit explizit von einer wie auch immer gearteten „Wehrpflicht“.

Unabhängig von diesen Überlegungen war die Nachkriegszeit vor allem von dem schrittweisen Wiederaufbau der Wirtschaft geprägt. Während dieser Zeit nahmen auch viele Frauen am Wirtschaftsaufschwung teil und erfuhren einen Anstieg ihres wirtschaftlichen und sozialen Status.⁹⁰

⁸⁸ Lang 2006, S. 169.

⁸⁹ Kuchel, Gertrud: Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht. In: Die Studentin Nr. 7 (1925) S. 19-21. Hier 20 f.

⁹⁰ Tuten, Jeff M.: Germany and the World Wars. In: Goldman, Nancy Loring (Hg.): Female Soldiers, Combatants or Noncombatants? Historical and Contemporary Perspectives. Westport, 1982 (= Contributions in women's studies, Band 33). S. 50.

2.1.4. Nationalsozialismus – Vom Frauenarbeitsdienst zum Kriegshilfsdienst

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 begann der Aufbau der neuen Wehrmacht. Bereits zwei Jahre nach der Machtübernahme Hitlers brachen die Nationalsozialisten den Versailler Vertrag und führten die allgemeine Wehrpflicht für Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr bis zum vollendeten 45. Lebensjahr wieder ein.⁹¹ Alle drei Wehrmachtsteile (Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine) verfügten über einen integrierten Sanitätsdienst. Der Sanitätsdienst des Heeres war von nun an eng verknüpft mit dem allgemeinen Organisationsaufbau und besaß die gleiche Kommandostruktur wie das Heer.⁹² Der ranghöchste Sanitätsoffizier der Wehrmacht führte den Heeressanitätsdienst nach den Vorgaben des Oberbefehlshabers des Heeres. In der Luftwaffe und Marine war das Sanitätswesen entsprechend organisiert. Der rasche Ausbau des Heeres ließ eine ebenso schnelle (Re-)Aktivierung von ehemaligen Sanitätsoffizieren in den aktiven Dienst notwendig erscheinen. Hierfür wurden zahlreiche Sonderregelungen für ehemalige Kriegsteilnehmer des 1. Weltkriegs und bereits Approbierte erlassen.⁹³

Der Schaffung eines zunächst freiwilligen, später durch die Nationalsozialisten obligatorisch gehaltenen Hilfsdienstes für Frauen lagen ganz andere Motive als der Dienstpflichtdiskussion vor dem 1. Weltkrieg zugrunde. So wurde anfangs das vermeintliche Ziel propagiert, die Frauenarbeitslosenquote zu senken. Die nationalsozialistische Partei selbst beteiligte sich zunächst nicht an der Organisation des Frauenarbeitsdienstes (FAD) und lehnte diesen sogar ab.⁹⁴ Ab 1933 übernahm der nationalsozialistisch geprägte Reichsverband deutscher Arbeitsdienstvereine e.V. die Organisation aller Dienstträger. Nach einigem Durcheinander in Organisations- und Finanzierungsfragen trat Anfang 1934 die Neuordnung des weiblichen Arbeitsdienstes in Kraft. Seine Dauer wurde einheitlich auf 26 Wochen festgelegt. Die Frauen leisteten ihn größtenteils in der Landwirtschaft oder in Krankenhäusern ab. Der Dienst sollte maßgeblich der nationalsozialistischen Erziehung dienen.⁹⁵ Gleichzeitig wurden viele Frauen vom zivilen Erwerbsle-

⁹¹ Gesetz über den Aufbau der Deutschen Wehrmacht vom 16. März 1935 sowie Wehrgesetz vom 21. Mai 1935. Zitiert in: Dietz, Heinrich: Das Wehrgesetz vom 21.05.1935 und seine Ausführung im Krieg und Frieden. 2. Auflage. Leipzig, 1943. S. 38-47.

⁹² Müller 1993, S. 163.

⁹³ Fischer 1982, S. 88.

⁹⁴ Vgl. Hierl, Konstantin: Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht. (Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht am 23.05.1932 in Berlin). München, 1932. S. 9.

⁹⁵ Bajohr, Stefan: Weiblicher Arbeitsdienst im „Dritten Reich“. Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 28 (1980) Nr. 3. S. 331-357. Hier S. 340 f.; Kumpf, Walter: Der Reichsarbeitsdienst im Kriege. In: N.N.: Bilanz des Zweiten Welt-

ben durch Berufseinschränkungen ausgeschlossen, wie z.B. verheiratete Ärztinnen, Rechtsanwältinnen u.ä. mit der Begründung, Frauen seien durch die Ehe versorgt.⁹⁶ Nach der NS-Ideologie sollte der „Dienst der Frauen“ einerseits streng auf die Familienfürsorge beschränkt bleiben; andererseits brauchte die NS-Führung junge Frauen zum Aufbau eines Arbeitsheeres mit wirtschaftlichem und wehrpolitischem Nutzen. Mit der Einführung des Dienstes wollten die Nationalsozialisten die Frauenarbeit in ihrem Sinne umstrukturieren und den Gedanken der Volksgemeinschaft für die eigenen Zwecke nutzen, unverkennbar auch am Leitspruch des neuen Frauenarbeitsdienstes: *„Arbeit für Dein Volk adelt Dich selbst“*⁹⁷ und dem offiziellen politischen Auftrag, *„die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung [...] zu erziehen.“*⁹⁸

Ein weiterer Ausbau des weiblichen Arbeitsdienstes vollzog sich abermals in Folge einer Umstrukturierung im Jahre 1936. Er wurde unter seinem alten Namen aufgelöst und in den „Arbeitsdienst für weibliche Jugend“ umgewandelt und später in den Reichsarbeitsdienst der Männer (RAD) integriert. Damit war der weibliche Arbeitsdienst zu einer staatlich kontrollierten Organisation geworden. Diese Neuordnung stellte außerdem einen ersten Schritt der Entwicklung des Arbeitsdienstes hin zu einer Arbeitsdienstpflicht dar und war bereits 1935 mit der Verabschiedung des Wehrgesetzes vom 21.05.1935 angekündigt worden. Danach waren nicht nur Männer wehrpflichtig, sondern auch jede deutsche Frau durch das neue Gesetz im Kriegsfall zum Arbeitsdienst verpflichtet werden:

„Abschnitt I: Allgemeines

§ 1

(1) Wehrdienst ist Ehrendienst am Deutschen Volke.

(2) Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig.

*(3) Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet.“*⁹⁹

krieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft. Oldenburg, 1953. S. 293-296. Hier S. 294.

⁹⁶ Hervé, Florence: Zwischen Anpassung und Widerstand. Zur Lage der Frauen und zum Widerstand 1933 bis 1945. In: dies. (Hg.): Geschichte der Deutschen Frauenbewegung. 6. Auflage. Köln, 1998 (= Neue Kleine Bibliothek, Band 48). S. 111-126. Hier S. 112.

⁹⁷ Zitiert in Seidler 1978, S. 37.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Wehrgesetz vom 21.05.1935. Reichsgesetzblatt I. S. 609. Zitiert in Dietz 1943, S. 38.

Obwohl unscharf definiert, enthält dieser Satz unmissverständlich die Aussage, dass Frauen nicht allein auf freiwilliger Basis in einem zukünftigen Krieg eingesetzt werden können. Vielmehr konnte von nun an jede Frau, unabhängig von Beruf und Alter, zu einer „Dienstleistung“ herangezogen werden.

Im September 1938 wurde eine zunächst „Geheime Richtlinie für die Beschäftigung von Frauen im Mobilmachungsfall“ aufgestellt, die nicht veröffentlicht wurde:

„Im Kriege müssen in weitestem Umfang Frauen in Wirtschaft und Verwaltung eingesetzt werden, um wehrfähige Männer für den Kampf mit der Waffe freizustellen. [...] Doch muß auch im Kriege die Frauenarbeit dort ihre Grenzen finden, wo sie den Lebensquell der Nation bedrohen würde. [...] Frauen sollen nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die besondere Geistesgegenwart, Entschlußkraft und schnelles Handeln erfordern. Frauen sollen im Allgemeinen nicht mit Arbeiten betraut werden, die besonderes technisches Verständnis und technische Kenntnisse erfordern. Der Einsatz ist aber auch hier möglich bei Frauen mit guter Auffassungsgabe und nach besonderer technischer Ausbildung und bei verstärkter fachkundlicher Überwachung.“¹⁰⁰

Einerseits werden im oben zitierten Text der NS-Propaganda Geschlechterstereotype produziert durch Nennung von Arbeiten, die angeblich besonders für Frauen geeignet seien und gegenüber der Arbeit von Männern als minderwertig angesehen wurden. Andererseits wurde versucht, eine Rechtfertigung für die Einbeziehung von Frauen in den Kriegsdienst zu finden bei gleichzeitiger Degradierung der intellektuellen Fähigkeiten der Frauen. Die noch bis 1937 als unnatürlich geltende Frauenarbeit (Frauenarbeitsverbot) wurde somit zum Dienst für das Vaterland umdeklariert. Das heißt, das traditionelle Bild der Frau ohne Erwerbstätigkeit war für die Nationalsozialisten nur so lange gültig, wie es ökonomisch vertretbar war. In der NS-Propaganda hingegen wurde den Frauen die Rolle der Lebensgefährtin und Mutter zuteil. Erwerbstätigkeit im zivilen Bereich wurde, wenn überhaupt, nur akzeptiert, wenn sie sich auf typisch weibliche Tätigkeiten bezog. Für die nationalsozialistischen Zwecke wurden die Frauen jedoch unter wirtschaftlichen und kriegspolitischen Aspekten eingesetzt. Damit war das regierungsamtlich verkündete Frauenbild mit der realen Geschlechterpolitik widersprüchlich.

Real umgesetzt wurde die Richtlinie am 13.02.1939 mit der Einführung einer neuen Dienstpflichtverordnung, die von nun an einen Pflichteinsatz vorsah.¹⁰¹

¹⁰⁰ Aus den Richtlinien des Reichsarbeitsministers Franz Seldte für die Beschäftigung von Frauen im Mobilmachungsfall vom 16.09.1938. Anlage Iic 565/38g. Zitiert in: Von Gersdorff 1969, S. 286-290. Hier S. 286 f. Vgl. auch Anmerkung 128.

¹⁰¹ Arbeitskreis Westdeutscher Frauen: Die Deutschen Frauen und der Krieg. In: N.N.: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft. Oldenburg, 1953. S. 347-363. Hier S. 357.

Aufgrund der Mobilmachung von Millionen von deutschen Männern und der oben genannten gesetzlichen Grundlage mussten auch Frauen ab 1941 den halbjährigen „Reichsarbeitsdienst“ ableisten. Zu Beginn des Russlandfeldzuges im Sommer 1941 wurde er um weitere sechs Monate „Kriegshilfsdienst“ (KHD) verlängert.¹⁰² Die Wandlung von einem ursprünglich der Erziehung¹⁰³ dienenden Dienst hin zu einer „improvisierten Wehrmachtseinrichtung“ von beträchtlichem Gewicht während des 2. Weltkrieges war vollzogen.¹⁰⁴ Ab diesem Zeitpunkt bestimmten auch zunehmend militärische Aspekte den Dienst. Alle bisher gegründeten Frauenorganisationen unterstanden der NSDAP und sollten alle Lebensbereiche der Frauen erfassen. Ziel war die Durchsetzung der NS-Politik durch ideologische Beeinflussung der Frauen.



Abbildung 4: Erfassung junger Frauen für den obligatorischen Reichsarbeitsdienst, 1940¹⁰⁵

¹⁰² Führererlass vom 29.07.1941. Zitiert in: Watzke-Otto, Susanne: Ich war ein einsatzbereites Glied in der Gemeinschaft. Vorgehensweise und Wirkmechanismen nationalsozialistischer Erziehung am Beispiel des weiblichen Arbeitsdienstes. Frankfurt am Main, 1999 (= Studien zur Bildungsreform, Band 33). S. 112.

¹⁰³ Von einer schlüssigen Erziehung konnte nach Susanne Watzke-Otto jedoch keine Rede sein. Vielmehr war diese Erziehung von einer 'Konzeptionslosigkeit' geprägt. Vgl. Watzke-Otto 1999, S. 87.

¹⁰⁴ Kumpf in: N.N. 1953, S. 293-296. Hier S. 296.

¹⁰⁵ Overesch, Manfred: Das Dritte Reich. Daten, Bilder, Dokumente. Berlin 2001 (= Digitale Bibliothek, Band 49).



Abbildung 5: Arbeitsmädchen im Pflichtjahr auf dem Weg zur Arbeit in der Landwirtschaft, 1938.¹⁰⁶

In der Verwundeten- und Krankenpflege waren im Heer in den ersten vier Kriegsjahren durchschnittlich 21.500 weibliche Pflegekräfte tätig. Die in den Heeresgruppen im Sanitätsdienst angestellten Frauen waren formal der nichtstaatlichen Organisation des Roten Kreuzes zugehörig, welches jedoch immer enger mit dem Sanitätsdienst der Wehrmacht zusammenarbeitete.¹⁰⁷ Mit einem Gesetz aus dem Jahre 1937 wurde das Rote Kreuz rechtlich verpflichtet, im Sanitätsdienst der Wehrmacht mitzuwirken.¹⁰⁸ Die Frauen waren mit der grauen Uniform des Roten Kreuzes ausgestattet und trugen spezielle Abzeichen mit einer der Wehrmacht angepassten Dienstgradstruktur. Ziel der Nationalsozialisten war die personelle Stärkung des Bereitschaftsdienstes. Dafür nahmen sie die dadurch entstehenden militärischen Verhaltensformen für einen eigentlich unparteilichen und nicht-militärischen Verband in Kauf und riskierten so, dass die Frauen ihren Nichtkombattantenstatus verloren. Die DRK-Frauen wurden hauptsächlich in Wehrmachtslazaretten in den besetzten Gebieten und in der Heimat als Ergänzung des Sanitätspersonals im Luftschutzsanitätsdienst und in den Unfallhilfestellen eingesetzt.¹⁰⁹ Alle Helferinnen hatten Anspruch auf freie Verpflegung. Denjenigen, die in den besetzten Gebieten tätig waren, stand offiziell zusätzlich freie medizinische Behandlung zu. Tatsächlich

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ So bestimmte ein interner Beschluss des Deutschen Roten Kreuzes von 1933 etwa, dass die Organisation sich ausdrücklich verpflichtet, im amtlichen Sanitätsdienst der Wehrmacht mitzuwirken. Gleichzeitig wurden wichtige Vorstandsposten von NSDAP-Mitgliedern besetzt. Vgl. Riesenberger, Dieter: Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864-1990. Paderborn, 2002. S. 269.

¹⁰⁸ Ebd. S. 305.

¹⁰⁹ Ebd. S. 341 f.

blieb es aber häufig den Mutterhäusern überlassen, die Kranken- und Altersversorgung der Schwestern zu regeln.¹¹⁰

Organisatorisch waren die Frauen in die NS-Frauenschaft sowie in das Deutsche Frauenwerk eingegliedert, welches letztlich der NSDAP unterstand und die Aufgabe hatte, „politisch und weltanschaulich zuverlässige Führerinnen zu stellen“¹¹¹ sowie die „große Arbeitsbasis für alle Frauen zu bilden, die bereit sind, an irgendeinem Platz ihren Teil im großen Aufbauwerk des Führers zu erfüllen.“¹¹² Die weibliche Selbstverwaltung, wie sie einst Helene Lange für den weiblichen Arbeitsdienst in ihren Leitsätzen von 1915 gefordert hatte, war in den Frauenschaften des Dritten Reichs nicht mehr vorhanden. Nur äußerlich schien der Arbeitsdienst von Lagerführerinnen, Gehilfinnen, Gruppen- und Bezirksführerinnen eigenständig organisiert zu sein. Die Struktur des Arbeitsdienstes war von der NS-Führung vorgegeben, die Leiterinnen unterstanden alle dem Reichsarbeitsführer.¹¹³ Wie alle Strukturen des Nationalsozialismus war der Arbeitsdienst außerdem ebenfalls hierarchisch aufgebaut und besaß eine der Wehrmacht ähnliche Dienststraftordnung.¹¹⁴

Bereits nach dem Ende des Polenfeldzugs konnte die medizinische Versorgung der Besatzungsgebiete nicht mehr ausschließlich durch Wehrmachtsangehörige sichergestellt werden, so dass die Wehrmacht – analog zur Entwicklung im 1. Weltkrieg – sogenannte „Helferinnenmannschaften“ aufstellte, denen 1944 sogar mit Ausrufung des totalen Krieges völkerrechtlich Kombattantenstatus zugesprochen wurde.

¹¹⁰ Absolon, Rudolf: Sammlung wehrrechtlicher Gutachten und Vorschriften 9 (1971) Nr. 9. S. 53.

¹¹¹ NS-Frauenschaft: Deutsches Frauenschaft. Jahrbuch der Reichsfrauenführung. Herausgegeben im Auftrag der Reichsleitung NSDAP. Dortmund, 1937.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Watzke-Otto 1999, S. 313.

¹¹⁴ Seidler 1978, S. 38 f.

Merksätze des Wehrmachtshelferinnenkorps

Deutsche Frauen und Mädel!

Die Geschichte lehrt, daß in allen schicksalhaften Notzeiten unseres Volkes die Frauen und Mädel der kämpfenden Front Wehrhilfe geleistet haben. Weil es jetzt um Sein und Nichtsein unseres Volkes und damit um die Zukunft unserer Familien und unserer Kinder geht, seid ihr, Frauen und Mädel aufgerufen, im Wehrmachtshelferinnenkorps Dienst zu tun.

1. **Wehrhilfe** macht Soldaten für die Front frei. Auch Du hilfst mit, daß neue Divisionen an die Front abgehen können.
2. **Wehrhilfe** bringt rascheren Sieg. Nur im Endsieg können alle Wunden dieses Krieges geheilt werden.
3. **Wehrhilfe** der Frauen, Mädel sowie Wehrmacht und Volkssturm der Männer machen unser Volk unüberwindlich stark. Weil wir dadurch zur wehrhaften Volksgemeinschaft werden, muß der Sieg unser sein.
4. **Wehrhilfe** ist auch eine neue Waffe in der Hand des Führers, weil sie eine Ablöse von Zehntausenden von Männern für den Fronteinsatz bedeutet. Auch Du hilfst dem Führer.
5. **Wehrhilfe** ist ein Volksgesetz des totalen Krieges. Auch Du wirst einmal sagen können, Du hast am Endsieg unmittelbar mitgeholfen.
6. **Wehrhilfe** ist der höchste Ehrendienst der Frauen und Mädel im Freiheitskampf unseres Volkes. Kinder und Kindestkinder werden Deiner dankbar gedenken.
7. **Wehrhilfe** ist Dienst im Wehrmachtshelferinnenkorps. Fürsorge, Versorgung, Ausrüstung und gesundheitliche Betreuung sichert die Wehrmacht.

Deutsche Frau! Deutsches Mädel!

Was die Not der Zeit heute von Dir verlangt, soll Dir einmal im Glück des deutschen Friedens vergolten werden. Das Wort ist wieder wahr geworden: Den Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden. Auch Du hilfst mit: Mit Adolf Hitler wird der Sieg sein!

**Melde Dich freiwillig
zum Wehrmachtshelferinnenkorps!**

Abbildung 6: Werbeplakat des Gaupropagandaamtes Reichenberg vom 12.01.1945¹¹⁵

Am 01.01.1945 wurden mit dem Erlass der Zweiten Anordnung für die Durchführung des totalen Kriegseinsatzes die Frauen auch organisatorisch zu einem sogenannten „Wehrmachtshelferinnenkorps“ zusammengeschlossen. Das „Frauenbataillon“ sollte mit Handfeuerwaffen und gegebenenfalls mit der Panzerfaust ausgestattet werden.¹¹⁶ Da der Krieg aber nur noch wenige Wochen andauerte, wurde dieser Einsatz nicht mehr realisiert. Zu diesem Zeitpunkt waren längst die terminologischen Grenzen zwischen Reichsarbeitsdienst, Kriegshilfsdienst und Wehrmachteinsatz verwischt.

¹¹⁵ Ebd. S. 70.

¹¹⁶ Koepcke in Hecht et al. 1982, S. 58-134. Hier S. 77.



Abbildung 7: Ausbildung einer Frau an der Panzerfaust, April 1945¹¹⁷

Etwa 500.000 Frauen waren im Zweiten Weltkrieg für die Wehrmacht tätig.¹¹⁸ Damit kam eine weibliche Helferin auf ca. 20 männliche Soldaten.¹¹⁹ Ab 1941 wurden auch die Helferinnen des Roten Kreuzes unter Aufhebung der Zugehörigkeit zur Freiwilligen Krankenpflege rechtlich dem Wehrmachtskommando unterstellt. Der Wandel eines ehemals unpolitischen Wohlfahrtsverbandes zu einem unverzichtbaren Instrument der nationalsozialistischen Wehrmacht war damit vollzogen. Zahlreiche Helferinnen kamen bei ihrem Einsatz ums Leben, wurden vergewaltigt oder als Kriegsgefangene in die Sowjetunion verschleppt.¹²⁰ Genaue Statistiken darüber existieren aber nicht.

Dennoch waren Frauen nur äußerlich in die Armee integriert; sie konnten in keinen militärischen Rang aufsteigen, unterstanden aber den übrigen militärischen Vorschriften wie auch der Wehrdisziplinarordnung.¹²¹ Sie hatten zudem kein Mitspracherecht in der militärischen Organisation und der Führung der Truppe. Dies hing mit dem nationalsozialistischen Weltbild zusammen, welches keine Soldatinnen vorsah, weshalb die Frauen formal „freiwillige Zivilangestellte“ der einzelnen Wehrmachtsteile oder Rot-Kreuz Helferinnen blieben.

¹¹⁷ Overesch 2001.

¹¹⁸ Kilius, Rosemarie: Frauen für die Front. Gespräche mit Wehrmachtshelferinnen. Leipzig, 2003. S. 174.

¹¹⁹ Zum Einsatz von Frauen an der Waffe vgl. Maske 2002, S. 28 f.

¹²⁰ Seifert, Ruth: Krieg und Vergewaltigung. Ansätze einer Analyse (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 76). München, 1993. S. 20.

¹²¹ Absolon, Rudolf: Wehrgesetz und Wehrdienst 1935-1945. Das Personalwesen der Wehrmacht. Boppard am Rhein, 1960 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 5). S. 105.

Die weit verbreitete Umschreibung der Aufgaben der Frau als Gehilfin des Mannes in ihrer „kleinen Welt, ihre Familie, ihre Kinder, ihr Haus“¹²² passte nicht zum Einsatz tausender Frauen im Krieg. Je evidenter der Untergang des Dritten Reichs wurde, desto offener warfen die NS-Funktionäre ihre Propaganda aus früheren Zeiten über Bord. Hitler selbst sagte kurz vor Kriegsende im März 1945 in einer Lagebesprechung:

„Ob Mädchen oder Frauen, ganz Wurscht, eingesetzt muß werden.“¹²³



Abbildung 8: Flakhelferinnen bei der Ausbildung am Funkmessgerät¹²⁴

Die Nicht-Anerkennung des militärischen Status hatte nicht nur Symbolcharakter. Mit dem rein zivilrechtlichen Dienstverhältnis wurde die Zuwendung vieler Vergünstigungen, wie der Anspruch auf Pensionen, Fachausbildungen und Berufsförderung, versagt. Jegliche Art von Planung oder Führung war den Männern überlassen. Im Sanitätsdienst wurden Frauen zu dieser Zeit hauptsächlich als Pflegerinnen und Krankenschwestern beschäftigt. Immerhin 638 DRK-Ärztinnen waren seit September 1939 für die Wehrmacht tätig.¹²⁵

¹²² Rede Hitlers auf dem Frauenkongress in Nürnberg am 08.09.1934. Zitiert in Semmelroth, Ellen/ Stieda, Renate von (Hg.): NS Frauenbuch. München, 1934. S. 11.

¹²³ Zitiert nach: Gersdorff, Ursula von: Frauen in der Landesverteidigung. Geschichte und Gegenwart. In: Information für die Truppe 19 (1975) Nr. 4. S. 50-63. Hier S. 57.

¹²⁴ Seidler 1978, S. 160.

¹²⁵ Riesenberger 2002, S. 333.

Diejenigen Frauen, die in der Wehrmacht am Kampf teilnahmen und als Wehrmachts-helferinnen bezeichnet wurden, waren ab 1944 Kombattanten im völkerrechtlichen Sinne. Vor allem die Fernmelde- und die Flakhelferinnen¹²⁶ der Luftwaffe zählten wegen der Übermittlung von Kampfbefehlen und der Bedienung von Waffen und Geräten dazu. Die Schwesternhelferinnen galten formal als Angehörige des Roten Kreuzes und zählten somit nicht zu den Wehrmachtshelferinnen.



Abbildung 9: Als „Blitzmädel“ bezeichnete Nachrichtenhelferin bedient einen Fernschreiber, 1940¹²⁷

Während der Einsatz von Frauen im Krieg faktisch immer mehr ausgeweitet wurde, hielten sich gleichzeitig geschlechtsgebundene Stereotype im Führungsstab der Wehrmacht. Beispielhaft sei eine Richtlinie über Menschenführung in der Truppe von Oberstabsarzt Dr. Driest aus dem Jahr 1944 zitiert. Anhand der Sprache lässt sich der Diskurs über weibliche Stereotype während der NS-Zeit herausarbeiten. Zunächst wurde festgestellt, dass:

„[...] Frauengemeinschaften schwerer zu führen sind als Soldatenkompanien. [...] Im Allgemeinen eignet sie [die Frau, Anm. d. Autorin] sich mehr für Arbeit, die ein gewisses Gleichmaß verlangt. Dagegen sollen für Arbeiten, die eher Eigeninitiative, schnelle Umstellungsfähigkeit und Entschlußkraft verlangen, besser Soldaten eingesetzt werden. [...] Das Denken der Frau bewegt sich überwiegend in gefühlsmäßigen Bahnen. [...] Sie bewertet den Soldaten mehr als ganzen Menschen statt wie der Soldat die Schulterstücke der Uniform wahrnimmt. [...] Auch plötzlichen Belastungen ist sie nicht so gewachsen wie der Mann. Sie wird in solchen Situationen leichter nervös, unsicher und hilflos.“¹²⁸

¹²⁶ Flak= Flugabwehrkanone.

¹²⁷ Overesch 2001.

¹²⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur Msg 2/177: Richtlinien über Menschenführung in der Truppe vom 29.04.1944. Autor: Oberstabsarzt Driest. Vgl. Anmerkung 100.

Mit Frauen assoziierte, weibliche Eigenschaften, die heute als Teamfähigkeit und Emotionalität gelten würden, sollen sich hier nachteilig für die Bewertung von Frauen in der Wehrmacht auswirken:

„Tränen sind bei Frauen nicht selten eine bewußt und methodisch angewandte Waffe gegen den Vorgesetzten. Es handelt sich hier oft nur um Täuschungsmanöver.“¹²⁹

Daneben stellte der Autor die These auf, dass eine „echte“ Frau, die als Soldatin tätig ist, folgerichtig all ihre Weiblichkeit verlieren müsse, nämlich:

„...nur um den Preis, alles echt Weibliche in ihr zu ersticken.“¹³⁰

Die Rolle der Frau in der Gesellschaft wurde in der Richtlinie primär als naturbedingt angesehen, wobei der Autor des Schriftstücks die Unterschiede in biologistischer Weise begründete:

„Auch ihre Intelligenz ist anders. Die Frau ist mehr intuitiv, einfallsmäßig.“¹³¹

Der biologische Unterschied wurde hier also benutzt, um die Hierarchie aufrecht zu erhalten.

Damit wurde eine männliche Dominanz aufgebaut, die in den darauf folgenden Anweisungen, wie ein Vorgesetzter die Helferinnen zu behandeln hat, noch verstärkt wurde. Alles war darauf ausgerichtet, dass der Mann nicht seine *„eigene Autorität untergräbt.“¹³²* Von einem Vorgesetzten erwartete der Autor, dass er sich auch außer Dienst sachlich und gerecht gegenüber den Helferinnen verhielt.

Die Entwicklung von der primär erziehungspolitischen Aufgabe des Frauenarbeitsdienstes hin zum wehrpolitischen Wehrmachtseinsatz von Frauen zeigt, wie die Nationalsozialisten den Arbeitsdienst entsprechend ihren politischen Forderungen umgesetzt haben. Das vordergründig propagierte konservative Frauenbild der Nationalsozialisten hielt die Militärstrategen nicht davon ab, Frauen für militärische Ziele einzusetzen und zu mobilisieren: es ging also nur scheinbar um die Interessen der Frauen, während in Wirklichkeit die Frauenarbeit für die vom Staat bestimmten Interessen benutzt wurde. Es zeigte sich, dass die Nationalsozialisten den Gedanken der Volksgemeinschaft neu akzentuierten und es schafften, die Bedeutung des Roten Kreuzes für ihre Zwecke zu missbrauchen. Die Arbeit von Tausenden von Krankenschwestern wurde als Dienst an der

¹²⁹ Ebd. S. 7.

¹³⁰ Ebd. S. 2.

¹³¹ Ebd. S. 4.

¹³² Ebd. S. 6.

Volksgemeinschaft – ähnlich wie der Dienst des Soldaten – gedeutet und als ideologische Brücke zum Nationalsozialismus genutzt.¹³³

2.1.5. Frauen im Militär während des 1. und 2. Weltkrieges: ein Vergleich

Die Entwicklungen während der beiden Weltkriege zeigten, dass Frauen nicht aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit oder der Emanzipation die Rolle des Soldaten einnahmen, sondern vielmehr aus pragmatischen Gründen, die vor allem mit dem zunehmenden Mangel an männlichen Kämpfern zusammenhingen.¹³⁴

Beiden Weltkriegen war gemeinsam, dass Frauen während ihrer Einsätze gewollt einen nichtmilitärischen Status inne hatten und nie als „echte“ Soldaten angesehen, sondern von offizieller Seite immer als Zivilisten bezeichnet wurden, die von den bewaffneten Streitkräften angestellt wurden.¹³⁵

Die Meinungen zur Vergleichbarkeit beider Einsätze sind in der Literatur unterschiedlich. Nach Cordula Koepcke¹³⁶ sind sie nicht miteinander vergleichbar, da sich der Einsatz von Frauen im 1. Weltkrieg gewissermaßen in der Rolle einer Florence Nightingale auf den sozial-medizinischen Sektor beschränkte, während im 2. Weltkrieg die Kriegsdienstverpflichtung von der militärischen Ausbildung bis hin zu unmittelbaren Kriegshandlungen viel weiter ging. Eine Begeisterung sowie breite freiwillige Meldungen¹³⁷ wie zu Beginn des ersten Weltkrieges gab es 1939 nicht, eher scheint die Kriegsbeteiligung von Frauen als Schicksal hingenommen worden zu sein.¹³⁸ Beim Einsatz im 1. Weltkrieg war das Misstrauen gegen jede Art von Frauenarbeit noch stärker verankert und übertrug sich auch auf die Einbeziehung von Frauen in Kriegshandlungen. Die teilweise kostspielige Umstellung ganzer Arbeitsvorgänge auf weibliche Arbeitskräfte hatte ihre Ursache darin, dass es in der Armee keine bestehenden Strukturen für weibliche Kriegsteilnehmer gab. Dagegen war im 2. Weltkrieg eher die Organisation des riesigen weiblichen Arbeitspotenzials das zentrale Problem. Dies zeigte sich v.a. in der Uneinheitlichkeit der Erfassungs-, Mobilisierungs-, Abstimmungs- und Koordinierungsmaß-

¹³³ So wurde in allen Lehrgängen der fachlichen Aus- und Weiterbildung von Krankenschwestern nationalsozialistisches Gedankengut vermittelt. Vgl. Riesenberger 2002, S. 343.

¹³⁴ Vgl. Dammer in Bechtel 1984, S. 287.

¹³⁵ Vgl. Tuten in Goldman 1982, S. 55 f. Eine Ausnahme bildeten hierbei die Luftwaffenhelferinnen, die ab 1944 als kombattant galten.

¹³⁶ Koepcke in Hecht et al. 1982, S. 58-134. Hier 63 f.

¹³⁷ In den ersten Kriegswochen meldeten sich 40.000 Frauen freiwillig zum Sanitätsdienst. Vgl. Schenk, Herrad: Frauen kommen ohne Waffen. Feminismus und Pazifismus. München, 1983 (= Beck'sche Schwarze Reihe, Band 274). S. 35.

¹³⁸ N.N. 1953, S. 349 und von Gersdorff 1969, S. 75.

nahmen, die sich in der Vielfalt der erlassenen Richtlinien und der verschiedenen Berichte und Akten zu den Einsätzen widerspiegelt.¹³⁹

Beide Massenkriege des 20. Jahrhunderts demonstrierten, dass sich eine Beteiligung von Frauen für die militärische Führung ab einem bestimmten Zeitpunkt der Kriegsführung für die militärisch chancenlosen Führer als unverzichtbar dazustellen schien. In beiden Situationen kam der Einsatz spät, er war zu Kriegsbeginn nicht geplant. Beiden Kriegen gemeinsam war außerdem die Tatsache, dass die im Kriegsdienst tätigen Frauen im Grunde nicht in das Frauenbild der Öffentlichkeit passten. Dieser Ambivalenz trat die Militärführung in beiden Kriegen durch eine neugeschaffene Ideologie entgegen, die im Leitbild des Dienstes am Vaterland begründet war. Damit wurde zum ersten Mal die tradierte Festlegung auf eine rein männliche Armee aufgehoben.

Im Unterschied zum 2. Weltkrieg hatten die Frauen, die zwischen 1914 und 1918 Dienste in der Armee leisteten, faktischen Einfluss auf ihre Verwendung. Dies lag an dem Umstand, dass die Frauen selbst Frauen rekrutierten und auch den Führungskader stellten, während es im 2. Weltkrieg hauptsächlich mit Männern besetzte politische und militärische Ämter waren, die den Arbeitseinsatz der Frauen koordinierten.

Beide Kriege haben gezeigt, dass in Zeiten von Umbrüchen und Ausnahmezuständen offensichtlich die starren Geschlechterrollen aufbrechen,¹⁴⁰ dies aber zumeist auf diese Episoden beschränkt bleibt und nach Kriegsende die geschlechterspezifischen Grenzziehungen erneut herausgestellt werden.¹⁴¹

Die Aufweichung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung veränderte nach Andrea Süchting-Hänger das patriarchale Ordnungsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft nicht. Der Krieg bot zwar scheinbar im erhöhten Maße Raum für öffentliches Engagement und gesellschaftspolitische Mitgestaltung von Frauen; dies jedoch unter der Vorherrschaft der (männlich) dominierten Politik- und Militärführung, die mit der Fokussierung auf die weibliche Arbeitskraftreserve ein militärisches Defizit decken wollte.¹⁴² Insgesamt zeigt die neuere historische Frauenforschung, dass die Weltkriege keine nachhaltigen Veränderungen der Geschlechterverhältnisse und damit keinen echten Emanzipationsfortschritt bedeuteten.¹⁴³ Es entbehrt demnach nicht einer gewissen Ironie, dass gerade

¹³⁹ Es wurden wahlweise Dienststellen der Partei, der NS-Frauenschaft, des Frauenwerks sowie der inneren Verwaltung mit der Einteilung der weiblichen Arbeitskräfte betraut.

¹⁴⁰ Beispielsweise wurde allen Medizinerinnen, die sich ab August 1914 zur Prüfung meldeten, die „Notapprobation“ erteilt. Die Münchener Medizinische Wochenschrift rief am 11.08.1914 ausdrücklich auch Medizinerinnen auf, sich dem „Vaterland“ als Ärztin in Feldlazaretten zur Verfügung zu stellen.

¹⁴¹ Vgl. Bleker und Schleiermacher 2000, S. 77.

¹⁴² Süchting-Hänger 2002, S. 122 f.

¹⁴³ Bleker und Schleiermacher 2000, S. 86.

die beiden Weltkriege die Fähigkeiten und Leistungen der Frauen sichtbar machten und die Kontinuität der Geschlechterrollen punktuell aufgebrochen haben, während gleichzeitig öffentlich weiter die traditionelle Rollenverteilung propagiert wurde.

2.2. Von der Diskussion um die Wehrpflicht für Frauen zur Debatte über den Personalmangel im Sanitätswesen der Bundeswehr. Politische Entwicklungen 1945 bis 1975

Die politische Debatte um Frauen in der Bundeswehr wurde seit ihrer Gründung 1956 in unterschiedlicher Intensität geführt. Sie bestand dabei aus teils parallel, teils zeitlich hintereinander geführten Diskussionssträngen. Die Debatte ist am besten anhand der Bundestagsbeiträge der Parteien nachzuvollziehen, deren Haltung auf Grund der gesetzlich erforderlichen parlamentarischen Entscheidung für die Zustimmung zur Öffnung der Armee für Frauen maßgeblich war. Auffallend ist, dass das Thema vielfach Stellvertreterfunktion hatte; die Öffnung für Frauen wurde oft als eine Lösung eines bestehenden sicherheits- oder militärpolitischen Problems (z.B. der Nachwuchsrekrutierung, der Wehrgerechtigkeit, der Stellung der Bundeswehr) diskutiert.¹⁴⁴ Inhaltlich wurde die Öffnung mit gesellschafts- und sicherheitspolitischen Argumenten einerseits auf der generellen, politischen Ebene diskutiert, andererseits wurde die direkt betroffene Organisation Bundeswehr als Militärorganisation angesprochen und es wurden einzelne, konkrete Probleme der Integration von Frauen in die Truppe diskutiert.

Bereits während der Aufstellung der Bundeswehr kamen erste Überlegungen zur Einbeziehung von Frauen auf, die jedoch schnell wieder verworfen wurden. In den 60er Jahren wurde das Thema einerseits im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung und dem damit verbundenen erweiterten Personalbedarf diskutiert, zum anderen im Zusammenhang mit der Wehrpflicht bzw. der Wehrgerechtigkeit. Mitte der 70er Jahre kam das Thema erneut auf mit der konkreten Möglichkeit der Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere. Die Debatte ging alsbald über in eine Grundsatzdiskussion über die Abänderung des Soldatengesetzes und des allgemeinen Zugangs zum Heeresdienst. Aber auch hier war die Debatte immer wieder vom Thema der drohenden Personallücke durchdrungen, die sich Ende der 70er Jahre auf Grund der geburtenschwachen Jahrgänge ankündigte. Die im Zuge der Personalplanung für die 90er Jahre aufkommende Idee, Frauen vermehrt für die Bundeswehr zu gewinnen, wurde bis zur Integration von Frauen während der Wiedervereinigung 1990 geführt, die alle Personalplanungen der 80er Jahre hinfällig machte. Diese soll im Kapitel 4.2 behandelt werden.

¹⁴⁴ Anker et al. 1993, S. 3.

2.2.1. Die Gründung der Bundeswehr und der Aufbau des Sanitätsdienstes

Die Nachkriegsjahre in Deutschland waren geprägt von einer ernüchterten Stimmung gegenüber kriegerischen Auseinandersetzungen und dem Militär. Da gegen die Wiederbewaffnung zudem verschiedene politische Gründe sprachen (z.B. die militärische Einbindung Deutschlands in die NATO ohne gleichberechtigtes politisches Mitspracherecht), erwähnte kein Politiker eine allgemeine Wehrpflicht, entsprechend auch nicht die Heranziehung von Frauen zu einem militärischen Dienst.¹⁴⁵ Im Gegenteil, mit der Verabschiedung des Grundgesetzes wurden Frauen vom Dienst mit der Waffe explizit ausgeschlossen.¹⁴⁶ Die Mehrheit der Bevölkerung sprach sich 1949 noch gegen eine allgemeine Wehrpflicht aus, wie eine Umfrage belegte.¹⁴⁷ Und selbst der Bundeskanzler teilte 1948 mit, er „denke über dieses Problem überhaupt nicht nach.“¹⁴⁸

Die erste Phase der langen Diskussion über die Wiederbewaffnung begann zu Beginn der 50er Jahre. Politischer Auslöser dazu waren Ängste der Westmächte Anfang der 50er Jahre vor einem Angriff der kommunistischen Staaten, der nach allgemeiner Meinung nur unter Beteiligung westdeutscher Streitkräfte abzuwehren sei.¹⁴⁹ Mit der Entscheidung 1955 für eine Wehrpflichtarmee wurde die einst auf der Potsdamer Konferenz von den vier Siegermächten festgelegte Entmilitarisierung Deutschlands vollständig aufgehoben. Überraschenderweise plädierte auch eine Frau in der äußerst lebhaften und kontrovers geführten Debatte über die Wehrpflicht in der 191. Sitzung des Deutschen Bundestags am 08.02.1952 für eine westdeutsche Wiederbewaffnung.¹⁵⁰ Sie erhielt dafür einen „*langanhaltenden, lebhaften Beifall aller Regierungsparteien*“¹⁵¹, während die Abgeordneten der KPD, die damals noch im Bundestag vertreten war, voller Ironie be-

¹⁴⁵ Einzig ein Vertreter der Freien Union merkte in der Bundestagsdebatte zur Wiederbewaffnung an, dass nach dem Gedanken der gleichen Rechte und Pflichten auch Frauen Soldaten werden müssten. Es wurde aber von keinem weiteren Abgeordneten auf diese Äußerung eingegangen. Vgl. Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode, 191. Sitzung vom 08.02.1952. Beitrag des Abgeordneten Bertram (FU).

¹⁴⁶ Art. 12 Abs. 3 Grundgesetz i.d.F. vom 23.05.1949.

¹⁴⁷ Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950-1955. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955. Boppard am Rhein, 1975 (= Militärgeschichte seit 1945, Band 1). S. 61-117. Hier S. 63 f.

¹⁴⁸ Zitiert nach: Albrecht, Ulrich: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln, 1980 (= Schriftenreihe Kleine Bibliothek, Band 200). S. 84.

¹⁴⁹ Lang 2006, S. 250.

¹⁵⁰ Zu den Begriffen Wiederaufrüstung, Wiederbewaffnung und Remilitarisierung vgl. Albrecht 1980, S. 9 f.

¹⁵¹ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode, 191. Sitzung vom 08.02.1952. Rede der Abgeordneten Brauksiepe (CDU).

merkten: „*Sie bekommen eine Uniform!*“¹⁵² Außerparlamentarisch entwickelte sich mit der Gründung der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) eine breite Opposition gegen die Remilitarisierung Deutschlands.¹⁵³ Frauen aller Schichten und politischen Couleur beteiligten sich an den Kundgebungen Anfang der 50er Jahre und demonstrierten für einen Friedensvertrag und gegen eine deutsche Armee. Bei den Veranstaltungen ging es noch nicht primär um eine Partizipation von Frauen, sondern um die prinzipielle Entscheidung für bzw. gegen die Streitkräfte.

Dennoch wurde mit der Entscheidung vom Mai 1955, die Bundeswehr in die NATO aufzunehmen, der Grundstein für einen erneuten Aufbau einer westdeutschen Armee gelegt. Die politische Begründung für die Entscheidung zur Wehrpflichtarmee (und nicht zu einer Berufsarmee) war das Leitbild des „Bürgers in Uniform“, nach dem die innere Gestalt der Streitkräfte sowie deren Einsätze an demokratische Entscheidungen gekoppelt werden sollten, und das Soldatensein kein eigener gesellschaftlicher Stand mehr sein sollte.¹⁵⁴ Genau dieser Aspekt, die Einbeziehung der Gesamtbevölkerung, wurde später auch bei der Diskussion über die Verwendung von Frauen thematisiert. 1956 wurden schließlich die ersten wehrpflichtigen Männer militärisch ausgebildet.

Für den Sanitätsdienst begann der Aufbau der Einheiten zunächst mit einer kontroversen Diskussion um die Statusfrage. Ein Teil der Generalstabsoffiziere wollte keine Sanitäts-offiziere mit Befehlsgewalt, sondern im Kriegsfall „Feldärzte“ ohne militärische Weisungsbefugnis einberufen.¹⁵⁵ Diese Tatsache hatte ihren historischen Ursprung im 18. Jahrhundert, da lange Zeit die militärärztliche Versorgung v.a. handwerklich ausgebildeten Wundärzten und Feldscheren¹⁵⁶ anvertraut wurde, die keine Befehlsgewalt be-

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Die WFFB sah sich in der Tradition der Frauenbewegung und hatte zum Ziel, sich aktiv für Frieden, Demokratie und Gleichberechtigung einzusetzen. Vgl. Nödinger, Ingeborg: Für Frieden und Gleichberechtigung. In: Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der Deutschen Frauenbewegung. 6. Auflage. Köln, 1998 (= Neue Kleine Bibliothek, Band 48). S. 139-154. Hier S. 139.

¹⁵⁴ Kraake 1992, S. 52.

¹⁵⁵ Vgl. Grunwald, Erhard/ Vollmuth, Ralf: Der Sanitätsdienst der Bundeswehr im Wandel der Zeit. In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 30 (2006) Nr. 3. S. 26-34.

¹⁵⁶ Der Begriff stammte aus der Schweiz und ist die Bezeichnung für einen Handwerksarzt, der v.a. als chirurgischer Operateur tätig war. Militärisch unterstand er nicht dem Militärarzt, sondern dem Truppenführer. Ab dem 18. Jahrhundert wurde er auch als Regiments- bzw. Kompaniechirurg bezeichnet. Braun, Fritz-Ulrich: Erinnerungen zum 190. Stiftungsfest der Pépiniere in München, 24.-27. Oktober 1985. Rottweil, 1985. S. 17.

saßen.¹⁵⁷ Außerdem war dies in den einzelnen Staaten Deutschlands durchaus uneinheitlich geregelt.¹⁵⁸

Die Diskussion über den Rang des Sanitätspersonals der Bundeswehr wurde auch in den ärztlichen Standesorganisationen geführt,¹⁵⁹ die einen vollständig zivil organisierten Sanitätsdienst zum Wohle des Patienten bevorzugten:

„Es würde dem Wesen ärztlicher Tätigkeit auch im militärischen Bereich am besten entsprechen, wenn sie außerhalb der militärischen Rangordnung in unabhängiger Stellung und im zivilen Status ausgeübt werden könnte.“¹⁶⁰

Die Standesorganisationen der Ärzteschaft vertraten den Standpunkt, dass ein ziviler Status des Arztes dem Arzt-Patienten-Verhältnis eher zugute komme, da der „Truppenarzt“ dann außerhalb der militärischen Befehlshierarchie stehe. Sie räumten allerdings ein, dass für die Führung des Sanitätsdienstes der Offiziersstatus notwendig sei. Kranke Soldaten sollten, wenn notwendig, in zivilen Einrichtungen behandelt werden und für den Verteidigungsfall sollte den zivilen Ärzten eine so genannte Anordnungsbefugnis zugeteilt werden, die Bundeswehruniform zu tragen. Die betroffenen Ärzte selbst präferierten grundsätzlich einen militärischen Status des Arztes, da sie damit auf ein höheres Ansehen bei Untergebenen und in der Öffentlichkeit hofften.¹⁶¹ Auch in der Presse wurde das Thema kontrovers diskutiert. Ein Radiosender forderte gar, „man solle dem Sol-

¹⁵⁷ Die militärärztliche Ausbildung wurde jedoch gegen Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend institutionalisiert, wie die Gründung militärärztlicher Ausbildungsstätten in Wien (Josephinum, 1785) und Berlin (Pépinie, 1795) belegt. An der Pépinie wurden seit 1795 alle preußischen Militärärzte ausgebildet. Ebd. S. 20-26.

¹⁵⁸ Preußen billigte diesen Ärzten als erster Staat 1808 den Stand eines Militärbeamten im Offiziersrang zu. Im Deutschen Reich wurde erstmalig 1873 ein Sanitätskorps, später ein Sanitäts-offizierskorps gebildet, was zu einer deutlichen Aufwertung des Sanitätsdienstes innerhalb der Streitkräfte führen sollte. Hiervon ausgenommen waren jedoch Apotheker und Zahnärzte, die weiterhin Militärbeamte ohne Befehlsbefugnis und Offiziersrang waren. Vgl. Lang 2006, S. 28-30.

¹⁵⁹ Berglar-Schroer, Peter: Äskulap in Waffen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.12.1955.

¹⁶⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/16014: Memorandum des Präsidiums des Deutschen Ärztetages an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, den Bundeskanzler, den Bundesverteidigungsminister und den Minister des Innern vom 25.07.1952.

¹⁶¹ Diese Themen wurden in der 89. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 11.04.1956 kontrovers diskutiert. Es wurde aber aufgrund der gemachten Erfahrungen während des 2. Weltkriegs einhellig bejaht, dass der Sanitätsdienst in seiner Organisationsform nicht den Teilstreitkräften Heer, Marine und Luftwaffe untergeordnet werden dürfe, sondern eine eigene operative und fachliche Führung haben müsse. Rebentisch, Ernst: Die Gesundheit der Soldaten. Dokumente zum Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr. Gräfelfing, 1995. S. 235 f.

*daten wenigstens in der Zeit der Krankheit einen Freund und keinen Gegner zur Seite stellen!*¹⁶²

Nach einigem Hin und Her entschied letztlich noch im Jahre 1956 ein Telegramm des Bundeskanzlers Adenauer den andauernden Streit:

„Ich halte gerade für einen modernen Krieg und bei der Reserve, die unsere Bevölkerung gegenüber der Wehrmachtshafmachung beobachtet, Bevorzugung des Sanitäts- und Gesundheitswesens für dringend notwendig. Ich weiß, daß früher in der deutschen Armee dies nicht der Fall war, das darf aber nicht dazu führen; diese Tradition darf unter den veränderten Verhältnissen nicht fortgeführt werden. Erbitte auch hierüber schleunigst Bescheid, da ja Organisationsgesetz bald vorgelegt wird.

Mit bestem Gruß Adenauer.“¹⁶³

Somit war die grundsätzliche Entscheidung für den Aufbau einer eigenständigen Struktur des Sanitätsdienstes innerhalb der Streitkräfte getroffen, wobei diesem ein militärischer Status zukam. Diese Entscheidung sollte später den Einsatz von Frauen in genau diesem Bereich ermöglichen. Mit der Anerkennung der Ärzte in ihrer Stellung als Sanitätsoffiziere war die militärische Integration der Offiziere des Sanitätsdienstes in die Organisation auch faktisch vollzogen. Dieses Ereignis kann somit als die Geburtsstunde des Sanitätsdienstes angesehen werden, dessen personeller Umfang damals aus 111 Angestellten und Soldaten bestand. Ob eine zivile Organisation des Sanitätsdienstes die Öffnung für Ärztinnen und Apothekerinnen beschleunigt hätte, muss dahingestellt bleiben.

Interessanterweise bekamen die Apotheker, Zahnärzte und Veterinärmediziner den Offizierstatus erst ein Jahr später, am 10.07.1957, zugesprochen.¹⁶⁴ Die Befürchtung, „alles nach militärischen Maßstäben“¹⁶⁵ zu messen, verzögerte die Zuschreibung eines militärischen Status zu diesen Gruppen, die von dem Krieg einen zivilen Status gehabt hatten. Eine eigene Institution der Bundeswehr war das Sanitätswesen aber damit noch nicht. Erst Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister gewährte am 20.05.1957 dem Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr den lange geforderten Status einer eigenständigen Institution innerhalb der Streitkräfte.¹⁶⁶ Mit der „Verfügung zur Umgliederung

¹⁶² Ebd. S. 242.

¹⁶³ Telegramm von Bundeskanzler Adenauer, 2. Absatz vom 16.08.1956. Zitiert nach Rebentisch, Ernst: Der Sanitätsdienst ist stets ein Kind seiner Zeit. In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 30 (2006) Nr. 3. S. 22 f. Hier S. 23.

¹⁶⁴ Vgl. Lang 2006, S. 279.

¹⁶⁵ Rebentisch 1995, S. 128.

¹⁶⁶ Vgl. die historische Parallele der Stellung der „Sanitätsformationen“ im kaiserlichen Heer, die „ihrem Wesen entsprechend kein gesondertes Ganzes bilden, sondern verteilt auf Divisionen,

der militärischen Abteilungen und Unterabteilungen“ genehmigte Strauß die Einrichtung einer „Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens“ im Bundesministerium für Verteidigung. Damit war das Sanitätswesen nicht mehr in die drei Teilstreitkräfte Heer, Marine und Luftwaffe eingegliedert, sondern stellte eine übergreifende Einheit mit eigenem Führungsstab dar.

Im Oktober 1956 wurde das Wehrmedizinalamt eingerichtet, welches später in das noch heute bestehende Sanitätsamt der Bundeswehr umbenannt wurde. Diese Institution stellte die zentrale Stelle für sanitätsdienstliche Aufgaben dar und arbeitete mit 260 Sanitätsoffizieren¹⁶⁷ an zunächst drei Dienstorten in Bonn-Beuel, Remagen und Koblenz.¹⁶⁸

Ab 1957 begann die Aufbauphase der Inspektion des Sanitäts- und Gesundheitswesens mit der Einrichtung der ersten Lazarette¹⁶⁹ und drei fliegerärztlichen Untersuchungsstellen. Es folgten weitere Spezialeinrichtungen wie die Abteilungen für Flugmedizin, Tauchermedizin und Hygiene. Bis 1966 wurden 10 Lazarettstellen mit über 2.000 Betten aufgebaut sowie die Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens erweitert.¹⁷⁰

1969/70 wurden die Lazarette in die teilweise noch heute bestehenden Bundeswehrkrankenhäuser umbenannt und gleichzeitig auch für zivile Personen geöffnet.

2.2.2. Frauen in den Streitkräften? Die Diskussion um die Dienstpflicht

Das Parlament hatte sich schon während der Gründung der Bundeswehr Gedanken gemacht, ob ein freiwilliger Waffendienst von Frauen verfassungsrechtlich überhaupt ausgeschlossen werden dürfe. Kurz nach der Gründung der Bundeswehr kamen Gedanken zur grundsätzlichen Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft auf. So stand schon in den ersten Sitzungen des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht die Frage im Raum, ob sich der Begriff der Wehrpflicht prinzipiell auch auf Frauen erstrecke und somit schlussfolgernd bei einem gewollten Ausschluss der Frauen nicht eine verfassungsrechtlich festgeschriebene Beschränkung auf Männer notwendig sei. Dazu führte der Sprecher des Amtes Blank,¹⁷¹ das sich mit dem Aufbau der Streitkräfte befasste,

Armeetruppen [...] erscheinen“. Cron, Herman: Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege. Dargestellt aufgrund der Kriegsakten. Berlin, 1923. S. 158.

¹⁶⁷ Grunwald und Vollmuth 2006, S. 26-34.

¹⁶⁸ Die Einstufung der Ärzte erfolgte jedoch in der Regel zwei Dienstgrade niedriger als vergleichbare Stellen im Verteidigungsministerium. Vgl. Rebentisch 2006, S. 22.

¹⁶⁹ Dienstorte waren Gießen, Koblenz, Detmold, Amberg und Glücksstadt.

¹⁷⁰ 1965 wurde die „Sanitätstruppschule“ in die Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens umbenannt. Vgl. Lang 2006, S. 265.

¹⁷¹ Das Amt Blank war eine nach dem Leiter benannte Dienststelle, welche als Vorgänger zum Bundesministerium für Verteidigung die Wiederbewaffnung und den Aufbau der Streitkräfte vorbereitete. Vgl. Lang 2006, S. 254.

während einer Anhörung im Rechtsausschuss aus, „daß nach Planung unserer Dienststelle die Wehrpflicht nur für Männer vorgesehen ist.“¹⁷²

Man könnte annehmen, dass in das Bild des „Staatsbürgers in Uniform“ eigentlich schon früh die Einbindung von Frauen gepasst hätte. In der frühen Debatte wurde aber bei allen Fraktionen eine generell ablehnende Haltung dazu deutlich.¹⁷³ Eine Abgeordnete der CDU in der 2. Legislaturperiode der jungen Republik, Helene Weber, sprach sich deutlich gegen eine wie auch immer geartete Einbeziehung von Frauen ins Militär aus, welche auch nicht mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau begründet werden könne:

*“Bei dem hier genannten Wehrgesetz wird es darauf ankommen, in welchem Geiste es gemacht wird. [...] Ich erkläre hiermit noch einmal ausdrücklich: Die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gleichberechtigung überhaupt ist so aufzufassen, daß eine Wehrpflicht der Frau unter gar keinen Umständen in Betracht kommt.“*¹⁷⁴

Ihre Kollegin, das spätere erste weibliche Kabinettsmitglied Elisabeth Schwarzhaupt (CDU/CSU), ließ die Möglichkeit offen,

*„eine Dienstpflicht für Frauen oder etwas ähnliches, wenn man es für nötig hält, außerhalb des Dienstes mit der Waffe einzuführen.“*¹⁷⁵

Marie-Elisabeth Lüders von der FDP belegte ihre ablehnende Haltung hingegen mit einer biologistischen Argumentation:

*„Die Frage der eventuellen Wehrverpflichtung der Frau hat mit der Rechtsgleichheit überhaupt nichts zu tun. [...] Männer sind eben keine Frauen – seien Sie glücklich –, und Frauen sind keine Männer; darüber sind wir glücklich. Hier muß selbstverständlich dem funktionalen Unterschied zwischen Männern und Frauen Rechnung getragen werden. Wir können nicht gut Waffen führen. Sie verstehen, wenn sie [sic!] nicht gerade Ärzte sind, nicht mit Babys umzugehen!“*¹⁷⁶

¹⁷² Protokoll des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, vom 09.02.1954. S. 71 (Sicherheitsbeauftragter des Bundesministeriums für Verteidigung Heinrich Barth).

¹⁷³ Astrid Albrecht-Heide bezeichnet die ablehnende Haltung als „fehlende Wehrbereitschaft“. Vgl. Albrecht-Heide, Astrid: Frau Macht (macht?) Militär. In: Anstöße Nr. 4, 1985. S. 150 Dieser Begriff ist positiv besetzt und sollte eher durch „fehlende Dienstbereitschaft“ ersetzt werden (Anm. d. Autorin).

¹⁷⁴ Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, vom 09.02.1954. S. 65.

¹⁷⁵ Ebd. S. 70.

¹⁷⁶ Ebd. S. 68.

Das Zitat verdeutlicht die Konstruktion der Geschlechterrollen, wie sie in den 50er Jahren noch vorherrschte. Auch einen freiwilligen Waffendienst lehnte Lüders ab. Sie hielt dies auch mit der Freiheit der Berufswahl vereinbar, die beim freiwilligen Militärdienst ihre Grenze finden müsste.

Die SPD sah die geplante Regelung sehr wohl im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung, allerdings aus Sicht der wehrpflichtigen Männer,

„die sich in ihren Berufsaussichten und ihrer Berufsausbildung dadurch außerordentlich benachteiligt fühlen, daß sie bis zu zwei Jahren und unter Umständen länger aus dem Berufsleben herausgenommen werden sollen.“¹⁷⁷

In der 106. Sitzung des Rechtsausschusses am 06. Februar 1956 kam zum ersten Mal die Frage auf, ob und inwieweit Frauen im Verteidigungsfall zu bestimmten Dienstleistungen herangezogen werden dürften. Politischer Auslöser der Verteidigungsdebatte war die seit Beginn der 50er Jahre angenommene Bedrohung der Westmächte durch die kommunistischen Staaten. Es wurde versucht, eine Formulierung zu finden, die einerseits Frauen zu Dienstleistungen verpflichten konnte, andererseits den Schutz der Frauen in Kriegszeiten gewährleistete.

Elisabeth Schwarzhaupt (CDU/CSU) war zur Zeit der Debatte Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, der 1956 über den entgeltigen Wortlaut im Gesetzesentwurf zur Regelung des Wehrdienstes beriet. Vor dem Plenum schlug sie folgende Formulierung vor:

„Zu einer Dienstleistung in den Streitkräften dürfen Frauen außer im Verteidigungsfall nicht gezwungen werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Falle herangezogen werden.“¹⁷⁸

Wie schwierig hierbei jedoch der Begriff „Waffe“ abzugrenzen ist, erkannte der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt bereits in der vorausgegangenen Debatte 1954:

„Was ist denn im modernen Krieg Waffe? Wir haben doch den unmenschlichen Zustand gehabt, daß man junge Mädchen an die Flakscheinwerfer stellte und sie dann kriegsgerichtlich verurteilt hat, wenn sie es mit der Angst bekommen haben. [...] Da gibt es dann keine Unterscheidung mehr.“¹⁷⁹

In der 110. Sitzung wurde über die endgültige Fassung der Regelung zum Wehrdienst im Grundgesetz diskutiert und abgestimmt. Die Fassung wurde mit zehn Stimmen und

¹⁷⁷ Ebd. S. 74.

¹⁷⁸ Protokoll des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode vom 09.02.1954. S. 63.

¹⁷⁹ Ebd. S. 66 (SPD-Abgeordneter Adolf Arndt).

vier Enthaltungen angenommen. Im schriftlichen Ausschuss wurde dies wie folgt begründet:

*„Der Vorschlag beruht auf einem einstimmigen Beschluß des Ausschusses. Der erste Satz weicht von einem entsprechenden Vorschlag des Verteidigungsausschusses nur in der Formulierung ab. Der zweite Satz geht über diesen Vorschlag insofern hinaus, als er auch einen freiwilligen Dienst der Frau mit der Waffe in keinem Fall zuläßt.“*¹⁸⁰

Dazu führte Elisabeth Schwarzhaupt (CDU/CSU) in der 132. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages am 06.03.1956 im Plenum aus, dass Frauen weder freiwillig noch gezwungenermaßen einen Dienst mit der Waffe leisten dürften. Sie sah darin auch keinen Widerspruch in der Gleichberechtigung von Mann und Frau (vgl. Kap. 2.3).¹⁸¹ Dies zeigte die deutliche Verzahnung von Militär- und Geschlechtervorstellungen in der jungen Bundesrepublik. Der Ausschluss aus dem Militär wurde einerseits mit der Natur der Geschlechter begründet, andererseits durch die Erfahrungen aus der Vergangenheit legitimiert. Frieda Nadig (SPD), Mitglied im Rechtsausschuss, merkte an, dass Frauen sowohl im Krieg als auch im Frieden aus den Streitkräften ausgeschlossen werden sollten, da sie ganz im Sinne der Argumentation von Adolf Arndt die Befürchtung hegte, eine Verwendung von Frauen im Militär könne im Ernstfall auch einen Dienst mit der Waffe nach sich ziehen, da die Grenzen angesichts der modernen Kriegstechnik immer fließender wären.¹⁸² Sie sprach sich dafür aus, Frauen nicht in die Streitkräfte einzubeziehen. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde den Abgeordneten bewusst, wie schwierig die Abgrenzung des waffenlosen vom bewaffneten Dienst war und in Zukunft sein würde. Es zeigte sich, dass in der politischen Debatte eher das entworfene Gefährdungspotenzial einer bestimmten Tätigkeit maßgebend für die Abgrenzung war als die juristische Definition des Waffendienstes.¹⁸³

In die politische Debatte vermischten sich demnach zeitgebundene Wertvorstellungen zum Bild der Frau mit negativ besetzten Kriegserfahrungen sowie aktuellen politischen Konfrontationen mit dem Ostblock. Vor diesem Hintergrund waren Überlegungen zur Integration von Frauen in militärische Einheiten, selbst als Ärztinnen im Sanitätsdienst,

¹⁸⁰ Drucksache II/2150 des Deutschen Bundestages. Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses vom 29.02.1956. S. 2.

¹⁸¹ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode, 132. Sitzung vom 06.03.1956.

¹⁸² Protokoll des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode vom 06.02.1956. S. 6.

¹⁸³ Ernst Rebentisch weist nach, dass die Verlustzahlen im Sanitätsdienst in Kriegszeiten nur wenig unter denen der Infanterie liegen. Vgl. Rebentisch, Ernst (Hg.): Wehrmedizin. Ein kurzes Handbuch mit Beiträgen zur Katastrophenmedizin. München, 1980. S. 625.

undenkbar.¹⁸⁴ Die Vorstellung des Schutzes der Frau war ein weiterer zentraler Gedanke in der Debatte, der besagte, dass es ein kulturelles (oder je nach Sichtweise auch biologisches) Anliegen sei, Frauen vor den Gefahren des Krieges zu (be-)schützen.¹⁸⁵ In diesen Argumenten kann man ein Beispiel für von Judith Stiehm behauptete asymmetrische Beziehung zwischen Beschützern und Beschützten sehen, in der nur die Beschützer den Zugang zur Macht (nämlich der Macht, zu schützen) haben.¹⁸⁶ Der Preis für die Nicht-Anwendung der Wehrpflicht auf Frauen wäre demnach gewesen, dass die Friedfertigkeit als Charaktereigenschaft Frauen aufoktroyiert wurde.

2.2.3. Die Notstandsgesetzgebung

In den 60er Jahren kam eine erneute Diskussion über das Militärsanitätswesen auf, die vor allem um das Thema des Personalmangels kreiste. Das Bundesverteidigungsministerium versuchte bereits Ende der 50er Jahre, eine Regelung der zivilen Sanitätsversorgung im Verteidigungsfall zu finden. Seit 1958 hatte es mehrmals ein Sicherheitskonzept vorgelegt. Dieses wurde erst 1968 im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung unter der großen Koalition mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit bestätigt. Das erklärte Ziel war, für den angenommenen Verteidigungsfall die notwendige militärische Kapazität zu gewährleisten. Manche Autoren vertreten die Auffassung, dass diese Position der damaligen Regierungskoalition durch das NATO-Bündnis interessengeleitet war und primär das Ziel hatte, eine starke militärpolitische Position innerhalb dieses Bündnisses zu erreichen.¹⁸⁷

Im Zuge der Notstandsgesetzgebung als Teil der Gesamtverteidigungspolitik der Bundesrepublik wurde im Mai 1968 in der 174. Sitzung des Bundestages auch das Thema des Beitrages von Frauen zur Verteidigung der BRD aufgegriffen. Es wurde kontrovers über die Frage diskutiert, ob Frauen zu einer nichtmilitärischen Dienstleistung im Versorgungs- und Verpflegungswesen zwangsverpflichtet werden dürften, wenn der Verteidigungsfall einträte. Der Personalbedarf im Verteidigungsfall wurde auf eine Million Frauen geschätzt.¹⁸⁸ Es schien so, als ob die Frage nach der Rolle der Frauen in der Bundeswehr im Rahmen der Notstandsgesetzgebung stellvertretend für die innenpoliti-

¹⁸⁴ Das potenzielle Spannungsverhältnis zum verfassungsrechtlichen Gleichbeteiligungsgrundsatz wird zwar angesprochen, aber nicht als Hürde angesehen. Dennoch prägte die Vorstellung von Gleichberechtigung den politischen Diskurs in der jungen Bundesrepublik.

¹⁸⁵ Vgl. Steinkamm 2001, S. 155-162.

¹⁸⁶ Stiehm, Judith: The protected, the protector, the defender. In: Women's studies international forum 5 (1982) Nr. 3/4. S. 367-376. Hier S. 374.

¹⁸⁷ Albrecht-Heide, Astrid/ Bujewski-Crawford, Utemaria: Frauen, Krieg, Militär. Images und Phantasien. Tübingen, 1991. S. 124.

¹⁸⁸ Seidler 1978, S. 387.

sche Rolle der Bundeswehr diskutiert wurde. Eine Intervention der Bundeswehr hätte die Trennung von Polizei und Streitkräften theoretisch erstmals aufgelöst. Während die FDP mit Blick auf den Nationalsozialismus die dafür notwendige Gesetzesänderung als Grundlage für mögliche weitergehende Aushöhlungsversuche rechtsstaatlicher Prinzipien betrachtete im Sinne weiterer Verpflichtungen von Frauen zu Kriegseinsätzen wie im 2. Weltkrieg und sie als einzige Partei ablehnte, hielt die Große Koalition die gesetzliche Voraussetzung für die Möglichkeit einer Zwangsverpflichtung im Verteidigungsfall für essenziell. Die Verfassung wurde schließlich dahingehend geändert, dass Frauen im Verteidigungsfall zu zivilen Dienstleistungen verpflichtet werden konnten.¹⁸⁹ Dabei wurde der Hilfsdienst im Sanitätsdienst auf ortsfeste Lazarettorganisationen beschränkt, womit die direkte Gefährdung von Frauen in unmittelbarer Nähe militärischer Operationen verhindert werden sollte.

Damit wurde in der Geschichte der Bundesrepublik zum ersten Mal die gesetzliche Grundlage für einen medizinischen Pflichtdienst für Frauen im Verteidigungsfall geschaffen, was nicht unumstritten war. Obwohl die Entscheidung von der Großen Koalition getragen wurde, war sie in den beratenden Gremien äußerst umstritten. Die SPD-Fraktion kommentierte die Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag mit folgenden Worten:

„Damit wird erstmalig nach der Diktatur eine Zwangsrekrutierung gesetzlich wieder möglich.“¹⁹⁰

Die Diskussionsbeiträge der Abgeordneten Liselotte Funcke (FDP) und Elisabeth Schwarzhaupt (CDU/CSU) geben beispielhaft die politischen Meinungen wieder und zeigen die Problematik und Polemik auf, mit der dieses Thema debattiert wurde.

Liselotte Funcke führte zunächst aus, dass der Aspekt der humanitären Freiwilligkeit durch eine Zwangsverpflichtung eher gelähmt als gefördert würde:

„Es wäre nach meiner Ansicht für die Erziehung zur allgemeinen Hilfsbereitschaft verhängnisvoll und würde dem in Notzeiten immer wieder bewiesenen Opfergeist der weiblichen wie der männlichen Helfer nicht gerecht, wollten wir unseren Glauben an die Freiwilligkeit durch die Einführung einer Dienstpflicht in Frage stellen.“¹⁹¹

¹⁸⁹ Art. 12a Abs. 3 GG i.d. F. vom 19.03.1968.

¹⁹⁰ SPD-Fraktion: Frauen in die Bundeswehr – ein Schritt zur Emanzipation oder Mobilisierung der Reservearmee? Argumentationspapier der SPD-Fraktion vom 05.03.1968. Zitiert in Kraake 1992, S. 58.

¹⁹¹ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode, 174. Sitzung vom 15.05.1968.

Die Abgeordnete bezog in ihre Argumentation auch Männer mit ein, obwohl das Gesetz eigentlich nur Frauen betraf. Auf die Frage, ob Frauen nicht primär in der Familie und in nächster Nachbarschaft pflegerische Hilfe leisten würden, antwortete sie jedoch nicht. Die Ablehnung einer Notstandsverpflichtung war durch die Befürchtung motiviert, es käme zu einem Rückgang der freiwilligen Meldungen in Friedenszeiten, wenn eine Verpflichtung eingeführt würde:

„Wir wenden uns gegen die einseitige, diskriminierende Verpflichtung im Heil- und Pflegebereich, weil die Gefahr besteht, daß die einseitige mögliche ‚Bestrafung‘ derer, die sich einer Krankenpflegeausbildung unterziehen, bewirkt, daß sich dann weniger Freiwillige melden.“¹⁹²

Außerdem wollte Funcke nicht die Voraussetzungen für einen weiter gehenden Kriegsdienst für Frauen geschaffen sehen. Damit spielte sie auf den verpflichtenden Kriegshilfsdienst von Frauen im 2. Weltkrieg an:

“Wir wollen in diesem Augenblick nur in ganz begrenztem Bereich innerhalb der Streitkräfte Frauen dienstverpflichten, nämlich nur im Sanitätswesen. [...] Wenn wir durch den Art. 12 Abs. 3 des geltenden Grundgesetzes in den Bereich der Streitkräfte hinein verpflichtet werden könnten, steht es [...] nicht mehr in unserem Willen, was eines Tages alles durch die geöffnete Tür kommt.“¹⁹³

Mit dieser Position war keine grundsätzliche Infragestellung der Streitkräfte verbunden. Lediglich der verpflichtende Einsatz von Frauen über den Sanitätsdienst und den zivilen Bereich hinaus wurde abgelehnt an die Freiwilligkeit der Frauen appelliert. Demgegenüber vertrat die CDU die Auffassung, die Versorgung Verletzter müsse unter allen Umständen – notfalls mit Hilfe von zwangsverpflichteten Frauen – im Verteidigungsfall aufrecht erhalten werden. Die Abgeordnete Elisabeth Schwarzhaupt argumentierte mit den Bürgerpflichten der Frauen.

„Aber wir meinen, daß wir unter den engen besonderen Voraussetzungen, die dieses Gesetz aufstellt, einer Heranziehung der Frauen im Kriege, in der schwersten Not unseres Landes und unserer Gesellschaft, nicht widersprechen dürfen. Voraussetzung ist der Verteidigungsfall, der von zwei Dritteln der Abgeordneten des Bundestages bejaht worden ist. [...] Ich glaube, da sollten wir Frauen, gerade wenn wir uns als gleichberechtigte Bürger unseres Landes empfinden, nicht nein sagen.“¹⁹⁴

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Ebd.

¹⁹⁴ Ebd.

Sprachlich fällt die vorsichtige Bejahung der geforderten Bürgerpflicht durch eine doppelte Verneinung auf („nicht nein sagen“). Überhaupt gab es auf Seiten der CDU-Parlamentarierinnen keine Gegeninitiativen zu der Zwangsverpflichtung, während die SPD in der Frage der Notstandsgesetzgebung gespalten war.¹⁹⁵ Die Notstandsgesetze wurden schließlich am 30.05.1968 von der großen Koalition, also auch mit den Stimmen der SPD, im Bundestag beschlossen. Die FDP als Oppositionspartei stimmte als einzige Partei gegen die Grundgesetzänderung. Einige Jahre zuvor, als sie noch als Koalitionspartner der Unionsparteien an der Regierung beteiligt war, hatte sie die Notstandsgesetzgebung noch selbst mit auf den Weg gebracht.

Voraussetzung für die Dienstverpflichtung von Frauen war erstens die Feststellung des Verteidigungsfalles im Bundestag mit einer Zweidrittel-Mehrheit und zweitens, dass die erforderlichen Arbeitsleistungen nicht durch Freiwillige gedeckt werden konnten.¹⁹⁶ Außerdem betraf sie keine Frauen unter 18 und über 55 Jahren. Somit sollte erreicht werden, dass Frauen auch in Zeiten von Not den dringendsten familiären Pflichten nachkommen konnten. Eine historische Parallele kann zu der Debatte vor der Gründung der Bundeswehr gezogen werden. Schon damals galt dem Schutz der Frauen durch das Verbot einer militärischen Dienstverpflichtung höchste Priorität. Die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung trug diesem Anspruch insofern Rechnung, als die Einbindung von Frauen nur in ganz spezifischen Bereichen und nur für zivile Tätigkeiten vorgesehen war. Die Frage, ob dieses Kriegsbild der Realität entsprach, wurde weitgehend ausgeklammert.¹⁹⁷ Der Schutztopos behielt weiterhin seine Gültigkeit und wurde in seiner ideologischen Wertigkeit hoch eingeschätzt. Ebenso sollte durch die Freistellung von schwangeren Frauen, Frauen mit Kindern unter 15 Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen den Familienpflichten Vorrang gegeben werden. Was sich aus damaliger Sicht als schlichte Notwendigkeit darstellte, spiegelt aus heutiger Sicht die Verknüpfung von gesellschaftlichen Normen mit Geschlechterrollen wider. Die Ausnahmeregeln machen das Bemühen sichtbar, die tradierten Geschlechterrollen selbst für den imaginären Fall eines neuen Krieges aufrecht zu erhalten. Durch die komplizierten Konstruktionen, mit denen Frauen trotz ihrer geplanten (indirekten) Einbeziehung in die Kriegshandlung

¹⁹⁵ Albrecht-Heide und Bujewski 1982, S. 35.

¹⁹⁶ Schwarzhaupt, Elisabeth: Dienstverpflichtung von Frauen. In: Frau und Politik 14 (1968) Nr. 6. S. 5.

¹⁹⁷ Lediglich einzelne Stimmen aus der Bundeswehr selbst kritisierten diese Schutzbestimmung: So merkte ein General an, es sei fahrlässig, Frauen ohne die Berechtigung zu Kampfhandlungen im Kriege einzusetzen, da sie dadurch gegenüber Angriffen von Feinden noch wehrloser wären. Vgl. Seifert, Ruth: Weibliche Soldaten. Die Grenzen des Geschlechts und die Grenzen der Nation. In: Ahrens et al. 2005, S. 230-241. Hier S. 231.

gen ein besonderer Schutz geboten werden sollte, wurde auch das (Macht-) ungleichgewicht in den Rollen von Beschützer und Beschützter perpetuiert.

Zusätzlich zur Grundsatzdiskussion über die Verpflichtung von Frauen entbrannte eine Diskussion um den geschätzten Bedarf. Da es keinerlei Erfahrungswerte – zumindest für die moderne Kriegsführung – gab, schwankte die Zahl zwischen bundeswehrintern geschätzten 100.000¹⁹⁸ und einer Millionen zusätzlich benötigter Arbeitskräfte im Sanitäts- und Heilwesen im Verteidigungsfall.¹⁹⁹ Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gegner der Verpflichtung von Frauen im Spannungs- und Verteidigungsfall darin den ersten Schritt zur totalen Mobilisierung von Frauen für das Militär sahen, der in einem bewaffneten Einsatz enden könnte. Besondere Kritik rief der Umstand hervor, dass es Frauen nicht gestattet wurde, sich – wie die Männer – dieser Verpflichtung zum Dienst im Verteidigungsfall aus Gewissensgründen zu entziehen.²⁰⁰

Statt der ausgleichenden Wehrgerechtigkeit in Friedenszeiten stand Mitte der 60er Jahre demnach eher die schnelle personelle Bedarfsdeckung im Verteidigungsfall im Vordergrund.

Resümierend lässt sich sagen, dass der (freiwillige) Dienst von Frauen mit der Waffe erneut von allen Parteien vehement abgelehnt wurde, stattdessen wurde die Verpflichtung zu einer (zivilen) Dienstleistung eingeführt. Auf der Ebene des Selbst- und Fremdbildes bleiben die Positionen denen von 1956 gleich, während Fragen nach dem Bedarf, der Anbindung der Frauen und ihrer Rechtstellung kontrovers diskutiert wurden. Nicht nur die Zulassung von Frauen, sondern die Beeinflussung der Gesellschaft durch die Bundeswehr insgesamt wurde hinterfragt.

2.2.4. Wehrgerechtigkeit? Die Debatte um die Änderung des Soldatengesetzes

Aus der Perspektive der Wehrgerechtigkeit wurde im Bundestag schon ab 1964 über die Verpflichtung von Frauen in der Bundeswehr diskutiert.²⁰¹ Argumentativ wurde der Topos der Wehrgerechtigkeit auf zwei Ebenen herangezogen. Einerseits wurde von den Befürwortern immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, dass die Bundeswehr den Frieden für ganz Deutschland sichere und somit auch Frauen daran beteiligt sein müssten. Andererseits bestand Konsens darüber, dass Frauen ihr ganzes Leben mit Beruf und

¹⁹⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/32301: Zusammenfassung der Ausführungen des Bundesministers der Verteidigung, Kai-Uwe von Hassel, anlässlich des Gesprächs mit den weiblichen Abgeordneten des Bundestages am 24.03.1963: Frauen und Bundeswehr, Anlage 2: Übersicht über das bei der Bundeswehr beschäftigte und in einem Verteidigungsfall benötigte weibliche Personal.

¹⁹⁹ Seidler 1978, S. 387 und 391.

²⁰⁰ Ebd. S. 391.

²⁰¹ Vgl. Albrecht-Heide und Bujewski-Crawford 1991, S. 13.

Familie doppelt belastet werde und es somit nicht ungerecht sei, wenn Männer einen eineinhalbjährigen Wehrdienst leisteten. Rechtlich stand der Verpflichtung außerdem das Grundgesetz entgegen, nach dem jegliche Zwangsverpflichtung von Frauen verboten war.²⁰²

Der Argumentation dieser Debatte für oder gegen den (freiwilligen) Dienst von Frauen in der Bundeswehr Anfang der 70er Jahre lag ein bestimmtes Bild von der Funktion der Streitkräfte zugrunde: während die Befürworter im Dienst in der Bundeswehr vorrangig einen Beruf wie jeden anderen sahen, begründeten die Gegner ihre Ablehnung mit dem Argument, dass die Einbindung von Frauen lediglich einen weiteren Ausbau der Herrschaftssicherung des Militärs bewirke; sie plädierten stattdessen für Abrüstung. Bemerkenswerterweise gab es bis zum Ende der 70er Jahre hierzu keine offiziellen Stellungnahmen der Parteien, sondern lediglich Stimmen einzelner Politiker.²⁰³

Für die Debatte waren drei Gesichtspunkte von besonderer Bedeutung: erstens waren Vorstellungen von der Rolle der Frau in der Gesellschaft für die parlamentarische Diskussion maßgebend. Zweitens waren die Diskussionen von den Erfahrungen des Dritten Reiches und des 2. Weltkrieges geprägt, die sowohl für pazifistische Argumente als auch für die Begründung eines besonderen Schutzbedarfs von Frauen herangezogen wurden. Drittens wurde der biologische Unterschied von Mann und Frau für die Argumentation herangezogen und immer wieder die der Frau wesensfremde Tätigkeit betont. Letztlich war man sich in dieser Phase darüber einig, dass Frauen von der Wehrpflicht ausgenommen werden sollten.

2.2.5. Lückenbüßer oder Emanzipation durch Dienstrang? Vom Personal-mangel im Sanitätsdienst zur Zulassung von Frauen

Neben der Diskussion vor dem Hintergrund des Notstandsgesetzes und im Zusammenhang mit der Wehrgerechtigkeit kam das Thema „Frauen in der Bundeswehr“ noch von einer ganz anderen Seite zur Sprache. Wie aus der genaueren Analyse der Sitzungsprotokolle des Bundestages der Jahre 1964 bis 1967 deutlich wird, stellte sich in den 60er Jahren immer wieder das Problem des Personalmangels im Sanitätswesen der Bundeswehr, und damit auch die konkrete Frage der Abhilfe auch durch Einbezug der Frauen. Angefacht wurde das Thema durch den befürchteten Geburtenrückgang nach der Ein-

²⁰² Seidler 1978, S. 387.

²⁰³ Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bürgerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03.-05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983. S. 92.

führung der Pille im Jahre 1960.²⁰⁴ Zunächst versuchte man aber, durch verschiedene andere Maßnahmen die Attraktivität des Berufs Sanitätsoffizier für Männer zu erhöhen. In einer Debatte vom 11.12.1964 schlug der liberale Abgeordnete Fritz Rudolf Schulz vor, den Ärzten „bestimmte Zulagen“ zukommen zu lassen, um der „Diskrepanz zwischen dem Sanitätsoffizier und dem draußen praktizierenden Arzt“²⁰⁵ entgegenzuarbeiten.

Eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, Frauen in der Bundeswehr dienstverpflichten zu können, lehnte die FDP rigoros ab, wie der Bundestagsabgeordnete Hans-Georg Emde bereits in einem Zeitungsartikel von 1964 betonte:

*„Auch die neuen Erklärungen des Bundesverteidigungsministers sind nicht geeignet, die grundsätzlichen Bedenken der FDP gegen eine Militärpflicht für Frauen in der Bundeswehr zu zerstreuen. Im Gegenteil sind die Äußerungen des Bundesverteidigungsministers geeignet, den klaren Tatbestand der militärischen Verpflichtung zu verharmlosen.“*²⁰⁶

Auch die SPD lehnte zu diesem Zeitpunkt eine Grundgesetzänderung zur stärkeren Einbindung von Frauen strikt ab:

*„Die SPD-Bundestagsfraktion wird nach meiner Überzeugung keiner Grundgesetzänderung zustimmen, die es möglich macht, daß Frauen im Bereich oder im Verband der Streitkräfte dienstverpflichtet werden.“*²⁰⁷

Einzig eine Abgeordnete der CDU äußerte sich mit Verweis auf andere europäische Länder positiv zu einer Dienstverpflichtung, allerdings unter strengem Waffenauschluss:

*„Was vorgeschlagen wird, verlangt von der deutschen Frau nicht mehr, als Frauen in der Schweiz, in Schweden und den NATO-Ländern zugemutet wird. Sollten wir Frauen unsererseits nicht alles tun, um vorurteilsfrei und vernünftig an einer Lösung zu arbeiten, die unserer Verantwortung für das ganze gerecht wird?“*²⁰⁸

Im Januar 1965 wurde erstmalig im Rechtsausschuss des Bundestages der Einsatz von Frauen im Sanitätswesen der Bundeswehr erörtert, jedoch mit dem Argument, „zur Zeit

²⁰⁴ Van Creveld 2001, S. 214.

²⁰⁵ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 4. Wahlperiode, 153. Sitzung vom 11.12.1964.

²⁰⁶ Zitiert in: Hauer, Erich: Auch Frauen für die Bundeswehr? In: Westfälische Rundschau vom 30.09.1964. Abgeordneter Hans-Georg Emde.

²⁰⁷ Ebd. Abgeordnete Renger.

²⁰⁸ Ebd. Abgeordnete Klee.

*bestünden noch grundsätzliche Bedenken, weil die Öffentlichkeit befürchte, die Frauen würden zu rasch in eine militärische Tätigkeit eingeschaltet*²⁰⁹, schnell wieder fallen gelassen.

Als der Mangel an qualifiziertem Sanitätspersonal unübersehbar wurde, stellte der neue Verteidigungsausschuss – 1966 hatte es einen Regierungswechsel gegeben, der zur Bildung einer großen Koalition geführt hatte²¹⁰ – 1967 einen schriftlichen Antrag zur Abhilfe des Personalmangels an die Bundesregierung:

„Der Bundestag wolle beschließen, [...]

- 3. die Bundesregierung zu beauftragen, für eine Sicherstellung des Personalbedarfs der zivilen Verteidigung an Ärzten durch eine alsbaldige verbindliche Vereinbarung der Bundesminister der Verteidigung, des Innern und für Gesundheitswesen zu sorgen.*“²¹¹

Zwar wurde der Personalmangel neben den oben genannten Zulagen etwas gemildert durch die Gewährung von Stipendienzuschüssen für zukünftige Sanitätsoffiziere, durch die Einberufung von wehrpflichtigen Ärzten sowie durch die Einbindung ziviler Ärzte, dennoch betonte der Wehrbeauftragte Matthias Hoogen in seinem Jahresbericht 1967 explizit, dass der *„Mangel an Berufssanitätsoffizieren nicht in vollem Umfang durch zivile Vertragsärzte, die nebenamtlich und nur für eine bestimmte Zeit für die sanitätsärztliche Betreuung von Soldaten stehen, ausgeglichen werden kann.*“²¹²

Anfang des Jahres 1969 stand die Beratung über den Jahresbericht 1967 des Wehrbeauftragten im Bundestag auf der Tagesordnung, und die Lücke im Personalbestand der Bundeswehr war eines der wichtigsten Themen im Bericht. Dabei kam aus den Reihen der CDU das Anliegen nach einer schnellstmöglichen Reduzierung des Personalmangels im Sanitätsdienst der Bundeswehr auf:

„Daher möchten wir folgende Forderungen erheben:

- (1) Es muß eine leistungsgerechte Dienstpostenbewertung [...] unter Berücksichtigung der eigentümlichen Belastung vorgenommen werden.*

²⁰⁹ Zitiert nach Rebentisch 1995, S. 589 f.

²¹⁰ Die FDP hatte nach einer Regierungskrise die Koalition mit den Unionsparteien im November 1966 beendet. 1967 bestand das Kabinett aus 10 CDU/CSU und 9 SPD-Ministern. Feldkamp, Michael: Regentenlisten und Stammtafeln zur Geschichte Europas. Stuttgart, 2002. S. 410 f.

²¹¹ Drucksache V/1698 des Deutschen Bundestages vom 27.04.1967. Antrag des Verteidigungsausschusses.

²¹² Drucksache V/2948 des Deutschen Bundestages vom 22.05.1968. Jahresbericht 1967 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Matthias Hoogen.

(2) *Das Besoldungsgefüge muß durch strukturelle Besoldungsverbesserungen neu geordnet werden, wobei zu bedenken ist, daß Sonderhonorierungen aus neben-dienstlichen Tätigkeiten, wie sie im öffentlichen Gesundheitsdienst gegeben sind, auf Grund der besonderen Situation im militärischem Bereich den Sanitätsoffizieren nicht offen stehen.*

(3) *Die aktive Sanitätslaufbahn muß so umgestaltet werden, daß dem Sanitätsoffizieranwärter unmittelbar im Anschluß der Hochschulreife der Laufbahneinstieg ermöglicht wird [...].*

(4) *Die Zahlung einer Weiterverpflichtungsprämie für wehrpflichtige approbierte Sanitätsoffiziere in Höhe von 4000 DM je Verpflichtungsjahr sollte eingeführt werden [...].*

Wir halten es für notwendig, hier große Schritte zu tun, um nicht eine lange schwärende Wunde, mit der wir uns immer wieder zu beschäftigen haben, zu erhalten.“²¹³

Die Überlegungen der CDU zur Behebung des Problems beinhalteten zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht die Einbindung von Frauen. Vielmehr sollte dem Personalmangel durch eine Erhöhung der Attraktivität des Berufs des Sanitätsoffiziers durch höhere Besoldung, leistungsgerechte Dienstpostenbewertung, Prämien und Ähnlichem begegnet werden, da die geringe Verdienstmöglichkeit allem Anschein nach als wesentlicher Nachteil des Berufes gegenüber dem zivilen Bereich gesehen wurde.²¹⁴

Das Spektrum der Forderungen zeugt weniger von der Kontinuität einer homogenen politischen Debatte, sondern eher davon, dass eventuell bei einzelnen Abgeordneten seitens des Militärs direkt interveniert worden war. Dies wird durch die Wortwahl der Forderungen deutlich, die sich in ähnlicher Form im Bericht der Kommission zur Personalergänzung im Sanitätswesen wiederfinden.²¹⁵ Die Prämie von 4000 DM, wie in Forde-

²¹³ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode, 207. Sitzung vom 15.01.1969.

²¹⁴ In einer von der Bundeswehr durchgeführten Umfrage wurde diese Tatsache von 81 % der Sanitätsoffiziere angeführt. Vgl. Berndt, Helmut: Attraktiveres Berufsbild. In: Loyal 7 (1975) Nr. 8. S. 24-26. Hier S. 25.

²¹⁵ So heißt es in der Empfehlung Nr. 32 des Berichtes der Kommission: „Die bisher nach der Anlage zur Besoldungsordnung für Dienstposten des Sanitätsdienstes der Bundeswehr [...] sollte zur Verbesserung der Besoldung gegenüber der jetzigen Dienstpostenbewertung für bestimmte, durch Verantwortung und Funktion herausgehobene Dienstposten genutzt werden.“ (Vgl. Forderung Nr. 1). Die Empfehlung Nr. 33 des Berichtes der Kommission lautete: „Für alle Sanitätsoffiziere werden vermehrt Möglichkeiten zur Nebentätigkeit geschaffen, deren Rahmen auch über den gesetzlichen Auftrag hinausgehende Aufgaben bei entsprechender Vergütung durchzuführen ist.“ (Vgl. Forderung Nr. 2). Und in der Empfehlung Nr. 59 appelliert die Kommission daran, bereits „vor Aufnahme des Studiums eine Ausbildung zum Offizier von

rung Nr. 4 erhoben, die der Weiterverpflichtung von Sanitätsoffizieren dienen sollte, erscheint im Vergleich zu Truppenoffizieren außergewöhnlich und es ist fraglich, ob sie in diesem Kontext als gerecht und angemessen wahrgenommen wurde. Die Forderung zeigt, dass aufgrund der Personalnotlage selbst die Bundeswehr mit ihrem sonst starren Gefüge von Dienstgraden und Besoldungsgruppen monetäre Anreize schaffen musste, um besonders ausgebildete Arbeitskräfte für das Berufsfeld zu werben, wie es auch auf dem freien Arbeitsmarkt üblich war. Die Forderung Nr. 3 nach einer Übernahme in die Sanitätsoffizierslaufbahn direkt nach dem Studium war sinnvoll, da dadurch die Abwanderungsquote sank. Die Begründung der zweiten Forderung eines Ausgleichs für fehlende Sonderhonorierungen, wie sie im öffentlichen Gesundheitswesen üblich war, erscheint im Rückblick nicht sehr plausibel. Zwar war es richtig, dass Militärärzte keine Sonderhonorierungen aus nebenärztlicher Tätigkeit beziehen durften, dafür hatten sie als Soldaten aber andere finanzielle Vorteile in Bezug auf Krankenkassenbeiträge, Rentenversicherung, Verpflegung und Versorgung in der Kaserne im Vergleich zu Ärzten aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst.

Der Wehrbeauftragte Matthias Hoogen (CDU/CSU) bestätigte in der gleichen Debatte den personellen Notstand, indem er von erschreckenden Fehlzahlen des Stärkenachweises sprach:

„Ich glaube, wenn ich Ihnen die Zahlen nach dem heutigen Stand nenne, werden Sie genauso erschrocken sein wie ich: Es fehlen hier nach der STAN,²¹⁶ d.h. nach dem Stellen- und Ausrüstungsnachweis, im Augenblick 41%.“²¹⁷

Dieser Personalmangel erhöhte sich in den Folgejahren immer mehr. Wie dringend der Handlungsbedarf war, zeigte sich im Jahresbericht 1971 des nach dem Regierungswechsel neu gewählten Wehrbeauftragten Fritz-Rudolph Schulz (FDP). Er brachte dabei den Tod eines Soldaten durch Malaria mit der fehlenden medikamentösen und ärztlichen Versorgung in Zusammenhang.²¹⁸ Es zeigte sich, dass die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung offensichtlich ohne große Effekte blieben.

etwa 12 Monaten“ zu vermitteln, um einen zügigen Anschluss des Laufbahneinstiegs nach dem Studium zu ermöglichen. Vgl. Kommission des Bundesministers der Verteidigung „Personalergänzung beim Sanitäts- und Gesundheitswesen“ (Hg.): Die Personalsituation im Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr. Bonn, 1975 (Im Folgenden als Bericht der Kommission zitiert). S. 62 und 70.

²¹⁶ STAN: Stellen- und Ausrüstungsnachweis, teilweise auch Stärke und Ausstattungsnachweis bezeichnet die planmäßige Ausstattung mit Personal, Fahrzeugen, Verbrauchsmaterialien etc. einer Militäreinheit.

²¹⁷ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 207. Sitzung vom 15.01.1969.

²¹⁸ Drucksache VI/3232 des Deutschen Bundestages vom 29.02.1972.

Die Überlegung, für eine Lösung des Personalproblems des Sanitätswesens auch Frauen in diesen zu integrieren, konkretisierte sich in den parlamentarischen Debatten Ende 1974/ Anfang 1975, wenige Monate nachdem der Bundesminister der Verteidigung eine Kommission zur Bearbeitung dieses Themas eingesetzt hatte.²¹⁹

Die Idee der Aufnahme sich freiwillig verpflichtender Frauen in den Sanitätsdienst wurde zum ersten Mal durch die CDU-Abgeordnete Irma Tübler in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 16.10.1974 angesprochen. Sie stellte besorgt die Frage, ob die in der Presse zu lesenden Überlegungen in diese Richtung wahr seien:

*„Bedeutet die in der Presse wiedergegebenen Äußerungen des Bundesverteidigungsministers Leber zur Möglichkeit, Frauen auch in den Teilstreitkräften als Soldaten Funktionen ausüben zu lassen, daß bereits entsprechende Planungen im Bundesverteidigungsministerium bestehen bzw. Überlegungen in dieser Richtung angestellt werden? Wenn dies zutrifft, an welche Verwendungen und Laufbahnen, insbesondere in den Teilstreitkräften Heer und Marine, ist dabei gedacht?“*²²⁰

Die Antwort des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium Berkhan klang ausweichend. Er betonte vor allem, dass insbesondere ein Waffeneinsatz von Frauen ausgeschlossen sei. Seine Äußerung lässt vermuten, dass die Regierung einen breiten Konsens anstreben wollte, der auch von Gewerkschaften und Frauenverbänden mitgetragen werden würde. Einen Dienst mit der Waffe schloss er kategorisch aus:

*„Es ist richtig, daß im Bundesministerium für Verteidigung Überlegungen angestellt werden, Frauen auch in den Teilstreitkräften als Soldaten Funktionen ausüben zu lassen. Es wird zurzeit geprüft - und damit komme ich zu Ihrer zweiten Frage, Frau Kollegin Tübler -, ob und in welchem Umfang Frauen der Eintritt in die Sanitätsoffizierslaufbahn ermöglicht werden kann. [...] All das sind Überlegungen. Ihre Realisierung hängt davon ab, ob im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum – ich denke hier an die Gewerkschaften und die Frauenverbände – die notwendigen politischen Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden können. Eines aber lassen Sie mich ausdrücklich betonen: Der Einsatz von Frauen zum Dienst mit der Waffe steht überhaupt nicht zur Debatte. [...] Es geht hier speziell um Ärztinnen, um die ärztliche Versorgung der Truppe und um die Musterung eines heranstehenden wehrpflichtigen Jahrgangs; um nicht mehr, aber auch nicht um weniger.“*²²¹

²¹⁹ Vgl. Anmerkung 222.

²²⁰ Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 16.10.1974. MdB Tübler (CDU).

²²¹ Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 16.10.1974. Parlamentarischer Staatssekretär im BMVg Karl-Wilhelm Berkhan (SPD).

Damit blieben die Positionen auf der normativen Ebene ähnlich wie in der Debatte bei der Gründung der Bundeswehr: das gesellschaftlich akzeptierte Bild der Frau sollte auf keinen Fall durch eine Tätigkeit mit der Waffe in Frage gestellt werden. Bereits ein halbes Jahr vor der Diskussion waren in der Bundeswehr selbst bereits die Planungen der von Verteidigungsminister Leber einberufenen Kommission „Personal-Ergänzung beim Sanitäts- und Gesundheitswesen“ in Vorbereitung²²² (vgl. Kap. 2.4.3.). Anfang des Jahres 1975, in der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar, ergriff Verteidigungsminister Leber selber das Wort, um über eine geplante neue Wehrstruktur zu berichten. Bemerkenswerterweise erwähnte er die Einbindung von Frauen zur Behebung des Personalnotstands in dieser Debatte aber nicht. Im Gegenteil, der Verteidigungsminister lobte in dieser Sitzung sogar die Personallage der Bundeswehr:

*„Die Bundeswehr geht mit guten Voraussetzungen und auch mit einer guten personellen Besetzung an die anstehenden Aufgaben heran.“*²²³

Lediglich in einem Nebensatz deutete er an, dass die Bundeswehr *„eine natürliche Einrichtung im Staat und ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft“*²²⁴ sei, was man im Kontext der Einbindung von Frauen sehen kann, aber nicht zwangsläufig muss. Damit stellte er im Parlament die Entwicklungen weniger dramatisch dar, als dies zu erwarten gewesen wäre, was eine gewisse Diskrepanz zu den Verlautbarungen nach innen darstellte, da sich an der Situation im Sanitätswesen wenig geändert hatte. Ein Grund dieses Taktierens könnte die unkalkulierbare Auseinandersetzung der öffentlichen Meinung mit dem Thema „Frau und Militär“ gewesen sein.

Die SPD sah das Problem des Ärztemangels nicht in der Tatsache, dass zu wenig Ärzte in der Bundeswehr eingestellt waren, sondern darin, dass *„viel zu viele Mediziner in den Streitkräften ihren ärztlichen Aufgaben entzogen oder auch entwachsen sind“*²²⁵, wie der SPD-Abgeordnete Paul Neumann im Pressedienst seiner Fraktion 1974 formulierte.

²²² Bericht der Kommission 1975, S. 2 f. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 10.06.1974 in Bonn statt. Die 20 Mitglieder der Kommission waren mehrheitlich keine Bundeswehrangehörige. Nur zwei Bundeswehrärzte wurden in die Kommission berufen, die übrigen waren Bundestagsabgeordnete, niedergelassene Ärzte mit Reservistenfunktion, Funktionäre der Bundesärztekammer, Gesundheitsbehörden und Direktoren von Unikliniken. Die Kommission tagte in elf Sitzungen, außerdem fanden fünf Anhörungen mit Sanitätsoffizieren und Sanitätsoffizieranwärtlern statt und es wurden zwei Fragebogen von insgesamt 1.000 Bundeswehrangehörigen ausgewertet.

²²³ Stenographischer des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 144. Sitzung vom 24.01.1975.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Neumann, Paul: Besorgniserregendes Defizit an Ärzten. Vorschläge für das Sanitätswesen der Bundeswehr. In: Sozialdemokratischer Pressedienst der SPD 29 (1974) Nr. 106 vom 06.06.1974. S. 5-7. Hier S. 6.

Die SPD-Fraktion forderte deshalb die Umstrukturierung der ärztlichen Tätigkeit auf reine Gesunderhaltung und Heilung bei gleichzeitiger Reduzierung administrativer und planungstechnischer Aufgaben. Zugleich betonte Neumann: *„Für eine Verwendung nur männlicher Mediziner spricht nichts außer einem massiven Vorurteil.“*²²⁶ Neumann plädierte damit für eine Abkopplung der Berufszugehörigkeit von der Geschlechtszugehörigkeit.

Die in die Debatte eingreifenden SPD-Parlamentarier sahen die Ärztinnen aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation als gleichgestellt an, da die ärztliche Tätigkeit in einem Krankenhaus – zivil oder in der Bundeswehr – nicht per se an ein Geschlecht gebunden sei. Die SPD plädierte daher für eine Öffnung der Bundeswehr und verwies auf andere Nationen, in denen Frauen längst Dienst in der Armee taten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass schon die erste Diskussion um das Thema „Frauen in die Bundeswehr“ von einer gewissen Ambivalenz (oder Unsicherheit) auch innerhalb der Regierungsparteien geprägt war, die sich in den darauf folgenden Bundestagsitzungen weiter fortsetzten sollte.

Konkret wurde die Debatte in einer Sitzung des Parlaments unter der neuen Regierung im Mai 1975²²⁷ mit der ersten Beratung des eingebrachten Entwurfs zur Änderung des Soldatengesetzes, welcher für die Zulassung von Frauen zur Bundeswehr notwendig war. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits 50 Frauen bei der Bundeswehr für eine Dienststelle beworben.²²⁸

Der parlamentarische Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums Hermann Schmidt betonte hierbei die politische Grundsatzentscheidung, welche zur Gleichstellung der Frauen beitragen sollte:

„Unabhängig davon [von der Behebung der personellen Notlage, Anm. d. Autorin] soll die neue gesetzliche Regelung auch dazu dienen, die praktische Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft zu fördern.“

Und er hob weiterhin hervor:

*„Dies ist besonders dort notwendig, wo Frauen die selben beruflichen Leistungen wie Männer erbringen.“*²²⁹

²²⁶ Ebd. S. 7.

²²⁷ Das neue Kabinett Schmidt hatte gerade die Regierung Brandt abgelöst. Georg Leber war unter beiden sozialdemokratischen Bundeskanzlern Verteidigungsminister (1972-1978). Feldkamp 2002, S. 413.

²²⁸ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

²²⁹ Ebd.

Diese Argumentation wurde von der Opposition als rhetorische Strategie dargestellt. Der Abgeordnete Biehle kritisierte, dass die Regierung den Zusammenhang zwischen der geplanten Öffnung und dem nunmehr über zehn Jahre lang bestehenden Personalproblem im Sanitätsdienst der Bundeswehr herunterspielte:

„Wir begrüßen die Erschließung neuer Bereiche für Frauen in der Bundeswehr. [...] Diese [Entscheidung, Anm. d. Autorin] ist aber – lassen Sie mich das hier sagen – nicht durch das ‚Jahr der Frau‘ begründet, wie es ursprünglich immer herausklang- der Zusammenhang mag rein zufällig sein- sondern hat ihre Ursachen im Mangel an Ärzten in der Bundeswehr [...].“²³⁰

Die CDU als Oppositionspartei verschloss sich also trotz eines konservativen Frauenbildes grundsätzlich nicht dem Gedanken der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, betrachtete die Motivation der Regierung für den Schritt aber kritischer. Der Abgeordnete Biehle stellte in Frage, dass diese Entscheidung aus Gründen der Gleichstellung der Frau getroffen wurde. Wer Gleichberechtigung erst anlässlich nicht anders zu lösender Personalprobleme verwirkliche, müsse sich Folgendes fragen lassen:

„Wo bleibt denn da die Glaubwürdigkeit? Ich meine, daß hier der Gleichheitsgrundsatz erneut durchbrochen ist. Man muß die Frage stellen, ob die Frauen nicht als Lückenbüßer in Erscheinung treten.“²³¹

Von daher sah er das Vorhaben, die Laufbahn des Sanitätsoffiziers für Frauen zu öffnen, als wenig revolutionär und halbherzig an. In diesem Zusammenhang kritisierte er, dass Zahnärztinnen und Apothekerinnen nicht eingebunden werden sollten, obwohl diese seiner Meinung nach bei einer Grundsatzentscheidung ebenfalls mit hätten integriert werden müssen.²³²

Andererseits wollte die CDU/CSU Fraktion (hier Abgeordneter Alfred Biehle) unbedingt sicherstellen, dass

²³⁰ Ebd.

²³¹ Ebd.

²³² Der Abgeordnete Alfred Biehle übersah, dass es nur eine Laufbahn für Sanitätsoffiziere gab und keine getrennten Laufbahnen für Ärzte, Apotheker und Zahnmediziner. Die Entscheidung, zunächst nur Stabsärztinnen einzustellen, nicht jedoch Stabsapothekerinnen, hing mit der damals besseren Personallage bei den Apothekern zusammen. Rechtlich waren aber beide Berufsgruppen berechtigt, die Laufbahn anzutreten.

„auf dem Weg über die weiblichen Sanitätsoffiziere keine Bresche geschlagen wird, die eines Tages, langfristig gesehen, zu einem Soldatentyp führt, der dem des ‚Flintenweibes‘ östlicher Prägung auch nur ähneln könnte.“²³³

Durch Verwendung von Begriffen wie „Flintenweib“ und „Bresche schlagen“ bediente Biehle sich einer negativ konnotierten Sprache und spielte auf eine seiner Ansicht nach für Frauen „unnatürliche“ Rolle an. Er grenzte die Frauen in dem Sanitätsdienst der Streitkräfte deutlich zum kommunistischen Ostblock ab. Mit dieser Aussage wird die Angst vor dem Verlust der Weiblichkeit deutlich, den eine weibliche Soldatin im Einsatz signalisierte. Zusätzlich wurde die Abweichung vom weiblichen Rollenbild als indirekte Bedrohung der westlichen Kultur dargestellt. Auch wenn der Abgeordnete letztlich seine Zustimmung zu dem Gesetz signalisierte, verband er sie mit der deutlichen Forderung, das Gesetz müsse *„beim Sanitätsoffizier seine Grenzen.“²³⁴* finden.

Die Äußerungen des Sprechers der CDU/CSU Fraktion Alfred Biehle lassen den Schluss zu, dass seine Partei eigentlich nicht viel von der Idee „Frauen zur Bundeswehr“ hielt, aber die Notwendigkeit einer Lösung des sehr lange bestehenden Personalproblems einsah. Weder der Widerstand gegen die Lösung der Personalprobleme in der Bundeswehr noch ein öffentliches Auftreten gegen die Verbesserung der Chancengleichheit hätte der Partei wohl viel öffentliche Zustimmung eingetragen.

Auch der FDP-Abgeordnete Lothar Krall sah in dem Gesetzesentwurf *„keinen Beitrag zum Jahr der Frau“²³⁵*, sondern eine rein pragmatische Lösung des Personalmangels. Auch er bediente sich sprachlich stereotyper Frauenbilder, wenn er die Erwartung äußerte, *„beim Aufsuchen eines Bundeswehrkrankenhauses künftig von zarter Frauenhand behandelt zu werden.“²³⁶*

Der Abgeordnete wies daneben auf den Bericht der Bundeswehr-Kommission (vgl. Kap. 2.4.3.) hin, aus dem sich die Perspektive eröffnete, weitere militärische Laufbahnen für Frauen zu öffnen. Zwar hatte diese Möglichkeit prinzipiell bestanden, jedoch hatte die Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt kein Interesse daran, Apothekerinnen, Veterinärinnen und Zahnärztinnen einzustellen.²³⁷ Dies deutet darauf hin, dass für die Bundeswehr

²³³ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

²³⁶ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975.

²³⁷ *„Im Hinblick auf den Anteil an längerdienenden Sanitätsoffizieren (Zahnarzt) macht die Personalsituation hier jedoch keine kurzfristig greifenden Maßnahmen erforderlich, wie sie die Einstellung von weiblichen Sanitätsoffizieren beinhaltet. [...] Wegen der günstigen Personal-*

Gleichstellungsbelange von Frauen eher sekundär gewesen waren und die konkrete Abhilfe des Personalproblems im Vordergrund stand.

Diese offizielle Stellungnahme im Rahmen einer Presseerklärung aus dem Bundesverteidigungsministerium bestätigte also die These des Abgeordneten Alfred Biehle, dass Gleichstellungsbelange für die Entscheidungsfindung sekundär gewesen waren.

Die FDP wandte weiterhin ein, dass die Möglichkeit einer Teilzeitarbeit, wie sie im Beamtenrecht schon verankert war, nicht vorgesehen sei und mahnte eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes an:

„Dies sollte in einem Gesetz, das der Frau Zugang zu einem neuen Beruf verschafft, auf gar keinen Fall fehlen. Die Bundeswehr sollte daher auch mit dieser Vorlage diesem guten Beispiel folgen, indem gesetzgeberisch für ihren eigenen Bereich die Teilzeitarbeit zum festen Bestandteil der Arbeitswelt gemacht wird.“²³⁸

Insgesamt befürwortete die FDP als Koalitionspartei aber den Vorschlag. Hatte sie im Zuge der Notstandsgesetzgebung als Oppositionspartei noch starke Vorbehalte gegen eine Zwangsverpflichtung von Frauen im Verteidigungsfall, sah sie nun (als Koalitionspartei) durch das Prinzip der Freiwilligkeit ihre liberalen Grundsätze gewahrt.

Angesichts des Verständnisses der Bundeswehr als einer auf Wehrpflicht beruhenden Armee stellte sich auch die Frage, in welchem Umfang die Angehörigen einer Armee einem „Beruf“ angehörten. Für die sich freiwillig verpflichtenden Frauen schien dies zwar der Fall zu sein, andererseits wurden in der parlamentarischen Diskussion Verbindung zwischen Beruf und Geschlecht zur Sprache gebracht. So vertrat ein Abgeordneter der SPD die Auffassung, dass der Beruf Soldat eben kein Teilzeitberuf sei und dass dies in generellem Konflikt mit dem Soldatenstatus stehe. Im Gegenteil, die Sanitätsoffiziere *„sind in ihrem Verantwortungsbereich auch außerhalb der regulären Arbeitszeit in der Verantwortung und müssen in bestimmten Situationen auch über die reguläre Arbeitszeit hinaus zur Verfügung stehen.“²³⁹* Hier wurde also die Ansicht vertreten, dass Teilzeitarbeit in den Streitkräften militärisch nicht machbar sei.

In diesem Debattenbeitrag zur Arbeit von Frauen im Kontext der Armee zeigte sich ein Argument, das sich historisch bezüglich des weiblichen Eindringens in weitgehend ex-

lage bei den Sanitätsoffizieren Apotheker und den Sanitätsoffizieren Veterinär ist auch hier eine Einstellung von Apothekerinnen und Tierärztinnen nicht vorgesehen.“ Vgl. Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Erläuterungen zur geplanten Einstellung von Frauen in die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung vom 19.02.1975. S. 9.

²³⁸ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

²³⁹ Drucksache VII/3771 des Deutschen Bundestages vom 12.06.1975. Bericht und Antrag des Berichterstatters Friedrich Gerstl (SPD).

klusiv männliche Institutionen noch vielfach wiederholte: die Frage der Eignung oder Nichteignung eines Berufs zur Teilzeitausübung. Auch an den Hochschulen war die Betonung der Ernsthaftigkeit und der allumfassenden wissenschaftlichen Tätigkeit „rund um die Uhr“ als Argument für den Ausschluss von Frauen bis in die 90er Jahre präsent.²⁴⁰ Erwähnenswert ist die Tatsache, dass in den hier analysierten Diskussionen innerhalb der BRD weder physische oder psychische, noch intellektuelle Qualifikationen von Frauen als Argumentation für eine Verwendung im Sanitätsdienst eine zentrale Rolle spielten – im Gegensatz zu der US-amerikanischen Debatte, in der dieses Argument von Anfang an einen hohen Stellenwert besaß.²⁴¹ Die in der Bundesrepublik geäußerten Zweifel beruhten einzig auf der Annahme, dass Frauen nicht in gleichem Maße zeitlich und räumlich flexibel seien wie Männer, d. h. die gesellschaftliche Rolle der Frau als Mutter und Ehefrau stand im Vordergrund.

Im Gesetzesentwurf war zwar keine Möglichkeit zur Teilzeitarbeit vorgesehen, jedoch wurde Frauen die Möglichkeit einer völligen Freistellung von drei Jahren eingeräumt, und zwar sowohl zur Kinderbetreuung als auch zur Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen. Hier warf die Opposition die Frage auf, ob dies nicht auch den männlichen Soldaten zugestanden werden müsse, um dem Gleichheitsgrundsatz gerecht zu werden. Die einseitige Mutterschutzregelung für Soldatinnen wurde hingegen nicht bemängelt, mit der Begründung „*Männer bekommen ja bekanntlich keine Kinder.*“²⁴² (Abgeordneter Alfred Biehle, CDU/CSU Fraktion)

Von der CDU/CSU wurde zudem die Tatsache beanstandet, dass vorgesehen war, die weiblichen Sanitätsoffiziere zwar an Handfeuerwaffen zur Selbstverteidigung oder zum Schutz ihrer Patienten auszubilden, aber dass der tatsächliche Gebrauch der Waffe im Gegensatz zu den Männern nicht verpflichtend sei, sondern der Gewissensentscheidung der Einzelnen überlassen bliebe. Dabei kam die Überlegung auf, dass auf Grund dieser Ausnahme von der ‚soldatischen Pflicht‘ Verwundete eines Lazaretts im Ernstfall doch lieber unter der Obhut eines männlichen Sanitätsoffiziers stehen müssten.

Während der zweiten Beratung wurde außerdem die Forderung von der Opposition nach der Einbindung von Frauen in die Sanitätsoffiziersanwärterlaufbahn laut, die dann auf Kosten der Bundeswehr das Studium der Medizin oder Pharmazie absolvieren könnten, um sich hinterher für zwölf Jahre zum Dienst zu verpflichten:

²⁴⁰ Bock, Ulla/ Braszeit, Anne/ Schmerl, Christiane (Hg.): Frauen an den Universitäten. Zur Situation von Studentinnen und Hochschullehrerinnen in der männlichen Wissenschaftshierarchie. Frankfurt am Main, 1983. S. 194.

²⁴¹ Seifert, Ruth: Militär und Geschlechterverhältnis. Ein Überblick über aktuelle Problemfelder in der Bundesrepublik, Israel und den USA. Hamburg, 1998. S. 12.

²⁴² Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

„Ziel ist die Erhöhung der Zahl der durch Staatsverträge festgelegten Studienplätze, um langfristig eigene Sanitätsoffiziere heranzubilden, wobei die Frau nicht ausgeklammert werden darf.“²⁴³

Immerhin hatten sich – neben den bereits erwähnten 50 Bewerbungen für die Offizierslaufbahn mehr als 1.500 Abiturientinnen für die Laufbahn des Offiziersanwärters interessiert.²⁴⁴ Der Grund mag in der Beliebtheit dieser Studienplätze gelegen haben, die nicht einmal für die männlichen Anwärter ausreichten.²⁴⁵ Diese Frage wurde aber danach nicht weiter verfolgt. Dieser Umstand legt den Schluss nahe, dass in der Tat die desolate Personallage der Bundeswehr für die Verantwortlichen in der Regierung und im Militär handlungsbestimmend war und dass das Argument der Gleichberechtigung kein Rolle mehr spielte, wo es um eine tatsächliche Gleichverteilung der Chancen gegangen wäre. Ein vorfinanziertes Studium für Frauen hätte zudem aufgrund der Studienvorlaufzeit zu keiner schnellen Lösung des Personalproblems geführt.

Trotz der vielen Kritikpunkte und ungeklärten Detailfragen wurde das Gesetz ohne eine dritte Beratung schon im Juni 1975 mit nur einer Gegenstimme verabschiedet, weil *„die Beratung des Entwurfs noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden sollte.“²⁴⁶* Der Grund war die geplante Umsetzung des Gesetzes noch vor Jahresende. Obgleich das Gesetz eine breite Mehrheit besaß (es gab nur eine Gegenstimme), lassen viele der angeführten Zitate von Abgeordneten, sowohl von der Regierungspartei als auch der Oppositionsparteien den Verdacht aufkommen, dass sie nicht viel von der Öffnung der Bundeswehr hielten. Der Beschluss war von der Einsicht in die Notwendigkeit der Lösung des Personalproblems der Bundeswehr im Sanitätsdienst bestimmt. Es wäre wohl auch kaum imagefördernd gewesen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit als Abgeordneter durch Ablehnung des Gesetzesentwurfs indirekt für ein Weiterbestehen des Personalproblems zu votieren. Zum anderen könnte die schnelle Entscheidung von der Angst geprägt gewesen sein, eine breite öffentliche Debatte zu dem Thema anzustoßen.

²⁴³ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975.

²⁴⁴ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

²⁴⁵ 1975 bewarben sich 1.600 Abiturienten um die ca. 60 reservierten Studienplätze in der Fachrichtung Humanmedizin. Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 3. Schreiben an den Sender Freies Berlin vom 25.08.1975.

²⁴⁶ Drucksache VII/ 3771 des Deutschen Bundestages vom 12.06.1975. Bericht und Antrag des SPD-Abgeordneten Friedrich Gerstl.

Die SPD als Regierungspartei hatte ein starkes Interesse, die Entscheidung wie oben erwähnt als positiven Beitrag der Regierung zur Emanzipation der Frau und somit zur Förderung der Gleichberechtigung darzustellen. Friedrich Gerstl, ebenfalls SPD-Abgeordneter der 7. Legislaturperiode, sprach in der nächsten Bundestagssitzung erneut von der *„Möglichkeit für Frauen, gleichberechtigt neben dem Mann einen Beitrag zur äußeren Sicherheit unseres Landes zu leisten.“*²⁴⁷ Mit diesem Wortlaut sprach er den Bürgerstatus von Frauen an und verband ihn mit dessen Pflicht, dem Vaterland zu dienen.

Die Rekonstruktion der parlamentarischen Diskussion zeigt dennoch die grundsätzliche Bereitschaft der sozialliberalen Regierungsmehrheit, Frauen das neue Berufsfeld im Sanitätsdienst der Bundeswehr zu eröffnen, sowie auch die Unterstützung der Opposition. Während die Opposition zwar behauptete, die Öffnung der Bundeswehr für Frauen diene lediglich der personellen Ergänzung im Sanitätsdienst, hoben die Regierungsparteien, insbesondere der damalige Verteidigungsminister Leber, die Öffnung als Zeichen zur Förderung der Gleichberechtigung der Frauen hervor.²⁴⁸

*„Ich hätte mich auch dann für die Einführung einer weiblichen Sanitätslaufbahn eingesetzt, wenn die Bundeswehr keinen Mangel an Sanitätsoffizieren hätte.“*²⁴⁹

Dass die Öffnung zunächst nur für den am stärksten von Personalproblemen betroffenen Bereich der Bundeswehrärzte galt, und Apothekerinnen, Zahnärztinnen und Tierärztinnen nicht zugelassen wurden, da hier der Bedarf ausreichend war, zeigt, wie stark das Personalproblem im Vordergrund stand. Das Gleichberechtigungsargument war trotzdem wichtig, um die Öffnung der Laufbahn für Frauen pressewirksam gegen grundsätzliche Widerstände – gerade bundeswehrintern – durchzusetzen. Es gibt Schriftsätze, aus denen hervorgeht, dass höhere Stellen der Bundeswehr selbst nicht der Meinung waren, durch die Eingliederung von Frauen die Personallücke dauerhaft schließen zu können.²⁵⁰

²⁴⁷ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975.

²⁴⁸ In einem internen Sitzungsprotokoll Ende des Jahres 1974 heißt es: *„Der Minister erteilt Weisung an VR und InSan eine Gesetzesänderung vorzubereiten, die die Sanitätsoffizierlaufbahn für Frauen öffnet[...]. Er beabsichtigt, die Maßnahme so beschleunigt zu realisieren, daß 1975, im UNO-Jahr der Frau, die erste Frau von ihm zum Sanitätsoffizier ernannt wird. AL VR soll binnen 1 Woche das Ergebnis seiner Überlegungen über notwendige Gesetzesänderungen vorlegen [...]. VR soll ebenfalls schon jetzt über die Gestaltung der Uniformen für weibliche Sanitätsoffiziere erste Schritte einleiten.“* Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Auszug aus dem Kollegiumsprotokoll vom 07.11.1974. Tagesordnungspunkt 1: Öffnung der Sanitätsoffizierlaufbahn für Frauen.

²⁴⁹ Leber, Georg: Interview. In: Voigtländer, Dorothea: Frauen in die Bundeswehr? In: Bonner General-Anzeiger vom 12.04.1975.

²⁵⁰ Vgl. Bericht der Kommission 1975, S. 72.

Einzelne Kompanieführer lehnten Frauen in ihrem Bereich sogar explizit ab.²⁵¹ Mit der Zulassung von Frauen allein für den Sanitätsdienst erfüllte die Koalition eine bereits länger bestehende Forderung der FDP (vgl. Zitate in Kap. 2.2.3). Anhand der Sprechweise einzelner Abgeordneter wurde außerdem deutlich, dass unterschwellig stets die Befürchtung vorhanden war, die Öffnung der Bundeswehr für Frauen im Bereich des Sanitätswesens sei nur ein Schritt hin zur allgemeinen Dienstverpflichtung der Frau, was auf der normativen Ebene nicht dem gesellschaftlich akzeptierten Rollenbild der Frau entsprochen hätte. Deshalb wurde immer wieder herausgestellt, dass es sich bei der Diskussion einzig und allein um Sanitätspersonal, speziell um Ärztinnen handele, die eingestellt werden sollten, um die Versorgung der Truppe sicherzustellen. Von den Regierungsparteien wurde zwar immer wieder der emanzipatorische Gedanke des Gesetzes betont, was jedoch durch die anfängliche Fokussierung rein auf Ärztinnen nicht ganz überzeugen konnte.

Schließlich ist auffallend, dass die Debatte „Frauen in die Bundeswehr“ im Bundestag zwar kontrovers diskutiert wurde, es aber dennoch keine einheitliche, parteilich gebundene Meinungsverschiedenheit gab, sondern sich der Disput durch die gesamte politische Landschaft zog, was die Entscheidungsfindung zusätzlich erschwerte. Die parlamentarische Diskussion zur Einbindung von Frauen in die Sanitätslaufbahn wurde nach außen aber äußerst zurückhaltend geführt, so dass die Uneinigkeit nicht vordergründig sichtbar war. Die Kontroversen entbrannten letztlich weniger stark um die Tatsache der Öffnung selbst, als viel mehr um Details wie der konkreten Eingliederung von Frauen, ihre rechtliche Stellung und um die Möglichkeit der Teilzeitarbeit.

Die Diskussion wurde somit auf zwei verschiedenen Ebenen ausgetragen – zum einen auf breiter politischer Ebene als Frage der Chancengleichheit, zum anderen wurden die Probleme in Bezug auf die Integration von Frauen in eine Militärorganisation thematisiert. Die Frage, ob die Öffnung einen Beitrag zur Gleichstellung darstelle, wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch kontrovers beurteilt. Die Zweischneidigkeit des Gleichheitsverständnisses lässt sich mit dem jeweils unterschiedlichen Verständnis von Gleichberechtigung begründen. Der Gesetzgeber konnte sich in dieser Phase nicht eindeutig entscheiden, ob „gleichwertig“ eher in der Anerkennung der Gleichwertigkeit besteht im Sinne einer Austauschbarkeit der Geschlechterrollen, oder ob damit die Anerkennung der Gleichwertigkeit weiblicher Fähigkeiten gemeint sein sollte. Die parlamentarische Debatte zeigte, dass beides eine Rolle spielte. Sowohl die verfassungsrechtliche Anerkennung des Gleichberechtigungsgrundsatzes als auch ein soziales Gleichheitsgebot, welches nicht die Gleichheit an sich betont, sondern die unterschiedlichen Eigenschaf-

²⁵¹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Marine Flottenkommandos an das BMVg vom 19.04.1975.

ten und Fähigkeiten als gleichwertig ansieht, wurden in den Äußerungen der Parlamentarier deutlich.²⁵² Die Bundeswehr selbst äußerte sich in einer Stellungnahme des Luftwaffenkommandos an das Sanitätsamt dazu mit den Bedenken, dass gerade die gezielte „Nicht-Gleichbehandlung“ der Frauen in Form der Zulassung rein zum Sanitätsdienst zu beruflichen Nachteilen führen würde:

„Weibliche Soldaten [...] hätten nur ein eingeschränktes Angebot an Dienstposten und daraus sich ergebenden Werdegangserwartungen, daß dieses Angebot eine Chancengleichheit verhindert, von der unabdingbar ausgegangen werden muß.“²⁵³

Die politische Grundsatzentscheidung bedeutete ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik; die Unvorhersehbarkeit der Reaktion der Gesellschaft gebot es nach Meinung der Regierungskoalition, diesen Schritt so umzusetzen, dass er eine breite parlamentarische Zustimmung genoss und möglichst wenige Kontroversen in der allgemeinen Öffentlichkeit hervorrief. Tatsächlich gab es 1975 weder Demonstrationen noch eine breite öffentliche Debatte zur Öffnung der Bundeswehr für Frauen; diese entbrannte erst Ende der 70er Jahre, ging dann aber weit über das Thema „Frauen im Sanitätsdienst“ hinaus und beschleunigte den Prozess des Rollenwandels der Frau auf gesellschaftspolitischer Ebene.

2.3. Rechtliche Entwicklung. Der Artikel 12a des Grundgesetzes von 1956 – 1968

Bis zur Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen war die Bundeswehr eine exklusiv männliche Institution. Nur Männer konnten aufgrund des § 1 WpflG zum Wehrdienst verpflichtet werden und auch auf freiwilliger Basis war es nach dem Grundgesetz Frauen verboten, einen Dienst in der Bundeswehr zu leisten. Der Gesetzestext, der diese Beschränkung festschrieb, findet sich in Art. 12a des Grundgesetzes. Die Gesetzgebungsgeschichte zur Änderung der Vorschrift soll näher diskutiert werden.

Die Frage nach der Übernahme der Frauen in die Bundeswehr kann nicht ohne eine Betrachtung des Grundgesetzes und des Soldatengesetzes beantwortet werden, welche die gesetzlichen Grundlagen des Zugangs zur Bundeswehr darstellten. Die Entwicklung der Auslegung beider Gesetze ist vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Rollenverständnisses der Geschlechter seit Beginn der 60er Jahre zu sehen.

²⁵² Zu den Begriffen Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit vgl. Maihofer, Andrea: Gleichheit und/oder Differenz? Zum Verlauf einer Debatte. In: Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen, 1998 (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28). S. 155-176.

²⁵³ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Fü L I 1 an Referat InSan II 3: Verwendung von Frauen im Soldatenstatus der Bundeswehr vom 11.04.1975.

Fragen des Wehrdienstes und der Zulassung von Frauen zur Bundeswehr waren im Art. 12 – später 12a – des Grundgesetzes geregelt. Als das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland am 23.05.1949 in Bonn verkündet wurde, lag die Gründung der Bundeswehr (1956) noch in weiter Ferne. Folglich wurde die Wehrpflicht in der Erstfassung noch nicht erwähnt. In Art. 12 Absatz 2 befand sich lediglich ein allgemeiner Hinweis darauf, dass eine bestimmte Arbeit nicht erzwungen werden dürfe. Hierbei war nicht näher definiert, ob es sich um den zivilen oder den militärischen Bereich handelt.

Interessant ist, dass der Artikel (noch) geschlechtsneutral formuliert war, d.h. der Ausschluss einer Zwangsdienstleistung galt sowohl für Männer und als auch für Frauen. Der Wortlaut des Artikel 12 des sogenannten „Bonner Grundgesetzes“ von 1949 war folgendermaßen:

“ A r t i k e l 12

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.*
- (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.*
- (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig. “²⁵⁴*

Eine Wehrpflicht oder der Zwang zu militärischen Dienstleistungen konnten aus den oben genannten Gründen im Bonner Grundgesetz noch nicht enthalten sein.

Im geltenden Grundgesetz wurde nach der Gründung der Bundeswehr am 19.03.1956 in den Art. 12 der Absatz 3 wie folgt eingefügt:

„Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Falle verwendet werden. “²⁵⁵

Hiernach durften Frauen weder eingezogen werden, noch – beispielsweise aufgrund einer freiwilligen Meldung – „Dienst mit der Waffe“ leisten (diese wird im Folgenden auch als „Waffenverbot“ bezeichnet). Die Aussage, dass „Frauen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten dürfen“²⁵⁶, war recht brisant. Das bedeutete im Grunde, dass die Hälfte der deutschen Bevölkerung vom gesamten Berufsfeld Bundeswehr ausgeschlossen

²⁵⁴ Art. 12 Abs. 1-3 GG i.d.F. vom 23.05.1949.

²⁵⁵ Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19.03.1956, BGBl. I (1956). S. 111.

²⁵⁶ Art. 12a Abs. 3 GG i.d. F. vom 19.03.1956.

sen war, was dem Prinzip der Gleichbehandlung (Art. 3 GG) und außerdem dem Prinzip der freien Berufswahl (Art. 12 GG) widersprach. Diese rechtliche Konvention diskriminierte die Frauen in Bezug auf ihre Erwerbstätigkeit im Berufsfeld Bundeswehr, da ihnen jenseits von Qualifikation und Leistung der Zugang rechtlich verwehrt war.

Diese Formulierung entsprach nach dem damaligen Rechtsverständnis durchaus dem gesellschaftlichen Bild der Frau, wie sich an den Ausführungen der Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages Elisabeth Schwarzhaupt (CDU/CSU) unschwer aufzeigen lässt:

*„Es kam dem Rechtsausschuss darauf an, daß mit programmatischem Nachdruck im Grundgesetz ausgesprochen wird, daß unsere Auffassung von der Natur und der Bestimmung der Frau einen Dienst mit der Waffe verbieten. [...]“*²⁵⁷

Die Formulierung des Soldatengesetzes hingegen, das 1956 bei der Gründung der Bundeswehr in Kraft trat, schloss einen Dienst von Frauen nicht grundsätzlich aus:

*„Soldat ist, wer aufgrund der Wehrpflicht oder freiwilliger Verpflichtung in einem Wehrdienstverhältnis steht.“*²⁵⁸

Mit der Notstandsgesetzgebung von 1968 wurde schließlich erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik die gesetzliche Grundlage für die Heranziehung von Frauen im Verteidigungsfall geschaffen, welche jedoch ausdrücklich den Dienst mit der Waffe, auch auf freiwilliger Basis, verbot. Eine Verpflichtung durfte außerdem erst erfolgen, wenn der Bedarf auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden konnte.

Wörtlich lautete der neu geschaffene Artikel 12a des Grundgesetzes in der Fassung vom 24.06.1968:

*„Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundsünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.“*²⁵⁹

²⁵⁷ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode, 132. Sitzung vom 06.03.1956.

²⁵⁸ § 1 Abs. 1 Gesetz über die Rechtsstellung des Soldaten (Soldatengesetz) vom 19.02.1956. BGBl. I (1956). S. 114 f.

²⁵⁹ Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24.06.1968. BGBl. I (1968). S. 709.

Die Formulierung „ortsfest“²⁶⁰ wies darauf hin, dass der Einsatz nicht in Feldlazaretten oder Hauptverbandsplätzen in Frontnähe, die unter dem direkten Kommando der Kampfverbände von Heer, Luftwaffe und Marine standen, erfolgen durfte, sondern nur in Bereichen, die dem Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens unterstanden.²⁶¹ Ebenso wurde damit ein Einsatz in anderen NATO-Ländern ausgeschlossen.²⁶² Der Gesetzgeber ging anscheinend davon aus, dass im Verteidigungsfall eine große Bereitschaft zu freiwilliger Dienstleistung seitens der Frauen bestehen würde, die eine Dienstverpflichtung nur im Notfall notwendig machen würde.

Unter Heranziehung dieses Wortlauts galt die Vorschrift auch als Verbot eines freiwilligen Dienstes mit der Waffe. Unbestritten erlaubt waren jedoch nach allgemeiner Meinung freiwillige Dienstleistungen von Frauen im Rahmen von zivilen Dienstleistungen in der Verwaltung, Küche und im Schreibdienst der Bundeswehr.

Wie schon erwähnt, wurde im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages über die Einführung der Dienstpflicht im Verteidigungsfall heftig diskutiert, nicht jedoch über den Freiwilligkeitsbegriff in Friedenszeiten. Auch die Frage des Waffendienstes für Frauen im Sanitätsdienst stand im Hintergrund.

Es bestand Einigkeit darüber, dass Frauen weder im Krieg noch im Frieden, auch nicht nach freiwilliger Meldung, Waffendienst leisten dürften. Erst recht durfte es folglich keine zwangsweise Verpflichtung zum Waffengebrauch geben.

Aus historischer Sicht wurde dies mit dem Schutz der Frau vor Gefährdungen, auch was den Gebrauch von Waffen anbelangt, begründet. Das Verbot umfasste demnach nicht nur den Einsatz eigener Waffen, sondern auch die Gefährdung durch feindliche Waffen bei aktiver Teilnahme an Kampfeinsätzen.

Eine sachliche Änderung des seit 1956 bestehenden Waffenverbots für Frauen war 1968 vom Gesetzgeber demnach nicht vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt verstand man diese Regelung auch (noch) nicht als Widerspruch zum Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

²⁶⁰ Münch, Ingo von/ Kunig, Philip: Grundgesetz-Kommentar. Band I. Bearbeiter Manfred Gubelt. 4. Auflage. München, 1992. S. 785 (= Art. 12a Rn. 18).

²⁶¹ Schwarzhaupt 1968, S. 5.

²⁶² Seidler 1978, S. 390.

2.4. Frauen als Angehörige bewaffneter Streitkräfte? Die Sicht der Bundeswehr zwischen 1960 und 1975.

2.4.1. Strukturwandel der Bundeswehr als Argument

Mitte der 60er Jahre wurde die Frage nach einem sozialen Dienst der Frauen als Ausgleich für den männlichen Wehrbeitrag aufgeworfen. 1968 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres“²⁶³. Das Gesetz wurde aber ausdrücklich nur auf der Grundlage einer freiwilligen Meldung verabschiedet und sah nur pflegerische, erzieherische oder hauswirtschaftliche Tätigkeiten vor. Es fand jedoch unerwartet wenig Resonanz. Gerade 2.000 Frauen interessierten sich hierfür jährlich.²⁶⁴

Parallel zur Diskussion um das Freiwillige Soziale Jahr entspann sich eine Debatte zur Personalbedarfsdeckung der Bundeswehr. Vor allem über die schnelle Bedarfsdeckung im Verteidigungsfall wurde vor dem Hintergrund des Kalten Krieges heftig gestritten. Betrachtet man die Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere im Kontext der Zeit, stellt sich neben dem bereits angesprochenen Mangel an Personal zwangsläufig die Frage nach einer Umstrukturierung der Streitkräfte, welche die Einbindung von Frauen erst möglich machte. Diese bezog sich auf die Vorstellung, dass der Erfolg militärischer Einsätze einer modernen Armee nicht allein vom Personalumfang abhängig sei, sondern maßgeblich durch die Verbindung eines sicherheitspolitischen Auftrags mit einer militärischen Strategie und qualifiziertem Personal bestimmt wird. Die Bundeswehr verfügte als mittlerweile moderne Militärorganisation über einen hohen Spezialisierungsgrad²⁶⁵ sowie über komplexe Selbstorganisationsmechanismen innerhalb der Organisation. Das Militär als Profession – v.a. in den Offizierslaufbahnen – war zu dieser Zeit gekennzeichnet durch ein besonderes Maß an Fachwissen, welches immer weniger an physische Attribute oder das Geschlecht gebunden war. In der Bundeswehr selbst wurde zu diesem Thema 1966 in der internen, konservativen Zeitschrift „Alte Kameraden“ ein Bericht verfasst. Die Autorin stellte erstmals die Frage, auf welche Weise auch Frauen im Verteidigungsfall einen Wehrbeitrag leisten könnten. Sie ging davon aus, dass eine friedliche Welt illusorisch sei, und sich somit auch Frauen mit der Verteidigungsbereitschaft auseinandersetzen müssten. Körperliche Differenzen gegenüber den Männern seien kein Hinderungsgrund:

²⁶³ Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres vom 19.07.1968. BGBl. I (1968). S. 805.

²⁶⁴ Ebd. S. 383.

²⁶⁵ Spezialfunktionen wurden z.B. in Waffengattungen oder auch in Dienstgrade gegliedert.

„Der Verteidigungsauftrag bestünde demnach zunächst in einer geistigen Haltung, einer Verteidigungs- und Abwehrbereitschaft.“²⁶⁶

Da nach dem geltenden Recht eine Verpflichtung von Frauen in den Streitkräften unzulässig sei, sollte zumindest ein freiwilliger Dienst erlaubt sein, der den Wesensgehalt des Artikel 12 des Grundgesetzes auch nicht verändern würde, da

„[...] zwangsweise Dienstverpflichtungen im Verband der Streitkräfte nach wie vor unzulässig bleiben und Frauen in keinem Fall Dienst an der Waffe leisten dürfen (auch nicht freiwillig).“²⁶⁷

2.4.2. Die zivile Notstandsplanung 1968 – 1970 aus sanitätsmilitärischer Sicht.

Das Ende der 60er Jahre wird häufig als das Ende der Nachkriegszeit in Westdeutschland bezeichnet. Auch wenn neuere Forschungen diese Datierung relativiert haben²⁶⁸, bleibt das Jahr 1968 doch eine bedeutsame Zeitmarke für die innenpolitische Diskussion. Diese wurde unter anderem durch die politische Debatte um die Notstandsgesetzgebung ausgelöst. Nicht nur in der zu dieser Zeit kleinen parlamentarischen Opposition regte sich der Widerstand. Ebenso lehnten neu gegründete Frauenverbände, die politisch-soziale Protestbewegung der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Studentenvereinigungen und Gewerkschaften die geplanten Gesetze ab.²⁶⁹ In der Öffentlichkeit und im Parlament wurden die Notstandsgesetze kontrovers diskutiert. Innerhalb der Bundeswehr wurde im Zusammenhang mit diesem Gesetz eine Kommission eingesetzt, die ab 1968 einen Notstandsplan erstellte, der vorsah, dass Frauen im Fall eines ausgerufenen Notstandes erstmals als weibliches Sanitätspersonal verwendet werden sollten. Die Planungen dieser Kommission sollen im Folgenden auf ihre Bedeutung für die Debatte um das Geschlechterverhältnis sowie auf die den Frauen zugeschriebene Rolle im Militär dargestellt werden. Interessant war, dass die sanitätsdienstliche Verpflichtung im Verteidigungsfall von Frauen nicht aus Gewissensgründen verweigert werden durfte. Den Männern räumte man dagegen schon immer das Recht zur Kriegsdienstverweigerung (Art. 4 Abs. 3 GG) ein. Die Regierungsparteien erklärten zur Begründung, dass ein

²⁶⁶ Ryba, Ruth: Frauendienstpflicht - ein Wehrbeitrag? In: Alte Kameraden 14 (1966) Nr. 1. S. 6 f.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Vgl. Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg, 2000.

²⁶⁹ Am 11.05.1968 organisierten Studentenvertreter, Frauen der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) und Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam einen Sternmarsch auf Bonn mit 70.000 Teilnehmern. Vgl. Nödinger in Hervé 1998, S. 151.

„großer Unterschied zwischen der Situation der Wehrdienst- und Ersatzdienstverweigerer in Friedenszeiten und der von den Frauen erwarteten Hilfe für Kranke und Verwundete im Kriege besteht.“²⁷⁰

Dies zeigt die grundsätzlich unterschiedliche Haltung gegenüber Kriegsdienstverweigerern: das Töten durfte man aus Gewissensgründen ablehnen, das Helfen und die Versorgung von Verwundeten hingegen nicht. Dabei wurde auf die Erfahrung einer zunehmenden Annäherung von Kriegshandlungen auf der einen und Hilfs- und Pflegediensten auf der anderen Seite, wie sie im 1. und 2. Weltkrieg gemacht worden waren, nicht weiter eingegangen. Die besondere Pflicht der Frau wurde in die Nähe der gesetzlich verankerte Pflicht zur Hilfeleistung gerückt:

„In dieser Situation muß das Gewissen jedes Gesunden und Arbeitsfähigen dazu führen, dem zu helfen, der krank und verwundet vor ihm liegt; dieser Fall ist nicht zu vergleichen mit den Situationen, in denen wir heute bereit sind, Wehrdienstverweigerern den Schutz des Staates zu gewähren.“²⁷¹

Das Bundesverfassungsgericht löste diesen Konflikt später dahingehend, dass es sowohl Männern als auch Frauen das Verweigerungsrecht für den waffenlosen Sanitätsdienst entzog; lediglich der Kriegsdienst konnte von nun an weiterhin verweigert werden.²⁷² Bis dahin erhielten alle Frauen, die vorsorglich ihre Kriegsdienstverweigerung beim Bundesverteidigungsministerium einreichten, folgende standardisierte Antwort:

„Da für Frauen ein Dienst mit der Waffe ohnehin nicht vorgesehen ist, steht Ihnen nach der Formulierung der einschlägigen Grundgesetznormen ein Kriegsdienstverweigerungsrecht nicht zu.“²⁷³

Die starken Beschränkungen der Dienstverpflichtung für Frauen machten deutlich, welche Angst vor einem ungewollten Einsatz von Frauen in den Streitkräften in der Kommission herrschte. Auf keinen Fall wollte man eine allgemeine militärische Dienstverpflichtung von Frauen auch in Friedenszeiten einführen. Das Ergebnis war eine vom 09.07.1968 geregelte Möglichkeit der Dienstverpflichtung, die Frauen vom 18. bis zum

²⁷⁰ Schwarzhaupt 1968, S. 5.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Vgl. von Mangoldt, Hermann/ Klein, Friedrich/ Starck, Christian: Kommentar zum Grundgesetz, Band 1. Bearbeiter Gilbert Gornig. 5. Auflage. München, 2005. S. 1206 und 1218 (= Art. 12a Rn. 96 u. 148).

²⁷³ Briefvorlage VII 6-126687 II Betreff: Verweigerung der Dienstverpflichtung (Art. 12, Abs. 4 GG). Zitiert in: Eppler, Eva-Maria: Die Schwestern helfen nicht. Zivile Kriegsdienste. In: Courage 6 (1981) Nr. 3. S. 26-35. Hier S. 33.

55. Lebensjahr zum Dienst in „*ortsfesten militärischen Lazarettorganisationen*“²⁷⁴ verpflichtet konnte. Trotz aller Einschränkungen war jetzt erstmalig die Möglichkeit der Einberufung von Frauen im Verteidigungsfall gegeben.

Das Gremium erarbeitete einen detaillierten Plan, der umfassend die Bedarfsdeckung, Einweisung, Vergütung, Verwaltung und Zuständigkeiten klärte. Dienstverpflichtet werden sollte Sanitätspersonal der Ausbildungsberufe Krankenschwestern, Laborantinnen, Arzthelferinnen und pharmazeutische Assistentinnen.²⁷⁵ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Einsatz, Bedarf und Verwendung in der Theorie bis ins Detail organisiert waren. Jährlich sollten 12.000 Frauen an den Kursen teilnehmen. Von 1969 bis 1978 hatten 225.000 Frauen den 220-stündigen Ausbildungslehrgang zur Schwesternhelferin besucht.²⁷⁶ Die Kurse wurden dabei regulär vom Deutschen Roten Kreuz, dem Johanniter-Orden oder dem Malteser Hilfsdienst angeboten.²⁷⁷ Mit der Begründung, dass eine Finanzierung aus Bundesmitteln erfolge²⁷⁸ und damit die Ausbildung im Rahmen der Vorsorge für den Spannungs- oder Verteidigungsfall stehe, mussten alle Frauen ihre Bereitschaft zur Pflege von Kriegsverwundeten schriftlich bestätigen. Angehenden Ärztinnen und Apothekerinnen, die voraussichtlich nach ihrem Studium nicht im Verteidigungsfall nicht in den Bundeswehrlazaretten als Krankenschwestern arbeiten würden, wurde der Kurs daher grundsätzlich nicht erstattet, da die Kurse „*eindeutig der militärischen Planung untergeordnet sind*“ und „*in erster Linie für Verteidigungszwecke eingerichtet wurden*.“²⁷⁹ Einer Schwesternhelferin, die unwissentlich die Unterschrift geleistet hatte und diese später wieder zurückziehen wollte, teilte das zuständige Amt für Zivilschutz sein Entsetzen darüber mit, „*daß eine als Schwesternhelferin ausgebildete Mitbürgerin sich schon jetzt weigert*“²⁸⁰, im Krisenfall zu helfen. Einer anderen bescheinigte man schriftlich eine „*rücksichtslose, egoistische und inhumane Grundhal-*

²⁷⁴ Seidler 1978, S. 390.

²⁷⁵ Vgl. Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/4075-4076: Zivile Notstandsplanung und weibliches Sanitätspersonal 1970-1972 (InSan II 3, Az. 08-45).

²⁷⁶ Haedge, K.L.: Gesundheitswesen im Zivilschutz. In: Intensivbehandlung 5 (1980) Nr. 4. S. 149. Die Kosten des Programms beliefen sich auf 9 Mio. DM. Vgl. hierzu Seidler 1978, S. 391.

²⁷⁷ Der Arbeiter-Samariterdienst verweigerte als einziger Unfalldienst die Schwesternhelferinnen-ausbildung. Vgl. Birckenbach, Hanne: Arbeitsteilung im Frieden. In: Courage 7 (1982) Nr. 8. S. 14-22. Hier S. 18.

²⁷⁸ N.N.: Schwesternhelferinnen: Ausgebildet für den Tag X – 250.000 Frauen missbraucht. In: Die Neue vom 17.09.1982.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Staatliches Gesundheitsamt Karlsruhe, Brief vom 12.03.1979 an Frau Claudia Schneider. Abgedruckt in: Courage 4 (1979) Nr. 10. S. 27.

tung.“²⁸¹ Den Frauen wurde also vorgehalten, ihre Verweigerung sei für die Gesellschaft unverantwortlich. Dabei waren die verweigernden Frauen gar nicht grundsätzlich dagegen, Hilfsbedürftigen Beistand zu leisten – sie wehrten sich jedoch gegen ihre taktische Einplanung. Nachdem der Kurs nach seiner Einführung jahrelang voll belegt war, fiel er ab 1981 sogar des Öfteren wegen mangelnder Beteiligung aus.²⁸²

Die weiblichen Angehörigen des Sanitätsdienstes (Helferinnen) sollten hierbei nicht – wie die weiblichen Sanitätsoffiziere – unter dem besonderen Schutz des Genfer Abkommens stehen; dafür wurde ihnen im Gegensatz zu den weiblichen Sanitätsoffizieren eine besondere Behandlung im Kriegsfall bei Gefangennahme zugesichert. Außerdem wurde ihre Verwendung für andere Dienstleistungen als für den Sanitätsdienst explizit ausgeschlossen. Fragen nach einer Dienstkleidung blieben in dem Konzept unberücksichtigt, es waren lediglich eine Armbinde und ein Ausweis geplant, was an die Flakhelferinnen des Zweiten Weltkrieges erinnert. Wie ein interner Vortrag vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages 1968 zeigt, gingen dem damaligen Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens selbst die neu geschaffenen Gesetze nicht weit genug: er klagte, *„die Bundeswehr ist die einzige Armee, die kein eigenes ‚Schwesterkorps‘ besitzt. Das Arbeitssicherstellungsgesetz erlaubt es jedoch nicht, diese Dienstverpflichtung [die Verpflichtung von Frauen im Verteidigungsfall, Anm. d. Autorin] vor dem Verteidigungsfall auszusprechen, so daß die unerläßliche Mobilmachungsplanung unmöglich ist.“*²⁸³

Man mag diese bundeswehrinterne Äußerung für überraschend halten. Sie entsprach jedoch der damaligen Gesetzeslage. Einheiten, die ausschließlich aus Frauen bestanden, wurden nicht für eine Aufstellung geplant. Abschließend bleibt festzuhalten, dass mit der Notstandsgesetzgebung erstmalig in der Geschichte der Bundeswehr eine Zwangsverpflichtung von Frauen im Sanitätswesen als zulässig angesehen wurde- allerdings nur im Verteidigungsfall.

2.4.3. Personalmangel und Rekrutierungspolitik seit den sechziger Jahren

Mit dem weiteren Aufbau des Sanitätsdienstes stieg der Bedarf an qualifiziertem Personal kontinuierlich an. 1959 befanden sich 638 Ärzte, 78 Zahnärzte, 68 Apotheker, neun

²⁸¹ Epple 1981, S. 26-35. Hier S. 34.

²⁸² Ebd. S. 29.

²⁸³ Vortrag des Inspektors des Sanitäts- und Gesundheitswesens vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages am 30.10.1968. Quelle: Sanitätsakademie der Bundeswehr, München (ohne Signatur). Ein früherer, geheimer Gesetzesentwurf für den Notstand aus dem Jahre 1960 sah die Möglichkeit einer Verpflichtung bereits in Friedenszeiten vor. Dieser wurde jedoch abgelehnt. Vgl. Janssen, Renate: Frauen ans Gewehr. 2. Auflage. Köln, 1983 (= Kleine Bibliothek, Band 184). S. 34.

Veterinäre und 11.000 Unteroffiziere und Mannschaften im aktiven Dienst, welche in acht Bundeswehrlazarette sowie weitere Verwaltungsdienststellen mit 1.433 Lazarettbetten arbeiteten.

Durch den zügigen Ausbau des Sanitätsdienstes und die Tatsache, dass viele ehemalige Militärärzte in der Nachkriegszeit lieber eigene Praxen eröffneten²⁸⁴ statt die geringer bezahlten Stellen bei der Bundeswehr zu füllen (vgl. Kap. 2.2.5),²⁸⁵ reichte das Personal nicht aus, so dass die Bundeswehr am 25.09.1960 die Entscheidung über eine Gewährung von Studienbeihilfen für Studenten traf, die sich im Gegenzug verpflichteten, im Anschluss an das Studium acht Jahre als Sanitätsoffizier in der Bundeswehr Dienst zu leisten.²⁸⁶ Damit sollten Studienanfänger schon zu Beginn des Studiums einen finanziellen Anreiz geboten bekommen, später als Sanitätsoffizier in der Bundeswehr zu dienen. Die finanzielle Hilfe bestand dabei aus drei Teilen:²⁸⁷

1. Unterhaltsbeitrag zur Deckung der Lebenshaltungskosten
2. Erstattung zu zahlender Hochschulgebühren
3. Büchergeld.

Das Problem war, dass etwa 80 % der Bewerber die Studienbeihilfe nach Beendigung des Studiums zurückzahlten, statt ihren Dienst bei der Bundeswehr anzutreten, um die damaligen guten Chancen für Ärzte auf dem freien Arbeitsmarkt zu nutzen.²⁸⁸ Das war juristisch möglich, weil die Verpflichtung lediglich eine Absichtserklärung darstellte und rechtlich nicht eingefordert werden konnte.²⁸⁹

Somit konnte über diesen Weg der Personalbedarf nur teilweise gedeckt werden. Um die Attraktivität der ärztlichen Berufsausübung innerhalb der Bundeswehr zu erhöhen, war es Sanitätsoffizieren seit 1961 gestattet, außerhalb der Dienstzeit privatärztlich tätig zu werden.²⁹⁰ 1968 erfolgte die Genehmigung, dies gegen eine Nutzungsgebühr sogar in den Diensträumen der Bundeswehr zu tun.²⁹¹

²⁸⁴ Vgl. Kraake 1992, S. 59. Andere Autoren machen auch die militärisch vorgegebene Struktur des Sanitätsdienstes für die geringe Attraktivität des Sanitätswesens für Ärzte und Apotheker verantwortlich. Vgl. Rebentisch 2006, S. 22 f.

²⁸⁵ Seidler 1978, S. 392.

²⁸⁶ „Bereits seit 1960 werden durch den Bundesminister der Verteidigung Studienbeihilfen an Studierende der Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie vergeben. Von den so Geförderten wird eine 8-jährige Dienstzeit nach bestandenen Staatsexamen gefordert, von der die abzuleistende Medizinalzeit in Abzug gebracht wird.“ Vgl. Bericht der Kommission 1975, S. 45.

²⁸⁷ Vgl. Dirks 2001, S. 156.

²⁸⁸ Berndt 1975, S. 24-26. Hier S. 25.

²⁸⁹ Dirks 2001, S. 156.

²⁹⁰ Seidler 1978, S. 392.

²⁹¹ Berndt 1975, S. 24-26. Hier S. 26.

Um dem Problem weiter entgegenzutreten, wurden daher zu Beginn der 60er Jahre die so genannten Vertragsärzte zur Behandlung kranker Soldaten verpflichtet. Dies waren im Regelfall zivile Ärzte, die mit der Versorgung von Bundeswehrangehörigen ihr Budget aufbessern wollten, jedoch nur stundenweise zur Verfügung standen und nicht an Wehr- und Truppenplatzübungen teilnahmen. Ab Januar 1964 wurden sie jedoch durch Grundwehrdienst leistende Ärzte und Apotheker ersetzt. Dabei konnten sich angehende Ärzte und Apotheker vom Wehrdienst zunächst zurückstellen lassen, um ihn dann 15 Monate lang als approbierter Arzt oder Apotheker abzuleisten.²⁹² Damit konnten weitere Lücken zumindest kurzfristig geschlossen werden.²⁹³ Zwei Probleme traten hierbei jedoch auf: zum einen konnte oft eine kontinuierliche Heilfürsorge während der knapp neunmonatigen Zugehörigkeit eines Sanitätsoffiziers zu seiner Einheit und auf Grund mangelnder Berufserfahrung nicht gewährleistet werden. Zum anderen kam es immer wieder zu Spannungen und Kompetenzfragen zwischen Truppenführern (Bataillonskommandeuren) und jungen wehrpflichtigen Sanitätsoffizieren, die sich durch eigene ärztliche Anweisungen und Anordnungen vor den meist dienstälteren Truppenführern, die fachdienstlich den Ärzten gegenüber nicht weisungsbefugt waren, profilieren wollten.²⁹⁴

Trotz der verschiedenen Maßnahmen verschärfte sich der Personalmangel im Sanitätsdienst weiter, so dass am 06.02.1969 die Laufbahn der Sanitätsoffiziere um die Laufbahn der Sanitätsoffiziersanwärter erweitert wurde.²⁹⁵ Die angehenden Ärzte und Apotheker bekamen das Studium von der Bundeswehr finanziert, im Gegenzug mussten sie sich für zwölf Jahre als Sanitätsoffizier Arzt oder als Sanitätsoffizier Apotheker verpflichten. Die ersten Anwärter wurden am 01.07.1969 eingestellt. Das Problem an dieser Maßnahme war ihre immens lange Vorlaufzeit, nämlich die Dauer eines Medizin- oder Pharmaziestudiums, welches die Anwärter vollständig absolvieren mussten, bevor sie in

²⁹² Ebd.

²⁹³ Historisch ist die Rückstellung nicht neu: Bereits im kaiserlichen Heer konnten junge Männer seit 1830 den damals dreijährigen Waffendienst auf ein Jahr verkürzen, wenn sie ein „bestimmtes Maß an Bildung,“ die Hochschulreife besaßen und „unbescholten“ waren und sich außerdem selbst verpflegen und bekleiden konnten. Vgl. Thöns, Albert: Militärischer Dienstunterricht für einjährig-freiwillige Militär-apotheker, Unter- und Oberapotheker des Deutschen Heeres. Berlin, 1889. S. 2 f. Die Rückstellung musste zum Erwerb der Approbation genutzt werden, ansonsten musste der Bewerber den regulären dreijährigen Waffendienst nachholen. Interessanterweise stellten damals die einjährig freiwilligen Pharmazeuten den Großteil der aktiven Militär-apotheker dar (158 gegenüber 21 aktiven Berufsmilitär-apothekern 1889). Vgl. Lang 2006, S. 33.

²⁹⁴ Presse und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft V. Jahresbericht 1973 des Wehrbeauftragten Fritz-Rudolf Schulz vom 07.03.1974 (= Themen parlamentarischer Beratung Nr. 2/74). S. 102-104.

²⁹⁵ Seidler 1978, S. 392.

den aktiven Dienst eintraten (siehe Grafik). 1 % der Studienplätze in der Fachrichtung Humanmedizin wurden für Sanitätsoffiziersanwärter reserviert.²⁹⁶

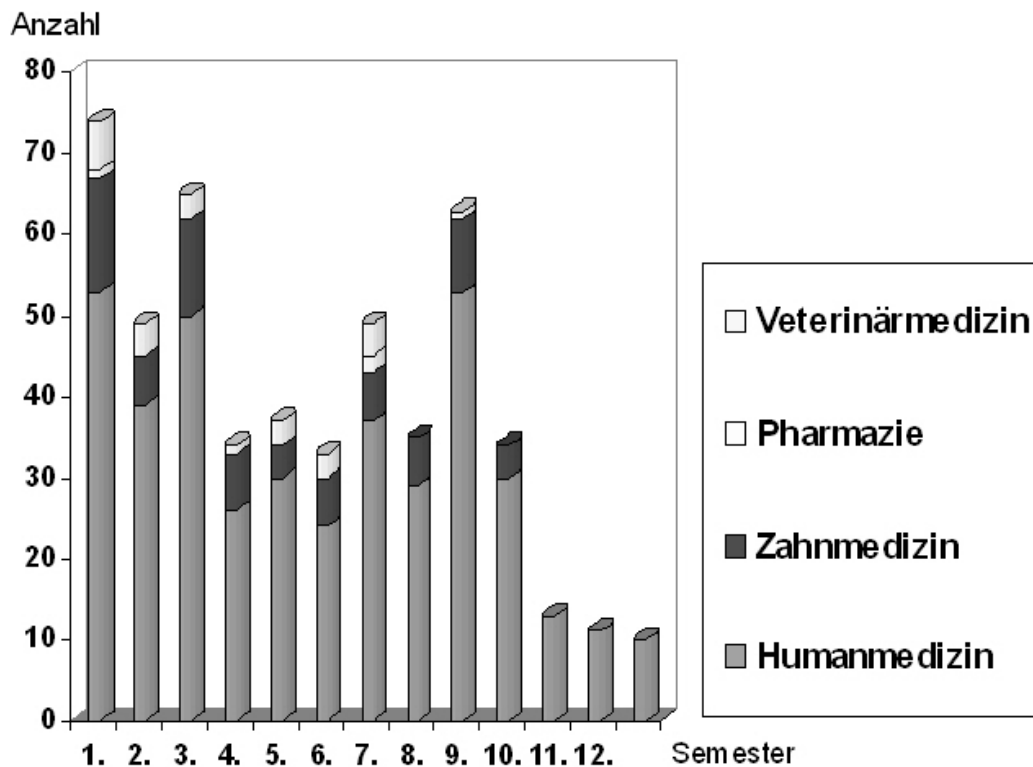


Abbildung 10: Studienstand der im Dienst befindlichen Sanitätsoffiziersanwärter. Stand: Wintersemester 1974/1975²⁹⁷

Zeitgleich wurden das Weiterbildungsangebot zum Facharzt sowie bundeswehrinterne Fortbildungen verbessert und ausgeweitet, um die Attraktivität des Sanitätsdienstes zu steigern.²⁹⁸ Das Problem hierbei war, dass die Überzahl an Fachärzten sich nicht mit dem tatsächlichen Bedarf der Bundeswehr deckte, da für viele Dienstposten keine Facharztspezialisierung notwendig war.²⁹⁹

Bis 1975 wurde der Sanitätsdienst systematisch weiter ausgebaut, parallel dazu stieg die Nachfrage nach Sanitätspersonal.

²⁹⁶ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 3 f. Schreiben an den Sender Freies Berlin vom 25.08.1975.

²⁹⁷ Quelle: Sanitätsakademie der Bundeswehr. Zitiert in: Bericht der Kommission 1975, S. 44.

²⁹⁸ Seidler 1978, S. 392.

²⁹⁹ Berndt 1975, S. 24-26. Hier S. 26.

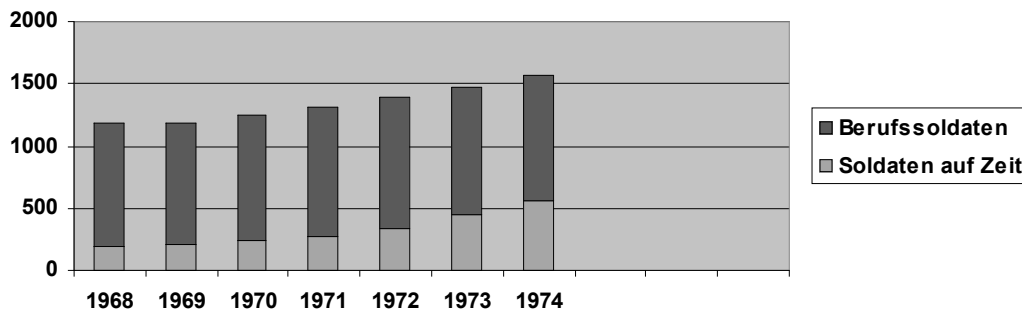


Abbildung 11: Entwicklung der Personallage der Sanitätsoffiziere 1968 – 1974³⁰⁰

Keine der vorher erwähnten Maßnahmen reichte aus, um den Bedarf quantitativ zu decken. Etwa 600 Stellen der insgesamt benötigten 2.100 Stellen für Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr waren zu Beginn des Jahres 1975 vakant³⁰¹ und konnten auch nicht mehr durch die Verpflichtung Grundwehrdienst leistender Ärzte und Apotheker in fachlicher Verwendung gedeckt werden.

Der größte Mangel an Sanitätsoffizieren herrschte bei den Ärzten, bei denen 43 % der Stellen nicht besetzt waren. Die Situation bei den Apothekern und Veterinären stellte sich günstiger dar. Interessanterweise waren im Vergleich zu den Offiziersposten im Sanitätsdienst die Bewerberzahlen für andere Laufbahnen in der Bundeswehr 1974/1975 etwa um ein Drittel gestiegen.³⁰²

Ein weiteres Problem war die Altersstruktur der Sanitätsoffiziere. Aufgrund der starken Gewichtung der Geburtsjahrgänge bis 1922 und der schwachen Jahrgänge bis 1937 war davon auszugehen, dass bis 1980 ein Drittel der etwa 660 aktiven Berufssanitäts-offiziere ausgeschieden sein würde, die nicht durch voll ausgebildete und berufserfahrene Kräfte ersetzt werden konnten.³⁰³

³⁰⁰ Quelle: Bundesministerium für Verteidigung. Abteilung Personalamt V 7. Der Stichtag war jeweils der 31.12. eines Jahres.

³⁰¹ BA/MA, Signatur BW 1/49803. Erläuterungen zur geplanten Einstellung von Frauen in die Laufbahn des Sanitätsdienstes. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung vom 19.02.1975. S. 8.

³⁰² Lehman, Eva: Frauen in den Streitkräften, insbesondere im Sanitätsdienst. Univ. Diss. Technische Universität München, Fakultät für Medizin. München, 1985. S. 72.

³⁰³ BA/MA, Signatur BW 1/49803. S. 8.

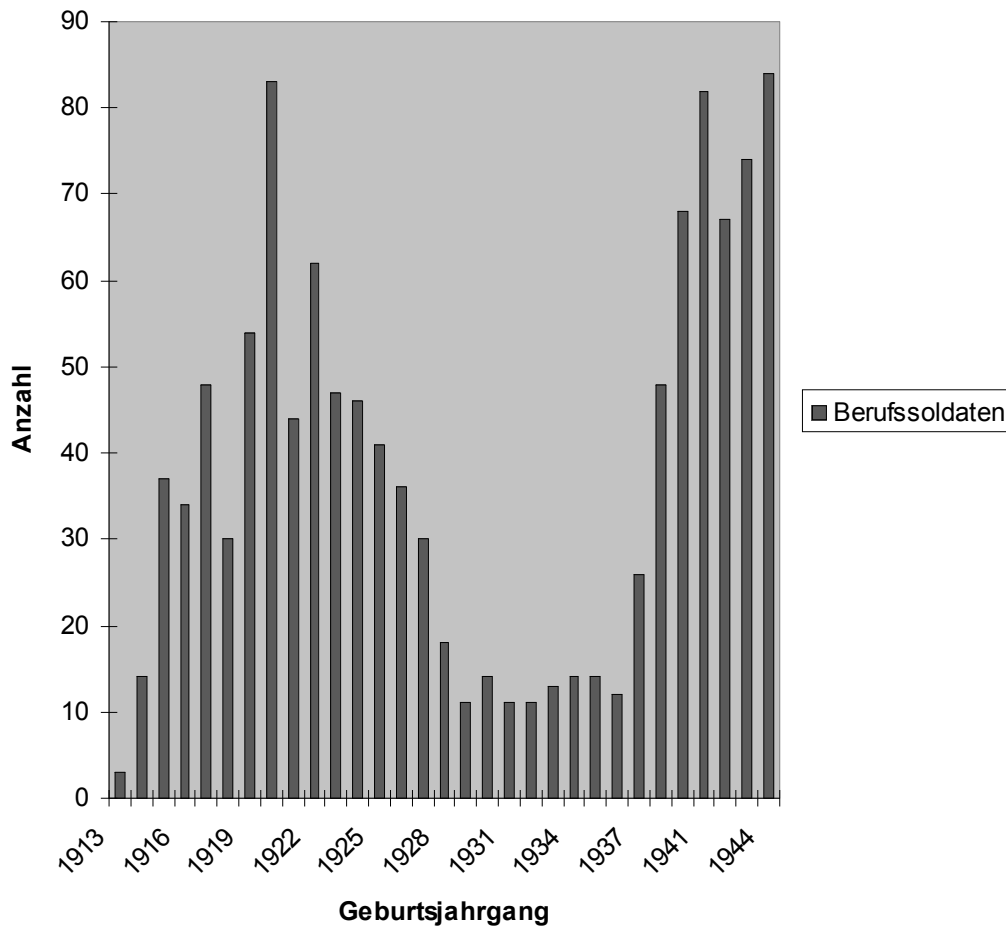


Abbildung 12: Altersstruktur der Sanitätsoffiziere 1975³⁰⁴

Als weiteres Problem kam hinzu, dass der erste Jahrgang von Sanitätsoffiziersanwärtern, der bereits 1973 sein Studium aufgenommen hatte, wegen der langen Ausbildungszeiten für die Facharzt- und Spezialausbildungen, auf die die Bundeswehr nicht verzichten konnte, frühestens ab 1985 in fachärztlicher Verwendung seinen Dienst leisten konnte.

Hinzu kam die Besonderheit der ärztlichen Aufgaben in der Bundeswehr, die den Einsatz länger dienender, berufserfahrener Sanitätsoffiziere erforderte; durch das Zusammenwirken von rein ärztlichen mit verwaltungstechnischen, arbeitsmedizinischen und amtsärztlichen Aufgaben konnten diese Funktionen oft nur von Sanitätsoffizieren mit längerer Berufserfahrung und Dienstzeit erfüllt werden.³⁰⁵

³⁰⁴ Quelle: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Personalamt V 7. Stand 26.03.1975.

³⁰⁵ BA/MA, Signatur BW 1/49803. S. 8.

Diese Missstände wurden erneut im Weißbuch 1973/1974 festgehalten.³⁰⁶ In der Folge wurde am 10.06.1974 vom damaligen Verteidigungsminister Leber die Kommission „Personal-Ergänzung beim Sanitäts- und Gesundheitswesen“ gebildet.³⁰⁷ Schnell kam die Überlegung auf, Ärztinnen für die Laufbahn der Sanitätsoffiziere zu gewinnen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 33 Medizinerinnen in zivilen Positionen bei der Bundeswehr beschäftigt, davon zwölf in fachärztlicher Verwendung und 21 Ärztinnen in der Bundeswehrverwaltung.³⁰⁸

Die Kommission, die übrigens vollständig aus männlichen Mitgliedern bestand,³⁰⁹ schlug in ihrer Empfehlung Nr. 65 die Verwendung von Frauen im Sanitätsdienst vor, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass für diese Empfehlung ein Minderheitsvotum abgegeben worden war.³¹⁰ Begründet wurde die Ablehnung interessanterweise mit der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, die entstünde, wenn weibliche Sanitätsoffiziere von anderen Verwendungen ausgeschlossen werden würden. Der Gleichheitsgrundsatz könne im zivilen Bereich viel besser verwirklicht werden, so die Argumentation der Kommission.³¹¹ Ohnehin sah die Kommission mit der Einstellung von Frauen „*keinen entscheidenden Weg zur Beseitigung des Mangels an länger dienenden Sanitätsoffizieren*.“³¹² Das Gegenvotum stammte bezeichnenderweise von den beiden jüngsten Sanitätsoffizieren der Kommission, deren Arbeitsbereich direkt von der Öffnung betroffen gewesen wäre.³¹³ Sie führten aus, dass die psychologischen Konsequenzen eines konkreten Einsatzes von Frauen im Verteidigungsfall zu einer „*Ausweitung des Kriegsgeschehens*“ führen würden, und dass „*das Beispiel anderer Nationen für die Bundeswehr nur teilweise Vorbild sein kann*“.³¹⁴ Sie befürworteten jedoch alle anderen Empfehlungen

³⁰⁶ Dort hieß es unter Ziffer 154: „*Es sind unter anderem Fragen einer neuen Struktur des Sanitätsdienstes sowie bessere Besoldungs- und Beförderungschancen zu prüfen.*“ Zitiert nach: Berndt 1975, S. 24-26. Hier S. 24.

³⁰⁷ Bericht der Kommission 1975, S. 2.

³⁰⁸ BA/MA, Signatur BW 1/49803. S. 11.

³⁰⁹ Selbst im fünfköpfigen Sekretariat befand sich nur eine Frau, welche die Schreibarbeiten erledigte. Vgl. Bericht der Kommission 1975, S. 9; Ahrens, Jens-Rainer: Verzögerte Anpassung und radikaler Wandel. Zum parlamentarischen Diskurs über Frauen in den Streitkräften seit Gründung der Bundeswehr. In: ders. et al. 2005, S. 32-44. Hier S. 35.

³¹⁰ Bericht der Kommission 1975, S. 77. Die Empfehlung wurde demnach nicht einstimmig abgegeben, sondern von zwei Mitgliedern der Kommission abgelehnt.

³¹¹ Ebd.

³¹² Ebd. S. 72.

³¹³ Ahrens in ders. et al. 2005, S. 32-44. Hier S. 35.

³¹⁴ Bericht der Kommission 1975, S. 77.

der Kommission, die sich aber nur auf männliche Soldaten bezogen.³¹⁵ Trotz aller Bedenken wurden die legislativ notwendigen Maßnahmen im Februar 1975 eingeleitet und innerhalb eines halben Jahres umgesetzt.³¹⁶ Interessant ist an diesem Vorgang, dass die Bundestagsdebatte der Einberufung der unabhängigen Kommission um zwei Monate vorausging.³¹⁷ Somit war der Zweck der Kommission, eigenständig Vorschläge zur Lösung des Personalproblems zu erarbeiten, zumindest in bezug auf die Einstellung von Frauen fragwürdig, da der Bundestag diesen Gedanken zum Zeitpunkt der Beratung der Kommission längst aufgegriffen und fast umgesetzt hatte.

Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen 1975 hatte anders als im Bundestag angekündigt („*Ohne daß bisher in nennenswertem Umfang Werbung betrieben wurde [...] liegen bisher 80 ernstgemeinte Anträge auf Übernahme als Sanitätsoffizier vor.*“³¹⁸) zunächst nur mäßigen Erfolg. Für die rund 600 vakanten Stellen hatten sich bis zum Ende des Jahres nur 29 Ärztinnen verpflichten lassen.³¹⁹ Dabei hatte das Bundesverteidigungsministerium auf mindestens 300 Bewerbungen gehofft.³²⁰ Dieses geringe Interesse ist verständlich, wenn man an die damals sehr guten Berufsaussichten für Frauen im zivilen Bereich denkt, an die Beschränkung der medizinischen Tätigkeit auf männliche Patienten und bestimmte Altersgruppen und an den hohen Verwaltungsaufwand, mit dem die militärärztliche Tätigkeit zwangsläufig verbunden war.

2.4.4. Geschlecht im Visier. Die Werbemaßnahmen der Bundeswehr in den Jahren 1974 – 1975

In ihrem Bericht machte die Kommission des Bundesministers der Verteidigung u.a. die geringen Werbemaßnahmen in der Öffentlichkeit für den Mangel an qualifiziertem

³¹⁵ Zum Beispiel eine bessere Betreuung der Sanitätsoffizier-Anwärter während des Studiums zum Erhalt der Bindung an die Bundeswehr, eine erweiterte Aus- und Fortbildung im Sanitätswesen, vermehrte Öffentlichkeitsarbeit über das Sanitätswesen, Erhöhung der Besoldung der Medizinalbeamten und Sanitätsoffiziere etc. In: Ebd. S. 54-75.

³¹⁶ Der Gesetzesentwurf wurde von der Bundesregierung im Bundestag eingebracht und von dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums in der Eröffnungsrede als „Kleine Revolution“ bezeichnet. Vgl. Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

³¹⁷ Die Bundestagsdebatte fand Mitte Mai 1975 statt, die Kommission wurde im Juni 1975 einberufen.

³¹⁸ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975.

³¹⁹ Seidler 1978, S. 396.

³²⁰ Ebd.

Nachwuchs verantwortlich mit der Argumentation, der Werbeetat von 1973 und 1974 sei *„für eine effektive Werbung völlig unzureichend.“*³²¹

Die seit 1974 für die Werbung der Bundeswehr zuständige Agentur Dr. Hegemann ABH International GmbH wurde 1975 deshalb mit der Erstellung von weiteren PR- Maßnahmen beauftragt³²², da das Bundesverteidigungsministerium einen Grund für den Personalmangel im niedrigen Ansehen der Sanitätsoffiziere in der Öffentlichkeit sah. In einer Stellungnahme zur Nachwuchswerbung aus dem Jahr 1974 ermittelte die Agentur zunächst, dass die Bewerberzahlen zwar pauschal angestiegen waren, jedoch die qualitativen Anforderungen aufgrund der Komplexität der Tätigkeiten in der Bundeswehr – wie z.B. die Tätigkeit der Sanitätsoffiziere – nur unzureichend erfüllt werden konnten.³²³ Zudem hatte die hohe Personalfluktuation einen großen Ersatzbedarf zur Folge. Deshalb wollte die Bundeswehr durch gezielte Laufbahnwerbung unter einer stärkeren Betonung qualitativer Gesichtspunkte die notwendige Verbesserung der Bewerberstruktur erreichen. Das zweite Ziel der Werbemaßnahmen bestand in der Aufwertung des „Arbeitsplatzes“ Bundeswehr.

Die Werbung sollte somit folgende Ziele haben:

- *„Information über die Bundeswehr*
- *Attraktivierung des Dienstes in der Bundeswehr*
- *Aktivierung einer möglichst großen Zahl qualitativ geeigneter Bewerber für die beruflichen Laufbahn- und Verwendungsmöglichkeiten“*³²⁴

Neben der klassischen Print- und Rundfunkwerbung wurden folgende Maßnahmen ergriffen: Besichtigungsmöglichkeiten von Sanitätseinrichtungen für die Bevölkerung, Einsatzberichte in Rundfunk und Fernsehen, Informationsausstellungen im Rahmen von Heilberufskongressen und die Verbesserung des internen Informationsstands über den Sanitätsdienst der Bundeswehr und seine Aufgaben.

Mit diesen Werbemaßnahmen sollte nicht nur die Bewerberzahl erhöht, sondern v.a. auch ein positives Image des Berufsstands erzielt werden. Wie der Arbeitsplatz Bundeswehr im Jahr der Öffnung für Frauen noch beschrieben wurde, zeigt die Werbebro-

³²¹ Bericht der Kommission 1975, S. 51.

³²² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/73638: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab, Arbeitsbereich Public Relations: Nachwuchswerbung, hier: Beratende Agentur Dr. Hegemann GmbH.

³²³ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/73638: Stellungnahme der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH: Nachwuchswerbung der Bundeswehr- Bedarfsdeckung der Teilstreitkräfte vom 04.10.1974.

³²⁴ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/73638: Stellungnahme der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH: Soll die Bundeswehr 1975 ihre Personalwerbung fortsetzen? 08.01.1975.

schüre „Das Heer. Der Gebirgsjäger“, welche allerdings bundeswehrintern erstellt wurde, und deshalb „den Autoren verhältnismäßig viel Spielraum“³²⁵ gewährt worden war:

*„Um ihre Standorte werden die Jäger vielfach beneidet. [...] Hochsaison im Sommer wie im Winter, und das ganze Jahr hindurch ein ständig wechselndes Angebot attraktiver Mädchen – wem wird das sonst noch beim ‚Bund‘ geboten!“*³²⁶

Diese Werbung lässt das gleichzeitige Bemühen, qualifizierte Frauen für ein Dienstverhältnis in der Bundeswehr zu gewinnen, als fragwürdig erscheinen. Die Frau wurde dem männlichen Soldaten als Objekt präsentiert. Abgesehen davon, dass dieses „Angebot“ wahrscheinlich nicht den Tatsachen entsprach, stellte so eine Werbebotschaft, mit der eine ständige Disponibilität der Frauen zur Unterhaltung suggeriert wurde, eine Entwürdigung der Frau dar.

Nach der Leserzuschrift eines Studienreferendars und Oberleutnants der Reserve wurde der entsprechende Passus gestrichen, nicht ohne den Hinweis, dass die Werbung in erster Linie für die Truppe selbst bestimmt sei und somit auch von der Truppe erstellt würde.³²⁷ Auch diese Stellungnahme ist bezeichnend für die damalige Rollenverteilung in der Bundeswehr.

Im August des Jahres 1974 wurde zum ersten Mal der Arbeitsplatz Bundeswehr für (damals noch zivile) Ärztinnen beworben.³²⁸ Das Verteidigungsministerium schaltete eine Anzeige in einer medizinischen Fachzeitschrift mit der Schlagzeile: *„Ärztinnen bei der Bundeswehr – eine kluge Entscheidung.“*³²⁹ Im Gegensatz zu der eben zitierten Annonce wurde hier an das Selbstbild junger Frauen als intellektgesteuerte Wissenschaftlerinnen appelliert, welches dann zu der „klugen Entscheidung“ führen sollte, sich als Sanitätsoffizier bei der Bundeswehr zu bewerben. An diesen beiden Annoncen werden die verschiedenen geschlechtsgebundenen Stereotype deutlich, die eine Integration von

³²⁵ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/113923: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Nachwuchswerbung an Abteilung Informations- und Pressestab: Brief vom 23.05.1975.

³²⁶ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/113923: Bundesministerium für Verteidigung (Hg.): Werbebroschüre: Das Heer. Der Gebirgsjäger.

³²⁷ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/113923: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab, Arbeitsbereich Public Relations: Brief vom 23.05.1975.

³²⁸ Erstmals 1975 wurde auch über die Möglichkeiten für Ärztinnen in der Bundeswehr öffentlich informiert im Rahmen der Fachausstellung anlässlich der 81. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin in Wiesbaden. Vgl. Bundesarchiv/Militärarchiv, Signatur BW 1/102279: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab: Nachwuchswerbung. Bericht vom 13.01.1975.

³²⁹ Eine Anzeige – 80 Interessenten – auch Ärztinnen bewerben sich. In: Bundeswehr aktuell vom 05.08.1974.

Frauen zu einer schwierigen Aufgabe machten und gleichzeitig den Umbruch in der gesellschaftlichen Vorstellung von der Rolle der Frau verdeutlichen. Einerseits wurden Frauen als Objekt der Begierde dargestellt. Dies bediente vorhandene gängige Vorstellungen nicht nur über Frauen-, sondern auch über Soldatenrollen. Andererseits wurde jungen Frauen die Anerkennung nach entsprechender Ausbildung in qualifizierten Positionen versprochen, was der in den 70er Jahren gängigen Vorstellung eines fortschreitenden Emanzipations- und Gleichstellungsprozesses entsprach.

Neben klassischen Werbeanzeigen wurden später auch gezielt Berichte über Tätigkeiten der weiblichen Sanitätsoffiziere in zivilen Fachzeitschriften platziert, oft unter Betonung der Vergleichbarkeit des Arbeitsplatzes Bundeswehr mit dem zivilen Arztberuf, wie das Beispiel eines Artikels über Zahnmedizinerinnen in der Bundeswehr zeigt:

„Die Arbeitsbedingungen einer Zahnärztin sind die gleichen wie die ihrer zivilen Kolleginnen und Kollegen – mit einer einzigen Ausnahme – sie braucht keine Rechnung zu schreiben, da alle Soldaten Anspruch auf eine unentgeltliche truppenärztliche Behandlung haben. Ansonsten arbeiten sie wie ihre zivilen Kolleginnen ‚am Stuhl‘. Genau wie sie betreiben sie konservierende, chirurgische und prothetische Zahnheilkunde, entweder in einer zahnärztlichen Behandlungseinrichtung der Teilstreitkräfte oder in einer zahnärztlichen Station eines Bundeswehrkrankenhauses.“³³⁰

3. Die Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere

3.1. Die Öffnung der Bundeswehr 1975 – politisches Spannungsfeld im „Jahr der Frau“

Wie bereits im zweiten Abschnitt erwähnt, war die Öffnung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr für Frauen nicht unumstritten.

Zwar erfolgte sie für Frauen 1975 auf Grundlage einer politischen Neubewertung mit der Erkenntnis, dass Frauen als Sanitätssoldaten im Konfliktfall nach den einschlägigen Regeln des humanitären Völkerrechts als „Nichtkombattanten“ einen besonderen Schutz genießen und grundsätzlich keinen Waffendienst leisten, dennoch gab es auch kritische Stimmen in der politischen Debatte. Im Ergebnis entschieden sich die Fraktionen nach einer kontroversen Diskussion darüber, ob die Öffnung politisch einen Fortschritt für die Gleichstellung von Mann und Frau bedeutete, für den Gesetzesentwurf.

Der abschließende Gesetzesbeschluss folgte für parlamentarische Verhältnisse relativ schnell und unter Zeitdruck. Mit einer Gegenstimme aus der CDU/CSU-Fraktion wurde am 12.06.1975 der Gesetzentwurf im Bundestag beschlossen. Dabei lehnte das Parla-

³³⁰ Salten, Lenhard: „Frau Dr. med. dent.“ auch in der Bundeswehr willkommen. In: Zahnärztliche Mitteilungen Nr. 9 (1979). S. 544 f. Hier S. 544.

ment ohne Einschränkung eine Ausweitung des Soldatenstatus für Frauen außerhalb der Laufbahn für Sanitätsoffiziere ab. Auch wenn sich in der Debatte einzelne Stimmen für eine gemeinsame allgemeine Dienstpflicht von Männern und Frauen aussprachen, lehnte auch die Mehrheit der Bevölkerung solch eine Ausweitung ab. Nach einer Umfrage aus dem Jahre 1975 antworteten 55 % mit „Nein“ auf die Frage, ob auch Frauen eine Art Wehr- oder Zivildienst leisten sollten.³³¹

3.2. Rechtliches Spannungsfeld der Öffnung des Sanitätsdienstes – vom Verbot, Waffendienst zu leisten, zum Verbot einer Waffendienstverpflichtung

Zum Zeitpunkt der Öffnung galt das in Kapitel 2.3 bereits erwähnte Grundgesetz in der Fassung von 1968. Dessen Artikel 12a schloss einen Dienst mit der Waffe für Frauen explizit aus:

„Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.“³³²

Vor einer weitergehenden rechtlichen Betrachtung der Öffnung der Bundeswehr ist der Begriff des Waffendienstes, wie er 1975 verstanden wurde, zu erörtern, da ohne dessen Verständnis eine Analyse des Gesetzestextes nicht möglich ist. Der Begriff ist unter Betrachtung des damaligen Technologiestandards unter Einbeziehung von biologischen und chemischen Waffen zu definieren.

Das Bundesverwaltungsgericht führte hierzu in seinem Urteil vom 18.07.1975³³³ aus, dass alle Tätigkeiten als Dienst mit der Waffe zu definieren seien, die im Zusammenhang mit dem unmittelbaren Einsatz von Kriegswaffen stünden.

Mit diesem Urteil war der Sanitätsdienst von einer Tätigkeit, die sich eng und unmittelbar in den eigentlichen militärischen Handlungsverlauf einfügt, abgegrenzt. Demnach wurde auch die Ausbildung an (Hand-)Feuerwaffen, wenn sie zur eigenen Verteidigung im Sanitätsdienst diene, nicht von dem Waffenverbot erfasst. Franz Seidler führt hierzu aus, dass der Auftrag des Sanitätsdienstes prinzipiell ohne Ausübung von Waffengewalt

³³¹ Abgedruckt in: Flensburger Tagesblatt vom 27.08.1975.

³³² Art. 12a Abs. 3 GG i.d.F. vom 19.03.1968. Hervorhebung: die Autorin.

³³³ Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.07.1975, Az. VI C 62.73. Fundstelle: Dokumentarische Berichte aus dem Bundesverwaltungsgericht. Ausgabe A: Bürger und Staat. Berlin, 1976. S. 13. Hier: Leitsatz und Gründe.

durchgeführt wurde. Entsprechend trugen die weiblichen Sanitätsoffiziere während ihres Dienstes in Friedenszeiten in der Regel auch keine Waffe.³³⁴

Fest steht allerdings auch, dass nach der Ausbildung an der Waffe für einen im Prinzip waffenlosen Dienst dieser theoretisch zum Waffengebrauch führen konnte. Ebenfalls als „Dienst mit der Waffe“ wurde der konkrete Befehl zum Waffengebrauch definiert.

Bei strenger Auslegung des Grundgesetzes bedeutete dies, dass auch der Befehl zur Verwendung von Waffen Art. 12a Abs. 4 S. 2 GG verletzen würde. Somit dürfte nie eine Frau Chefärztin eines Bundeswehrkrankenhauses werden, da sie dann gleichzeitig militärische Wachvorgesetzte wäre. Das Gleiche würde für eine Leiterin des Sanitätsamts der Bundeswehr gelten. Wie würde der Fall einer weiblichen Bundeskanzlerin aussehen, die im Verteidigungsfall nach Art. 115b GG Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte ausüben würde? Wäre hier der Befehl zum Waffengebrauch auch mit Art. 12a GG unvereinbar? Diese staatsrechtliche Verfassungsinterpretation soll hier nicht weiter erörtert werden.³³⁵

Die Problematik in der Anwendung für den Sanitätsdienst bestand darin, dass unter dem Begriff „Waffe“ eben nicht nur Feuerwaffen zu verstehen waren, sondern alle militärischen Gerätschaften bis hin zum Befehl zu deren Gebrauch,³³⁶ die zur unmittelbaren Vernichtung des Feindes beitrugen, umfasste.³³⁷

Der Begriff des Waffendienstes wurde somit juristisch recht weit ausgelegt; dies machte eine genaue Abgrenzung zum waffenlosen Dienst fast unmöglich. Durch die bloße Zuordnung zu einer speziellen Verwendung wie zum Sanitätsdienst konnte nicht automatisch die Frage des Verbots des Grundgesetzes hinsichtlich des Dienstes mit der Waffe beantwortet werden. Weiterhin problematisch war die Tatsache, dass selbst bei Nichtgebrauch der eigenen Waffe auch die Frauen im Sanitätsdienst im Krieg potenzielle militärische Ziele darstellten und somit das Risiko übernahmen, sich bewaffneten Angriffen auszusetzen.³³⁸

³³⁴ Seidler 1978, S. 394 f.

³³⁵ Vgl. Schmidt-Bleibtreu, Bruno/ Klein, Franz: Kommentar zum Grundgesetz. Bearbeiter Hans Hofmann. 10. Auflage. Neuwied, 2004. S. 458 f. (= Art. 12a Rn. 30).

³³⁶ Z.B. Geschütze, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge, Nachrichteneinrichtungen und Radaranlagen (soweit diese zum unmittelbaren militärischen Einsatz bestimmt sind), aber auch die Herstellung und Entwicklung von biologischen und chemischen Waffen. Es wird deutlich, wie eng oder weit der Begriff „Dienst an der Waffe“ gefasst werden kann, da die Tätigkeit des Waffengebrauchs nicht an den Gegenstand an sich, sondern gleichzeitig an dessen Funktion gebunden ist.

³³⁷ Dolzer, Rudolph (Hg.): Bonner Kommentar zum Grundgesetz. Bearbeiter Jörn Ipsen. Heidelberg, fortlaufende Loseblattsammlung (Stand 1976). S. 72 (= Art. 12a Rn. 294).

³³⁸ Nach Franz Seidler galt dies aber auch z.B. für zivile Arbeiter in kriegswichtigen Fabriken und für alle zivilen Angestellten der Bundeswehr, die in administrativer Verwendung, im

3.2.1. Der Sanitätsdienst vor dem Hintergrund des Waffenverbots

Die im Weiteren zu erörternde Frage ist, ob, und wenn ja, inwieweit weibliche Angehörige des Sanitätsdienstes von dem Waffenverbot überhaupt betroffen waren. Denn aus dem damaligen Wortlaut konnte man zu Recht die Folgerung ableiten, dass ein freiwilliger Dienst *ohne* Waffengebrauch durchaus möglich sei.

Folgende Fragen warf das Verbot des Waffengebrauchs in Bezug auf weibliche Sanitätssoldaten, die ab 1975 eingestellt wurden, auf:

- (1) Erfasst Art. 12a GG auch den freiwilligen (Sanitäts-)Dienst?
- (2) Wird er grundsätzlich angewendet oder greift er nur im Verteidigungsfall?

Zu (1):

Aus historischer Sicht ist anzunehmen, dass das Verbot des Dienstes mit der Waffe für Frauen ursprünglich auch den freiwilligen Dienst – zu dem ja auch die Tätigkeit der weiblichen Sanitätsoffiziere zählte – bewusst einschließen sollte.³³⁹

Das Verfassungsverständnis hatte sich seit der Gründung der Bundesrepublik jedoch dahingehend geändert, dass bereits 1975 das Verbot in dieser umfassenden Form, d.h. auch des freiwilligen Sanitätsdienstes, prinzipiell in Frage gestellt wurde und die ursprüngliche verfassungsrechtliche Bedeutung nicht mehr den Geschlechterrollen der Zeit entsprach. Auch der Ausschluss der Gewissensentscheidung von Frauen für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr qua Gesetz war nicht mehr zeitgemäß.

Dessen ungeachtet kam bei den weiblichen Sanitätsoffizieren noch ein weiterer, nicht unwesentlicher Gesichtspunkt hinzu: die Tatsache, dass Angehörige von Sanitätseinheiten – männliche wie weibliche – generell den Status des Nichtkombattanten besaßen und somit nur das Recht der individuellen Selbstverteidigung oder der Verteidigung ihrer Patienten hatten, schloss sie von vorn herein vom „aktiven“ Waffengebrauch aus.³⁴⁰ Somit nahm das Sanitätspersonal eine besondere Stellung ein.

Diese besondere Stellung war verankert in den Genfer Konventionen von 1949. Hiernach durfte ein Sanitätssoldat, gleich ob weiblich oder männlich, nicht aktiv in Kampfhandlungen eingreifen, da er sonst seinen besonderen Schutz im Sinne der Genfer Konventionen verlor.³⁴¹

Ausbildungswesen sowie in der Nachrichtenübermittlung eingesetzt wurden. Seidler 1978, S. 399 f.

³³⁹ Der Bundestag empfahl diesen Wortlaut einstimmig.

³⁴⁰ Gemäß Art. 3 der Haager Landkriegsordnung aus dem Jahr 1907 kann sich die bewaffnete Macht einer Kriegspartei aus Kombattanten und Nichtkombattanten zusammensetzen. In der Bundeswehr hielten die Angehörigen des Sanitätsdienstes neben den zivilen Angestellten als einzige Einheit den Status der Nichtkombattanten inne.

³⁴¹ Kraake 1992, S. 63.

Weiterhin hieß es in den Genfer Konventionen, dass „*das Sanitätspersonal zu schonen und zu schützen ist.*“³⁴² Dadurch sollte Ärzten/Ärztinnen und Apothekern/Apothekerinnen sowie allen weiteren Angehörigen des Sanitätsdienstes eine ungehinderte Ausübung ihrer Tätigkeiten ermöglicht werden. Der Schutz des Sanitätspersonals war die logische Folge und sollte der Sicherheit und Versorgung der Kranken und Verwundeten dienen. Aus diesem Grund mussten weibliche genau wie schon vorher männliche Sanitätsoffiziere den Nichtkombattantenstatus auch im Verteidigungsfall besitzen.

Hierbei spielte es rechtlich keine Rolle, ob es sich um ziviles Sanitätspersonal oder um Soldaten handelte, die direkt der militärischen Leitung unterstellt und im Sanitätsdienst tätig waren.³⁴³ Im Gegenteil, das „*ständige Militärpersonal [zu dem auch die ersten Ärztinnen im Sanitätsdienst gehörten, Anm. d. Autorin] [...] ist unter allen Umständen zu schonen und zu schützen*“, währenddessen das „*zeitweilige Militärsanitätspersonal sowie das Zivilpersonal [...] nur bei der Ausübung seines Dienstes zu schützen [ist].*“³⁴⁴ Es gab also eine gewisse Einschränkung der Schutzpflicht gegenüber Reservisten und Zivilangehörigen.

Aber selbst wenn davon auszugehen ist, dass der Sanitätsdienst völkerrechtlich grundsätzlich kein Dienst mit der Waffe ist, stellt sich zumindest die Frage, ob nicht schon das Töten zur Eigenverteidigung oder gar die Verteidigung der ihm anvertrauten Patienten dem Ethos des Arztes – oder der Ärztin – widerspricht, Leben zu retten und zu erhalten.³⁴⁵

Zu (2):

Es stellte sich die Frage nach der Bedeutung des Waffenverbots generell und speziell im Kriegsfall. In Friedenszeiten, also während der Ausbildung, wurde sehr wohl der Umgang mit Handfeuerwaffen trainiert. Der Art. 12a GG wurde demnach zwar grundsätzlich angewendet, aber die Ausbildung an der Waffe war trotz des allgemeinen Waffenverbots zulässig.

Hierzu widersprüchlich ist nach Meinung einiger Autoren die Tatsache, dass die ersten Ärztinnen hingegen lange vom Wachdienst mit Begründung des Waffenverbots befreit

³⁴² Art. 24. des Genfer Abkommen vom 12.08.1949. Abkommen I: „*Die Angehörigen des Militärs sowie des zivilen Sanitätspersonals sind zu schonen und zu schützen*“. Zitiert in Jung, Egon: Lehrbuch für den Sanitätsdienst. 5. Auflage. Augsburg, 1990. S. 308.

³⁴³ Vgl. Schoenholzer, Jean-Pierre: Der Arzt und die Genfer Abkommen vom Jahre 1949. Genf, 1954. S. 15.

³⁴⁴ Ebd.

³⁴⁵ Vgl. Sass, Hans-Martin: Medizinische Ethik bei Notstand, Krieg und Terror. Februar, 2006 (= Medizinethische Materialien, Band 165).

wurden, da dieser eine Gefahrenabwehr (und somit möglicherweise einen Dienst mit der Waffe) im Rahmen der inneren Sicherheit darstellt.³⁴⁶ Allerdings gibt es auch Meinungen, die den Wachdienst zwar nicht als „Kriegsdienst“ im engeren Sinne sehen, aber von der Substanz her zumindest als einen „soldatischen Dienst“³⁴⁷ einordnen. Wäre er eine Art Polizeidienst, um den inneren Frieden zu sichern, dann bliebe das Problem nicht allein auf weibliche Soldaten beschränkt. Dann nämlich dürfte ihn kein Soldat, ob männlich oder weiblich, ausführen.³⁴⁸

Wie schwierig die Abgrenzung zwischen grundsätzlicher und spezieller Anwendung des Waffenverbots ist, zeigt ein zweites, durchaus praxisrelevantes Beispiel. Verweigerte ein weiblicher Sanitätsoffizier die Teilnahme an der Schießausbildung, konnte sie disziplinarrechtlich nicht dafür belangt werden, da das verfassungsrechtliche Verbot des Waffendienstes auch zur Folge hatte, dass auch der Befehl eines Vorgesetzten zum Waffengebrauch rechtswidrig war.³⁴⁹

Somit wurde das Waffenverbot nur im Kriegsfall angewendet, unter der Voraussetzung, dass das weibliche Sanitätspersonal nur humanitäre Aufgaben wahrnahm und keine Handlungen ausführte oder durch eigene Befehle ausführen ließ, die den Gegner im Kampf schädigten.

3.2.2. Artikel 12 Abs. 1 GG: Freiheit des Berufs

Unter dem Aspekt der Verfassungswidrigkeit muss auch der Absatz 1 des Artikels 12 GG betrachtet werden, da sich bei diesen Überlegungen auch die Frage eines unzulässigen Berufsverbotes für Frauen in der Bundeswehr als Arbeitsstelle stellte. Grundsätzlich darf im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Arbeitsstelle frei gewählt werden:

„Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“³⁵⁰

Die verfassungsrechtlich gewährte Freiheit der Berufswahl stand mit dem Verbot des Dienstes mit der Waffe indirekt im Konflikt, weil ein Dienst in den Streitkräften bei entsprechender Verpflichtung auch ein Beruf sein kann, und das Verbot desselben nach

³⁴⁶ Diskussion zum Tagungsthema „Ist das Verbot des Dienstes mit der Waffe für weibliche Soldaten noch zeitgemäß?“ 4. Münchener Wehrrechtsgespräche vom 11.07.1995. In: Steinkamm 2001, S. 106, S. 114.

³⁴⁷ Ebd. S. 108 f.

³⁴⁸ Ebd. S. 114.

³⁴⁹ Vgl. Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) i.d.F. vom 19.08.1975. § 10 Abs. 4.

³⁵⁰ Art. 12 Abs. 1 GG in der Fassung vom 23.05.1949.

dem Grundgesetz für volljährige Menschen, quasi als „*Grundrechtsschutz gegen sich selbst*“³⁵¹, verfassungsrechtlich nicht zulässig ist.

Daneben wird die Berufsfreiheit durch Art. 3 Abs. 2 GG ergänzt, der den Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau umfasst, und auf einem internationalen Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau von 1953³⁵² beruht.³⁵³ Allerdings war die Bundesrepublik diesem Abkommen nur unter dem Vorbehalt beigetreten, dass Art. 3 GG keine Anwendung auf Dienstleistungen in den Streitkräften findet, und hier der Zugang für Frauen beschränkt werden könne.³⁵⁴ Mit der Öffnung 1975 waren die approbierten Ärztinnen und Apothekerinnen nicht von dem Konflikt der Berufsfreiheit betroffen, da sie ihren Beruf auch am Arbeitsplatz Bundeswehr ausüben konnten, wohl aber alle anderen Frauen, die sich für viele andere Berufszweige der Bundeswehr interessierten.³⁵⁵ Dies galt bis 2001, als die Bundeswehr erstmals Bewerberinnen zu allen Mannschaftslaufbahnen zuließ.³⁵⁶

3.2.3. Soldatengesetz §1 Abs. 3

Im Zuge der geplanten Öffnung der Bundeswehr musste das Soldatengesetz an mehreren Stellen geändert werden. Diese Umsetzung soll in den nächsten Abschnitten verfolgt werden.

Die Einsatzmöglichkeiten der Soldaten waren ursprünglich in §1 Abs. 3 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1956 festgelegt³⁵⁷ und in der Soldatenlaufbahnverordnung (SLVO)³⁵⁸ konkretisiert.

³⁵¹ Münch, Ingo von: Gutachten auf dem 38. Parteitag der FDP. In: Freie Demokratische Partei: Frauen und Bundeswehr. Beschluss des 38. ordentlichen Parteitages der FDP in Kiel vom 5./6. September 1987.

³⁵² Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau vom 31.03.1953. Vgl. BGBl. II (1969), S. 1929 f. Für Deutschland in Kraft seit dem 02.02.1971.

³⁵³ Gesetz zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 25.04.1985. Vgl. BGBl. II (1985) S. 647.

³⁵⁴ Delbrück, Jost: Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau. In: Münch, Ingo von (Hg.): Festschrift für Hans-Jürgen Schlochauer zum 75. Geburtstag. Berlin, 1981. S. 247-270. Hier S. 266.

³⁵⁵ Z.B. die technischen Berufe, sofern sie nicht im Rahmen eines zivilen Arbeitsverhältnisses ausgeübt werden konnten sowie alle Mannschaftsdienstgrade wie Pilot, Panzergrenadier etc.

³⁵⁶ Die Mannschaftsdienstgrade im Sanitäts- und Militärmusikdienst waren bereits 1989 geöffnet worden. Vgl. Schaffer 1994, S. 2.

³⁵⁷ Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) vom 19.03.1956. BGBl. I (1956). S. 114.

³⁵⁸ Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten (Soldatenlaufbahnverordnung) vom 21.03.1958. BGBl. I (1958). S. 148.

Am 6. August 1975 wurde dieses durch das Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes geändert, und der § 1 Abs. 3 SG wie folgt neu gefasst:

„Der Soldat kann auf Grund freiwilliger Verpflichtung, auf Lebenszeit Wehrdienst zu leisten, in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten oder auf Grund freiwilliger Verpflichtung, für begrenzte Zeit Wehrdienst zu leisten, in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit berufen werden, Frauen jedoch nur für die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes.“³⁵⁹

Diese Neuerung war völkerrechtskonform und widersprach auch, wie diskutiert, nicht dem Grundgesetz in der Fassung von 1975, da ein derartiger Sanitätsdienst einen Waffengebrauch grundsätzlich ausschloss. Kritisch muss betrachtet werden, dass bei der ersten Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitäterinnen nur approbierte Ärztinnen und Apothekerinnen zum Dienst zugelassen wurden. Dies bedeutete, dass Frauen also nicht wie ihre männlichen Kollegen bereits das Studium von der Bundeswehr finanziert bekommen konnten. Sie konnten demnach zwischen einer Verpflichtung auf Zeit (SaZ) mit einer Dauer von zwei bis 15 Jahren oder dem Status des Berufssoldaten (BS) mit einem Dienstzeitende nach Ablauf des 60. Lebensjahres wählen.

3.2.4. Soldatengesetz § 28 Abs. 6

§ 28 Abs. 6 SG regelte den Urlaub bzw. Mutterschutz und Erziehungsurlaub von Frauen in der Bundeswehr. Dieser Absatz musste neu eingefügt werden, um dem Mutterschutz aus familienpolitischen Gründen auch in der Bundeswehr gerecht zu werden.

„Frauen in der Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes kann auf Antrag unter Wegfall der Geld- und Sachbezüge einschließlich der freien Heilfürsorge Urlaub bis zur Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung auf längstens neun Jahre gewährt werden, wenn sie mit mindestens einem Kind unter achtzehn Jahren oder einem nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen in häuslicher Gemeinschaft leben und diese Personen tatsächlich betreuen und pflegen. [...]“³⁶⁰

Zunächst war die Verlängerung des Erziehungsurlaubs im Gesetzentwurf in Anlehnung an das Beamtengesetz³⁶¹ auf höchstens sechs Jahre vorgesehen,³⁶² und wurde in der Ka-

³⁵⁹ Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) i.d.F. vom 19.08.1975. BGBl. II (1975). S. 2273.

³⁶⁰ § 28, Abs. 5 SG i.d.F. vom 19.08.1975.

³⁶¹ § 48a Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG).

binettssitzung vom 19.02.1975 auf neun Jahre erhöht. Außerdem lag das Höchstalter des zu betreuenden Kindes mit 18 Jahren um zwei Jahre höher als im Beamtenrecht.³⁶³ Damit gingen die Regelungen zum Mutterschutz und zur Erziehungszeit über die der Beamtinnen hinaus.³⁶⁴ Mit dem 14. Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes wurde der Anspruch des Erziehungsurlaubes auf alle Soldaten – also auch auf Väter – ausgedehnt.³⁶⁵

Mit Ausnahme des Mutterschutzes enthielt das Soldatengesetz ausdrücklich keine weiteren Sonderregelungen für weibliche Sanitätsoffiziere. Auch eine qualifikationsabhängige Entscheidungsquote,³⁶⁶ wie sie teilweise im allgemeinen Beamtenrecht verankert ist, oder eine qualifikationsunabhängige Reservierungsquote,³⁶⁷ war und ist bei der Einstellung von Frauen in der Bundeswehr nicht vorgesehen:

„Es kann und wird keine eigene Sollstärke für weibliche Sanitätsoffiziere geben. Es gibt vielmehr nur eine Sollstärke für Sanitätsoffiziere (Arzt) insgesamt.“³⁶⁸

Das zeigt, dass eine gewollte Überwindung der Unterrepräsentanz von Frauen bei der Bundeswehr 1975 nur eine untergeordnete Rolle spielte und bestätigt die oben entwickelte These, dass die Öffnung primär der Abhilfe akuter Personalprobleme dienen sollte.

³⁶² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes und der Wehrdisziplinarverordnung vom 31.01.1975. Datenblatt-Nr. 7/1734/01.

³⁶³ Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hg.): Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Stuttgart, 1989. (= Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Band 343). S. 63.

³⁶⁴ Dies wurde 1980 und 1984 durch zwei Änderungsgesetze wiederum an die Mutterschutzverordnung für Soldatinnen angeglichen. Nun konnten auch Beamtinnen Kinder bis 18 Jahre betreuen, und dies nicht nur 6, sondern maximal 9 Jahre. Ebd.

³⁶⁵ 14. Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 13.12.1990. BGBl. I (1990). S. 2588.

³⁶⁶ Bei gleicher Qualifikation ist im Einzelfall der Frau der Vorrang für eine bestimmte Position zu gewähren.

³⁶⁷ Damit ist im Sinne des Begriffs „Quote“ ein starrer Anteil gemeint, der nur bei mehreren gleichen Stellen vergeben werden kann. Dies fand z.T. Anwendung bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen und im Bundesgrenzschutz, wo sie jedoch später wieder aufgehoben wurde. Vgl. Steinkamm 2001, S. 61. und S. 505.

³⁶⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 2: Presseinformationen aus Anlass der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes und der Wehrdisziplinarordnung in der Kabinettsitzung am 19.02.1975. S. 2.

3.2.5. Teilzeitarbeit – rechtliche Möglichkeiten

Die rechtliche Voraussetzung für eine Teilzeitarbeit der weiblichen Sanitätsoffiziere wurde 1975 nicht geschaffen. In der Begründung wurde eingebracht, dass *„diese Vorstellung mit den Eigentümlichkeiten des militärischen Dienstes nicht vereinbar ist.“*³⁶⁹ Der Grund lag in der Tatsache, dass im Soldatengesetz im Gegensatz zum Bundesbeamtengesetz prinzipiell überhaupt keine Arbeitszeitregelung vorhanden war. Außerdem kam die Frage auf, ob nach dem Prinzip der Gleichbehandlung die Möglichkeit der Teilzeitarbeit – genau wie die Möglichkeit zur Beurlaubung für die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen – auch auf Männer auszudehnen sei.³⁷⁰ Diese Frage wurde schon in der ersten Beratung des Gesetzes von dem Abgeordneten Biehle der CDU/CSU Fraktion gestellt:

*„Wenn danach eine Freistellung auf drei Jahre zur Versorgung [...] erfolgen soll, dann taucht doch die Frage auf, ob dies nicht auch den männlichen Soldaten zugestanden werden muß, um dem Gleichheitsgrundsatz gerecht zu werden.“*³⁷¹

Dies hätte aber nach damaliger Auffassung des Abgeordneten eine *„wesentliche Veränderung des Soldatenstatus“*³⁷² dargestellt.³⁷³ Ein Generalarzt, der Inspekteur des Sanitätsdienstes, beklagte in einem Rückblick über die personelle Entwicklung und Probleme von Sanitätssoldatinnen in der Bundeswehr, dass *„sich im täglichen Dienstbetrieb Fehlzeiten unserer Soldatinnen wegen Mutterschutz, Erziehungs- und Betreuungsurlaub, oder auch Petitionen mit dem Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung, als zunehmend problematisch“*³⁷⁴ erwiesen.

³⁶⁹ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975.

³⁷⁰ Vgl. Seidler 1978, S. 395.

³⁷¹ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

³⁷² Ebd.

³⁷³ Dass Teilzeitarbeit auch im militärischen Dienst möglich ist, zeigt die aktuelle Verordnung über die Teilzeitbeschäftigung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die zwar erhebliche Einschränkungen zur Antragsberechtigung enthält, jedoch für Männer und Frauen gleich angewendet wird. Vgl. Soldatinnen- und Soldatenteilzeitbeschäftigungsverordnung vom 19.11.2005. BGBl. I (2005), S. 3157.

³⁷⁴ Desch, Gunter: Soldatinnen in der Bundeswehr. Bedeutung, personelle Entwicklung und Probleme. In: Steinkamm 2001, S. 50-56. Hier S. 55.

3.2.6. Soldatengesetz § 51 Abs. 5 i.d.F. 1975

§ 51 SG regelte in den Absätzen eins und zwei die zwangsweise Wiederverwendung von Berufssoldaten. Die Regelung einer zwangsweisen Wiederverwendung bis zum Erreichen einer bestimmten Altersgrenze wurde für Frauen in der Sanitätslaufbahn ausgesetzt:

„(5) Absatz 1 und 2 [Heranziehung zu kurzfristigen Dienstleistungen bzw. Berufung in ein erneutes Dienstverhältnis des Berufssoldaten, Anm. d. Autorin] finden auf Frauen in der Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes keine Anwendung.“³⁷⁵

Die juristische Argumentation war hierbei, dass nach damals geltendem Recht (Art. 12a Abs. 1 GG) eine Wehrpflicht nur für Männer begründet werden konnte und nicht für Frauen. Dies traf nicht nur auf ungediente Frauen zu, sondern auch auf Frauen, die schon einmal als Soldat, z. B. als Sanitätsoffizier, gedient hatten.

3.2.7. Soldatengesetz § 54 Abs. 3 i.d.F. 1975

(3) „Wenn zwingende Gründe der Verteidigung es erfordern, kann die zum Dienstverhältnis festgesetzte Zeit allgemein durch Rechtsverordnung, in Einzelfällen durch den Bundesminister der Verteidigung um einen Zeitraum bis zu drei Monaten verlängert werden.“

Dies gilt nicht für Frauen in der Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes.“³⁷⁶

Bislang wenig beachtet wurde eine zweite Sonderregelung für weibliche Sanitätsoffiziere: die Unzulässigkeit der Dienstzeitverlängerung gegen den Willen der Frauen – im Gegensatz zu den männlichen Soldaten. Begründet war die Unzulässigkeit der zwangsweisen Dienstzeitverlängerung in § 4 des Wehrpflichtgesetzes, wonach Frauen prinzipiell nicht der Wehrpflicht unterlagen und somit auch nicht zu Wehrübungen oder zwangsweiser Wehrdienstzeit herangezogen werden konnten, auch nicht aus zwingenden Gründen der Verteidigung. Somit war § 54 Abs. 3 Satz 1 SG auch nicht auf die ersten Ärztinnen anwendbar. Die Weiterverwendung im Spannungsfall war nur im Rahmen einer erneuten freiwilligen Dienstverpflichtung möglich. Die weiterführende Frage ist, ob diese Regelung im Konflikt mit dem damals geltenden § 12a GG stand, wonach (alle) Frauen generell zu Dienstleistungen verpflichtet werden konnten. Die beiden Tätigkeiten unterschieden sich jedoch qualitativ, und da Frauen auch rechtlich nicht der Wehrpflicht unterlagen, konnte die Dienstzeit der weiblichen Offiziere nicht gegen ihren Wil-

³⁷⁵ Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) i.d.F. vom 19.08.1975. BGBl. II (1975). S. 2273.

³⁷⁶ Ebd.

len verlängert werden. Für die Bundeswehr könnte dies im Verteidigungsfall eine Einschränkung in der Verfügbarkeit von (weiblichen) Sanitätsoffizieren bedeuten.³⁷⁷

3.2.8. Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten § 1

Die Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten (Soldatenlaufbahnverordnung, SLVO) regelt Details zum Soldatengesetz und wurde von der Bundesregierung auf Grund der Änderung des Soldatengesetzes im Herbst 1975 ebenfalls geändert.

§ 1 Grundsatz:

„Soldaten sind nach Eignung, Befähigung und Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Glauben, religiöse oder politische Anschauungen, Heimat oder Herkunft zu ernennen.“³⁷⁸

Das Wort „Geschlecht“ wurde mit der 10. Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung mit Wirkung zum 01.10.1975 eingefügt. Diese Ergänzung war erforderlich, um den als Sanitätsoffizieren eingestellten Frauen den gleichen Zugang zu den Laufbahnen zu ermöglichen.

Ein eigener Artikel zur Einstellung von Frauen trat ebenfalls mit der 10. Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung vom 08.09.1975 in Kraft. Damit wurde § 1 Abs. 3 SG auch in die Laufbahnverordnung integriert.

Paragraph 3a zur Einstellung von Frauen lautete:

„Frauen können nur auf Grund freiwilliger Verpflichtung und nur in die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes eingestellt werden.“³⁷⁹

Ansonsten hatten Frauen grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie ihre männlichen Kollegen, was das Beschwerderecht, Beförderung, Befehlsgewalt und ähnliches betraf.

³⁷⁷ In einer von Verteidigungsminister Leber einberufen Kollegiumssitzung Ende des Jahres 1974 zu dem Gesetzesvorhaben „Ärztinnen als Sanitätsoffiziere“ wurde unter Nr. 3 (Einzelprobleme) vom Abteilungsleiter VR folgendes angemerkt: „In Krisenzeiten und im Verteidigungsfall könnten dadurch Schwierigkeiten entstehen, daß die weiblichen Sanitätsoffiziere nicht in dem Maße wie ihre männlichen Kollegen festgehalten werden können. Es ist nicht möglich, sie wie Ärzte erforderlichenfalls aufgrund der Wehrpflicht im Dienst zu halten, da Ärztinnen der Wehrpflicht nicht unterliegen.“ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Schreiben des Abteilungsleiters VR an den Bundesverteidigungsminister. Betreff: Ärztinnen als Sanitätsoffiziere vom 15.11.1974.

³⁷⁸ 10. Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung vom 01.10.1975. BGBl. I (1975). S. 2478. Hervorhebung: die Autorin.

³⁷⁹ Ebd.

Durch das damals geltende Waffenverbot waren der Gleichberechtigung aber Grenzen gesetzt, da Frauen nur in einem bestimmten Bereich, nämlich dem Sanitätsdienst, Verwendung finden konnten.

Der weibliche Sanitätsdienst wurde ohne eine Änderung der Verfassung eingeführt, jedoch zeigte die differenzierte und zum Teil widersprüchliche Diskussion über die rechtliche Grenzziehung, dass die Öffnung der Bundeswehr für den Sanitätsdienst rechtlich kritisch war, weil die Übergänge vom waffenlosen Dienst zum Dienst mit der Waffe fließend waren. Dies zeigte auch die oben angesprochene Tatsache, dass die ersten Frauen im Sanitätsdienst zum Gebrauch der Pistole berechtigt, jedoch nicht verpflichtet waren. Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass dem freiwilligen Dienst von Frauen in der Sanitätslaufbahn nach den vollzogenen Änderungen des Soldatenrechts aus rechtlicher Sicht nichts entgegenstand. Schwierig war dennoch die Abgrenzung bzw. die Definition des Waffenbegriffs in bezug auf den Sanitätsdienst.

3.2.9. Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten § 26

Eine weitere Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung hatte auch Auswirkungen auf die männlichen Soldaten. Vor der Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen konnten nach § 26 SLVO nur Bewerber zur Sanitätsoffizierslaufbahn zugelassen werden, die prinzipiell auch die Voraussetzungen zur Beförderung zum Leutnant der Reserve erfüllten.³⁸⁰ Da für Frauen aber eine Beförderung in den Truppendienst der Bundeswehr nicht möglich war, entfiel aus Gründen der Gleichheit diese Klausel auch für die männlichen Bewerber.

3.2.10. Änderungen des Soldatenversorgungsgesetzes

Durch die Änderungen des Soldatenversorgungsgesetzes sollte sichergestellt werden, dass auch Frauen in der Rechtsstellung des Berufssoldaten oder des Soldaten auf Zeit sowie ihre Hinterbliebenen nach den Vorgaben des Soldatenversorgungsgesetzes Leistungen erhielten. Hierzu waren lediglich Änderungen in sprachlicher Hinsicht notwendig. Nicht eingebracht wurde die im damaligem Beamtenrecht verankerte Möglichkeit, verheirateten Beamtinnen bei ihrer Entlassung eine Abfindung zu gewähren. Dies hätte im Widerspruch zu dem von der Regierung erklärten Ziel der Schaffung einer eigenständigen Altersvorsorge für Frauen gestanden und wurde als nicht mehr zeitgemäß angesehen.³⁸¹

³⁸⁰ Die Ausbildung zum Leutnant der Reserve bezog sich auf den Truppendienst.

³⁸¹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes und der Wehrdisziplinarverordnung vom 31.01.1975. Datenblatt-Nr. 7/1734/01. S. 3 f.

3.3. Emanzipation oder Personalmaßnahme? Militärgeschichtliche Betrachtungen

Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen zog eine Reihe von Veränderungen auch im organisatorischen Bereich nach sich.

Zentrale Frage bei allen Maßnahmen war die Kostenerhöhung, die mit der Organisation der Fraueneinheit zusammenhing. Hierzu ist festzustellen, dass das zuständige Referat des BMVg in einem Schreiben vom Januar 1975 an den Chef des Bundeskanzleramts explizit erwähnte, dass Bund, Länder und Gemeinden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet würden.³⁸² Im Folgenden sollen die schrittweise Integration und die sich daraus ergebenden Probleme betrachtet werden.

3.3.1. Formale Qualifikationsanforderungen

Berufliche Qualifikation bedeutet inhaltlich das an eine Person gebündelte Wissen, spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten eines bestimmten Fachgebiets.

Für die Einstellung als Stabsapothekerin bzw. Stabsärztin bestanden diese formale Eingangsvoraussetzung in einem erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudium zur Erlangung der Approbation, welches sich aus drei Staatsexamina zusammensetzte. Die Frauen konnten sich damit entweder für den Dienst des „Soldaten auf Zeit“ (SaZ) mit einer Minstdauer von zwei Jahren oder nach der Ableistung von zwölf Monaten Wehrdienst für das Dienstverhältnis des Berufssoldaten bewerben.³⁸³

Weiterhin standen persönliche Eignungsmerkmale wie Flexibilität, Motivation, Mobilität, Eigeninitiative, Teamfähigkeit, problemorientiertes Denken und Lernfähigkeit auf der Liste der Einstellungskriterien.

Hinzu kamen bundeswehrspezifische Anforderungen wie Einsatzbereitschaft, Entschlusskraft sowie sportliche und medizinische Mindestanforderungen. Die bisherigen Erfahrungen, welche die Bundeswehr mit bereits beamteten oder angestellten Ärztinnen im Sanitätsdienst gemacht hatte, waren durchweg positiv:

„Es haben sich keine Hinweise dafür ergeben, daß Ärztinnen für die Aufgaben der ärztlichen Untersuchung, Behandlung und Begutachtung in der Bundeswehr von ihrer Qualifikation her weniger geeignet sein könnten als ihre männlichen Kollegen.“³⁸⁴

³⁸² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Ministerialrats Meyer an den Chef des Bundeskanzleramts vom 31.01.1975.

³⁸³ Salten 1979, S. 544 f.

³⁸⁴ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Erläuterungen zur geplanten Einstellung von Frauen in die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung vom 19.02.1975. S. 11.

Auch die Personalstelle im Bundesverteidigungsministerium stellte fest, „daß die Verwendung weiblicher Sanitätsoffiziere (Ärztinnen) ein Gewinn für den Sanitätsdienst der Bundeswehr zu werden verspricht.“³⁸⁵



Abbildung 13: Stabsärztin des ersten Jahrgangs bei einer ophthalmologischen Untersuchung eines Unteroffiziers. Quelle: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab.

3.3.2. Außendarstellung der Öffnung

Schon vor der Öffnung bereitete der Informations- und Pressestab des Bundesministeriums der Verteidigung Materialien für die Presse vor. In den Pressemitteilungen wurde immer der Bezug zum Jahr der Frau herausgestellt:

„Das Gesetzesvorhaben hat in der Öffentlichkeit starke Beachtung gefunden. Zum ersten Mal können nunmehr auch Frauen Soldaten werden, und zwar auf Grund freiwilliger Verpflichtung in der Laufbahn der Sanitätsoffiziere. Die neue gesetzliche Regelung fördert die praktische Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft, insbesondere dort, wo Frauen dieselben beruflichen Leistungen wie Männer erbringen. Gerade als Ärzte aber leisten Frauen Hervorragendes. Es ist daher nur folgerichtig, wenn Frauen auch als Sanitätsoffiziere Dienst leisten. Insoweit leistet

³⁸⁵ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Einstellung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere. Personalstelle des Bundesministeriums der Verteidigung, P V7. Schreiben an den Abteilungsleiter vom 23.09.1975.

die Bundeswehr auch einen Beitrag zu dem von den Vereinten Nationen proklamierten Jahr der Frau.“³⁸⁶

Erst im weiteren Verlauf der Presseerklärung wurde darauf hingewiesen, dass mit der Einstellung von weiblichen Sanitätsoffizieren das gegenwärtige Personalproblem gelöst werden sollte. Auffällig ist die Aussage, dass das Gesetzesvorhaben eine starke Beachtung in der Öffentlichkeit erfahren habe. Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Frauen in der Bundeswehr“ fand nämlich erst viel später statt. Die Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere hat gewissermaßen erst den Anstoß dazu gegeben. Weiterhin wurde explizit die gleiche berufliche Arbeitsleistung der Ärztinnen hervorgehoben. Offenbar war dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht selbstverständlich, so dass es ausdrücklich betont wurde.

Für die offizielle Vorstellung der ersten fünf Ärztinnen bereitete der Pressestab der Bundeswehr Antworten auf Fragen vor, die von dem Sender Freies Berlin an den Verteidigungsminister Leber gestellt werden sollten. Dabei stellte der Sender die berechnete Frage, ob nicht auch an Abiturientinnen in Zukunft Medizinstudienplätze und Stipendien vergeben werden müssten, um die von der Regierung proklamierte Gleichberechtigung von Mann und Frau in jeder Hinsicht durchzusetzen. Die geplante Antwort des Bundesverteidigungsministers sollte folgendermaßen lauten:

*„Es ist richtig, daß die weiblichen Sanitätsoffiziere die gleichen Rechte und Pflichten haben sollen wie ihre männlichen Kollegen. Dies kann aber nicht in gleicher Form Sanitätsoffiziersanwärtern geboten werden. [...] Denken Sie dabei nur an die notwendige Felddienstausbildung der jungen Männer, die den jungen Damen nicht zuzumuten ist. Es liegt auf der Hand, daß von einer 18- oder 19-jährigen Abiturientin nicht mit annähernder Gewißheit eine langdauernde Tätigkeit als Ärztin und noch weniger als Sanitätsoffizier erwartet werden kann. Eheschließung und Mutterschaft – auch vor Beendigung des Studiums – werden manche Anwärtlerin vorzeitig von dem ursprünglich gesteckten Ziel, Sanitätsoffizier zu werden, abbringen. [...] Lassen Sie zunächst einmal die Ärztinnen sich als Sanitätsoffiziere einleben. Wir werden dann Erfahrungen über die besten Einsatzmöglichkeiten sammeln, was die Frage der Nachwuchsgewinnung beantworten hilft.“*³⁸⁷

³⁸⁶ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Material für die Presse. Weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung vom 10.08.1975.

³⁸⁷ Bundesarchiv/Militärarchiv (BW/MA), Signatur BW 1/49803: Interview des Ministers mit dem Sender Freies Berlin. Schreiben des Informations- und Pressestabs des Bundesministeriums für Verteidigung vom 24.09.1975.

Während die Antwort im ersten Satz zunächst der grundsätzlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau zustimmte, hielt das Bundesverteidigungsministerium die konkrete Umsetzung derselben aber für nicht tragbar. Hierzu führte er zwei Argumente an. Zum einen sei der Felddienst während der Ausbildung zum Offizier für weibliche Bewerberinnen nicht zumutbar. Damit umging der Verteidigungsminister das Dilemma, das sich aus der differenzierten Behandlung von Sanitätsoffizieren ergab. Zu diesem Zweck wurde wiederum auf das tradierte Rollenbild der Frau als Hausfrau und Mutter zurückgegriffen, das die Grundausbildung unzumutbar erschienen ließ. Zum anderen unterstellte er Frauen insgesamt, mit hoher Wahrscheinlichkeit Studium oder Berufsausübung für Heirat und Mutterschaft zu unterbrechen. Damit wurde ein in der damaligen Arbeitswelt häufig verwandtes Argument wirtschaftlicher Rationalität (Kosten für den Arbeitgeber durch Mutterschaftspausen) angeführt. Dennoch hielt man für die Zukunft weitere Zugangs- und Einsatzmöglichkeiten für Frauen offen. Dies entsprach einem internen Sitzungsprotokoll des Bundesministeriums für Verteidigung, an dem auch der Bundesverteidigungsminister teilnahm:

„Es soll im Hause darüber nachgedacht werden, für welche anderen Laufbahnen Frauen herangezogen werden können. In einer Rede bei der Einbringung der notwendigen Gesetzesvorlage will der Minister hierauf hinweisen und auf die Regelung anderer Sparten eingehen.“³⁸⁸

Das Bundesministerium für Verteidigung sah in der Öffnung der Sanitätsoffizierslaufbahn für Frauen also einen ersten Schritt, den es auszubauen galt. Ob es sich hierbei lediglich um weitere Bereiche mit Personalmangel handelte oder ob die Anzahl von Frauen in der Bundeswehr prinzipiell erhöht werden sollte, blieb offen. Dem Protokoll ist aber zu entnehmen, dass die Maßnahme von 1975 seitens der Bundeswehr auf jeden Fall im Kontext zum Jahr der Frau stehen sollte:

„Er [der Verteidigungsminister, Anm. d. Autorin] beabsichtigt die Maßnahme so beschleunigt zu realisieren, daß 1975, im UNO-Jahr der Frau, die erste Frau von ihm zum Sanitätsoffizier ernannt wird.“³⁸⁹

Der Sender Freies Berlin bat im Zuge der Öffnung um Interviews mit den zukünftigen Ärztinnen der Bundeswehr. Aus einer handschriftlichen Notiz des damit beauftragen Oberfeldapothekers Krauss geht hervor, dass das Bundesministerium einen „*restriktiven Kurs in der Angelegenheit angeordnet*“ habe, er jedoch einem „*Info-Gespräch*“ zu-

³⁸⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Auszug aus dem Kollegiumsprotokoll vom 07.11.1974. Tagesordnungspunkt 1: Öffnung der Sanitätsoffizierslaufbahn für Frauen.

³⁸⁹ Ebd.

stimme.³⁹⁰ Nach weiteren Gesprächen mit der Bundeswehr, die von dem Sender als nett und hilfsbereit beschrieben wurden,³⁹¹ entschied der damalige Staatssekretär in einer Verfügung entgegen den Vorschlägen des Informations- und Pressestabs des Bundesministeriums für Verteidigung, auch eine Drehgenehmigung für die Waffenausbildung zu erteilen, „zumal wir den Eindruck haben, daß der SFB [Sender Freies Berlin, Anm. d. Autorin] einen ausgesprochen positiven Filmbeitrag zum Thema „SanOffz weiblich“ liefern wird.“³⁹²



Abbildung 14: Ernennung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere durch Bundesverteidigungsminister Leber am 01.10.1975³⁹³

³⁹⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Handschriftliche Notiz des OFAp Krauss (InSan II 3) vom 28.05.1975.

³⁹¹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Senders Freies Berlin an Oberstleutnant Lübbert vom 29.07.1975.

³⁹² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Informations- und Pressestabs des Bundesministeriums für Verteidigung an den Staatssekretär des Bundesministerium für Verteidigung Helmut Fingerhut vom 01.08.1975.

³⁹³ Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressedienst.

3.3.3. Auftrag des Sanitätsdienstes und die Ausbildung der weiblichen Sanitätsoffiziere

Nach der Betrachtung der politischen Diskussion und den rechtlichen Problemstellungen stellt sich die weiterführende Frage, wie die ersten Ärztinnen tatsächlich in den Sanitätsdienst der Bundeswehr integriert wurden. Der Auftrag des Sanitätsdienstes der Bundeswehr war es, „*die Gesundheit der Soldaten zu erhalten, zu fördern oder wiederherzustellen*“³⁹⁴, also die Gesunderhaltung im weiteren Sinne. Im Frieden standen die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung sowie Ausbildungs- und Planungsaufgaben im Vordergrund. Im Verteidigungsfall sollte der Sanitätsdienst verwundete, verletzte und erkrankte Soldaten sowie zivile Mitarbeiter der Bundeswehr betreuen, soweit diese den zivilen Gesundheitsdienst nicht in Anspruch nehmen konnten. Durch Kooperationen der Bundeswehr beispielsweise mit zivilen Krankenhäusern hatten Ärztinnen schon vorher Kontakt zum Sanitätsdienst der Bundeswehr. Hintergrund dieser Kooperationen war die Sicherstellung einer möglichst schnellen ärztlichen Behandlung im Notfall für viele Menschen.³⁹⁵

Weitere Teilaufgaben des Sanitätsdienstes waren:

- Erarbeitung, Auswertung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen der Medizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Pharmazie und Lebensmittelchemie sowie deren Grenzgebiete über die Wehrmedizin hinaus
- Beratung des Bundesministeriums für Verteidigung in allen Fragen des Sanitäts- und Gesundheitswesens und Mitwirkung bei sanitätsdienstlichen Problemen im Rahmen der NATO³⁹⁶
- Sanitätsmaterialversorgung

Der Sanitätsdienst umfasste daneben wie im zivilen Bereich auch human-, zahn- und veterinärmedizinische sowie pharmazeutische Bereiche, außerdem unterhielt er auch die lebensmittel-toxikologischen Untersuchungsstellen.

Er war nicht vollständig in die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine integriert, sondern wurde in speziellen, so genannten Sanitätseinheiten zusammengefasst, ein Umstand, der dem besonderen Status der Sanitätstruppe als Nichtkombattanten gerecht werden sollte.

Die Sanitätsärzte und -apotheker arbeiteten hauptsächlich in fünf Bereichen:

³⁹⁴ Bundesarchiv/Militärarchiv (BW/MA), Signatur BW 1/49803: Informationen zum Sanitätsdienst. Hier: Weibliche Sanitätsoffiziere. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung. Stand Juli 1975.

³⁹⁵ Rebentisch 1980, S. 626.

³⁹⁶ Quelle: Bundeswehr 1974: Eine PR-Veröffentlichung des Bundesministeriums für Verteidigung in der Süddeutschen Zeitung Nr. 68 vom 21.03.1974. S. 6.

1. Bundeswehrkrankenhäuser
2. Zentrale Versorgungsstellen/ Arzneimittellager
3. Untersuchungsinstitute
4. Sanitätsamt der Bundeswehr (Verwaltung)
5. Medizinisch-wissenschaftliche Einrichtungen

Daneben konnten Sanitätsoffizieren auch Führungsaufgaben übertragen werden, die nicht ihrem ursprünglichen Arbeitsgebiet entsprangen.

Die Ausbildung bestand zunächst in einem Einweisungslehrgang an der Akademie für Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr in München. Zwei der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere wurden im Flugmedizinischen Institut der Luftwaffe in Fürstentfeldbruck eingesetzt, je eine bei der Fernmeldeschule in Feldafing, der Bundeswehrhochschule in München und im Sanitätsamt der Bundeswehr in Bonn-Beuel.

Wie in Abschnitt 3.2 erwähnt galt das allgemeine Waffenverbot für Frauen. Deshalb mussten zum damaligen Zeitpunkt Sonderregelungen für die Wachdienste der Frauen getroffen werden. Männliche Soldaten mussten den Wachdienst übernehmen, weil bereits der Befehl zum Schießen oder das Weiterleiten eines solchen Befehls das Waffenverbot verletzt hätte.³⁹⁷

3.3.4. Besoldung und Nebentätigkeiten

Die Besoldung der weiblichen Sanitätsoffiziere richtete sich nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften der Berufssoldaten oder der Soldaten auf Zeit und unterschied sich nicht von der der männlichen Kollegen. Folgende Dienstbezüge wurden 1975 als Grundgehalt gewährt:³⁹⁸

Dienstgrad	BesGr	Grundgehalt (in DM)	Ortszuschlag ledig (Stufe 1) verheiratet (Stufe 2)	
Stabsarzt Stabsapotheker Stabsveterinär	A 13	2.112,46	475,94	581,24
Oberstabsarzt Oberstabsapotheker Oberstabsveterinär	A 14	2.365,66	475,94	581,24

³⁹⁷ Eine Änderung dieser Auffassung fand erst 1995 statt, als der Verteidigungsminister den Wachdienst nicht als militärischen, sondern als polizeilichen Dienst umdefinierte.

³⁹⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Informationen zum Sanitätsdienst. Hier: Weibliche Sanitätsoffiziere. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums der Verteidigung. Stand: Juli 1975.

Oberfeldarzt Flottillenarzt Oberfeldapotheker Flottillenapotheker Oberfeldveterinär	A 15	2.998,59	475,94	581,24
Oberstarzt Flottenarzt Oberstapotheker Flottenapotheker Oberstveterinär	A 16	3.774,48	---	581,24

Tabelle 1: Besoldungsübersicht Sanitätsoffiziere des Sanitätsdienstes. Merkblatt BwSan 5

Innerhalb der Besoldungsgruppe waren die Bezüge nach der Dienstaltersstufe bemessen und stiegen alle zwei Jahre bis zum Endgrundgehalt an. Der Ortszuschlag für ledige Frauen, die das 40. Lebensjahr vollendet hatten, wurde ebenfalls auf die Stufe 2 (verheiratet) heraufgesetzt, außerdem erhöhte er sich mit jedem Kind. In der Besoldungsgruppe A 13 wurde eine Stellenzulage von 100 DM bezahlt, die als „Harmonisierungszulage“ bezeichnet wurde. Damit sollte die Differenz zum Einkommen eines Arztes mit eigener Praxis verringert werden. Daneben gab es Entschädigungen für dienstlich angeordnete Reisen, Tage- und Übernachtungsgelder, Umzugskostenvergütungen, Aufwendungen in Krankheits- oder Todesfällen von Familienangehörigen sowie ein sogenanntes Trennungsgeld bei getrennter Haushaltsführung nach Versetzungen. Ebenso wie ihre männlichen Kollegen hatten die Frauen Anspruch auf freie Heilfürsorge nach § 30 2 SG, die jedoch nur für die Soldatin selbst und auch nur für die Dauer der Dienstzeit galt. Bundeswehrintern wurde in diesem Zusammenhang v.a. der ökonomische Gesamtaspekt angesprochen. Unter dem Titel *“Perfektionierte Unwirtschaftlichkeit“*³⁹⁹ stellte Oswald Hahn in der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ die These auf, dass die Kosten einer Integration von Frauen um so günstiger seien, je größer die Anzahl der weiblichen Soldaten sei.⁴⁰⁰ Die Verwendungsmöglichkeiten sollen für eine geringe Kostenstruktur möglichst breit und die Trennung von männlichen und weiblichen Soldaten möglichst gering sein. Für die Effizienz im Sinne einer Eliteauswahl gelte dies genau umgekehrt, hier sollte die Zahl von Frauen für einen spezifischen Einsatz möglichst gering sein. Der Autor bewertete den optimalen Anteil von Frauen im Militär nach Kombination von

³⁹⁹ Hahn, Oswald: Frauen in der Bundeswehr. Perfektionierte Unwirtschaftlichkeit. In: Europäische Wehrkunde. Wehrwissenschaftliche Rundschau 34 (1985) Nr. 2. S. 64-66.

⁴⁰⁰ Gemeint sind hier v.a. Kosten für Umrüstungen, Neuanschaffungen etc.

Kosten und Nutzen mit fünf bis zehn Prozent.⁴⁰¹ Diese Größe stand im Gegensatz zu dem Ansatz von Rosabeth Kanter, die aus soziologischer Sicht eine Mindestgröße von Frauen zur Integration von mehr als 15 % für notwendig erachtete (vgl. Tokenismus Kap. 4.3.6.).

3.3.5. Mutterschutz

Nach § 30 Abs. 5 SG fand bei den Berufssoldatinnen der Mutterschutz Anwendung. Melitta Nonn, damalige Frauenbeauftragte der Bundeswehr, vertrat die Auffassung, dass jedoch „die Gefahr der langen Abwesenheit vom Dienst.“⁴⁰² bestünde. Eine lange berufliche Unterbrechung wirke sich dabei unter Umständen negativ auf die Karrierechancen der betroffenen Frauen aus. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten war die Schutzdauer weit länger, auch im Vergleich zu freiberuflich tätigen Frauen mit eigener Apotheke oder Arztpraxis. Frauen durften im Mutterschutz nach den Vorgaben keine Nachtarbeit zwischen 20.00 Uhr und 6:00 Uhr verrichten, nicht mehr als 8,5 Stunden täglich und prinzipiell nicht sonn- und feiertags arbeiten. Daneben gab es weitere Verbote zum Umgang mit gefährlichen, krebserregenden, fruchtschädigenden Stoffen sowie potenziell infektiösem Material wie Körpersekrete und somit ein generelles Verbot von Injektionen, Operationen, Blutentnahmen und Notversorgung. Außerdem durften Frauen prinzipiell nicht in den letzten sechs Wochen vor und in den acht Wochen nach der Geburt beschäftigt werden.⁴⁰³ Der Unterschied zu den Beamtinnen war, dass diese in den sechs Wochen vor der Geburt freiwillig weiter ihren Beruf ausüben konnten. Bei den Sanitätsoffizieren war dies auf Grund der oben genannten Tätigkeiten generell nicht möglich.⁴⁰⁴ Das Mutterschutzgesetz wurde in der Bundesrepublik bereits 1952 in ähnlicher Form erlassen.⁴⁰⁵ Eine Verordnung zum Mutterschutz speziell für Soldatinnen der Bundeswehr, die in ihren Regelungen zur Erziehungszeit über das Maß des Beamten-

⁴⁰¹ Hahn, Oswald: Militärbetriebslehre: Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte. Berlin, 1997. S. 90.

⁴⁰² Nonn, Melitta: Diskussion zum Thema „Ist das Verbot des Dienstes mit der Waffe für weibliche Soldaten noch zeitgemäß?“ Diskussion der 4. Münchener Wehrrechtsgespräche der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht und des Institutes für Wehrrecht der Universität der Bundeswehr München am 11. Juli 1995. In: Steinkamm 2001, S. 95-127. Hier S. 100.

⁴⁰³ §§ 3, 4, 6, 8 MuSchG i.d.F. vom 01.01.1968.

⁴⁰⁴ Steinkamm 2001, S. 95-127. Hier S. 111.

⁴⁰⁵ Die Geschichte des Mutterschutzes reicht noch weiter zurück. 1878 wurde ein dreiwöchiges Beschäftigungsverbot für Fabrikarbeiterinnen in die Reichsgewerbeverordnung verankert. Die große Zahl an Frauen, die an den Folgen einer Schwangerschaft starben, hatte deutlich gemacht, wie sehr die unverzügliche Aufnahme der Arbeit nach der Entbindung Mutter und Kind gefährdete.

rechts hinausging, wurde im gleichen Jahr wie die Öffnung für weibliche Sanitätsoffiziere von dem „Fachreferat für Angelegenheiten des weiblichen Personals“ unter der Leitung von Melitta Nonn erarbeitet⁴⁰⁶ und trat am 22.01.1976 in Kraft.⁴⁰⁷

3.3.6. Uniformierung

Die Uniform der Sanitätsoffiziere war ein wesentlicher Bestandteil des militärischen Arbeitsplatzes der Bundeswehr. Dabei sollte zum einen die Zugehörigkeit aller Bediensteten zur Institution Bundeswehr demonstriert werden, gleichzeitig nahm sie dem Einzelnen aber ein Stück der eigenen Individualität. Die Uniform zählte lange zu den wichtigsten Mitteln der Darstellung von (männlichen) Geschlechterrollen und drückte auch Machtverhältnisse aus. Mit der Uniform in einem, hellen, weiblichen Blauton für die ersten Ärztinnen wurde wohl versucht, einen Kompromiss zu finden. Da die ersten Sanitätsärztinnen in der Regel ohnehin einen weißen Kittel während ihrer ärztlichen Tätigkeit trugen, spielte die Uniform im Alltag eine untergeordnete Rolle.

Tatsächlich stellte die Uniformierung der weiblichen Soldaten aber ein großes Problem für die Bundeswehr dar. „*Chic, praktisch und kleidsam*“⁴⁰⁸ sollte die Uniform sein und erinnerte in diesem Wortlaut an die Uniformierung von Stewardessen. Das Problem hierbei war, dass von der Bundeswehr nur eine Oberbekleidung kreiert worden war, nicht aber (wie für die männlichen Soldaten üblich) die Unterbekleidung gestellt wurde. Mehrere Monate lang wurde daher auf dem Dienstweg über einen Bekleidungskostenzuschuss und eine monatliche Abnutzungsentschädigung diskutiert, wie den Akten des Führungsstabs der Sanitätseinheit zu entnehmen ist. Eine Entscheidung über die Bezuschussung der Bekleidung und persönlichen Ausrüstung war noch 1975 „*wegen fehlender Fachkenntnisse für weibliche Bekleidung und ihre Kosten nicht möglich*.“⁴⁰⁹

Dabei wurde bereits ein halbes Jahr vor der Ausschreibung der Dienstposten für Frauen über eine angemessene Bekleidung der weiblichen Sanitätsoffiziere nachgedacht. Mit einer Ministerweisung vom 28.11.1974 wurde die Gestaltung einer Uniform vom Bundesverteidigungsminister offiziell angeordnet – noch bevor der Beschluss der Öffnung im Bundestag gefasst worden war.

⁴⁰⁶ Steinkamm 2001, S. 95-127. Hier S. 100.

⁴⁰⁷ Verordnung über den Mutterschutz für Frauen in der Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes vom 22.01.1976. BGBl. I (1976), S. 176.

⁴⁰⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (Ba/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 6: Vorstellung der Musteruniformen. Schnellbrief vom 05.02.1975.

⁴⁰⁹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü H II: Brief betreffend Ausstattungssoll der weiblichen Sanitätsoffiziere mit Bekleidung und persönlicher Ausrüstung vom 24.11.1975.

„Unabhängig von sonstigen Entscheidungen bitte ich bereits jetzt ein Konzept für die Bekleidung der Ärztinnen im SanDienst zu entwickeln und die Forderungen an die Bekleidung aufstellen zu lassen.“⁴¹⁰

Am 14.02.1975 trafen sich mehrere Vertreter der Führungsstäbe in der Ermekeil-Kaserne in Bonn, wo ihnen verschiedene Modelle der Bundesbahn, der Bundespost, der Polizei und des Deutschen Roten Kreuzes zur Uniformierung weiblicher Sanitätsoffiziere vorgestellt wurden.⁴¹¹

Der Verteidigungsminister selbst entschied sich schließlich (mit Hilfe eines weiblichen Beirats) für ein Modell des Bielefelder Modeschöpfers Johannes Maresch⁴¹² mit *„Kostüm oder Hosenanzug in hellblau mit verspielten Schulterklappen für Mini-Dienstabzeichen“* sowie einen modischen Schal. Schließlich wollte er *„nicht nur gute Ärztinnen, sondern auch gute Uniformen.“⁴¹³* Er äußerte sich gegen eine Reglementierung von weiteren Formalitäten wie eine „Schminkbegrenzung“ oder dem Habitus der Haare. Die den ersten weiblichen Sanitätsoffizieren gewährte Ausstattung ist im Anhang aufgeführt.⁴¹⁴

Die „Selbstbeschaffungsartikel“ sollten von den weiblichen SanOffz selbst gekauft werden, da *„die berechtigten individuellen Wünsche der Damen bei einer Bereitstellung aus Dienstbeständen nicht erfüllt werden könnten“*, wie es in einem Brief der Dienststelle VR III 5 vom 26. August 1975 hieß.⁴¹⁵ Die Preise wurden hierfür geschätzt, Farbe und Modell der Selbstbeschaffungsartikel konnten zunächst frei gewählt werden. Bald stellte sich dies die ersten Damen als unzumutbar heraus. In einer Verfügung vom 15.01.1976 stellte die zuständige Stelle fest, dass *„schon heute eine Stabsärztin selbst in der Modestadt München über fünf Stunden benötigt, um die zur hellblauen Uniform passenden Stiefel zu finden“*, und regte an, für *„die vom weiblichen Sanitätsoffizier selbst zu be-*

⁴¹⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief der Abteilung VR III5 des Bundesministeriums der Verteidigung an InSan II 6 vom 28.11.1974.

⁴¹¹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 6: Vorstellung von Musteruniformen. Schnellbrief vom 05.02.1975.

⁴¹² Kunstwadt, Walter: Von der Affenjacke zum Tropenanzug. Die Geschichte der Bundeswehr im Spiegel ihrer Uniformen und Abzeichen. Bonn, 2006. S. 79.

⁴¹³ N.N.: „Schick, kleidsam, praktisch. Uniform für weibliche San.Offiziere.“ In: Bundeswehr aktuell vom 10.06.1975 (ohne Seitenangabe).

⁴¹⁴ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung: Uniform für weiblichen Sanitätsoffiziere. Aufstellung vom 02.10.1975.

⁴¹⁵ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung VR II 5: Gewährung von Bekleidungszuschüssen. Bekanntmachung vom 26.08.1975.

schaffenden Artikel eindeutiger Modellangaben“ festzulegen, und die bisherige breitere Formulierung *„in harmonischen Farbtönen zur Dienstkleidung“* zu ersetzen.⁴¹⁶ Für die Beschaffung der oben genannten Kleidungsstücke stellte die Bundeswehr einen einmaligen Geldbetrag in Höhe von 800 DM sowie eine monatliche Abnutzungspauschale von zusätzlich 50 DM zur Verfügung.

Schon während des Einführungslehrganges ging beim Sanitätsamt der Bundeswehr die Beschwerde des Kommandeurs der Lehrgangsgruppe ein, dass die angehenden Sanitäts-offiziere die Aufforderung eines einheitlichen Anzugs abgelehnt hätten mit der Begründung, dass ihnen bei der Ernennung der Bundesminister der Verteidigung selbst zugesichert habe, den Anzug frei wählen zu können.⁴¹⁷ Die Antwort aus dem Ministerium bat darum, sicherzustellen, *„daß sich die weiblichen Sanitäts-offiziere beim gemeinsamen Auftreten, z.B. bei Lehrgängen, durch gegenseitige Absprache auf ein einheitliches Erscheinungsbild einigen.“*⁴¹⁸ Die Praxis zeigte, dass die Ärztinnen ohnehin im beruflichen Alltag im Ärztekittel arbeiteten. Die Uniform wurde nur bei speziellen Anlässen auf Dienstanweisung getragen. Dennoch drückte sie als visuelles Zeichen auch für die ersten Frauen die Zugehörigkeit zur Institution Bundeswehr aus. Zugespitzt spricht Astrid Albrecht-Heide beim Tragen einer Uniform von einer *„Vergleichgültigung der zivilen Identität.“*⁴¹⁹

Bemerkenswerterweise trat zeitlich versetzt Ende der 70er Jahre der military look als Modeerscheinung auf. Schulterklappen, Tressen und Kordeln an Kleidungsstücken galten plötzlich als modern. Später wurde auch der bundeswehrübliche Tarndruck modisch.⁴²⁰

⁴¹⁶ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü S I 1: Verfügung zur Uniform der weiblichen Sanitäts-offiziere vom 15.01.1976.

⁴¹⁷ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Sanitätsamts der Bundeswehr an das Bundesministerium für Verteidigung vom 26.01.1976.

⁴¹⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Bundesministeriums der Verteidigung an das Sanitätsamt vom 18.02.1976.

⁴¹⁹ Albrecht-Heide, Astrid: Militär und Patriarchat. In: Karl, Wilfried/ Nielebock, Thomas (Hg.): Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften. Baden-Baden, 1991 (= Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band 18). S.109-131. Hier S. 124.

⁴²⁰ Ende der 70er Jahre kam auch die Mode des „military look“ erstmals auf. Dabei wurden militärische Kleidungsstücke aus unterschiedlichen Gründen gewählt. Zum einen aus praktischen oder finanziellen Gründen, zum anderen seit den 70er Jahren als Ausdruck einer Oppositionshaltung gegen die Bundeswehr und Militarismus, indem die Kleidungsstücke (bevorzugt Bundeswehr-Parkas) mit Aufnähern, Rissen oder in Kombination mit anderen Kleidungsstücken so verändert werden, dass sie für ihre eigentliche Funktion unbrauchbar erscheinen.

Die Uniformierung der weiblichen Sanitätsoffiziere bedeutete nicht nur die Zuordnung der Ärztinnen zur Bundeswehr, sondern symbolisierte gleichzeitig die Differenzierung zwischen Mann und Frau, da sie sichtbar andersartig war. Sie machte somit die Geschlechterdifferenz eines identischen Berufes augenfällig. Auch sprachlich zeigte sich diese Differenz: die Einführung der Uniform sollte explizit nicht *„in Anlehnung an das Uniformbild der männlichen Soldaten“* erfolgen, sondern einem *„einheitlichen Uniformbild der weiblichen Sanitätsoffiziere“* entsprechen.⁴²¹

1985 wurde mit der Zdv 37/19 eine neue Anzugsordnung festgelegt, welche die Uniform der weiblichen Sanitätsoffiziere geringfügig veränderte:

„Dienst- und Ausgehanzug:

*Ärmellange, hellblaue, einreihige, oben offene Jacke mit 3 Knöpfen, 2 offenen Seitentaschen und auf der linken Seite 1 offene Brusttasche, zuzuknöpfen nach Damenart, dazu knielanger weiter Rock oder lange Hose in hellblauer Farbe, darunter hellblaue Bluse oder blauer Unterziehpulli. Kappe blau mit Sanitätstruppenemblem. Graue bis hellblaue Strümpfe.“*⁴²²

Erst Ende der 80er Jahre im Zuge der Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziersanwärter wurde die Uniform an die der Männer angeglichen und teilstreitkraftspezifisch aufgeteilt: Frauen im Dienst des Heeres in der Grundfarbe grau, Marineangehörige in dunkelblauer Farbe und Frauen in der Luftwaffe ebenfalls in einem Blauton. Nur der Schnitt wurde auf die weibliche Anatomie angepasst, sonst glichen die Uniformen im Wesentlichen denen der männlichen Soldaten.⁴²³ Für die hier untersuchten 70er Jahre kann somit festgestellt werden: während strukturell versucht wurde, so wenig wie möglich bei der Öffnung der Bundeswehr für Frauen zu ändern – insbesondere in Bezug auf Dienstvorschriften und Laufbahnen – wollte man äußerlich durch eine eigene Uniform sehr wohl den Geschlechterunterschied betonen.

3.3.6.1. Dienstemblem und Kopfbedeckung

Auch das Dienstemblem bereitete größere Schwierigkeiten. Die klassische Äskulap-Schlange war nach Angaben der Dienstbekleidungsstelle in den übersandten Modellvorschlägen zunächst *„entweder falsch gewickelt, [in der, Anm. d. Autorin] Blickrichtung*

⁴²¹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief der Abteilung Fü S II des Bundesministeriums der Verteidigung an InSan II 6 vom 18.03.1975.

⁴²² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Zentrale Dienstvorschrift (Zdv) 37/19: Die Anzugsordnung für die Soldaten der Bundeswehr. Stand 1985.

⁴²³ Kunstwadl 2006, S. 80 f.

*unüblich oder die Umrandung wenig geglückt.*⁴²⁴ Überhaupt war die Kopfbedeckung ein großes Streitthema in der Anfangszeit.

So erinnert sich Generaloberstarzt Gunter Desch, der damalige Hilfsreferent der Personalabteilung im BMVg, an die Schwierigkeiten bei der Einkleidung:

*„Die vorhergesehene Kopfbedeckung in Form einer schwarzen Baskenmütze wurde nur von einer einzigen Dame akzeptiert.“*⁴²⁵

Von allen anderen wurde der *„Wunsch nach einer anderen Kopfbedeckung, ähnlich der französischen, geäußert.“*⁴²⁶ Dieser Prozess betraf auch alle anderen Kleidungsstücke:

*„Bis zum offiziellen Ministertermin mit Presse und Fernsehen hatte ich dann doch alle Damen so weit eingekleidet, daß sie der staunenden Öffentlichkeit wohlgekleidet, aber alles andere als uniform, gegenüber treten konnten.“*⁴²⁷

Der Dienstgrad wurde auf die Schulterklappen für Bluse und Jackett aufgesteckt bzw. aufgestickt.⁴²⁸ Vier der fünf Ärztinnen standen im Dienstgrad eines Stabsarztes, eine der Ärztinnen im Rang eines Oberstabsarztes.⁴²⁹ Während das Abzeichen der Stabsärztinnen aus drei silbernen Sternen bestand, besaß die Oberstabsärztin einen Stern, der umringt war von einem silbernem Eichenlaub. Die Schulterklappen waren schmaler und ohne Waffenfarbe und die Jacketts besaßen nicht wie sonst üblich einen Kragenspiegel.⁴³⁰

Mit der Angleichung der Kleidung für Frauen an den männlichen Schnitt bei gleichzeitiger Betonung der Weiblichkeit (Möglichkeit des Tragens eines Rockes, hellblaue Uniformfarbe) sollte wohl ein Kompromiss gefunden werden. Erst einige Jahre später wurde die Uniform komplett denen der Männer angeglichen.

⁴²⁴ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 2: Emblem zur Kappe für weibl. SanOffz. Kurzbrief vom 10.02.1976.

⁴²⁵ Desch in Steinkamm 2001, S. 50-56. Hier S. 52.

⁴²⁶ Ebd.

⁴²⁷ Ebd.

⁴²⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan III 3: Anzugordnung für die Bundeswehr vom 07.10.1975.

⁴²⁹ Anmerkung: der Dienstrang des Stabsarztes entspricht im truppendienstlichen Rang dem eines Hauptmanns, der des Oberstabsarztes dem eines Majors.

⁴³⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Bundesministeriums der Verteidigung, Abteilung InSan II 6 über die Gestaltung der Uniform für weibliche Sanitätsoffiziere vom 14.02.1975.



Abbildung 15: Die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister Leber bei der Ernennung im Oktober 1975⁴³¹

3.3.6.2. Gesellschaftsanzug/ Abendkleid

Weiterhin wurde schnell der Wunsch nach einem passenden Abendkleid laut. Bereits bei der ersten Vorstellung der weiblichen Sanitätsoffiziere durch den Bundesverteidigungsminister persönlich äußerten die Damen im anschließenden direkten Gespräch den Wunsch nach einer Abendgarderobe.⁴³² Schon zwei Wochen später wurde von Sigrid Fuchs vom Flugmedizinischen Institut der Luftwaffe ein „*dunkelblauer, langer Wollgeorgette-Rock, der an Taille und Hüfte eng anliegt und unten weit glockig ausschweift*“ empfohlen, dazu passend ein „*Mieder aus weißem Jacquard, vorne geknöpft, vorgeschlagen, mit leichtem rundem Ausschnitt und weiten Ärmeln aus weißem Woiles [sic!] mit Manschetten.*“⁴³³

Die Stabsärztinnen Eva Neuland und Doris von Rottkay brachten ebenfalls einen Vorschlag ein:

„Wir hatten an einen langen, schmalgeschnittenen Abendrock in marineblau oder schwarz aus einem schweren Stoff (Georgette) gedacht – dazu ein Jackett mit den Rangabzeichen versehen – aus Seide oder einem seidenähnlichen gut zu pflegenden

⁴³¹ Wehrmedizin und Wehrpharmazie.

⁴³² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 3: Bekleidungsausstattung für weibliche Sanitätsoffiziere. Brief vom 03.10.1975.

⁴³³ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Flugmedizinisches Institut, Az. 49-10-00 vom 23.10.1975.

Material. [...] Im Ganzen denken wir an einen sportl. geschnittenen Abenddreß, der zeitlos ist und auch mit jeder Figur tragbar ist.“⁴³⁴

Beide Vorschläge wurden am 29.10.1975 von der zuständigen Stelle Fü H I I des Bundesministeriums für Verteidigung zunächst mit der Begründung abgelehnt, ein Abendkleid „*unterläge mehr noch als die Uniformen zu schnellem modischen Wechsel.*“⁴³⁵

Auch die Gewährung eines Zuschusses für die Beschaffung eines individuellen Abendkleids wurde interessanterweise mit der Begründung abgelehnt, dass „*diese Gewährung einer Besserstellung der weiblichen Sanitätsoffiziere gleich käme und widerspräche der gebotenen Gleichbehandlung aller Offiziere.*“⁴³⁶ Erst gegen Ende des Jahres 1976 wurde das Thema – diesmal durch Verteidigungsminister Leber persönlich – wieder aufgegriffen. Er genehmigte schließlich eine Gesellschaftsuniform für weibliche Sanitätsoffiziere, bestehend aus einem langen Rock in dunkelblau, zwei langärmeligen Blusen mit Schal sowie zwei kurzen Jacketts in Dunkelblau und Weiß. Die Uniform durfte auch ohne Jackett getragen werden. Schuhe, Schmuck und sonstige Accessoires konnten selbst ausgewählt werden.⁴³⁷ Gemäß der 7. Anordnung des Bundespräsidenten über die Dienstgradbezeichnung setzte eine derartige Neueinführung die zustimmende Kenntnisnahme des Bundespräsidenten voraus. Angesichts der bereits „*angelaufenen Ballsaison*“⁴³⁸ war höchste Dringlichkeit geboten, so dass am 28.01.1977 der Antrag des Verteidigungsministers Leber an den Bundespräsidenten Walter Scheel herausging mit der Bitte um Zustimmung.⁴³⁹ Diese folgte umgehend am 02.02.1977.⁴⁴⁰

⁴³⁴ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr vom 22.10.1975.

⁴³⁵ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü H I 1: Weibliche Offiziere im Sanitätsdienst der Bundeswehr vom 28.10.1975.

⁴³⁶ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü S I 1: Ergänzung durch ein Abendkleid vom 13.01.1976.

⁴³⁷ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Auszug aus dem Kurzprotokoll der Abteilungsleiterkonferenz des Bundesministeriums für Verteidigung am 26.10.1976.

⁴³⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü S I 1: Verfügung vom 20.01.1977.

⁴³⁹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Verteidigungsministers Georg Leber an Bundespräsident Walter Scheel vom 28.01.1977.

⁴⁴⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Bundespräsidenten Walter Scheel an Verteidigungsminister Georg Leber vom 02.02.1977.

3.3.6.3. Uniform und Schwangerschaft

Ebenfalls thematisiert wurde die Frage nach der Uniform während der Schwangerschaft. Da es aus Kostengründen abgelehnt wurde, eine (weitere) Uniform für schwangere weibliche Sanitätsoffiziere anzufertigen, stimmte das Bundesministerium für Verteidigung, Abt. InSan II 6 am 22.04.1976 dem Vorschlag zu, „*die weiblichen Sanitätsoffiziere für die Zeit einer Schwangerschaft von der Pflicht zum Tragen der Uniform zu befreien*“⁴⁴¹, und eine Abnutzungsentschädigung für die in dieser Zeit getragene Zivilbekleidung der Damen festzusetzen. Diese wurde im Juli des Jahres auf 1,25 DM täglich festgelegt.⁴⁴²

3.4. Geschlecht und Berufsbild – Frauen in der Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen der Eroberung von Marktchancen und der „Feminisierung“ der Bundeswehr

Neben politischen, rechtlichen und militärhistorischen Betrachtungen stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der Öffnung innerhalb der Bundeswehr und in der Öffentlichkeit auf die gesellschaftliche Position der Frau. Im Zentrum der Analyse steht hierbei die Feststellung der Arbeitsteilung der Geschlechter. Die Entstehung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Bereich Bundeswehr lässt sich anhand des Sanitätsdienstes der Bundeswehr sehr deutlich aufzeigen. Während Männer in allen Berufsfeldern innerhalb der Bundeswehr tätig waren, konnten oder besser gesagt durften Frauen in der Hauptsache zumindest bis 1975 strikt nur in den „femininen Bereichen“ der Kranken- und Verwundetenpflege eingesetzt werden. Damit blieben alle anderen Tätigkeitsbereiche zunächst „männliche Berufsfelder“. Insofern fand hier ein typischer Prozess der Konstruktion eines geschlechtsspezifischen Berufsfeldes statt. Dieses konstruierte weibliche Berufsbild stellte aber insofern einen Sonderfall dar, als die Berufskonstruktion schon per Gesetz festgelegt war und demzufolge im Gegensatz zum freien Arbeitsmarkt nicht nur stabil, sondern starr und nicht flexibel für das Individuum war. Mit dem Einlass von Frauen in eine typische „Männerdomäne“ war hier also dennoch eine besonders unflexible Definition der Geschlechterrollen verbunden.

Die Forschungsfragen dieses Themenkomplexes lassen sich aufgrund der o.g. Einschränkungen auf zwei Ebenen diskutieren: erstens stellt sich die Frage, ob eine Gleichberechtigung in einer bis dato von Männern dominierten Berufswelt überhaupt politisch gewollt war und, falls ja, ob dies Unterstützung in der Führung der Bundeswehr hatte.

⁴⁴¹ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 6: Regelung für die Zeit einer Schwangerschaft vom 22.04.1976.

⁴⁴² Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 6: Tragen von Zivilkleidung während einer Schwangerschaft vom 21.07.1976.

Wurde die hierarchische Beziehung zwischen Männern und Frauen durch die teilweise Auflösung der Segregation des Arbeitsmarktes „Bundeswehr“ wirklich verringert oder war die Zulassung der ersten Stabsärztinnen im Jahr der Frau sozusagen eine Werbemaßnahme, um die Akzeptanz der Bundeswehr⁴⁴³ in der Öffentlichkeit zu verbessern?⁴⁴⁴ Dabei soll der Diskussion der Geschlechterverhältnisse das Modell des Verhältnisses von Profession und Geschlecht von Angelika Wetterer zugrunde gelegt werden. Mit dem Ansatz von Wetterer lässt sich zunächst vermuten, dass durch die Öffnung der Bundeswehr für Frauen ein Prozess der Ent-Geschlechtlichung begann. Die eigenartige Gleichzeitigkeit der Ent-Geschlechtlichung durch die Öffnung der Bundeswehr sowie der Re-Vergeschlechtlichung durch die spezifische Ausübung bestimmter zugewiesener Arbeitsfelder innerhalb der Institution Bundeswehr spiegelt jedoch die Ambivalenz der Geschlechterkonstruktion in dieser Zeit wider. Durch den faktischen Ausschluss von Frauen aus bestimmten Arbeitsfeldern zeigte sich eine immanente Festigung der gesellschaftlich begründeten Geschlechterverhältnisse auch bei den ersten Frauen in der Bundeswehr. Die Aufrechterhaltung der Geschlechterdifferenz (räumliche und symbolische Markierungen der Frauenarbeit) dient nach Wetterer vor allem dem Erhalt der Geschlechterhierarchie.⁴⁴⁵ Dadurch werden Tätigkeiten, Positionen und Eigenschaften hierarchisiert und gleichzeitig Handlungsspielräume und Machtressourcen ungleich verteilt. Mit diesem Erklärungsansatz lassen sich die bis hierhin dargestellten Diskussionen und Verhandlungen verstehen - besonders augenfällig an der Frage des Wachdienstes, des Mutterschutzes und - im letzten Abschnitt – der Gestaltung der Uniform.

Zum Zweiten stellt sich umgekehrt die spannende Frage, wie die Männer mit dem Verlust von Machtansprüchen umgingen. Wie wurde die Öffnung der Bundeswehr in der bundeswehrinternen und öffentlichen Presse dargestellt, wie war die sprachliche Verkörperung?

Die Folgen der Öffnung auf die Öffentlichkeit im Sinne einer erhöhten Aufmerksamkeit traten zeitlich versetzt ein und sollen in Kapitel 4 erläutert werden.

⁴⁴³ Ein Indiz für die schwindende Akzeptanz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit waren die sprunghaft angestiegenen Zahlen der Wehrdienstverweigerung ab 1969. Außerdem wurde die Bundeswehr insgesamt in Frage gestellt, sowie ihre zentralen Werte wie Pünktlichkeit, Disziplin, Ordnung, Verteidigung des Vaterlandes in ihrer Bedeutung vermindert. All dies führte zu einer verminderten Akzeptanz der Bundeswehr in den 70er Jahren.

⁴⁴⁴ Hierzu sagte in offizieller Stellungnahme Verteidigungsminister Leber in einem Interview: *„Ich hätte mich also auch dann für die Einführung einer weiblichen Sanitätslaufbahn eingesetzt, wenn die Bundeswehr keinen Mangel an Sanitätsoffizieren hätte.“* Zitiert nach Voigtländer 1975.

⁴⁴⁵ Wetterer, Angelika: Hierarchie und Differenz im Geschlechterverhältnis. In: Wetterer, Angelika: Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt am Main, 1992. S. 13-40. Hier S. 36.

Für ein besseres Verständnis soll zunächst aber die Frage beantwortet werden, aus welcher sozialen und kulturellen Schicht die jungen Frauen kamen, die 1975 die Bundeswehruniform anlegten, ob und welchen familiären Bezug sie vor der Verpflichtung zur Bundeswehr hatten, wie ihre Tätigkeit im Vergleich zu dem zivil ausgeübten Arztberuf aussah und wie sich die Öffnung historisch in den Arbeitsmarkt und die Erwerbschancen von Frauen im Allgemeinen und von Ärztinnen im Besonderen Mitte der 70er Jahre einordnen lässt.

3.4.1. Die fünf ersten Stabsärztinnen – Gleichheit qua akademischer Qualifikation?

Der Begriff „Arbeit“ ist eine zentrale Kategorie zur Definition von Geschlechterstereotypen, da der arbeitende Mensch in der Regel in hohem Maße von seiner beruflich ausgeübten Tätigkeit bestimmt wird.⁴⁴⁶ Schaut man sich die Erwerbstätigkeit von Frauen Mitte der 70er Jahre an, bestand diese für die Masse der erwerbstätigen Frauen immer noch eher in der Ausübung einfacher Tätigkeiten, die oft nicht einmal an eine berufliche Qualifikation gebunden waren und ein geringes Nettoeinkommen zur Folge hatten.⁴⁴⁷

Die Ärztinnen der Bundeswehr gehören aufgrund ihrer akademischen Qualifikation nicht zu dieser Gruppe. Die ersten Frauen, die in die Bundeswehr eintraten, folgten bewusst nicht einer weiblichen „Normalbiografie“ oder „Normalidentität“⁴⁴⁸. Nach einer Befragung nannten die ersten Ärztinnen als Hauptmotivation für die Bewerbung bei der Bundeswehr

- Etwas Neues ausprobieren
- Gefallen am militärischen Milieu

⁴⁴⁶ Teubner, Ute: Geschlecht und Hierarchie. In: Wetterer 1992, S. 45-50. Hier S. 49.

⁴⁴⁷ Quelle: Statistisches Bundesamt: Insgesamt waren Frauen nach einer 1974 im Rahmen des Mikrozensus erstellten Studie in der untersten Nettoeinkommensgruppe (300-600 DM) mit 25 % am häufigsten vertreten, währenddessen Männer mit nur 3 % in dieser Gruppe vertreten waren. Sie waren mit 22 % am häufigsten in der mittleren Einkommensklasse (1.000-1.200 DM) vertreten (Frauen: 11 %). Zum Großteil waren sie als „mithelfende Familienangehörige“ oder als Angestellte tätig. Zu den häufigsten Berufen zählten Bürofach-/hilfskräfte, Reinigungsberufe, Verkäuferinnen, sowie landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Die Gesamterwerbstätigkeitsquote der Frauen lag 1975 bei 37,3 %. Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Band 1976. Wiesbaden, 1976. Tabellen S. 151-155.

⁴⁴⁸ Zum Begriff vgl. Albrecht-Heide, Astrid: Herrschaftssubjekt und Dominanzkultur. Über die Konstruktion der neuzeitlichen dichotomen Geschlechterhierarchie als ein Element der Dominanzkultur. In: Bertrams, Anette (Hg.): Dichotomie, Dominanz, Differenz. Weinheim, 1995. S. 191-204. S. 201.

- Interessante Arbeit⁴⁴⁹

Eine Ärztin nannte den Punkt, „der Arbeitslosigkeit zu entgehen“.

Alle mussten ihren Karriereweg in einer beruflichen Ausnahmesituation – nämlich allein unter Männern – gehen. Es stellt sich die Frage, welche Zusammenhänge zwischen familiären Bedingungen, arbeitsmarktrelevanten Faktoren und beruflichen Qualifikationen und der Erwerbsbeteiligung bestanden. Die Rahmenbedingungen, wie die fehlende Möglichkeit der Teilzeitarbeit, das fehlende Angebot der Kinderbetreuung und die strikten Arbeitszeiten, sprachen eher gegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Bundeswehr. Außerdem unterlagen die Frauen aufgrund ihrer gesonderten und herausgehobenen Stellung einem besonderen Leistungs- und Profilierungsdruck.

Nachfolgend sollen die persönlichen Profile der fünf ersten Frauen in der Bundeswehr anhand der Akten des Militärarchivs Freiburg analysiert und bewertet werden.

	Ärztin Nr. 1	Ärztin Nr. 2	Ärztin Nr. 3	Ärztin Nr. 4	Ärztin Nr. 5
Jahrgang	1937	1928	1946	1948	1940
Geburtsort	Jüterborg	Nürnberg	München	München	Braunschweig
Familienstand bei Eintritt	verheiratet	ledig	verheiratet	ledig	verheiratet
Beruf Ehegatte	Arzt	-	Kaufmann	-	Oberfeldarzt
Kinder	2 Kinder	-	-	-	2 Kinder
Beruf Vater	Brigadegeneral a.D.	Praktischer Arzt	Zahnarzt	Arzt	Intendant
Beruf Mutter	Hausfrau	Kinderärztin	Zahnärztin	Hausfrau	k. A.
Einsatzgebiet	Heer	Luftwaffe	Heer	Heer	Luftwaffe
Rang bei Eintritt	Stabsärztin	Oberstabsärztin	Stabsärztin	Stabsärztin	Stabsärztin
Dienststelle	Sanitätsamt der BW (SanABW II 3)	Flugmedizinisches Institut der Luftwaffe	Fernmeldeschule (FmSchule)	Bundeswehrhochschule	Flugmedizinisches Institut der Luftwaffe
Dienstort	Bonn-Beuel	Fürstenfeldbruck	Feldafing	München	Fürstenfeldbruck
Verpflichtung	Soldatin auf Zeit 4 Jahre	Berufssoldatin	Soldatin auf Zeit 15 Jahre	Soldatin auf Zeit 2 Jahre	Soldatin auf Zeit 2 Jahre
Berufliche Erfahrung	Keine	Seit 1968 Ärztin am Flugm. Institut der Luftwaffe	Seit 1975 Assistenzärztin	Keine	Seit 1973 Assistenzärztin Kreiskrankenhaus Fürstenfeldbruck

Tabelle 2: Persönlicher und beruflicher Hintergrund der Stabsärztinnen der Bundeswehr⁴⁵⁰

Nach Wolfgang Lauterbach zeigt sich generell ein Zusammenhang zwischen der beruflichen Stellung des Ehemanns und der Erwerbsbeteiligung der Frauen, die bei Ehefrauen

⁴⁴⁹ Quelle: eigene schriftliche Befragung von drei der fünf ersten Ärztinnen in der Bundeswehr. September 2006.

⁴⁵⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv, Signatur BW 1/49803: Einstellung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere. Personalstelle des Bundesministeriums der Verteidigung, P V7. Schreiben an den Abteilungsleiter vom 23.09.1975.

von höheren Angestellten und Beamten am niedrigsten ist.⁴⁵¹ Der berufliche Status des Mannes korreliert mit dem Bildungsgrad und damit mit einer kulturellen Vorstellung über soziale Bindungen und außerhäusliche Erwerbstätigkeit von Frauen. Dies galt vor allem für Frauen der Generation vor 1930. Hier herrschte noch die bürgerliche Vorstellung der Frau als Repräsentantin des Hauses, während der Mann als Alleinversorger die Familie finanziell tragen sollte. Betrachtet wurden bei der Untersuchung Lauterbachs die Frauen der Jahrgänge 1929-1951, in die auch die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere fallen. Bei Frauen späterer Jahrgänge trafen seine Erkenntnisse nur noch bedingt zu; die Erwerbstätigkeit des Mannes verlor zunehmend an Bedeutung. Über alle Jahrgänge hinweg sank die Erwerbstätigkeitsquote mit steigender Kinderzahl, und dies wiederum am deutlichsten bei Frauen, deren Mann eine gehobene berufliche Stellung hatte.

Bei den ersten verheirateten weiblichen Sanitätsoffizieren trafen diese Zusammenhänge nur bedingt zu. Zunächst ist anzumerken, dass die kleine Gesamtzahl dieser Gruppe einen direkten statistischen Vergleich nicht zulässt. Die Ehegatten der ersten Ärztinnen – sofern sie verheiratet waren – besaßen alle einen universitären Abschluss und waren in gehobenen beruflichen Stellungen tätig. Die Väter und auch z.T. die Mütter der ersten Ärztinnen in der Bundeswehr wiesen selbst ein ähnliches Bildungsniveau (universitärer Abschluss) auf. Alle Frauen kamen aus einem akademisch geprägten Haushalt. Bedenkt man, dass noch 1977 nur 28 % der Frauen einen höheren Bildungsabschluss als die Volksschule vorweisen konnten und Frauen Mitte der 70er Jahre im Schnitt nur 71 % des Bruttolohns eines männlichen Kollegen erhielten,⁴⁵² stellten die akademisch ausgebildeten Medizinerinnen damals noch eine Ausnahme dar.

Betrachtet man den weiteren familiären Hintergrund, fällt zunächst auf, dass bei fast allen Ärztinnen mindestens ein Elternteil selbst den Arztberuf ausübte. Zwei der fünf Kandidatinnen kannten das Umfeld der Bundeswehr bereits aus der engeren Familie. Entweder Vater oder Ehegatte waren schon bei der Bundeswehr tätig. Auch sollte nicht unerwähnt bleiben, dass bei der Hälfte der weiblichen Sanitätsoffiziere auch die Mutter berufstätig war und zwar ebenfalls in einem akademischen Beruf.⁴⁵³ In diesen Fällen dürfte wohl auch das Rollen(vor)bild der berufstätigen Mutter einen Impuls für die Berufswahl gegeben haben.

Auffällig ist, dass alle Frauen recht unerfahren in ihrer beruflichen Praxis waren; zwei Ärztinnen wurden direkt nach dem Examen eingestellt, zwei weitere waren erst seit kurzer Zeit Assistenzärztinnen und nur eine hatte bereits eine längere Karriere als Ärztin

⁴⁵¹ Lauterbach, Wolfgang: Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt. Frankfurt am Main, 1994 S. 225-228.

⁴⁵² Seidler 1978, S. 398.

⁴⁵³ Bei einer Ärztin fehlt diese Angabe.

hinter sich – allerdings ebenfalls in der Bundeswehr als vormals Zivilangestellte. Sie wurde dann auch mit einem höheren Dienstgrad eingestellt. Nach Franz Seidler waren die weiteren Frauen, die bis zum Ende des Jahres 1975 eingestellt wurden, im Wesentlichen schon jahrelang als Zivilisten in der Bundeswehr angestellt gewesen.⁴⁵⁴ Das Durchschnittsalter der ersten Ärztinnen lag bei 35 Jahren, wobei die jüngste 27 und die älteste 47 Jahre alt war. Bei den Einstellungsgesprächen fiel den Personalverantwortlichen

*„die besonders große Aufgeschlossenheit der Bewerberinnen für die Belange des Sanitätsdienstes der Bundeswehr auf, während – im Gegensatz zu vielen männlichen Bewerbern – rein materielle Überlegungen zurücktraten.“*⁴⁵⁵

Auch bei den Sanitätsoffiziersanwärterinnen, also jenen Frauen, die später bereits das Pharmazie- oder Medizinstudium von der Bundeswehr finanziert bekamen, fällt auf, dass eine größere Anzahl schon einen früheren familiären Bezug zu den Streitkräften hatte, weil ein Elternteil oder der Ehepartner Angehörige der Bundeswehr waren. Somit wussten die meisten Frauen aus ihrem familiären Umfeld recht genau, was sie in der Bundeswehr erwarten würde.

Um die ersten Frauen in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang stellen zu können, sollen zum besseren Vergleich die Erwerbsquote, die Bildungschancen sowie die Stellung von Frauen im Beruf in der Bundesrepublik zum Zeitpunkt der Öffnung aufgezeigt werden.

	Verheiratet, ohne Kinder	Verheiratet, mit Kindern	Alleinstehend, ohne Kinder	Alleinerziehend, mit Kindern
1972	46,9 %	37,9 %	60,2 %	64,9 %
1974	48,2 %	39,5 %	57,3 %	61,6 %
1976	47,4 %	39,4 %	53,8 %	60,7 %
1978	48,1 %	49,0 %	53,9 %	62,1 %
1980	49,3 %	41,7 %	54,9 %	60,5 %

Tabelle 3: Erwerbsquote von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland⁴⁵⁶

⁴⁵⁴ Seidler 1978, S. 396.

⁴⁵⁵ Bundesarchiv/Militärarchiv, Signatur BW 1/49803: Einstellung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere. Personalstelle des Bundesministeriums der Verteidigung, P V7. Schreiben an den Abteilungsleiter vom 23.09.1975.

⁴⁵⁶ Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, diverse Jahrgänge.

Die Tabelle macht deutlich, dass die Erwerbsquote von Frauen in den 70er Jahren nur bedingt gestiegen war – nämlich bei den Frauen, die verheiratet waren (mit oder ohne Kind). Bei alleinstehenden Frauen ohne Kind ging sie zum Öffnungszeitpunkt sogar zurück (Zeitraum 1974-1976). Von den ersten Ärztinnen der Bundeswehr waren zwei Frauen alleinstehend. Nicht berücksichtigt ist in dieser Tabelle jedoch der Bildungsgrad der Frauen.

Arbeiter	32,3 %
Angestellte	48,4 %
Selbständige	k.A. %
Beamte	8 %
Mithilfe im Familienbetrieb	12 %

Tabelle 4: Stellung von Frauen im Beruf (in %)⁴⁵⁷

Die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere der Bundeswehr fielen unter die Kategorie „Angestellte“ und entsprachen damit in ihrer beruflichen Stellung der Masse der Frauen zu diesem Zeitpunkt. Allerdings wurde nicht differenziert nach Personalverantwortung, Ausbildungsgrad oder Einkommen.

1975 waren knapp 37 % der Frauen berufstätig, und dies größtenteils als mithelfende Familienangehörige, als untere bis mittlere Angestellte oder Arbeiterinnen und seltener in einem akademischen Beruf, und außerdem in der Mehrzahl in Teilzeit.⁴⁵⁸ Die Rolle der ersten Ärztinnen der Bundeswehr war demnach nicht nur aufgrund der Besonderheit des Arbeitsplatzes beachtlich; es darf nicht vernachlässigt werden, dass der akademische Beruf Ärztin/Apothekerin an sich zum damaligen Zeitpunkt für Frauen noch nicht selbstverständlich war. Angesichts der sehr guten Arbeitsmarktsituation und Bezahlung Mitte der 70er Jahre für junge Mediziner im zivilen Bereich war es eher erstaunlich, dass sich junge Frauen überhaupt dafür entscheiden konnten, in die „Männerwelt“ der Bundeswehr einzutreten. Meinungsumfragen aus den Jahren 1974-1976 zufolge lag der Beruf des Offiziers (16 %) im Ansehen der Bevölkerung deutlich hinter dem des (zivilen) Apothekers (29 %), und dieser wiederum weit hinter dem Arztberuf (79 %).⁴⁵⁹ Das Sozialprestige des Soldaten war zu dieser Zeit gering, und damit das Berufsziel wenig attraktiv. Ebenfalls kein positives Argument für die Berufsentscheidung konnte das von

⁴⁵⁷ Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch FS 1, Reihe 4.1.1. 1994.

⁴⁵⁸ Statistisches Bundesamt 1976, S. 149.

⁴⁵⁹ Quelle: Noelle-Neumann, Elisabeth (Hg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976. Band 6, Wien, München, Zürich, 1976. S. 145.

der Bundeswehr finanzierte Studium der Medizin sein. Dieses war zum damaligen Zeitpunkt noch den männlichen Offiziersanwärtern in der Sanitätslaufbahn vorbehalten. Frauen konnten nur mit der bereits erhaltenen Approbation eingestellt werden. Ein weiterer Grund, weshalb die Bewerberquote von Frauen zunächst recht klein war, mag in der Einengung der ärztlichen Tätigkeit auf ein Geschlecht und eine Altersgruppe und in dem mit der Dienstausbildung verbundenen hohen Verwaltungsaufwand gelegen haben. Diese Dinge sprachen eher gegen eine Entscheidung für den Arbeitsplatz Bundeswehr.

Die Neugierde auf ein unbekanntes Arbeitsfeld konnte jedenfalls bei den ersten weiblichen Sanitätsoffizieren nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, da die meisten schon vorher zivil bei der Bundeswehr angestellt waren. Dies hatte erst bei der späteren Öffnung für die Mannschaftsdienstgrade, in denen Frauen zum ersten Mal in ganz neuen Arbeitsgebieten eingesetzt wurden, eine viel stärkere Bedeutung.

Bei einem direkten Vergleich der Tätigkeit von Ärztinnen in der Bundeswehr mit der Arbeit in einem Krankenhaus oder in einer Praxis muss bei der Betrachtung zunächst zwischen selbständigen Tätigkeiten und Beschäftigungen im Angestelltenverhältnis unterschieden werden.

Eine Hauptmotivation für einen Eintritt in die Bundeswehr war sicherlich die Tatsache, dass hier die Möglichkeit für die jungen Frauen bestand, im Gegensatz zum zivilen Bereich mit schon damals langen Ausbildungs- und Facharztzeiten bei schlechter Bezahlung schnell auf der Karriereleiter aufzusteigen. Beispielhaft sei das Zitat einer 41-jährigen Oberfeldärztin angeführt, die bereits mit 28 Jahren nach ihrem Medizinstudium als eine der ersten Frauen in die Bundeswehr eintrat und die Offizierslaufbahn einschlug:

*„Im zivilen Leben hätte ich es niemals so schnell so weit gebracht. Chefarzt in einem Krankenhaus werden ist eine Sache, in eine führende Position bei der Bundeswehr zu kommen, eine andere.“*⁴⁶⁰

Auch wenn (noch) nicht alle Laufbahnen für Frauen geöffnet waren, so konnten die ersten Ärztinnen und Apothekerinnen in der Bundeswehr vergleichsweise schnell innerhalb des Sanitätsdienstes beruflich aufsteigen. Als erste Frau wurde die damals 50-jährige Ärztin Verena von Weymarn 1994 in den Generalsrang befördert und war damit die einzige Frau unter 220 Generälen der Bundeswehr. Sie trat ein Jahr nach der Öffnung des Sanitätsdienstes 1976 in die Bundeswehr ein.⁴⁶¹

⁴⁶⁰ Zitiert in Kraake 1992, S. 67.

⁴⁶¹ Göbelt, Richard: Gleichberechtigung ist nicht Gleichmacherei. Die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere im Einsatz bei der Bundeswehr. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung 15 (2005) Nr. 4. S. 22 f. Hier S. 23.

Vergleicht man den damaligen Arbeitsplatz eines weiblichen Sanitätsoffiziers mit dem einer freiberuflich tätigen Ärztin, ist die Bindung der Sanitätsärztin an die strengen Vorgaben der Bundeswehr der deutlichste Unterschied. Das Verfolgen individueller Ideen, das Ausleben der eigenen Kreativität und die Gestaltungsfreiheit des Arbeitens insbesondere in Bezug auf die Arbeitsschwerpunkte und den zeitlichen Rahmen war bei Frauen mit eigener Praxis wohl deutlich besser realisierbar als in der stark reglementierten Institution Bundeswehr. Von den streng geregelten Arbeits- und Zeiteinheiten über die festgelegte Uniformierung und die fixe Bindung an Befehle und Weisungen, normierte Aus- und Fortbildungslehrgänge bis hin zu festgelegten Regeln im Umgang mit Mitarbeitern und Vorgesetzten wurde von den weiblichen Sanitätsoffizieren Kompromissbereitschaft gefordert und in gewissem Sinne ihre persönliche Freiheit eingeschränkt. Auf selbst bestimmte Mobilität und freie Meinungsäußerung, zumindest im Dienst, mussten die weiblichen Sanitätsoffiziere verzichten. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes in der Institution Bundeswehr war gewiss für viele Frauen attraktiv, ebenso der gesetzlich festgelegte Mutterschutz, die lange Erziehungszeit, Vorzüge durch zahlreiche steuerliche Besonderheiten, eine niedrige Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand mit festgelegten Bezügen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie kostenlose Behandlung in einem der Bundeswehrkrankenhäuser. Andererseits waren die Sanitätsoffiziere in der Ausbildung und auch danach in hohem Maße körperlich gefordert.

All diese Vorzüge fielen bei selbständig arbeitenden Ärztinnen weg. Das Risiko, beispielsweise durch längere Krankheit oder Berufsunfähigkeit hohe finanzielle Einbußen zu erleiden, war bei Ärztinnen mit eigener Praxis durchaus höher als bei den Bundeswehrärztinnen.

Die finanzielle und soziale Absicherung, die mit der Verpflichtung bei der Bundeswehr verbunden ist, stand der geringeren Freiheit und dem größeren Zwang zur Anpasstheit bis hin zum Gehorsam gegenüber militärischen Befehlen gegenüber. Die berufliche Ausbildung lag bei den meisten Frauen nur kurze Zeit zurück, die Integration in einen beruflichen Alltag war entweder noch nicht oder schon im Rahmen der Bundeswehr erfolgt. Aus den durch die Bundeswehr geprägten Biografien lässt sich schließen, dass die Entscheidung, sich als Stabsoffizier bei der Bundeswehr zu verpflichten, bewusst von den Frauen gefällt worden war. Der relative Vorteil, den manche Autoren durch gleiche Bezahlung von Männern und Frauen im Vergleich mit dem zivilen Arbeitsmarkt als Motivationsgrund für ein Arbeitsverhältnis in der Bundeswehr sehen, traf für die Berufsgruppe der Ärzte und Apotheker in deutlich geringerem, wenn nicht gar in zu vernachlässigendem Maße zu, da sowohl in (öffentlichen) Krankenhäusern als auch bei der Leistungsabrechnung im niedergelassenen Bereich einheitliche Tarifverträge und Abrechnungssätze für Heilberufler galten. Der Einstieg in die Bundeswehr war eine Entscheidung, die geprägt war von Aufstiegswillen, Ehrgeiz und zielstrebigem Berufsplanung.

3.4.2. Körper der Nation? Geschlechterkonstruktion in der Bundeswehr und sprachliche Repräsentation von Frauen in der Bundeswehr

Über die Entstehung von männlichen Stereotypen in einer Armee wurde schon viel in der Literatur berichtet.⁴⁶² Eigenschaften wie Aggressivität, rationales Denken und Handeln, emotionale Unabhängigkeit, technische Fertigkeiten, Instrumentalisierung des eigenen Körpers und Geltungsbedürfnis werden als Zeichen von Männlichkeit kultiviert und in Ritualen gepflegt. Dabei wurden diese Neigungen in der Literatur oft als rein männliche konstruiert.⁴⁶³ Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die ersten Frauen in der Bundeswehr diesen männlichen Rollenvorstellungen entgegenwirkten, ob sie ihnen entsprachen oder eigene Stereotype in der Bundeswehr aufbauten. Nach Ruth Seifert kam den Frauen erst durch die starke Verquickung von Männlichkeit und Militär, sozusagen *nolens volens*, als Gegenpol die Rolle der Friedfertigen zu.⁴⁶⁴ Demnach ist die Verknüpfung der Stereotype „weiblich“ und „männlich“ mit Krieg und Frieden tief kulturell verwurzelt (obwohl es auch Meinungen in der Literatur gibt, dass dies nicht immer der Fall war⁴⁶⁵). Der Grund dieser tiefen Verbindung liegt nach Ruth Seifert in der als natürlich angesehenen, männlichen Gewaltausübung und der zur weiblichen Natur gehörenden Ablehnung derselben.⁴⁶⁶ Eine weibliche Gewaltausübung kann Zusammenbruch, Auflösung der Gesellschaftsordnung, Anarchie und Revolution signalisieren bzw. in diesem Sinn wahrgenommen werden.⁴⁶⁷

Mit der Entwicklung moderner Waffensysteme seit Beginn des 20. Jahrhunderts änderten sich auch nach und nach die Voraussetzungen für diese kulturell-symbolische Re-

⁴⁶² Seifert, Ruth: Individualisierungsprozesse, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. Eine theoretische Studie zur soldatischen Subjektivität und zu ihrer Wechselwirkung mit der Gesellschaft. München, 1993 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 61). Insb. S. 164-183. Connel, Robert William: *Masculinity, Violence and War*. In: Kimmel, Michael/ Messner, Michael (Hg.): *Men's Lives*. Boston, 1995 S. 125-130; Morgan, David: *Theatre of War: Combat, the Military and Masculinities*. In: Brod, Harry/ Kaufmann, Michael (Hg.): *Theorizing Masculinities*. Thousand Oaks, 1994. S. 165-182; Barrett, Frank: Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit in Organisationen: Das Beispiel der US-Marine. In: Seifert und Eifler 1999, S. 71-91.

⁴⁶³ Dies drückte sich nach Christa Hämmerle bis vor kurzem auch in der Militärgeschichtsschreibung aus. Obwohl Frauen in der Regel genauso stark von Kriegen betroffen waren, hat sich militärhistorische Forschung mit wenigen Ausnahmen nicht für Fragen der Frauen- und Geschlechtergeschichte und für Fronterfahrungen von Frauen interessiert. Vgl. Hämmerle in Kühne und Ziemann 2000, S. 229-262. Hier S. 229 f. und Hacker 1995, S. 45-63. Hier S. 47.

⁴⁶⁴ Eifler und Seifert 1999, S. 44-71. Hier S. 48 f.

⁴⁶⁵ Vgl. Ruddick 1993, S. 133.

⁴⁶⁶ Eifler und Seifert 1999, S. 44-71. Hier S. 48.

⁴⁶⁷ Ebd.

produktion der Geschlechterverhältnisse. Wo früher eine klare „Arbeitsteilung“ beim Kämpfen herrschte, wurde diese durch den immer kleiner werdenden Unterschied zwischen Front und Etappe mehr und mehr verwischt.⁴⁶⁸ Interessant ist hierbei die Frage, ob und, wenn ja, welchem Stereotyp die ersten Frauen im Sanitätsdienst zugeordnet wurden. Generell werden als typische weibliche Eigenschaften Merkmale wie Emotionalität, Sicherheitsbedürfnis, Sensibilität, Mütterlichkeit und Zärtlichkeit angesehen.

Orna Sasson Levy zeigte in einer Arbeit am Beispiel von Frauen in der israelischen Armee, dass sich Frauen im Zuge der Identifikation mit der im Militär vorherrschenden hegemonialen Männlichkeit deren Habitus aneignen und ihre weiblichen Eigenschaften unterdrücken. Sie suchen damit nach alternativen Geschlechtsidentitäten, die jenseits der traditionellen weiblichen Geschlechternormen stehen.⁴⁶⁹ Diese These hat zur Voraussetzung, dass es ein feststehendes Set an weiblichen Eigenschaften (s.o.) gibt, die Frauen mit dem aktiven Umgehen der Geschlechternormen in Frage stellen.

Ein „Verlust der Weiblichkeit“ und die Vermännlichung der Frau,⁴⁷⁰ wie sie bei weiblichen Soldaten später bei der Öffnung für alle Laufbahnen konstruiert wurde, kann bei der Öffnung 1975 nicht festgestellt werden, da dieser Verlust vor allem durch den Männern gleiche Verhaltensweisen der Frauen wahrgenommen wird.⁴⁷¹ Bei den Weiblichen Sanitätsoffizieren versuchte man, von der Uniform bis hin zu den Sonderregelungen im Wachdienst für die weiblichen Sanitäterinnen, die Weiblichkeit der Frau in der Bundeswehr gewissermaßen zu erhalten. Dieses Bild ist das Ergebnis der Verhandlungen über Berufs- und Geschlechterrollen, die, wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt, auf politischer Ebene ebenso geführt wurde wie innerhalb der Bundeswehr. Die Übernahme von Geschlechterrollen in das Berufsfeld, wie an der Gestaltung der Uniform deutlich, passt durchaus zur Rolle des Staatsbürgers in Uniform. Diese wurde mit der Zulassung von Frauen zur Bundeswehr um eine Dimension erweitert, nämlich um diejenige der Staatsbürgerin in Uniform. Die o.g. weiblichen Eigenschaften stimmten nämlich mit dem Berufsbild von Ärztinnen und Apothekerinnen durchaus überein, nur das Berufsumfeld, der Bereich des Sanitätsdienstes war ein anderes. Dieses war sowohl organisatorisch als auch personell abgekoppelt von anderen militärischen Einheiten.

⁴⁶⁸ Vgl. Yuval-Davis in Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 20.

⁴⁶⁹ Sasson-Levy, Orna: Frauen als Grenzgängerinnen im israelischen Militär: Identitätsstrategien und -praktiken weiblicher Soldaten in „männlichen“ Rollen. In: Seifert und Eifler 2003, S. 74-100. Hier S. 81.

⁴⁷⁰ Seifert, Ruth: Militär, Kultur, Identität. Individualisierung, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. Bremen, 1996 (= Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit, Band 9). S. 176.

⁴⁷¹ Seifert 1993, S. 294.

Am Beispiel der Öffnung der Bundeswehr lässt sich historisch demnach sehr gut nachvollziehen, dass die Grenze zwischen Männer- und Frauenberufen verrückt wurde, aber die Arbeitsaufteilung im beruflichen Alltag weiterhin Bestand hatte, da die Arbeitsteilung immer noch geschlechtsspezifisch war. Sie vollzog sich nach dem von Angelika Wetterer aufgestellten Konzept⁴⁷² nur nicht mehr auf der Meso-, sondern auf der Mikroebene und lag damit mehr im Verborgenen. Dabei wird durch betont geschlechterspezifisches Alltagshandeln im Beruf die eigentlich unpassende Geschlechtszugehörigkeit eines Berufes minimiert, um dem drohenden Verlust der eigenen Geschlechtsidentität entgegenzuwirken. Die Arbeitsteilung, die als Kernelement der sozialen Konstruktion von Geschlecht angesehen wird, wurde somit gestärkt, auch wenn durch die formale Öffnung der Bundeswehr für Frauen zunächst das Gegenteil einzutreten schien, nämlich eine Assimilierung der Geschlechter.

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass die Konstruktion der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf den Dichotomien Waffe/waffenlos, Front/Etappe und Kombattant/Nicht-Kombattant beruhte und weniger auf den objektiven Anforderungen der spezifischen ärztlichen Tätigkeit.

Die Frage, die sich folgerichtig anschließt, ist, wie die berufliche Arbeitsaufteilung die Geschlechterrollen beeinflusst hat. In der Literatur gibt es dazu verschiedene Arbeiten von Angelika Wetterer.⁴⁷³

3.4.2.1. Die sprachliche Verkörperung der Öffnung anhand des internen Diskurses: Analyse ausgewählter Zeitschriften

Im vorangegangenen Abschnitt wurde dargestellt, wie die Öffnung eines kleinen Bereiches der Bundeswehr Rollenbilder und die gesellschaftliche Arbeitsteilung aufgebrochen und erneut stabilisiert hat. Auch auf der sprachlichen Ebene findet sich dieser Prozess wieder, dem im folgenden Abschnitt nachgegangen werden soll. Für die Bewertung der öffentlichen Darstellung der ersten Frauen und deren Tätigkeit in der Bundeswehr ist vor allem die Berichterstattung der bundeswehrinternen Zeitschriften interessant, weil hier als erstes die sprachliche Auseinandersetzung mit den weiblichen Sanitätsoffizieren stattfand. Ein Schwerpunkt der Analyse soll auf die sprachlichen Mittel sowie das abgedruckte Bildmaterial gelegt werden.

⁴⁷² Vgl. Wetterer 2002, S. 129-155.

⁴⁷³ Vgl. Wetterer, Angelika: Das Geschlecht (bei) der Arbeit. In: Pasero, Ursula/ Braun, Friederike (Hg.): Konstruktion von Geschlecht. Pfaffenweiler, 1995. S. 199-223; Wetterer 2002, S. 24 und 156 f. Das Konzept der geschlechtlichen Arbeitsteilung von Angelika Wetterer beinhaltet die geschlechtsspezifische Differenzierung von Männer- und Frauenberufen auf drei Ebenen. Auf der Makroebene wird der gesamte Arbeitsmarkt geschlechtsspezifisch aufgeteilt, auf der Mesoebene erfolgt die Aufteilung in Männer- und Frauenberufe und auf der Mikroebene unterscheidet sich das intraberufliche Alltagshandeln geschlechterspezifisch.

Die bundeswehrintern verfassten Darstellungen sollen mit externen Berichten der Tagespresse über die Thematik Frau und Bundeswehr verglichen werden. Hierbei ist zunächst anzumerken, dass die mediale Wahrnehmung der Öffnung der Bundeswehr zwar kurzfristig zunahm, in den Jahren danach bis zur Öffnung der Mannschaftsdienstgrade jedoch wieder stark abgeflacht ist.

Folgende Zeitschriften wurden der Analyse zugrunde gelegt und auf die Thematik hin untersucht (nicht einbezogen wurde die Bundeswehrzeitschrift „Y – Das Magazin der Bundeswehr“, da diese erst ab 2001 erschien):

- Bundeswehr aktuell (später: aktuell)
- Die Bundeswehr
- Loyal
- Information für die Truppe (IfdT)

Die seit 1965 täglich erscheinende „Bundeswehr aktuell“ – später umbenannt in „aktuell“ und seitdem nur noch in wöchentlicher Auflage erscheinend – war eine eher populär aufgemachte Zeitschrift, die sich in erster Linie an die Wehrdienstleistenden sowie an aktive Berufssoldaten wandte.

„Die Bundeswehr“ war die älteste interne Zeitschrift der Bundeswehr und wurde bereits 1956 gegründet. Sie hatte die höchste Auflage aller bundeswehrinternen Zeitschriften (250.000) und erschien monatlich. Bezugsberechtigt waren alle Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes. Somit waren als Zielgruppe hauptsächlich aktive Soldaten zu sehen.

„Loyal – das kritische Wehrmagazin“ war die Verbandszeitschrift des Reservistenverbandes der Deutschen Bundeswehr und erschien monatlich mit einer Auflage von 140.000. Sie war somit die zweitgrößte Bundeswehrzeitschrift und richtete sich hauptsächlich an die in Deutschland lebenden Reservisten sowie an aktive Soldaten und die Öffentlichkeit.

Die „Information für die Truppe“ wurde herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung „Führungsstab der Streitkräfte“, und sollte der politischen Bildung innerhalb der Bundeswehr dienen. Die Zeitschrift erschien monatlich und wurde mit nur 15 Exemplaren an jede Kompanie ausgehändigt. Hauptsächlich richtete sie sich an die Ausbilder der Soldaten.

Ausgewertet wurden die Jahrgänge in der Phase kurz vor der Öffnung der Bundeswehr und in den ersten Jahren danach (1974-1978).

1974 galt es in der Zeitschrift „Bundeswehr aktuell“ noch als erwähnenswert, dass eine Schülerin sowie *„junge – und wie man sieht – hübsche Studentinnen“*⁴⁷⁴ ein Bundes-

⁴⁷⁴ N.N.: Jetzt macht der Dienst richtig Spaß. PH-Studentinnen leisten Praktikum bei der Bundeswehr. In: Bundeswehr aktuell vom 11.03.1974 (ohne Seitenangabe).

wehrpraktikum machen durften.⁴⁷⁵ Dabei wurde weder über die fachlichen Fortschritte noch über die Integration der Frauen aus ihrer Sicht während des Praktikums berichtet, sondern hauptsächlich die männliche Wahrnehmung aufgezeigt: „*So macht der Dienst richtig Spaß*“, wird ein Soldat der Truppe zitiert. Das abgedruckte Bild zeigt eine Gruppe junger Soldaten, die ihre Blicke mehr auf die bildabgewandte Studentin richten als auf die Tafel. Einen Monat später wird von einer „*attraktiven Politologiestudentin aus Berlin*“⁴⁷⁶ berichtet, die im Rahmen des Studiums Offiziere, Kommandeure und Kompaniechefs mit Fragen „*bombardierte*“.⁴⁷⁷ Hier wird mit einem militaristischen Ausdruck die Wissenschaftlichkeit der Studentin unterminiert. Stattdessen wurde in dem Artikel zusätzlich erwähnt, dass die „*unternehmungslustige Politologin sogar für einen Tag und eine Nacht ins Gelände*“ ging.⁴⁷⁸ Statt inhaltlich über die wissenschaftliche Arbeit zu berichten, ist die Wortwahl salopp und unterstellt der Studentin eher eine kindliche Neugier als ernsthaftes wissenschaftliches Interesse.

Ebenfalls in diskreditierender Weise wurde in der Zeitschrift für die Wehrpflichtigen ein junges Mädchen erwähnt, das aufgrund eines Computerfehlers zur Musterung einberufen und anschließend „*zwar nicht wehrrechtlich, aber ausgesprochen wohlwollend gemustert*“ wurde. Außerdem erhielt sie eine „*Tafel Schokolade als Marschverpflegung für den Heimweg*“. Erwähnenswert erschien dem Autor noch, dass „*der Irrtum den Verteidigungshaushalt mit 3,20 DM Fahrtkosten belastet*“ habe.⁴⁷⁹

⁴⁷⁵ N.N.: Sylvia macht ein Praktikum beim Bundeswehr-Sozialwerk. In: Bundeswehr aktuell vom 07.02.1974 (ohne Seitenangabe).

⁴⁷⁶ N.N.: Bundeswehr einmal „live“ erleben. In: Bundeswehr aktuell vom 08.04.1974 (ohne Seitenangabe).

⁴⁷⁷ Ebd.

⁴⁷⁸ Ebd.

⁴⁷⁹ N.N.: Hier irrte der Computer. In: Bundeswehr aktuell vom 26.04.1974 (ohne Seitenangabe).



Hier irrte der Computer

Birte kam zur Musterung ins KWEA

„Wie das Gesetz es befahl“ erschien Birte Lock zur Musterung beim Kreiswehersatzamt Bad Oldesloe. Eine städtische Erfassungsstelle hatte die Datenzentrale mit ihren Personaldaten gefüttert, so daß sich auch die Bundeswehr-Computer nicht mehr bremsen ließen. Auf diese Weise mit der Personenkennziffer 200855 - L - 1081 ausgestattet, erhielt die 19jährige Oberschülerin eine maschinell erstellte Ladungskarte zur Musterung zugesandt. Birte quittierte gewissen-

haft den Empfang und erfüllte ihre „Pflicht“. So wurde sie in Gegenwart der Presse zwar nicht wehrrechtlich, ansonsten jedoch ausgesprochen wohlwollend „gemustert“. Bei ihrem Erscheinen im Kreiswehersatzamt überreichte der Dienststellenleiter dem Mädchen eine Tafel Schokolade als „Marschverpflegung“ für den Heimweg.

Der Verteidigungshaushalt mußte für diesen Computer-Irrtum mit 3,20 DM Fahrtkosten „belastet“ werden.

Abbildung 16: Bericht der Zeitschrift Bundeswehr aktuell vom Jahr 1974⁴⁸⁰

Auch hier wurden sprachlich militärische Ausdrücke mit verniedlichenden Formulierungen vermischt.

Die „Information für die Truppe“ fand es 1974 erwähnenswert, dass „*erstmal*s durch den Verteidigungsminister zwei Mütter wehrpflichtiger Soldaten als Gäste in den Beirat⁴⁸¹ gebeten wurden“⁴⁸² – allerdings nur „für die Dauer der Dienstzeit ihrer Söhne“⁴⁸³ und ohne Stimmberechtigung.

Zum ersten Mal ernsthaft über Frauen als Sanitätsoffiziere wurde in „Die Bundeswehr“ 1974 in einer Kurznotiz berichtet und dabei auf pragmatische Weise mitgeteilt, dass das Bundesministerium für Verteidigung „*alle Maßnahmen unterstützt, die geeignet sind, das Fehl an Sanitätsoffizieren in der Bundeswehr zu beseitigen*.“⁴⁸⁴ Dabei hegte der herausgebende Deutsche Bundeswehrverband „*keinerlei Bedenken gegen Frauen im Sanitätsdienst*.“⁴⁸⁵

Waren die Darstellungen über Frauen, Krankenschwestern und Praktikantinnen, die als Gäste in deutschen Kasernen waren, noch mit belustigenden Formulierungen gespickt, wurden die Berichte über die geplante Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitäts-

⁴⁸⁰ Ebd.

⁴⁸¹ Gemeint ist der Beirat für Fragen der inneren Führung.

⁴⁸² N.N.: Aus der Arbeit des Beirates für Fragen der Inneren Führung. In: Information für die Truppe. Nr. 3 (1974). S. 19-23. Hier S. 22.

⁴⁸³ Ebd. S. 22.

⁴⁸⁴ N.N.: Nichts gegen Frauen im Sanitätsdienst. In: Die Bundeswehr 19 (1974) Nr. 12.

⁴⁸⁵ Ebd.

offiziere ernsthafter und objektiver. „Die Bundeswehr“ berichtete bereits im Februar 1975 über mögliche Rechtsänderungen im Soldatengesetz, die eine Öffnung für Frauen im Sanitätsdienst juristisch zuließen und befasste sich im Detail mit den Pflichten und Rechten der weiblichen Sanitätsoffiziere.⁴⁸⁶

Die Zeitschrift „Loyal“ berichtete erstmals in ihrer Märzausgabe 1975 von der geplanten Öffnung. Unter dem Titel „*Jawohl, Frau Stabsarzt*“ entwarf der Autor das Bild von „*Frauen als Vorgesetzten*“, „*einer hauchzarten Liebesgeschichte in der Kaserne*“ und „*Frauen auf dem Schießstand*“. Später relativierte er diese ambivalenten Männerfantasien und verwies auf die Gleichheit der Rechte und Pflichten mit der Ausnahme, „*daß Ärztinnen in Uniform das Recht auf jahrelangen Urlaub erhalten*“. Mit dieser Formulierung beschrieb der Autor das Recht auf Erziehungsurlaub, wie es für die Soldatinnen analog zum Beamtenrecht vorgesehen war. Für die männlichen Soldaten „*kann es schon heute reizvoll sein, an Äußerlichkeiten zu denken und zu überlegen, wie ‚schick oder konservativ‘ der Schnitt der Uniform der Ärztinnen sein sollte.*“⁴⁸⁷

Die Unsicherheit des männlichen Autors drückt sich nicht nur in den zuweilen diskriminierenden Äußerungen zu den Rechten und Pflichten und der Reduktion der Berichtserstattung auf den Schnitt der Uniform aus. Die zweite Seite war mit der Überschrift „*Lücke schließen*“ betitelt. Dies zielte sprachlich auf die Aussage des Abgeordneten Biehle in der parallel geführten Bundestagsdebatte ab, der Frauen in der Bundeswehr als Lückenbüßer bezeichnet hatte.⁴⁸⁸

Die dem Artikel beigelegten Bilder zeigen einerseits eine Ärztin, die einem jungen Soldaten eine Spritze setzt, zum anderen einen Offizier in Uniform, der einer sichtlich angestregten Assistentin kritisch bei ihrer Arbeit zuschaut. Dabei wird einerseits die weibliche Arbeit auf Fürsorge- bzw. Assistenz Tätigkeiten reduziert, andererseits die Dominanz des Mannes hervorgehoben.

⁶ N.N.: Frauen als Sanitätsoffiziere. In: Die Bundeswehr 20 (1975) Nr. 2.

⁷ Moniac, Rüdiger: Jawohl, Frau Stabsarzt. Über die Frauen in der Bundeswehr. In: Loyal 7 (1975) Nr. 3. S. 6-9.

⁸ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975.

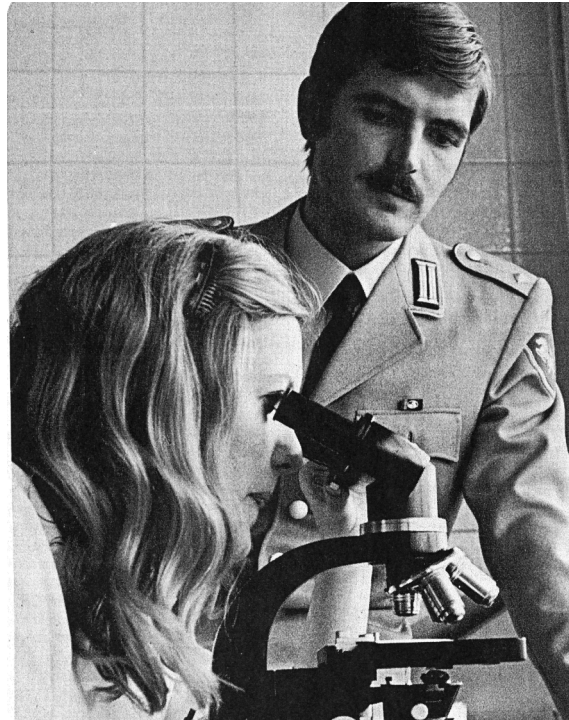


Abbildung 17: Darstellung der ersten Ärztinnen bei ihrer Arbeit in einer Bundeswehrzeitschrift⁴⁸⁹

Während „Die Bundeswehr“ ebenfalls schon im April 1975 von der geplanten Einstellung der Frauen berichtete,⁴⁹⁰ ging die „Bundeswehr aktuell“ erst im August nach der Verabschiedung des Gesetzes darauf ein. Dabei erwähnte der Autor des Leitartikels explizit, dass

„die neue gesetzliche Regelung die praktische Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft, insbesondere dort, wo Frauen die gleichen beruflichen Leistungen wie Männer erbringen, fördert.“⁴⁹¹

Dies implizierte, dass Frauen in vielen Bereichen der Bundeswehr *nicht* dieselben beruflichen Leistungen erbringen würden wie Männer. Ganz konform mit der offiziellen Linie des Verteidigungsministeriums propagierte der Autor die Öffnung als Beitrag der Bundeswehr zum Jahr der Frau und nannte den Personalmangel der Bundeswehr nur am Rande. Ausdrücklich erwähnte der Autor, dass die Frauen *„grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten“* haben, also Vorgesetzte sind und Disziplinargewalt ausüben können, sowie wie jeder Soldat der Wehrdisziplinarordnung und dem Wehrstrafgesetz unterliegen. Die „Information für die Truppe“ widmete zum Jahr der Frau bereits in ihrer Aprilausgabe des Jahres 1975 einen ganzen Abschnitt dem Thema Frauen in der Landesverteidigung, erwähnte jedoch mit keinem einzigen Wort die geplante Öffnung des

⁴⁸⁹ Moniac 1975, S. 6-9.

⁴⁹⁰ N.N.: Kabinett billigt Einstellung von Frauen. In: Die Bundeswehr 20 (1975) Nr. 4. S. 144.

⁴⁹¹ N.N.: Grünes Licht für Ärztinnen als Sanitätsoffiziere der BW. Gesetzesänderungen sind in Kraft getreten. In: Bundeswehr aktuell vom 11.08.1975 (ohne Seitenangabe).

Sanitätsdienstes für Medizinerinnen. Stattdessen druckte die Redaktion zu dem Artikel das Bild einer Frau mit Kind auf dem Arm und zufriedenen Gesichtsausdruck ab.⁴⁹²

Die „Bundeswehr aktuell“ berichtete am 03.10.1975 mit dem Titel *„Ereignis von historischem Rang“*⁴⁹³ ausführlich von den ersten weiblichen Sanitätsoffizieren der Bundeswehr. Nicht weniger interessant als die sprachliche (Des-)integration ist die Selbstdarstellung, oder wie Jörg Keller es genannt hat, die *„öffentliche Realität“*⁴⁹⁴ der in sich abgeschlossenen Institution Bundeswehr, durch die ein positives Selbstverständnis in die Öffentlichkeit kommuniziert werden sollte. Neben dem Bild der Vereidigung war ein erstes Interview mit Stabsarzt Eva Neuland abgedruckt. Den Äußerungen der Medizinerin nach schien die ärztliche Tätigkeit mehr im Vordergrund zu stehen als das militärische Umfeld:

*„Ich glaube, das [der Kontakt mit Wehrpflichtigen, Anm. d. Autorin] macht keinen Unterschied zu meinem bisherigen Dienst.“*⁴⁹⁵

In einem anderen Interview legte Eva Neuland dar, dass die Ausbildungsmöglichkeiten und die Tätigkeiten bei der Bundeswehr vielfältiger als in der eigenen Praxis seien.⁴⁹⁶

Eine weitere Stabsärztin, die zu Beginn des Jahres 1976 eingestellt wurde, hob explizit das „normale“ Umfeld in einem Bundeswehrkrankenhaus hervor:

*„Anpassungsschwierigkeiten gab es keine. Das ist ein Krankenhaus – nur daß es zur Bundeswehr gehört.“*⁴⁹⁷

Ihre Kollegin Sigrid Fuchs bestätigt Ähnliches:

*„Es war eigentlich keine besondere Umstellung.“*⁴⁹⁸

Die wiederholte Ausblendung der militärischen Anteile und die Betonung der in erster Linie ärztlichen Tätigkeit sind bei diesen Aussagen auffallend. Zwar taten die Frauen noch keinen Dienst mit der Waffe, dennoch zeigte sich, dass sich die weiblichen Offiziere selbst in erster Linie in der Rolle der Ärztinnen sahen und dann erst als Soldatin-

⁴⁹² Bab, Ilse: Zum Jahr der Frau. In: Information für die Truppe 19 (1975) Nr. 4. S. 41-47.

⁴⁹³ Ereignis von historischem Rang. In: Bundeswehr aktuell vom 03.10.1975 (ohne Seitenangabe).

⁴⁹⁴ Keller, Jörg: Soldat und Soldatin. Die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit am Beispiel von Printmedien in der Bundeswehr. In: Ahrens et al. 2005, S. 73-107. Hier S. 80.

⁴⁹⁵ Ebd.

⁴⁹⁶ Weller, Helmut: Die Sterne fallen etwas kleiner aus. In: Kölner Stadtanzeiger vom 26.10.1976.

⁴⁹⁷ Theens, Ria: Frau Doktor mit drei Silbersternen. In: Rheinische Post vom 24.02.1976.

⁴⁹⁸ N.N.: Wir haben uns schon bestens eingelegt. In: Bundeswehr aktuell vom 20.11.1975 (ohne Seitenangabe).

nen. Der Arbeitsplatz wurde als ganz normal dargestellt und die gesellschaftliche Funktion der Bundeswehr und der mögliche Konflikt der Rollenambivalenz von ärztlicher Ethik und militärischem Handeln und das besondere Vorgesetzten- und Untergebenenverhältnis wurde bei den Aussagen vernachlässigt. Es ist kritisch anzumerken, dass die Äußerungen eventuell von der Einschränkung der freien Meinungsäußerung, denen die Stabsärztinnen als Soldatinnen ebenfalls unterlagen, bestimmt waren. Die bereits in Kapitel 2.4.4. im Zusammenhang mit Werbeanzeigen der Bundeswehr erwähnte zwiespältige Blickweise auf das „Objekt Frau“ in der Bundeswehr spiegelte sich auch noch 1978 in der Zeitschrift „Die Bundeswehr“ wider, nachdem bereits drei Jahre lang Frauen als Soldatinnen in der Bundeswehr beschäftigt waren. Das Fachorgan des Deutschen Bundeswehrverbandes richtete in der ersten Ausgabe des Jahres 1978 eine „Seite für die Frau“ ein. Damit sollte

„die Bedeutung der Frau für die Bundeswehr auf einer besonderen Seite für die Frau sichtbar werden [lassen, Anm. d. Autorin]. Kritisches Interesse und Mitarbeit bieten sich hier jedem weiblichen Wesen an, das zur Bundeswehr in Verbindung steht.“⁴⁹⁹

Besonders sollte auf Probleme und Fragestellungen eingegangen werden, die seit der Einführung der weiblichen SanOffz.-Laufbahn entstanden waren und bisher in Bundeswehrzeitschriften *„nur sporadisch behandelt“⁵⁰⁰* wurden. In der selben Ausgabe werden Wehrsoldempfinger darauf hingewiesen, dass sie einen Rechtsanspruch auf kostenlose Reinigung ihrer Dienstkleidung haben und deshalb *„nicht angehalten werden, ihre dienstliche Bekleidung zu Hause waschen zu lassen.“⁵⁰¹*

Hier prallten der Anspruch auf berufliche Gleichstellung der Geschlechter mit der Formulierung, der Mann „lasse“ seine Wäsche zu Hause waschen, Rollenklischees wie des beruflich aktiven Mannes und der unterstützenden Frau zu Hause unmittelbar aufeinander. In den weiteren Ausgaben des Jahrgangs wurde auf der neu geschaffenen Seite für die Frau über Themen wie „Familienpolitik“⁵⁰², „Kindererziehung“⁵⁰³, „Generalsgattinnen als Künstlerinnen“⁵⁰⁴ und den „Alltag von Soldatenfrauen“⁵⁰⁵ referiert. Nur in einer

⁴⁹⁹ N.N.: Für die Frau. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 1. S. 38 f.

⁵⁰⁰ Ebd. S. 38.

⁵⁰¹ Ebd. S. 4.

⁵⁰² N.N.: Wie fördert der Staat unsere Familien? In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 12. S. 693.

⁵⁰³ N.N.: Kindererziehung durch Fernsehen? In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 2. S. 88; Wie lange dürfen Kinder fernsehen? In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 3. S. 148.

⁵⁰⁴ N.N.: „Nur“-Hausfrau wird bekannte Künstlerin. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 11. S. 631.

⁵⁰⁵ N.N.: Umzugshäufigkeit wirkt negativ auf den Schulalltag der Kinder. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 9. S. 505; N.N.: Soldatenfrauen und Gruppenarbeit. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 6. S. 319; N.N.: Nirgendwo richtig zu Hause. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 8. S. 447.

Ausgabe wurde über Frauen, die in der Bundeswehr Dienst leisten, berichtet.⁵⁰⁶ Bereits zwei Jahre später wurde der Titelpf durch die allgemeinere Rubrik „Familienpolitik“ ersetzt.

Die Akzeptanz der Frauen innerhalb der Bundeswehr durch ihre Kollegen war durch eine Mischung aus Unsicherheit, Anerkennung und Abwertung gekennzeichnet. Dass die Ausnahmesituation als solche wahrgenommen wurde, zeigen die vielen Artikel über die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere. Einer gleichrangigen Gruppe von männlichen Sanitätsoffizieren hätte man wahrscheinlich keine ganze Seite in der betriebsinternen Zeitung mit dem Titel *„Wir haben uns schon bestens eingelebt“*⁵⁰⁷ gewidmet. Ebenfalls kennzeichnend hierfür war die häufige Betonung des gleichwertigen Einsatzes der Frauen zu den männlichen Kollegen.

Die Analyse diverser bundeswehrinterner Texte aus dem Jahre 1975 veranschaulicht den Versuch, über die Sprache geschlechterbezogene Neutralität herzustellen. Die semantische Spezifikation des Geschlechts über das grammatikalische Geschlecht wurde durchweg ausgeblendet. Meist war von „weiblichen Offizieren“, „weiblichen Soldaten“, „Frau Generalarzt“ oder einfach „Stabsarzt (w)“ die Rede, was eine Geschlechtsneutralität implizieren sollte. Den Frauen in der Armee wurden sprachlich männliche Merkmale zugesprochen. Allerdings ist anzumerken, dass sich das weibliche Genus auch in anderen Bereichen erst in den 70er Jahren durchzusetzen begann. Ein Briefwechsel des Bundesministerium für Verteidigung mit den Planungsstäben im Zusammenhang mit der Gestaltung der Uniform im Frühjahr des Jahres 1975 macht die Schwierigkeiten im sprachlichen Umgang mit den Ärztinnen deutlich. So wurde der Planungsbegriff *„weibliches Personal“* für zu allgemein formuliert gehalten und geändert in den Begriff *„weibliche Sanitätsoffiziere“*.⁵⁰⁸ Neben Verschiebungen in der Wahrnehmung von „Gender“ markieren diese sprachlichen Neuschöpfungen auch eine bedeutsame Verschiebung im Bild des Soldaten bzw. der Armeeangehörigen: erstmals und bis dahin einmalig in der Geschichte wurde mit der Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen in einem explizit waffenlosen Dienst der sprachliche Begriff „Soldat“ von dem Begriff „Dienst mit der Waffe“ abgekoppelt, da die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere zwar Soldatinnen waren, diesen Status aber innehielten, ohne zwangsläufig einen Dienst mit der Waffe auszuüben. Dies stellte augenscheinlich eine Änderung des inneren Gefüges der Bundeswehr auch auf sprachlicher Ebene dar, und zeigte die Verschiebung in der Auffassung der Geschlechterrollen.

⁵⁰⁶ N.N.: Krankenschwestern in der Bundeswehr. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 4. S. 206.

⁵⁰⁷ N.N.: Wir haben uns schon bestens eingelebt. In: Bundeswehr aktuell vom 20.11.1975 (ohne Seitenangabe).

⁵⁰⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief der Abteilung Fü S II des Bundesministeriums für Verteidigung an InSan II 6 vom 18.03.1975.

3.4.2.2. Die öffentliche Wahrnehmung – Tagespresse

In der Öffentlichkeit war die Öffnung der Bundeswehr für Frauen relativ wenig beachtet worden, wirkliche Diskussionen zu diesem Thema kamen erst ab 1979 auf, aus denen sich erst Anfang der 80er Jahre langsam eine breitere Debatte entwickelte (vgl. Kap. 4.3).⁵⁰⁹ Populärwissenschaftliche Zeitschriften wie Spiegel, Stern oder Frauenzeitschriften wie Emma und Courage⁵¹⁰ veröffentlichten erst ab 1978/79 Artikel zu diesem Thema.⁵¹¹ Die Entscheidung, Frauen in die Bundeswehr aufzunehmen, war genau wie schon im 1. Weltkrieg⁵¹² in Deutschland nicht das Ende des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses sondern hat diesen vielmehr angestoßen.

Hinreichender Anlass für eine breite, öffentliche Diskussion ergab sich erst durch die Frauenbewegung bzw. durch die Forderungen nach einer generellen Gleichbehandlung auch in Bezug auf die Dienstmöglichkeiten bei der Bundeswehr. Ein anderer Impuls auf die Debatte war der sich erneut und verschärft abzeichnende Personalmangel auf Grund des Geburtenrückgangs. Die Auswertung der Publikumszeitschriften soll die Entwicklung des Meinungsbildes widerspiegeln. An diesem Prozess waren verschiedene gesellschaftliche Gruppen beteiligt. Die meisten Tageszeitungen sowie die Fachzeitschriften der Ärzteschaft berichteten im Frühjahr 1975 von der geplanten Öffnung, meist im Kontext des Personalmangels im Sanitätsdienst. Dass oft in ironisierender Weise mit dem Thema umgegangen wurde, zeigt die Berichterstattung der „Welt am Sonntag“, die sich schon im Januar mit dem Thema beschäftigte. Hier wurde von einer „weiblichen Invasion in den bisher rein männlich regierten Sanitätsrevieren“⁵¹³ gesprochen. Dabei dürften die Frauen keine Dienstpistole tragen, sondern seien „zur Verteidigung ihrer Autorität allein auf weibliche Waffen angewiesen.“ Hier wurde sprachlich die Zulassung von Frauen zur Bundeswehr einerseits „militarisiert“, andererseits der Ernstfall des Waffengebrauchs durch einen weiblichen Sanitätsoffizier verharmlost. Weiterhin stellt der Autor die Wirkung der Überschreitung der Männerdomäne – positiv – dar:

*„Ein bißchen Charme, Parfum und Lippenstift im Offizierskasino kann kaum schaden.“*⁵¹⁴

⁵⁰⁹ Vgl. Albrecht-Heide und Bujewski-Crawford 1991, S. 19.

⁵¹⁰ Die Zeitschrift Courage wurde allerdings erst 1977 gegründet.

⁵¹¹ Alice Schwarzer verfasste zwischen 1976 und 1996 selbst sechs Artikel hierzu.

⁵¹² Vgl. Kap. 2.1.2.

⁵¹³ Zimmermann, Horst: Was Georg Leber zum Jahr der Frau beiträgt. In: Die Welt am Sonntag Nr. 2 vom 12.01.1975. S. 3.

⁵¹⁴ Ebd.

Aspekte, die der Autor jedoch völlig ignoriert, sind Stellung, Ausbildung oder auch die rechtliche Situation der Frauen. Weshalb die Frauen trotz schlechter Verdienstmöglichkeiten in die Bundeswehr eintreten sollen, begründet er mit der Gleichstellung: sowohl Männer als auch Frauen seien schlecht bezahlt. Auf der gleichen Seite erschienen bereits Kostümvorschläge des Modeexperten Heinz Oestergaard. Auch hier stand weniger die Funktionalität der Uniform im Vordergrund. Vielmehr würden Frauen durch die Uniform auch äußerlich hervorgehoben, um so ihre „*ureigene Mission zu erfüllen: Betreuung, Pflege und Sorge für andere. Frauen können den Pflegeberuf am besten ausfüllen.*“⁵¹⁵ Dabei degradiert der Autor die Medizinerinnen zu Pflegerinnen und spricht ihnen die ärztliche Verantwortung und die im Rahmen ihrer Tätigkeit anfallenden militärischen Führungsaufgaben ab. Kritischer als in der Bundeswehrpresse wurde in der öffentlichen Presse der Zusammenhang zwischen der Frauenarbeitslosigkeit und der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder für Frauen dargestellt:

*„Aber niemand wird bestreiten, daß es auch andere Gesichtspunkte gibt. Die Anziehungskraft eines weiblichen Hilfskorps, zumal in Zeiten rückläufiger wirtschaftlicher Konjunktur, wird bald fragen lassen, welche Tätigkeitsfelder Frauen in den Streitkräften noch zusätzlich erschlossen werden können oder sollen.“*⁵¹⁶

Diese Sichtweise zeigte noch vor Einstellung der ersten fünf Ärztinnen, welche Impulse auf die Gesamteinstitution Bundeswehr der Einsatz nach sich ziehen könnte.

Die Welt vom 03.10.1975 berichtete ebenfalls über die Einstellung der Frauen. Dabei schrieb der Autor über die erste Medizinerin im Sanitätsamt Bonn-Beuel. Auffällig ist die Erwähnung der genauen Bezüge, die Frau Stabsarzt erhält und das Äußere. Die Ärztin „*wirkt mit ihren 27 Jahren wie ein junges Mädchen*“ und ihre „*blauen Augen korrespondieren perfekt mit dem Himmelblau dieser Uniform.*“⁵¹⁷ Insgesamt sind in dem Artikel wenige Fakten aufgeführt, sondern eher die subjektiven Empfindungen der Ärztinnen wiedergegeben.

Karikaturen über die Einstellung von Frauen wurden überwiegend erst Jahre nach der Öffnung veröffentlicht. Die Karikaturisten hatten in der öffentlichen Diskussion um weibliche Soldaten Ende der 70er Jahre das Thema für sich entdeckt, wobei immer wieder die Unvereinbarkeit von Weiblichkeit und Soldatensein kolportiert wurde, obwohl die Ärztinnen (als Soldatinnen!) bereits vier Jahre erfolgreich in der Bundeswehr tätig waren. Der Dienst von Frauen erschien in den Karikaturen der bundesdeutschen Presse

⁵¹⁵ Ebd.

⁵¹⁶ Maetzke, Ernst-Otto: Bürgerinnen in Uniform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.02.1975.

⁵¹⁷ N.N.: Nur die Uniform? Frau Stabsarzt sagt entschlossen „Nein“! In: Die Welt vom 03.10.1975.

eher als lächerliche denn als ernste Angelegenheit. Daraus lässt sich schließen, dass der Beruf „Bundeswehrsoldatin“, auch wenn er „nur“ im Sanitätsdienst ausgeübt wurde, als gesellschaftlich unpassend angesehen wurde. Die Karikaturen konzentrierten sich dabei auf die Eigentümlichkeiten der Berufsgruppe Soldat wie Uniform, Waffen, Panzer, Befehlshierarchie und setzten sie in Kontrast zu weiblichen Attributen. Berichte und Artikel über Frauen in der Bundeswehr kamen auch in Karikaturen erst lange nach der Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen auf. Mit einer Ausnahme stammen alle Karikaturen aus den Jahren 1978 oder 1979. Die erst Jahre nach der Öffnung beginnende Auseinandersetzung mit dem Thema zeigt das schon angesprochene Desinteresse der Medien dazu. Erst mit der Diskussion um den zu erwartenden Rekrutenmangel Ende der 70er Jahre wurde die Tätigkeit der Frauen in der Bundeswehr plötzlich in die öffentliche Wahrnehmung gerückt, wobei es in der Debatte nicht mehr rein um den Sanitätsdienst ging, sondern auch um einen militärischen Dienst mit der Waffe. Deshalb fokussierte sich die Aufmerksamkeit nach und nach auf die allgemeinen soldatischen Klischees.



„Stabsärztinnen – das Stethoskop über“

Abbildung 18: Zeichnung von Wilhelm Hartung in *Die Welt* (1975)⁵¹⁸

Die Karikatur zeigt vier attraktive Ärztinnen in knapper Uniform, die offenbar vor dem Verteidigungsminister Leber stehen. Die Übertreibung besteht in der überspitzten Betonung der Weiblichkeitsattribute: die Frauen haben überproportional dünne Beine, die in zu großen Militärstiefeln stecken und nur von einem knappen Minirock bedeckt werden. Der Minister selbst trägt einen Arztkittel und erteilt den pseudomilitärischen Befehl „Stethoskop über“. Damit wird der im Militär übliche Befehl „Gewehr über“ lächerlich gemacht. Außerdem hält er aber einen so genannten Marschallstab in der Hand, welcher

⁵¹⁸ Quelle: Information für die Truppe Nr. 10 (1975). S. 63.

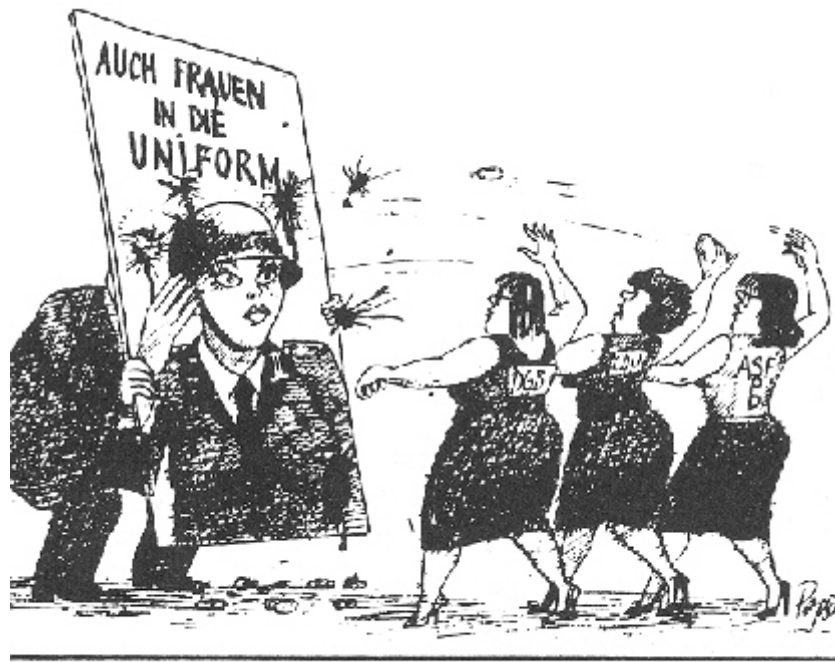
als Zeichen der Autorität und der Macht interpretiert werden kann und die Position des Ministers als Vorgesetzter der Ärztinnen hervorhebt. Eine der Ärztinnen scheint an ihr Stethoskop geklammert über dem Boden zu schweben, was ein Symbol der Überforderung sein könnte. Dies könnte auch auf die Tatsache anspielen, dass eine der fünf ersten Ärztinnen bereits in der Probezeit wieder aus der Bundeswehr ausgeschieden war. Die Karikatur soll insgesamt eine pseudomilitärische Ausbildung der ersten Ärztinnen suggerieren und gleichzeitig ins Lächerliche ziehen. Auch die typische Chefarztpose des militärischen Vorgesetzten weist auf den Übergang vom medizinischen zum militärischen Drill hin.



Abbildung 19: Karikatur in Berliner Morgenpost vom 24.08.1979. Quelle: Seidler, 1982⁵¹⁹

Eine Karikatur in der Berliner Morgenpost zeigt den Vorgang der Einkleidung. Mit dieser Zeichnung wird durch die erkennbar übergroßen Damenwäsche das alte Problem, dass die Bundeswehrwäsche dem Rekruten oftmals nicht gleich passt, ins Lächerliche gezogen. Die weibliche Körperlichkeit wird als störende Komponente im Militär pointiert. Die Bildunterschrift „Passt“, welche von einem nicht sichtbaren Soldaten aus der Kleiderkammer herausgerufen wird und in deutlicher Diskrepanz zu den übermäßig großen Militärstiefeln, dem Kampfhelm sowie der aus dem Fenster gehaltenen Damenunterwäsche steht, veranschaulicht den Teilaspekt der Umstrukturierung der Infrastruktur für Frauen in der Bundeswehr. Die Soldatin wurde nun nicht mehr nur im Sanitätsdienst gezeigt, sondern trägt bereits ein Gewehr, was die Diskussion um den Dienst mit der Waffe symbolisieren sollte.

⁵¹⁹ Seidler, Franz W.: Das Militär in der Karikatur. Kaiserliches Heer, Reichswehr, Wehrmacht, Bundeswehr und Nationale Volksarmee im Spiegel der Pressezeichnung. München, 1982. S. 146.

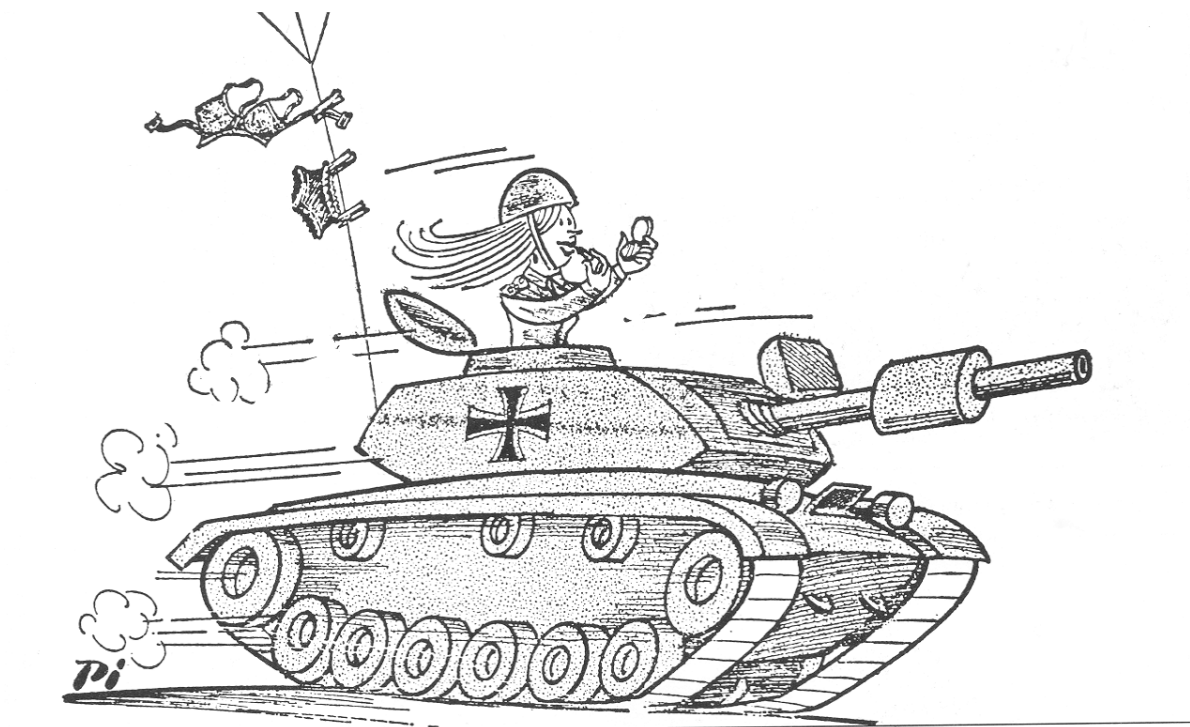


Wehrbeauftragter unter Beschuß

Abbildung 20: Karikatur Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.08.1979⁵²⁰

Eine Karikatur in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zeigte ein Werbeplakat zum Thema Frauen in der Bundeswehr, das, wie sich aus dem Untertitel schließen lässt, vom damaligen Wehrbeauftragten gehalten wird. Verschiedene Interessengruppen, verkörpert durch mit Tomaten werfende Frauen, bombardieren das Plakat. Die Karikatur war eine Antwort auf den Vorschlag des damaligen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Karl-Wilhelm Berkhan, wegen der geburtenschwachen Jahrgänge in Zukunft vermehrt Frauen in die Bundeswehr zu integrieren und reflektiert die kritischen Stimmen der Parteien und der Berufs- und Frauenverbände Ende der 70er Jahre.

⁵²⁰ Ebd.



Alice 1990.

Abbildung 21: Karikatur Hessische Allgemeine Zeitung vom 23.08.1979⁵²¹

Ebenfalls einen Blick in die Zukunft warf die „Hessische Allgemeine“ am 23.08.1979 mit einer Darstellung von Alice Schwarzer in einem Bundeswehrpanzer sitzend und sich schminkend, während ihre langen Haare im Wind wehen und die Antenne als Wäscheleine für Unterwäsche genutzt wird.

Wiederum werden weibliche Rollen als unvereinbar mit dem Militär dargestellt. Hinzu kommt bei der Karikatur noch eine weitere Komponente, nämlich ein falsch verstandener feministischer Ehrgeiz, wie aus dem Untertitel ersichtlich wird. Es sitzt nämlich nicht irgendeine Frau auf dem Panzer, sondern Alice Schwarzer, die von Beginn an eine prinzipielle Öffnung der Bundeswehr befürwortet hatte.⁵²²

Während die Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen insgesamt verhältnismäßig wenig von der Presse beachtet wurde, hat sie vor allem die Diskussion über die Öffnung auch für den Dienst mit der Waffe nach sich gezogen. Dies fand Ende der 70er Jahre mehr Aufmerksamkeit in der Presse. Alice Schwarzer selbst hat die Diskussion nicht losgetreten, sondern in ihrem ersten Artikel zu diesem Thema 1978 eher auf die bereits angelauene öffentliche Debatte – konkret auf eine Live-Fernsehdebatte zum Thema Frauen und Wehrpflicht – reagiert.

⁵²¹ Ebd.

⁵²² Schwarzer, Alice: Frauen ins Militär? In: EMMA (1978) Nr. 6. S. 5.

3.4.3. Auswirkungen der Öffnung der Bundeswehr für Frauen auf deren soziale Stellung

Nach der Analyse der Geschlechterrollen innerhalb der Armee stellt sich auch die Frage, welche Stellung Frauen außerhalb dieser Institution besaßen und inwieweit diese durch die Öffnung des Militärs verändert wurde. Dabei wird in der Literatur häufig aus der Tatsache, dass der Wehrdienst Ausdruck der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten ist, umgekehrt geschlossen, mit der vermehrten Beteiligung der Frauen stiegen der soziale Status und die politische Bedeutung der Frauen.⁵²³ Erfahrungen aus der US-Armee mit der Integration von sozial schwach gestellten Personen zeigten aber, dass es nicht automatisch zu einer Aufwertung der gesellschaftlichen Lage kommen muss, wenn Frauen in den Streitkräften dienen, wobei hier die Einschränkung gemacht werden muss, dass die USA eine Berufsarmee besitzen. Die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt „Armee“ war hier lange eher Ausdruck ihrer Benachteiligung,⁵²⁴ da sie wie andere Minderheiten auch innerhalb der Armee in spezifischen, meist unbeliebten oder gefährlichen Verwendungen eingesetzt wurden⁵²⁵ und auf dem freien Arbeitsmarkt weniger Chancen hatten. Hier hat die Partizipation von unterprivilegierten Gruppen in den Streitkräften nicht zu einer generellen Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage geführt. Nira Yuval-Davis schlussfolgert daraus, dass auch für Frauen kein genereller Zusammenhang zwischen der Beteiligung am Militär und ihrem sozialen Prestige bzw. ihren Bürgerrechten bestehe, da die soziale Stellung nicht hauptsächlich von den Rahmenbedingungen im Militär, sondern von denen der Gesellschaft abhängt, in der das Individuum lebt. Will man diese Thesen, die sich primär auf den Waffendienst beziehen (von dem häufig Beförderungen abhängig sind), auf die Situation der Ärztinnen 1975 übertragen, ist zu bedenken, dass der soziale Status von Ärzten/Ärztinnen und Apothekern/Apothekerinnen in den 70er Jahren ohnehin als recht hoch angesehen wurde, unabhängig vom konkreten Arbeitsplatz. Die formale Einbeziehung von Ärztinnen in die Bundeswehr bedeutete damit nicht automatisch einen gesamtgesellschaftlichen Prestigegewinn aller Frauen.

Die ersten Ärztinnen, die in die Bundeswehr eintraten, hatten weder das Problem der Arbeitslosigkeit noch ging es ihnen primär darum, ihre gesellschaftliche Stellung aufzuwerten (obwohl einige Ärztinnen den im Vergleich mit dem Zivilbereich schnelleren

⁵²³ Vgl. Apelt, Maja: Geschlecht und Militär. In: Ahrens et al. 2005, S. 13-31. Hier S. 24.

⁵²⁴ Yuval-Davis in Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 21 f.

⁵²⁵ Beispiele hierfür sind bestimmte Minderheiten, die für den Krieg instrumentalisiert wurden. Im 2. Weltkrieg leisteten z.B. indigene US-Amerikaner die meisten Kriegseinsätze, in Israel wurden Soldaten der drusischen Gemeinde häufig an die besonders gefährdeten Grenzposten eingesetzt. Vgl. Yuval-Davis, Nira: Geschlecht und Nation. Emmendingen, 2001. S. 159.

Karriereweg in der Bundeswehr als Motivationsgrund für ihre Bewerbung angaben⁵²⁶). Der gesellschaftliche Status dieser Frauen veränderte sich nicht primär durch die Tatsache der Öffnung selbst, sondern vielmehr durch die gesellschaftlichen und politischen Prozesse, die dazu geführt hatten. Da die Streitkräfte eines modernen Staates an sich eine hohe nationale Symbolkraft haben, signalisierte die Einstellung und Tätigkeit der Frauen in der Bundeswehr ein grundsätzliches Modernisierungsbestreben der Gesellschaft. Die „Emanzipation der Frau“ in Bezug auf die Streitkräfte kann somit als Zeichen eines Umbruchs in den gesellschaftlichen Vorstellungen insgesamt gewertet werden.⁵²⁷ Die Partizipation von Frauen am Militär vermittelte zumindest symbolisch eine gewisse gesellschaftliche Offenheit. Umgekehrt haben Studien in anderen Ländern gezeigt, dass mit zunehmender Militarisierung auch das (sexuelle) Gewaltniveau der Gesellschaft generell steigen kann.⁵²⁸ Dabei gilt aber zu beachten, dass hierbei nicht nur der Militarisierungsgrad entscheidend ist, sondern vielmehr der Stellenwert des Militärs innerhalb der Gesellschaft. Die Öffnung der Bundeswehr für die ersten Ärztinnen führte somit nicht automatisch zu einer Aufwertung der sozialen Stellung von Frauen im Berufsleben insgesamt; umgekehrt entwertete sie aber auch nicht die ärztliche Tätigkeit der Frauen im militärischem Umfeld. Von Bedeutung für die soziale Stellung der Frau waren vielmehr die durch die Öffnung allgemein angestoßenen und später erläuterten Diskussionen um die Emanzipation als die konkrete berufliche Aufgabe.

3.4.4. Eroberung eines Männerberufs – Akzeptanz und Sicht der Männer

Genau wie in der zivilen Gesellschaft stellte sich seit der Öffnung der Bundeswehr für Frauen zunehmend die Frage nach der Verteilung von Ressourcen, Karrieren und Macht innerhalb des Militärs. Ruth Seifert und Christine Eifler stellen zunächst fest, dass der eigentliche Konflikt des Eindringens von Frauen in eine von Männern dominierte Berufswelt mit ihren Privilegien und Machtansprüchen aber nicht nur in der beruflichen Konkurrenz besteht, sondern darüber hinaus auf symbolischer Ebene stattfindet. Die Ablehnung des von vielen – männlichen, aber auch weiblichen – Mitgliedern als krass empfundenen Rollenwandels hat eine wichtige symbolische Dimension.⁵²⁹ Seit jeher galt der Militärdienst u.a. als Mittel zur symbolischen „*Wiederherstellung schwacher*

⁵²⁶ Quelle: eigene Befragung von drei der fünf ersten Ärztinnen in der Bundeswehr. September 2006.

⁵²⁷ Nira Yuval-Davis vergleicht dies mit dem Symbol der Entschleierung in der Türkei als Zeichen der Modernisierung. Vgl. Yuval-Davis in Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 23.

⁵²⁸ Pohl, Rolf: Männlichkeit, Destruktivität und Kriegsbereitschaft. In: Seifert, Jürgen: Logik der Destruktion. Hannover, 1992. 157-177; Raiser, Elisabeth: Vergewaltigung als Kriegsstrategie. In: Junge Kirche 54 (1993) Nr. 1. S. 4-10. Hier S. 6.

⁵²⁹ Vgl. Seifert, Ruth/ Eifler, Christine: Gender und Militär. In: dies. 2003, S. 10-22. Hier S. 14.

Männlichkeit“⁵³⁰, verbunden mit dem Erreichen kollektiven männlichen Machtstrebens bei gleichzeitiger Entindividualisierung des einzelnen (Mannes). Nira Yuval-Davis stellt fest, dass weibliche Soldaten in allen Armeen bei den männlichen Kameraden Angst auslösen, und daher sowohl ihre Zahl und ihre Verwendung kontrolliert als auch ihre Weiblichkeit mitunter in besonderem Maße betont wird.⁵³¹ Martin van Creveld behauptet, dass die Gewährung zusätzlicher Privilegien für Frauen bei der gleichzeitigen Forderung nach Gleichberechtigung auf Dauer zu Missmut unter den männlichen Soldaten führe.⁵³² Woher kam diese Wahrnehmung? Diese kontroverse Sichtweise spiegelt den immer noch vorherrschenden gesamtgesellschaftlichen Vorbehalt gegenüber Frauen in bestimmten Führungspositionen wider. Das Eindringen von Frauen in die Institution Bundeswehr bedeutete gleichzeitig den Verlust von Privilegien und Macht für die Männer. Durch die angedeutete Auflösung von Geschlechterhierarchien erschien am Horizont die Möglichkeit, dass Frauen ihre Abhängigkeit verloren. Dadurch gerieten die Männer verstärkt unter Druck. Der zunehmende Statusverlust verunsicherte viele. Hintergrund war nach Judith Stiehm die mythische Verquickung von Männlichkeit und Kampffunktion. Der Mythos besagte, dass, obwohl nur wenige Männer wirklich in kämpfenden Funktionen tätig sind oder je tätig sein können, während der größere Teil einer Armee in der Verwaltung, im Innendienst oder in anderen, nicht kämpfenden Funktionen verwendet wird, alle Angehörigen einer Armee theoretisch direkten Zugang zum Kampfgeschehen haben. Dieser Mythos wurde von Frauen in Uniform, obwohl ihnen ein Dienst mit der Waffe zum Zeitpunkt der Öffnung des Sanitätsdienstes verboten war, zerstört. Es wurde offenbar, dass nicht alle Personen, welche die gleiche Uniform tragen, auch das gleiche Risiko teilen. Deshalb, so argumentiert Judith Stiehm, könnten Frauen in der Armee das Bild einer vorwiegend männlich geprägten Institution ins Gegenteil verkehren.⁵³³

Eine Studie zeigte, dass sich selbst 15 Jahre nach der Öffnung viele Männer generell gegen einen Dienst von Frauen in der Bundeswehr (85 %) aussprachen. Nur 26 % sprachen sich für einen Dienst im Sanitätsbereich aus. Gleichzeitig sahen zwei Drittel der Männer Frauen als militärische Vorgesetzte nicht als störend an, aber mochten dann auch keine Sonderbedingungen für diese eingeräumt sehen (86 %). Einerseits sahen die meisten Männer mehr Probleme auf sich im Dienstalltag zukommen (83 %), andererseits

⁵³⁰ Albrecht-Heide und Bujewski-Crawford 1991, S. 9.

⁵³¹ Yuval-Davis in Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 28.

⁵³² Van Creveld 2001, S. 246.

⁵³³ Stiehm, Judith: The protected, the protector, the defender. In: Women's studies international forum 5 (1982) Nr. 3/4. S. 367-376. Hier S. 372.

glaubten sie, Frauen würden den Umgangston sowie das Erscheinungsbild der Bundeswehr positiv ändern (75 bzw. 68 %).⁵³⁴

Zwar gibt es aus dem Jahr der Öffnung (1975) keine vergleichbare Studie zur Integration der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere; jedoch konnte sich der oben beschriebene Konkurrenzdruck (noch) nicht in dem Maße mit der Öffnung der Bundeswehr für Sanitätsoffiziere aufgebaut haben, sondern trat erst später in der Diskussion vor der *generellen* Öffnung aller Mannschaftsdienstgrade für Frauen auf. Zum einen war die Anzahl der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere viel geringer und damit auch die öffentliche Aufmerksamkeit und das Medieninteresse weitaus schwächer als das Interesse, welches den jungen Frauen, die sich um einen Dienst in den Mannschaftsdienstgraden bewarben, entgegengebracht wurde. Zum anderen gab es immer noch viele vakanten Stellen in der Bundeswehr, was die Frauen nicht als Konkurrenten (um diese Arbeitsplätze) erschienen ließ, sondern eher als Abhilfe für eine prekäre Personalsituation. Durch die Beschränkung des Dienstes der Frauen auf den Sanitätsdienst der Bundeswehr führten die Frauen weder Kampf- noch Truppenfunktionen aus, sondern arbeiteten in einem relativ „weiblichen“ Bereich.

Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass die innermilitärische Sichtweise der Männer weniger durch biologische Faktoren wie z.B. mangelnde Leistungsfähigkeit begründet war als vielmehr durch die Irritationen, welche eine Frau in einer Männerwelt auslöste. Die mit der Integration von Frauen verbundenen Vorbehalte entstammten einem tradierten Verständnis der Streitkräfte und bezogen sich einerseits auf deren Selbstverständnis, andererseits auf das traditionelle Frauenbild. Da dieses Frauenbild aber an konkrete Tätigkeiten im Sanitätsbereich geknüpft war, deren Handlungsebene mit dem Weiblichkeitskonstrukt übereinstimmte, wurde die Integration der weiblichen Sanitätsoffiziere nicht in dem Maße als grundlegender Umbruch wahrgenommen, wie dies später bei der Öffnung der Mannschaftsdienstgrade mit ihren nicht mehr weiblich konnotierten Tätigkeiten der Fall war.

Deshalb waren die ersten Ärztinnen in der Bundeswehr nicht bedrohlich für die Männer im Sinne einer Übernahme von Macht und Einfluss. Im Zuge der Öffnung der Bundeswehr für weibliche Sanitätsoffiziere war die Ausblendung der Weiblichkeit außerdem schwach ausgeprägt. Dies lag zum einen an der geringen Anzahl an weiblichen Stabsärztinnen und Stabsapothekerinnen, zum anderen an der Tatsache, dass eine ‚Gleichmachung‘ der Geschlechter zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht stattfand. Im Gegenteil, die ersten Soldatinnen übten als Ärztinnen und später Apothekerinnen eine durchaus weiblich konnotierte Tätigkeit aus und das in einer speziellen, für Frauen entworfenen Uni-

⁵³⁴ Kümmel, Gerhard/ Biehl, Heiko: Warum nicht? – Die ambivalente Sicht männlicher Soldaten auf die weitere Öffnung der Bundeswehr für Frauen. Strausberg, 2001. (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 71). S. 39-42.

form. Das als „Cross-dressing“ verbreitete kulturelle Phänomen der bewussten vestimentären Abwendung des eigenen Geschlechts als Zeichen der gewollten Abweichung von der Zweigeschlechtlichkeit konnte also – im Gegensatz zu in Männerkleidern kämpfenden Frauen – bei den ersten Frauen im Sanitätsdienst der Bundeswehr nicht beobachtet werden und war von den Verantwortlichen auch bewusst so nicht vorgesehen.⁵³⁵ In den Berufen als Ärztin und Apothekerin stellten die Frauen längst keine Ausnahme mehr dar; nur der Ort, an dem diese Tätigkeit geleistet wurde, war für sie ungewöhnlich. Von sexueller Belästigung oder sexuellen Übergriffen gibt es aus dieser Zeit keine Berichte, obwohl die ersten Frauen nicht – wie später üblich – im Rahmen eines Gender-Trainings auf ihre Position speziell vorbereitet wurden.

4. Die Zeit von 1975 bis 1990

4.1. Militärhistorische Betrachtungen

Ergänzend soll die Zeit nach der Öffnung betrachtet werden, in der ein weiterer Wandlungsprozess bis hin zur vollständigen Öffnung auch der Mannschaftsdienstgrade für Frauen im freiwilligen Dienst stattfand. Parallel zu dieser Diskussion erhöhte sich auch die Anzahl der weiblichen Sanitätsoffiziere kontinuierlich:

	Ärztinnen	Apothekerinnen	Zahnärztinnen	Weibliche Veterinäre	Gesamt
1975	29	0	0	0	29
1977	35	3	1	1	40
1979	42	4	1	1	48
1980	46	5	2	1	54
1981	55	6	4	1	66
1984	84	7	10	1	102
1995	212	30	67	12	321
2005	646	55	153	32	886

Tabelle 5: Weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr. Entwicklung 1975-2005.⁵³⁶

⁵³⁵ Nach Durchsicht der Schriftsätze zur Uniformfrage fällt auf, dass der Gedanke an eine den Männern angepasste Uniform für die ersten Ärztinnen nicht aufkam. Die Entscheidung fiel bewusst auf eine eigene, andersartige Uniform für die Frauen.

⁵³⁶ Quellen: Salten 1979, S. 545; Wehrmedizin und Wehrpharmazie 30 (1980) Nr. 3. S. 12; Reynaud, Emmanuel: Les femmes, la violence et l'armée. Essai sur la féminisation des armées. Paris, 1988. S. 33; Lehman 1985, S. 68; Steinkamm 2001, S. 54; Personalamt der Bundeswehr, Abteilung IV: Personalinformation 2005. Personalführung für Offiziere und Offizieranwärterinnen/ Offizieranwärter des Sanitätsdienstes und des Militärmusikdienstes. Köln, 2005. S. 10.

Neben den politischen Parteien äußerte sich auch die Bundeswehr selbst ab Ende der 70er Jahre vermehrt zum Thema „Frauen und Bundeswehr“ sowie zu weiter gehenden Überlegungen wie einer Dienstpflicht auch für Frauen. Hintergrund war das prognostizierte Personaldefizit, nicht mehr nur im Sanitätsdienst, sondern auch im Truppendienst. An Vorschlägen zur Behebung des Problems mangelte es nicht: neben der Idee, die Tauglichkeitsanforderungen einfach herabzusetzen und somit 20.000 bis 30.000 neue Wehrpflichtige zu gewinnen, ältere Jahrgänge einzuziehen oder einfach den Wehrdienst auf 24 Monate zu verlängern,⁵³⁷ kamen Überlegungen auf, auch verheiratete Männer mit Kindern und die männlichen Kinder von Einwanderern einzuziehen sowie eine so genannte „Euro-Wehrpflicht“ zu schaffen, nach der die jungen Männer aller europäischen NATO-Staaten frei wählen dürften, in welchem Land sie ihren Wehrdienst ableisten wollen.⁵³⁸ Der Bundeswehrverband stellte 1978 ein Konzept auf, das vorsah, auch Frauen in eine „*Gemeinschaftsdienstpflicht*“⁵³⁹ einzubinden, um somit „*ein höheres Maß an Wehrgerechtigkeit*“⁵⁴⁰ zu erreichen. Die Tatsache, dass nicht nur Frauen, sondern auch andere, o.g. Gruppen in die Bundeswehr einbezogen werden sollten, lassen erkennen, dass es zu diesem Zeitpunkt nicht primär um Gleichstellung, sondern wiederum um ein drastisches Personaldefizit ging. In einer Pressemitteilung von 1981 begrüßte der Bundeswehrverband die Absichtserklärung des damaligen Verteidigungsministers Apel, Frauen auf freiwilliger Basis den Dienst in der Bundeswehr zu ermöglichen, ausdrücklich.⁵⁴¹ Der damalige Inspekteur der Bundeswehr sagte in einem Interview sogar:

*„Ich bin ja nicht nur wegen der Gleichberechtigung für eine Öffnung der Streitkräfte, sondern auch, weil ich weiß, daß wir Frauen brauchen, weil sie bestimmte Dinge besser machen als Männer.“*⁵⁴²

Gleichzeitig hielt er selbst wenig von der Idee, Frauen zu weiteren Bereichen zuzulassen, und sie sogar im Ernstfall einen Dienst mit der Waffe ausüben zu lassen. Auf die Frage danach antwortete er:

⁵³⁷ Birckenbach, Hanne: Militär II. Zivile Dienste. In: Courage 4 (1979) Nr. 10. S. 21-24. Hier S. 22.

⁵³⁸ Schueler, Hans: Frauen als Lückenbüßer? Wenn die Armee zu wenig Soldaten hat. In: Die Zeit (1979) Nr. 36 vom 31.08.1979. S. 7.

⁵³⁹ Deutscher Bundeswehrverband e.V.: Gemeinschafts-Dienstpflicht als Beitrag zur Gesamtverteidigung. Bonn, 1978; Gerste, Margrit: Ende der Schonzeit. In: Die Zeit (1983) Nr. 24 vom 03.06.1983. S. 9.

⁵⁴⁰ Ebd.

⁵⁴¹ Deutscher Bundeswehrverband e.V.: Pressemitteilung Nr. 61 (1981) vom 28.10.1981.

⁵⁴² Interview mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Jürgen Brandt. In: Hamburger Abendblatt vom 28.06.1982.

„Nein. Aber ich kann das nicht rational begründen. Ich bin zu altmodisch, um mir vorstellen zu können, daß Frauen im Krieg töten.“⁵⁴³

Nach einer Untersuchung des Bundesministeriums für Verteidigung konnten aller Voraussicht nach über 50 % der Ausbildungs- und Verwendungsreihen für Frauen geöffnet werden.⁵⁴⁴ Hierunter zählten Radardienst, Psychologische Verteidigung, Transport, Munitionstechnik, Militärischer Abschirmdienst, Fernmeldedienst. Dies waren jedoch eher kleinere und teilweise auch unpopuläre Bereiche.

Intern wurde in einer Zeitschrift des Sanitätswesens (Wehrmedizin und Wehrpharmazie) zum ersten Mal 1986 folgende Frage gestellt:

„Wären Frauen bei freiwilliger Verpflichtung dann nicht auch als Zeit- oder Berufssoldaten in anderen Laufbahnen des Sanitätsdienstes einsetzbar?“⁵⁴⁵

Zu dieser Zeit waren insgesamt 127 weibliche Sanitätsoffiziere im Einsatz – mittlerweile auch als Veterinärinnen und Apothekerinnen:

1986	Ärztinnen	Apothekerinnen	Zahnärztinnen	Weibliche Veterinäre	Gesamt
Heer	88	3	8	2	101
Luftwaffe	13	3	2	--	18
Marine	5	1	2	--	8
Gesamt	106	7	12	2	127

Tabelle 6: Weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr. Stand 1986.⁵⁴⁶

Ende der 80er Jahre hatte sich die Personallage der Bundeswehr im Sanitätsbereich immer noch nicht entspannt.

Verschärft wurde die Situation, als im zivilen Bereich am 01.07.1988 der Ausbildungsabschnitt „Arzt im Praktikum“ eingeführt wurde, der die Zahl der Grundwehrdienst leistenden, gerade neu approbierten und zurückgestellten Ärzte Anfang des Jahres 1990 auf null herabsetzte. Zu diesem Zeitpunkt (1988) arbeiteten bereits 206 approbierte Ärztinnen und Apothekerinnen in der Bundeswehr.⁵⁴⁷

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! (Hg.): Argumente Pro und Contra zur Langzeitplanung der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums im Sommer 1982. Köln, 1982. S. 4.

⁵⁴⁵ Lehman, Eva: Weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr. Ein Rückblick über zehn Jahre. In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 10 (1986) Nr. 2. S. 95-98. Hier S. 98.

⁵⁴⁶ Quelle: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 10 (1986) Nr. 2. S. 98.

⁵⁴⁷ Seifert 1996, S. 173.

Neben dem Personalproblem machte die Bundeswehr selbst in den 80er Jahren einen einschneidenden Transformationsprozess durch.⁵⁴⁸ Dieser Funktionswandel schuf auch ein neues Verständnis der Bundeswehr in der Gesellschaft. Die Debatte in den Medien um die Öffnung der Bundeswehr für Frauen war ein Bestandteil dieses Wandlungsprozesses. Dabei stand nun nicht mehr die Bereitstellung einer möglichst effizienten Kampftruppe im Vordergrund, sondern die „*Zivilisierung des Militärs*“, wie es im Sozialwissenschaftlichen Bericht der Bundeswehr genannt wurde.⁵⁴⁹ Das Thema „Frau und Bundeswehr“ hatte hierbei offensichtlich auch eine Stellvertreterfunktion. Der Begriff „Zivilisierung“ sollte unter Umständen eine besonders „menschliche“ Institution beschreiben durch den Einsatz von Frauen, da ihnen Attribute wie Emotionalität, Humanität und Friedfertigkeit zugeschrieben wurden. Der Einsatz von Frauen wurde stellvertretend für einen grundlegenden Wandel der Bundeswehr erörtert, bei dem es um das Für und Wider des Einsatzes neuer hochtechnologischer Waffen und um den künftigen Auftrag der Streitkräfte ging. Vor dem Hintergrund der modernen Waffentechnik mit ihrem ungeheuren Vernichtungspotential, der verstärkten öffentlichen Auseinandersetzungen zur Sicherheitspolitik und dem erhöhten Legitimationsdruck, dem sich die Bundeswehr als eine Militärorganisation, deren strukturellen Eigenschaften mit demokratischen Strukturen im Widerspruch lagen, ausgesetzt sah, scheint es verständlich, dass die Akzeptanz in der Gesellschaft – auch durch den Einsatz von Frauen – gestärkt werden sollte.

4.2. Politischer Diskurs

4.2.1. Anhaltender Personalmangel im Sanitätsdienst und die Diskussion um die Wehrpflicht für Frauen

Vor dem Hintergrund des o.g. Transformationsprozesses war die Diskussion um Frauen in der Bundeswehr seit Beginn der 80er Jahre stark von dem generellen Bild der Bundeswehr in der Gesellschaft geprägt. Die weitere Debatte um darüber kann nach Astrid Albrecht-Heide und Utemaria Bujewski-Crawford vor diesem Hintergrund zur (Wieder-)Herstellung der Legitimation der Bundeswehr gesehen werden.⁵⁵⁰ Kennzeichnend für die Diskussion war nach Swantje Kraake, dass der politische Meinungsbildungsprozess ebenso wie 1975 von starken Emotionen geprägt war. Die Positionen zum Thema

⁵⁴⁸ Kümmel, Gerhard: Backlash am Horizont? Die Bundeswehr und die Integration von Frauen im Praxistest. In: Ahrens et al. 2005, S. 62-78. Hier S. 62; Ganser, Helmut (Hg.): Technokraten in Uniform. Die innere Krise der Bundeswehr. Reinbek, 1980. S. 13-80.

⁵⁴⁹ Anker et al. 1993, S. 9-12.

⁵⁵⁰ Albrecht-Heide und Bujewski-Crawford 1991, S. 153.

„Frauen und Wehrdienst“ divergierten auch innerhalb des Regierungs- und Oppositionslagers stark.⁵⁵¹

Im Zusammenhang mit dem freiwilligen Sanitätsdienst kam nach und nach in den Parteien auch die Frage nach einem obligatorischen Wehr- oder Ersatzdienst für Frauen auf. Befürworter der allgemeinen Wehrpflicht für Frauen argumentierten, dass es auch die gleichen Pflichten für Frauen geben müsse, wo diese die gleichen Rechte wie Männer einforderten. Die Diskussion bekam damit eine neue Wendung: nicht nur die Diskriminierung der Frauen durch den Ausschluss von einem freiwilligen Dienst wurde dargelegt, sondern auch umgekehrt die Diskriminierung der Männer, die einem damals 2-jährigen Karrierenachteil gegenüber der Frau ausgesetzt waren, wenn sie ihren Wehr- oder Ersatzdienst ableisteten. Aufgrund der fortschreitenden Technologisierung spielte das Geschlecht der Soldaten eine immer geringere Rolle, da es in der modernen Kriegsführung mehr auf intellektuelle Fähigkeiten denn auf körperlichen Einsatz ankam.⁵⁵² Dieses Argument hatte schon vor der Einstellung von weiblichen Sanitätsoffizieren im Jahre 1974 die Frauenrechtlerin Esther Vilar eingebracht:

*„Die wichtigste Eigenschaft für den Soldaten ist heute in der Tat nicht mehr seine Körperkraft (außer vielleicht bei den Pioniertruppen), [...]“*⁵⁵³

Sie plädierte damit erstmalig für eine gleichberechtigte Wehrpflicht für Frauen.⁵⁵⁴ Als weiteres Argument für die Wehrpflicht führte sie an, dass durch die Einbindung von Frauen die Idee des Friedens vorangetrieben werden würde. Frauen würden sich, um den Frieden zu erhalten, politisch mehr engagieren mit dem Ziel, Kriege zu vermeiden. Somit stellte sich politisch die Frage nach der Konzeptualisierung der Rollen von Frauen und Männern durch die Wehrpflicht. Die Meinungen in den Parteien waren schon wie beim Gesetzesentwurf 1975 uneinheitlich. Bei genauer Betrachtung der Plenumdiskussionen im Bundestag fällt allerdings auf, dass die Debatten über weitere Öffnungen der Bundeswehr für Frauen bei weitem nicht so kontrovers geführt wurden wie zum Zeitpunkt der Öffnung für weibliche Sanitätsoffiziere. Der Gedanke, das Frauen sich eine Gleichstellung gewissermaßen durch eine wie auch immer geartete Wehrpflicht „erdienen“ sollten, wurde weiterhin als problematisch angesehen. Betrachtet man die Diskussion vom Beginn der 50er Jahre, lässt sich trotz anhaltender Vorbehalte gegen einen

⁵⁵¹ Kraake 1992, S. 144.

⁵⁵² So wurde festgestellt, dass bereits im 2. Weltkrieg nur 15 % der Soldaten einmal oder mehrmals geschossen hatten. Diese Zahl dürfte sich in einem modernen Krieg eher noch verringert haben. Vgl. Yuval-Davis in Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 35.

⁵⁵³ Moniac, Rüdiger: Esther Vilar fordert Wehrpflicht für die Frau. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.11.1974.

⁵⁵⁴ Vgl. auch Vilar, Esther: Militärlaufbahn anbieten. In: Der Spiegel Nr. 49 (1978).

Dienst mit der Waffe durch Frauen ein Wandlungsprozess erkennen, dessen Ergebnis in der Vorstellung der meisten Parteien mündete, Frauen dürften nicht qua Geschlecht vom Berufsfeld Bundeswehr ausgeschlossen werden. Wie die politische Debatte zeigt, tauchte in den Argumentationen aller Parteien wie bei der Diskussion vor der Öffnung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr für Frauen jedoch immer wieder – wenn auch in modifizierter Form – der Rekurs auf biologische Überlegungen auf. Betrachtet man die Debatte im internationalen Vergleich, vollzog sich der Wandlungsprozess in Deutschland sehr graduell und zeitlich verzögert zu anderen Staaten.

Der entscheidende Anstoß zur vollständigen Öffnung der Bundeswehr kam letztlich von außen durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Jahr 2000, das alle vorher im parlamentarischen Diskurs vorgebrachten Argumente hinfällig werden ließ.

Im Folgenden sollen die verschiedenen Interessen und Argumentationsmuster der politischen Willensträger in der damaligen Debatte dargelegt werden.

4.2.2. Die politische Haltung der SPD

Bereits 1979 beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen mit der Forderung, dass Frauen aus Gründen der Gleichberechtigung zum Wehrdienst verpflichtet werden sollten, und bejahte diese.⁵⁵⁵ Die für die SPD eher ungewöhnliche Haltung wurde in den nächsten zwei Jahren aber mehrfach revidiert. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten äußerte sich erstmals 1981 öffentlich zum Thema und schlug statt der Einbindung von Frauen in die Bundeswehr „*praktische Abrüstungsmaßnahmen und Truppenreduzierungen*“⁵⁵⁶ vor. 1982 verfasste die gleiche Arbeitsgemeinschaft, die 1979 aus Gründen der Gleichberechtigung noch den Wehrdienst für Frauen gefordert hatte, einen ähnlich lautenden Flugzettel wie die „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ Unter der Überschrift „Frauen in die Bundeswehr – mit uns nicht“⁵⁵⁷ plädiert sie gegen eine weitere Militarisierung der Gesellschaft und gegen eine Einbindung von Frauen in die Bundeswehr. Dies zeigt exemplarisch, wie kontrovers selbst innerhalb der Parteien das Thema diskutiert wurde und wie mit dem vermehrten Sichtbarwerden der konkreten Personallücke die Ablehnung von Frauen in der Bundeswehr stieg.

Anke Fuchs, Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, sah die Dauerdiskussion um eine Einbindung von Frauen in die Bundeswehr als ein „*erschreckendes Merkmal für*

⁵⁵⁵ Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF): Beschlüsse der Bundeskonferenz in Erlangen vom 18.-20.05.1979. Hier: Antrag A 22: Wehrpflicht für Frauen.

⁵⁵⁶ Jungsozialisten der SPD: Erklärung des Bundesvorstandes der Jungsozialisten durch Sprecher Willi Piecyk vom 29.10.1981. Zitiert in: Friedrich-Naumann-Stiftung 1983, S. 180.

⁵⁵⁷ Zitiert in: Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! 1982, S. 29.

eine konservative Rückwärtsentwicklung dieser Gesellschaft.“⁵⁵⁸ Dabei konnte sie keinen Zusammenhang der Öffnung mit einem Schritt in Richtung der Gleichberechtigung von Frauen erkennen:

*„Diese Forderung hat überhaupt nichts mit Gleichberechtigung oder wahrer Emanzipation zu tun. [...] Mit einer Dienstpflicht zur Hebung des kollektiven Glücksgefühls haben wir ja ganz schlechte Erfahrungen aus der Geschichte.“*⁵⁵⁹

Ihre Kollegin Annemarie Renger, damalige erste Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, ging noch einen Schritt weiter mit der Aussage, man dürfe *„den Menschen nicht als staatlich verfügbar“* ansehen.⁵⁶⁰ Davon abgesehen seien Frauen sowieso schon der *„Doppelbelastung von Beruf und Haushalt mit allen Nachteilen“* ausgesetzt und solange sich dies nicht ändere, dürfe man nicht *„über eine zusätzliche Erweiterung der Pflichten nachdenken.“* Sie plädierte außerdem dafür, der *„Diskussion im eigenen Land sachlich und nicht emotional gegenüberzustehen.“*⁵⁶¹

Karsten Voigt, SPD, teilte die pazifistischen Bedenken gegen Soldaten generell, nicht aber gegen Frauen im Besonderen:

*„Ich bin in dieser Diskussion für jedes Argument offen, das aus friedenspolitischem Engagement und dem Ziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft hervorgebracht wird. Die Befürchtung, daß der freiwillige weibliche Soldat ein Schritt zur Militarisierung unserer Gesellschaft sei, teile ich nicht. Wohl aber sehe ich im freiwilligen weiblichen Soldaten einen Schritt, der in einem symbolischen Kernbereich das bisherige Rollenverständnis von Mann und Frau antastet und im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau verändert.“*⁵⁶²

Mit der zunehmenden Dauer der Debatte differenzierte die SPD bis Mitte der 80er Jahre ihren Standpunkt und lehnte nicht nur eine Wehrpflicht ab, sondern zusätzlich auch *„die Einbeziehung von Frauen als Soldatinnen in die Bundeswehr, auch auf freiwilliger Basis.“*⁵⁶³

⁵⁵⁸ Fuchs, Anke: Frauen an die Waffen. Pro und Contra. In: Stuttgarter Nachrichten vom 01.09.1979.

⁵⁵⁹ Renger, Annemarie: Wir sind keine Aushilfssoldaten. In: Die Welt vom 22.08.1979.

⁵⁶⁰ Ebd.

⁵⁶¹ Ebd.

⁵⁶² Voigt, Karsten: Plädoyer für den freiwilligen weiblichen Soldaten: Politisch Parlamentarischer Pressedienst Nr. 117 vom 22.06.1979. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung 1983, S. 176.

⁵⁶³ Wettig-Danielmeier, Inge (SPD): Auch Frauen in die Bundeswehr? Politikerinnen nehmen Stellung. Stellungnahme der SPD. In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3. S. 70-73. Hier S. 71.

Stattdessen sollte die Regierung dem übergeordneten politischen Ziel des Rüstungsabbaus und somit der Truppenreduzierung in der Bundeswehr entsprechen.⁵⁶⁴ Bei der SPD vermischten sich also mit der Betonung pazifistischer Werte Stimmen zur möglichst weitgehenden Gleichberechtigung von Mann und Frau Positionen, die sich im Ergebnis konträr gegenüberstanden.

4.2.3. Die politische Haltung der FDP

Die Vertreterin der FDP und damalige Bundestagsabgeordnete Liselotte Funcke vertrat die Meinung, dass Frauen auf jeden Fall freiwillig in der Bundeswehr dienen dürfen sollten. Allerdings sah sie die Grenzen des Dienstes mit der Waffe und in der Etappe als fließend und somit nicht mehr maßgeblich für den Einsatz von Frauen in der Bundeswehr an. Vielmehr lehnte sie einen verpflichtenden Wehrdienst (sowohl mit der Waffe als auch im Sanitätsbereich) mit folgender Begründung generell ab:

„Noch immer haben Frauen auch ohne Befehl kranke oder verwundete Menschen gepflegt.“⁵⁶⁵

Prinzipiell jedoch wollte die FDP die Entscheidung zur Aufnahme von Frauen einzeln aufgrund individueller Leistungen getroffen wissen, und nicht aufgrund einer Quotenregelung für Frauen, da die *„liberale Haltung auf dem Grundsatz [beruht, Anm. d. Autorin], daß die Leistung des Einzelnen entscheidend ist und nicht seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe.“⁵⁶⁶*

Funckes Kollegin Irmgard Adam-Schwaetzer sah genau wie Annemarie Renger von der SPD vor allem die stärkere Belastung von Frauen als Gegenargument für eine Verwendung in der Bundeswehr:

„Frauen sind in unserer Gesellschaft nach wie vor stärker belastet als Männer. Kinderbetreuung und Familienarbeit werden meist noch neben der Erwerbsarbeit überwiegend von Frauen übernommen. Damit erbringen Frauen schon einen mehr als ausreichenden Beitrag zur Solidargemeinschaft, der nicht noch durch eine Pflicht zum Wehrdienst oder durch eine andere Form der allgemeinen Dienstverpflichtung erweitert werden muß. Erst wenn die Gleichberechtigung in allen Bereichen des Lebens nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit durchgesetzt sein

⁵⁶⁴ Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF): Beschlüsse der Bundeskonferenz in Bad Godesberg vom 10.-12.05.1983. Hier: Antrag D 22: Frauen in die Bundeswehr.

⁵⁶⁵ Funcke, Liselotte: Wir sind keine Aushilfssoldaten. In: Die Welt vom 22.08.1979.

⁵⁶⁶ Nischelsky, Gisela: Pro und Contra für den freiwilligen Dienst der Frauen. In: Neue Bonner Depesche Nr. 2 (1980).

sollte, könnte man von der Übernahme gleicher Pflichten sprechen. Davon sind wir z.Zt. aber noch weit entfernt. ⁵⁶⁷

In der späteren Bundestagsdebatte um die Öffnung des gesamten Sanitätsdienstes befürwortete die FDP den Gesetzesentwurf einstimmig und regte zusätzlich an, „zu überlegen, ob die Bundeswehr auf freiwilliger Basis nicht insgesamt geöffnet werden könne.“⁵⁶⁸ Zu den Fragen der weiteren Öffnung der Bundeswehr zu dieser Zeit gab es jedoch in allen anderen Fraktionen andere Auffassungen, was erneut zu einer Ablehnung der generellen Öffnung während der Bundestagsdebatte von 1990 führte.

4.2.4. Die politische Haltung der CDU/CSU

Einen freiwilligen Dienst von Frauen hielt die CDU/CSU für durchaus möglich und auch wünschenswert. Irma Tübler, die einzige Frau im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und CDU-Mitglied, hielt die Diskussion um Frauen in der Bundeswehr jedoch für verfrüht. Sie plädierte stattdessen für Abrüstungspläne, so dass der Bedarf an Soldaten an sich sinke. In einer Schriftenreihe der CDU schlug sie Frauen vor, einen anderweitigen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten, wie ein freiwilliges soziales Jahr, ein Engagement in der Nachbarschaftshilfe, in der Altenbetreuung oder im Umweltschutz und ermahnte die Frauen, die „von den bestehenden Gesetzen gezogenen Grenzen zu respektieren.“⁵⁶⁹

Bereits ein Jahr später begann die Meinung der CDU ins Wanken zu geraten, wie aus einer Presseerklärung vom August 1979 zu erkennen ist:

„Zwar sind Dienstpflicht und freiwilliger Dienst von Frauen in der Bundeswehr zwei ganz verschiedene Paar Schuhe, jedoch sollte man zuerst über die Möglichkeit sprechen, den Frauen die Kasernen zu öffnen, die freiwillig in der Bundeswehr dienen wollen.“ ⁵⁷⁰

Die CDU stützte diese Argumentation mit einer von den CDU-Frauenverbänden durchgeführten Umfrage, bei der sich über 70 % der befragten (Frauen) für einen freiwilligen Dienst aussprachen. 1982 sagte der CDU-Wehrexperte Manfred Wörner in einem Inter-

⁵⁶⁷ Adam-Schwaetzer, Irmgard: Frauen in die Bundeswehr. Pro und Contra. In: Die Truppenpraxis 31 (1987) Nr. 3. S. 222-226.

⁵⁶⁸ Drucksache XI/7860 des Deutschen Bundestages vom 12.09.1990. Ausschussbericht des Deutschen Bundestages. S. 23.

⁵⁶⁹ Tübler, Irma (CSU): Frauen in den Streitkräften. In: Frau und Politik 24 (1978) Nr. 10. S. 5.

⁵⁷⁰ Die CDU: Frauen sind für den Freiwilligen Dienst in der Bundeswehr. Presseerklärung vom 22.08.1979.

view der Augsburger Allgemeinen Zeitung, er sehe keine prinzipiellen Einwände gegen die Einstellung von Frauen in die Bundeswehr.⁵⁷¹

Auch die CDU-Frauenvereinigung änderte ihre Position in der zunehmend länger andauernden Debatte. Waren die CDU-Frauen 1980 während der Wehrpflichtdebatte noch „strikt dagegen, daß Frauen als Wehrpflichtige in der Bundeswehr Dienst tun müssen“⁵⁷², räumte Helga Wex als Vertreterin der Frauenvereinigung der CDU 1983 ein, dass

„es nicht zu übersehen ist, dass die Bundeswehr einen beachtlichen Arbeitsmarkt darstellt, der auch Frauen Ausbildung, Karriere und Beruf bieten kann.“⁵⁷³

Eine Wehrpflicht für Frauen lehnte die Union aber auch weiterhin ab. Bei der Frage nach der Ausweitung der Laufbahnen im Sanitäts- und im Militärmusikdienst für Frauen im Jahre 1990 stimmte die CDU/CSU geschlossen dafür, ein Waffendienst war jedoch für die CDU weiterhin nicht akzeptabel. Wie alle anderen Fraktionen auch vermied auch die Union eine größere parlamentarische Debatte.⁵⁷⁴

4.2.5. Die politische Haltung der Grünen

Die Grünen vertraten von Beginn an eine konsequente Ablehnung jeglicher Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Dabei standen die Grünen in der Verantwortung ihres Parteiprogramms; die Parteimitglieder entstammten teils der Friedensbewegung, teils der außerparlamentarischen Opposition der 60er Jahre sowie aus Bürgerinitiativen aller Art.⁵⁷⁵ Die meisten ihrer männlichen Mitglieder hatten den Wehrdienst verweigert und ihr Parteiprogramm postulierte einen prinzipiellen Pazifismus. Petra Kelly, Europa-beamtin in Brüssel und Gründungsmitglied der Grünen, äußerte sich hierzu 1981 wie folgt:

„Armeen in aller Welt sind Auswüchse einer patriarchalischen Ordnung. Es ist ein gefährlicher Irrtum, irgendeinen Anteil am Machtbereich Militär für Frauen zu fordern. Dies ist kein neuer Machtbereich für uns Frauen – sondern einfach nur ein Machtbereich für Militaristen. [...] Emanzipation heißt für mich nicht nur Selbstbe-

⁵⁷¹ Wörner, Manfred: Nachgefragt. In: Augsburger Allgemeine Zeitung vom 12.05.1982.

⁵⁷² Nischelsky 1980.

⁵⁷³ Wex, Helga: Frauen in die Bundeswehr? Politikerinnen nehmen Stellung. Stellungnahme der CDU-Frauenvereinigung. In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3. S. 70-73. Hier S. 70 f.

⁵⁷⁴ Ahrens in ders. et al. 2005, S. 32-44. Hier S. 40.

⁵⁷⁵ Olzog, Günter/ Liese, Hans-Jürgen: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte. Programmatik. Organisation. Personen. Finanzierung. 22. Auflage. München, 1993 (= Geschichte und Staat, Band 277). S. 163.

stimmung und Selbstbefreiung, es heißt für mich auch, die Männerherrschaft und ihre Errungenschaft in Frage zu stellen.“⁵⁷⁶

Für die Grünen gehörten außerdem die Werte Ökologie, Feminismus und Frieden untrennbar zusammen, so dass die Einbeziehung von Frauen in das Militär „*schlichtweg eine Verhöhnung der Frauen*“⁵⁷⁷ darstellte, die „*darüber hinaus zu einer weiteren Militarisierung unserer Gesellschaft*“⁵⁷⁸ führe. Die Gesetzesvorlage wurde ohne Aussprache, aber mit Stimmenthaltung eines Abgeordneten der Grünen, angenommen.

4.3. Doch nur Lückenbüßer für die Männer? Öffentliche Diskussion nach der Öffnung

4.3.1. Karl-Wilhelm Berkhan versus Alice Schwarzer

Neben den eben betrachteten politischen Meinungsäußerungen war die öffentliche Debatte nicht weniger wichtig, wenn nicht sogar ausschlaggebend für den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses von Frauen in die Bundeswehr. Wie wichtig dabei die öffentliche Debatte auch für die politische Entwicklung der Auseinandersetzung war, zeigte auch die öffentliche Aussage des Verteidigungsministers Apel (SPD):

„Das [die Einbindung der Frauen, Anm. d. Autorin] ist gewiss keine Frage dieser Legislaturperiode. Es wird vom Fortgang der Debatte in der Öffentlichkeit abhängen, vielleicht aber auch von der Nachwuchsfrage, die der Bundeswehr mit dem Pillenknick ab 1985 Sorgen bereiten könnte.“⁵⁷⁹

Anhand der öffentlichen Aussagen sollen in diesem Abschnitt Rückschlüsse auf das Verhältnis von Frau und Militär gezogen, Aussagen über vorhandene Stereotype von Männern und Frauen getroffen sowie allgemein die weitere Entwicklung der Emanzipation durch die Integration aufgezeigt werden. Dabei sollen die feministische Zeitschriften EMMA und Courage verglichen und Tageszeitungen, Wochenmagazinen und Presseudokumenten weiterer Interessensträger gegenübergestellt werden. Dabei soll insbesondere die Frage erörtert werden, inwieweit die Öffnung der Bundeswehr für Frauen die Debatte um die gesellschaftspolitische Rolle der Frau in der Öffentlichkeit angestoßen hat.

⁵⁷⁶ Kelly, Petra: Auch Frauen in die Bundeswehr? Politikerinnen nehmen Stellung. Stellungnahme der Grünen. In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3. S. 70-73. Hier S. 72.

⁵⁷⁷ Die Grünen: Grundausbildung statt Mutterschaftsgeld. Eine Verhöhnung der Frauen. Pressemitteilung Nr. 248/83 vom 29.07.1983.

⁵⁷⁸ Ebd.

⁵⁷⁹ Burda, Hubert: Wann gibt es Frauen in Uniform? Interview mit dem Verteidigungsminister Hans Apel. In: Die Bunte Nr. 47 vom 16.11.1978.

Die öffentliche Debatte um die Frage „Frauen in der Bundeswehr“ entfaltete sich erst Ende der 70er Jahre, also fünf Jahre nach dem Einsatz der ersten Frauen als Sanitätsoffiziere. Im Gegensatz dazu ging in fast allen Ländern, die Frauen zum Militär zuließen, die gesellschaftliche Debatte darüber dem Einsatz voraus. Hintergrund der erneut aufkommenden Diskussionen um die Bedarfsdeckung in den Streitkräften war der zu erwartende „Pillenknick“, der das Thema erneut anfachte, wie der Bundesminister der Verteidigung äußerte:

„So ist das nun mal in der Politik, daß Dinge, die unbequem sind, erst in die Entscheidung drängen, wenn man vor Schwierigkeiten gestellt ist.“⁵⁸⁰

Dies war nicht mehr nur auf den Sanitätsdienst bezogen, sondern vor allem auf den Truppendienst, von dem man annahm, dass der Bedarf von durchschnittlich 230.000 Wehrpflichtigen pro Jahr in Zukunft nicht mehr durch die männlichen Geburtenjahrgänge gedeckt werden könne.⁵⁸¹ Im Sanitätsdienst waren zu diesem Zeitpunkt lediglich 48 weibliche Sanitätsoffiziere tätig.⁵⁸² Ab 1982 wurde nicht nur die grundsätzliche Diskussion über die Frage geführt, inwieweit es wünschenswert sei, Frauen überhaupt ins Militär zu integrieren. Auch die nachrangige spezifische Teilfrage nach dem „Wie“ rückte in den Vordergrund. Die Diskussion erweiterte sich somit von der noch 1975 prinzipiell diskutierten Zulässigkeit, Frauen, in diesem Fall im Sanitätsdienst, in die Bundeswehr einzubeziehen, hin zu einer Debatte eines weitergehenden Einsatzes. Beispielfhaft werden im Folgenden einige Aussagen von öffentlichen Personen zu diesem Thema wiedergegeben.

Ende der 70er Jahre entstand eine erneute Welle der Empörung nach einem Interview des damaligen Wehrbeauftragten Berkhan mit der Bild-Zeitung, der Folgendes erklärte:

„Für die 90er Jahre muß sich der Bundestag möglicherweise mit einer Grundgesetzänderung beschäftigen, damit auch Frauen an der Waffe ausgebildet werden können. Wegen der geburtenschwachen Jahrgänge gibt es dann nicht mehr genügend Wehrpflichtige.“⁵⁸³

Die Antwort folgte auf dem Fuße in sämtlichen überregionalen Zeitungen Deutschlands und durch Alice Schwarzer. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meinte gar, Berkhan habe mit diesen Überlegungen seine Kompetenzen überschritten:

⁵⁸⁰ N.N.: Interview mit Bundesverteidigungsminister Hans Apel. In: Familien-Journal Hör zu vom 06.08.1982.

⁵⁸¹ Schueler 1979, S. 7.

⁵⁸² Salten 1979, S. 545.

⁵⁸³ Berkhan, Karl-Wilhelm: Doch bald Fräulein Leutnant. In: Bild-Zeitung vom 21.08.1979.

„[...] Ob Frauen in der Bundeswehr Dienst tun dürfen, obliege ausschließlich der Entscheidung des Parlaments.“⁵⁸⁴

Einzig ein Kommentator der Welt glaubte unter dem Titel „Gast-Soldaten“ die Überlegungen der Bundeswehr und die angestoßene Debatte als Zeichen von politischer Weitsicht zu sehen:

„Gewiss zwingt die vom ‚Pillenknick‘ verursachte Bedarfslücke an männlichen Rekruten nicht heute und morgen zu Entscheidungen. Indes: an diesem Fall könnte sich einmal erweisen, daß Politik nicht hastig vorbereitet werden muß, sondern von langer Hand geplant sein kann.“⁵⁸⁵

Alice Schwarzer selbst konterte in den Stuttgarter Nachrichten:

„Frauen ins Militär? Hierbei handelt es sich doch um eine Frage, die eines der größten Tabus überhaupt berührt: nämlich das Verhältnis von Frauen zur Macht. [...] Hinter scheinbaren Friedensappellen steht eine Kriegserklärung an das andere Geschlecht: nämlich der gefährliche Versuch, den Mythos von der weiblichen Friedfertigkeit um jeden Preis aufrecht zu erhalten.“⁵⁸⁶

Gleichzeitig sah sie in der Verweigerung der grundsätzlichen Möglichkeit für Frauen, in der Bundeswehr zu dienen, eine Diskriminierung, die begründet sei durch das Verhältnis der Geschlechter zur Macht:

„Wieder einmal will man uns festnageln auf die ‚natürliche weibliche Friedfertigkeit‘. So, wie man in der Geschichte immer allen unterdrückten Gruppen hat Passivität einreden wollen. Denn Friedfertige, die wehren sich selbst dann nicht, wenn es nötig wäre.“⁵⁸⁷

Den Konflikt zwischen Pazifismus und Feminismus⁵⁸⁸ drückte sie im folgenden Absatz aus:

⁵⁸⁴ N.N.: Hat Berkhan gegen seinen Auftrag verstoßen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.08.1979.

⁵⁸⁵ N.N.: Gast-Soldaten. In: Die Welt vom 27.08.1979. S. 6.

⁵⁸⁶ Schwarzer, Alice: Frauen an die Waffen. Pro und Contra. In: Stuttgarter Nachrichten vom 01.09.1979 (vgl. Kap. 4.3.5).

⁵⁸⁷ Schwarzer, Alice: Frauen an die Waffen. In: EMMA (1979) Nr. 10. S. 5.

⁵⁸⁸ Der Begriff Feminismus ist eng mit der bürgerlichen Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts verbunden, die anfangs für die Bürgerrechte, das Recht auf Bildung, auf politische Betätigung und auf Arbeit und gleichen Lohn kämpfte. Zur Geschichte des Feminismus vgl. Menschik, Jutta: Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis. Köln, 1977 (= Kleine Bibliothek, Reihe: Politik, Wissenschaft, Zukunft, Band 87). S. 19-79.

„Seien wir also konsequent: Entweder wir sind aktive Pazifisten und gegen die Bundeswehr (da wäre ich allemal dabei!), oder wir betrachten die Bundeswehr, bedauernd oder zustimmend, als Realität und finden dann den Dienst an der Waffe für Frauen prinzipiell ebenso selbstverständlich wie für Männer.“⁵⁸⁹

Alice Schwarzer betonte, dass die Frauen nicht allein wegen ihres Geschlechts von der Bundeswehr ausgeschlossen werden dürften, sondern allenfalls aus pazifistischen Überlegungen – und das müsse dann auch für alle Männer gleichermaßen gelten. Sie argumentierte somit als potentielle Kriegsdienstverweigerin, fordert aber dennoch, den bisher den Männern vorbehaltenen Machtbereich Bundeswehr für Frauen zu öffnen. Damit vereinte sie eine radikalfeministische Argumentation mit einer Forderung nach formaler Gleichberechtigung der Geschlechter, was den Spiegel 1978 zu folgender Zusammenfassung veranlasste:

„Wenn sie [Alice Schwarzer, Anm. d. Autorin] könnte, wie sie wollte, so wollte sie gar nicht, was sie ‚grundsätzlich‘ können will.“⁵⁹⁰

Die Aussagen von Alice Schwarzer traten wiederum eine regelrechte Lawine von Gendarstellungen los. In der Frauenzeitschrift Courage wurden ganz andere Töne laut. Erstmals im Oktober befasste sie sich ausführlich mit dem Thema, und forderte:

„Lassen wir uns auf keinen der noch so zivilen ‚Denkmodelle‘ ein.“⁵⁹¹

Nur durch einen „radikalen Pazifismus“ im Sinne einer „völligen Untauglichkeit“⁵⁹² könne sich im Sinne der Gleichberechtigung eingemischt werden. Die Courage lehnte daher jegliche Teilnahme im Militär ab:

„Sind die Frauen denn verrückt geworden, daß sie an etwas beteiligt werden wollen, was es abzuschaffen gilt?“⁵⁹³

Die Debatte wurde damit zunehmend kontroverser, was sich durch die Überschneidung der Bereiche Pazifismus und Feminismus ergab. Im direkten Angriff auf die Argumentation von Alice Schwarzer fragte sie:

⁵⁸⁹ Schwarzer 1979, S. 5.

⁵⁹⁰ Barth, Ariane: Etwas anderes als Sex. Über Frauen in der Armee. In: Der Spiegel 32 (1978) Nr. 46. S. 38-57. Hier S. 57.

⁵⁹¹ Epple, Eva-Maria: Auch zivile Dienste sind Kriegsdienste. In: Courage 4 (1979) Nr. 10. S. 28 f. Hier S. 29.

⁵⁹² Ebd.

⁵⁹³ Parnaß, Peggy: Gleiches Recht, egal wie unmenschlich es ist? In: Courage 5 (1980) Nr. 10. S. 7 f. Hier S. 7

„Ist es feministische Logik, sich den freien Zugang zu allen ‚Berufen‘ zu erstreiten, egal, wie unmenschlich sie sind?“⁵⁹⁴

Alice Schwarzer entfernte sich dabei mit ihrer Argumentation immer weiter von anderen Feministinnen. Bis 1984 verfasste sie zwei weitere Kommentare zu diesem Thema, in denen sie sich als Feministin immer wieder *„grundsätzlich gegen jeden Ausschluss von Frauen aus politischen oder beruflichen Bereichen und besonders gegen einen Ausschluss, der auch noch offen sexistisch begründet wird“⁵⁹⁵*, ausspricht. Später forderte sie statt der kollektiven militärischen Verantwortung den individuellen *„uneingeschränkten freiwilligen Zugang von Frauen zum Bund“*:

„Wir Feministinnen sollten es genau umgekehrt halten: Ein konsequentes Ja zu den Frauen an den Waffen (so sie es unbedingt wollen) und ein kategorisches Nein zu den Frauen als Reservearmee.“⁵⁹⁶

Gegner dieser Forderung argumentierten mit der Inkonsequenz dieses Anspruchs, der sich *„nur auf die Öffnung des Zugangs in das Militär, nicht aber auf die Gleichverpflichtung innerhalb der militärischen Organisation bezieht.“⁵⁹⁷* Ein Dienst ohne Waffe, wie ihn der Militärsanitätsdienst für Ärztinnen und Apothekerinnen bereits vorsah, würde demnach eher das konservative Rollenverständnis der Frauen untermauern und die Emanzipation zurückdrängen. Das genau wollte Alice Schwarzer aber gerade nicht. In der Diskussion bildeten sich zwei Gruppen der Frauenbewegung heraus: die einen lehnten eine Einbindung von Frauen prinzipiell ab, die andere Gruppe versuchte ebenso wie Alice Schwarzer eine gesellschaftspolitische Begründung hierfür zu liefern. Exemplarisch sei auch die Reaktion einer überregionalen Zeitung auf das Interview des Verteidigungsministers Berkhan in der Bild-Zeitung genannt:

„Der biedere Hanseat Berkhan hat den kritischen Damen unfreiwillig Vorschub geleistet, weil er seinen Wunsch nach einer Grundgesetzänderung allein mit den Personalschwierigkeiten begründete, denen sich die Bundeswehr schon in naher Zukunft ausgesetzt sieht. Was liegt da näher, als ihm vorzuhalten, zum Lückenbüßer seien die Frauen wohl gerade gut genug.“⁵⁹⁸

⁵⁹⁴ Ebd.

⁵⁹⁵ Schwarzer, Alice: Von Flintenweibern und Flintenkerlen. In: EMMA (1984) Nr. 6. S. 4.

⁵⁹⁶ N.N.: Damenwahl bei Wörner? In: EMMA (1987) Nr. 9. S. 14 f.

⁵⁹⁷ Lippert, Ekkehard: Soldat ohne Waffe? Zu einem spezifischem Aspekt der Einbeziehung von Frauen ins Militär. In: SAMS-Informationen. Bulletin des Schweizerischen Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften 6 (1982) Nr. 2. S. 92-101. Hier S. 95.

⁵⁹⁸ Schueler 1979, S. 7.

Neben dem zentralen Wert der Gleichberechtigung lag die Problematik also auch (wie 1975) in der Rolle der Frau als Lückenbüßerin, in der die Frau quasi als „*Ersatzmann, weil der Bürger in Uniform knapp wird*“⁵⁹⁹, dienen sollte, obwohl der Bundesminister der Verteidigung, Hans Apel, weiterhin fest behauptete:

*„Die Frau ist im Berufsleben ein harter Konkurrent der Männer geworden, weil sie oft viel ernsthafter an ihren Beruf herangeht.“*⁶⁰⁰

Die Redakteurin Ada Brandes wiegelte die Ausführungen des Wehrbeauftragten als „*Zufallsbemerkung*“ im „*Sommermanöver*“⁶⁰¹ ab. In der Folge verwandte sie zwei in der öffentlichen Diskussion immer wiederkehrende Argumente für die Rechtfertigung gegen einen Dienst für Frauen in der Bundeswehr, benutzte diese jedoch in umgekehrter Argumentation: während sie zum einen die Rollenzuweisung der Frau, nicht geeignet zu sein für einen Dienst in der Bundeswehr, als Argumentation der Gegner ablehnte, sah sie zum anderen in dem Motiv „Gleichberechtigung“ als Argument der Befürworter umgekehrt keine Rechtfertigung für einen Dienst:

*„Es gibt weiß Gott wichtigere Gebiete, auf denen für die Gleichberechtigung von Frauen gestritten werden muß.“*⁶⁰²

Sie kam so zu dem Schluss, dass ein Ausschluss rein aufgrund physischer Unterlegenheit von Soldatinnen nicht mehr zeitgemäß sei. Eine Lebensmittelchemikerin, die in einem chemischen Labor Kampfgas herstellt, dürfte sich kaum weniger belastet fühlen als eine Frau, die als Luftwaffenpilotin per Knopfdruck eine Rakete auf den Weg schickt. Umgekehrt dürfte der Ausschluss nicht rein aus Gründen der Gleichberechtigung aufgehoben werden.⁶⁰³

Auch in den Publikumszeitschriften war die Öffnung der Bundeswehr kaum oder nur wenig beachtet worden. Erst im Januar 1976 äußerte sich ein Stern-Redakteur im Jahresrückblick zum Jahr der Frau über die ersten Ärztinnen bei der Bundeswehr: „*Georg Leber hat Frauen zu Sanitätsoffizieren gemacht*“⁶⁰⁴, und hob mit dieser Formulierung die Passivität der Frauen hervor. Zum breiten Thema wurden Frauen als Soldaten erst Mitte des Jahres 1979. Hierfür gab es im Wesentlichen zwei Auslöser: der erste war militär-

⁵⁹⁹ Elwenspoek, Hans-Joachim: Die Frau als Ersatzmann, weil der Bürger in Uniform knapp wird. In: Hamburger Abendblatt vom 22.08.1979.

⁶⁰⁰ N.N.: Interview mit Bundesverteidigungsminister Hans Apel. In: Familien-Journal Hör zu vom 06.08.1982.

⁶⁰¹ Brandes, Ada: Waffenlose Frau. In: Stuttgarter Zeitung Nr. 198 vom 28.08.1979.

⁶⁰² Ebd.

⁶⁰³ Ebd.

⁶⁰⁴ Juppenlatz, Peter: Dieses Jahr hat mich geschafft. In: Stern 30 (1976) Nr. 1. S. 114.

spezifisch und beruhte auf dem sich erneut abzeichnenden Rekrutenmangel in Folge des Bevölkerungsrückganges nach Einführung der Verhütungspille sowie sicherheitspolitischer Verpflichtungen im Rahmen des NATO-Bündnisses. Der zweite Anlass war der zu diesem Zeitpunkt ebenfalls erneut aufkommende Emanzipationsgedanke, der sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens bezog. Mehrere Personen des öffentlichen Lebens beteiligten sich von nun an an der öffentlichen Diskussion – so z.B. auch die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, welche als Wortführerin der Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ die vorangehende Meinung, Frauen in der Bundeswehr führten zu keinem Mehrerfolg für die Emanzipation, noch weiterdachte und die These vertrat, Frauen in der Bundeswehr würden den Emanzipationsprozess sogar zurück:

*„Wehrdienst der Frauen und Emanzipation der Frauen haben nichts miteinander zu tun, nicht nur, weil der Wehrdienst den noch immer zögernden Emanzipationsprozeß der Frauen zurückwerfen würde, sondern weil er den Frauen wiederum die doppelte Last auferlegen würde.“*⁶⁰⁵

Die Argumente im öffentlichen Diskurs fokussierten sich also auf zwei Leit motive: Gegner der Öffnung für Frauen stützten sich auf das immer wiederkehrende Rollenbild der Frau, zu dem ein Dienst mit der Waffe einfach nicht passte. Befürworter hingegen sahen die Öffnung der Bundeswehr als Zeichen der fortschreitenden Gleichberechtigung von Mann und Frau. Kennzeichnend war jedoch, dass beide Argumente jeweils auch in umgekehrter Logik benutzt wurden. Das Gleichberechtigungsargument wurde von den Gegnern einer Öffnung herangezogen mit der Begründung, in der Bundeswehr könne es gar keine Gleichberechtigung geben und eine weitere Öffnung oder gar Verpflichtung würde sogar eine zusätzliche Belastung für die Frauen darstellen; das Argument des Stereotyps der Frau, zu der das Berufsfeld „Soldatin“ nicht passend sei, machten sich dagegen auch die Befürworter einer Öffnung mit Hinweis auf ein tradiertes, veraltetes Bild von der Rolle der Frau zunutze. Die Argumente können folglich nach ihrer Grundhaltung eingeteilt werden in jene, die sich strikt gegen jegliche Verwendung von Frauen in der Bundeswehr (sei es freiwillig oder nicht) aussprachen, in die Gruppe, die dies im limitierten und kontrollierten Maße befürworteten (wie zum Beispiel im Sanitätsdienst) und diejenigen, die den vollständigen Zugang von Frauen zur Armee forderten. In diesem Spektrum bündelten sich interessanterweise Interessen von eigentlich konträr zueinander stehenden Gruppen. So votierten beispielsweise konservative politische Gruppen und pazifistisch eingestellte Feministinnen gegen Frauen in den Streitkräften, besonders wenn es um die Frage des Waffendienstes ging. Dabei waren selbstverständlich

⁶⁰⁵ Drewitz, Ingeborg: Pressemitteilung „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ vom 09.07.1979. In: Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! (Hg.): Pressemitteilungen 1979-1980. Düsseldorf, o. J.

die Hintergründe der Argumentation jeweils völlig unterschiedlich: während die Traditionalisten die physische und psychische Überlegenheit des Mannes⁶⁰⁶ in Bezug auf eine Öffnung der Bundeswehr betonten, sahen die pazifistischen Feministinnen Frauen per se als friedfertig an und damit überlegen gegenüber den Männern hinsichtlich friedlicher Konfliktlösung. Außerdem argumentierten sie, dass Frauen durch das Eindringen in eine männliche Institution vermehrt männlicher (sexueller) Gewalt ausgesetzt seien. In bestimmten Bereichen wie zum Beispiel dem Sanitätsdienst befürworteten sie jedoch den Einsatz von Frauen. Andere Feministinnen befürworteten die Öffnung, damit sich die Bundeswehr von innen hin zu einer friedfertigeren Institution wandeln könne, was nur durch die Anwesenheit der von Natur aus oder sozialisationsbedingt friedfertigeren Frauen möglich wäre.⁶⁰⁷ Hier hingegen kann man einwenden, dass diejenigen Frauen, die freiwillig in der Bundeswehr eine Karriere anstreben, nicht ungedingt „humaner“ sein müssen als ihre männlichen Kameraden. Weiterhin argumentieren die Feministinnen, dass es im Grundgesetz kein exklusives Bürgerrecht für Männer gebe bzw. keinen speziellen Ausschluss der Frauen von Bürgerpflichten. Sie forderten gleiches Recht für alle, wie es auch im Grundgesetz verankert sei. Und diese Gleichheit sei nur gegeben, wenn Frauen auch zum Waffendienst zugelassen würden, da die Verwendung in Kampffunktionen eine Voraussetzung für die Karriere in der Bundeswehr sei.

Es konnte also gezeigt werden, dass die Öffnung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr eine Auseinandersetzung angestoßen hatte, die weit über diesen Bereich hinausging und bestehende Rollenbilder von Mann und Frau in Frage stellte, das Verständnis von Frauenemanzipation beeinflusste sowie Sichtweisen über das Verhältnis von Militär und Gesellschaft offen legte.

4.3.2. Die Gründung der „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“

Im Zuge der Diskussion um das Thema Frau und Bundeswehr wurde Ende der 70er Jahre eine Initiative gegründet, die sich gegen die Einbindung von Frauen in die Bundeswehr einsetzte. Die „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ bündelte überwiegend autonome Frauengruppen, Studentinnen, regionale Frauenfriedensgrup-

⁶⁰⁶ Vgl. Kümmel, Gerhard: When boy meets girl: the ‘Feminization’ of the military. In: Current Sociology 50 (2002) Nr. 5. S. 615-639. Hier S. 617 f.

⁶⁰⁷ Gerhard Kümmel bezeichnete die weiblichen Soldatinnen als eine Art trojanisches Pferd, durch das die Streitkräfte von innen im Sinne einer verbesserten Friedfertigkeit verändert werden könnten. Ebd. S. 619.

pen⁶⁰⁸ und Gewerkschaftlerinnen, deren Dachverband ebenfalls gegen Frauen in der Bundeswehr eintrat (Vogl. Kap. 4.3.3).⁶⁰⁹



Abbildung 22: Logo der Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!

Die Initiative sammelte zunächst unter der Führung von Marie-Luise Berg von März bis Juni 1979 mehrere hunderttausend Unterschriften gegen die Öffnung der Bundeswehr für Frauen und organisierte auch nach dem Tod der Gründerin später etliche Demonstrationen in deutschen Großstädten. Die Anhängerinnen sahen in der Öffnung eine „*totale Militarisierung der Gesellschaft*“⁶¹⁰ und hielten sie für einen Missbrauch des Emanzipationsstrebens. Deshalb würde die Öffnung nicht zur Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen, sondern sogar ins Gegenteil umschlagen: „*Militärdienst der Frauen wäre ein Rückschlag für uns selbst und für die ganze Gesellschaft.*“⁶¹¹ Die Öffnung für lediglich eine Laufbahn (nämlich die des Sanitätsoffiziers) diskriminiere die Frauen erneut.⁶¹² Die Initiatorinnen vertraten die Ansicht, dass die Bundeswehr ein denkbar schlechter Raum zur Verbreitung emanzipatorischer Gedanken sei, und forderten statt der Aufstockung des Personals eine Verringerung der Anzahl an Bundeswehrsoldaten. Mechthild Jansen, Mitbegründerin der „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen

⁶⁰⁸ In Hamburg bildete sich eine Initiative „Frauen in die Bundeswehr- Nein“, in München trafen sich Frauen unter dem Namen „Aktion Gegenwind“, in Mainz gab es die „Arbeitsgruppe Menschenrechte für die Frau“.

⁶⁰⁹ Die Frauenbewegung war trotz ihrer Differenziertheit wie kaum eine Emanzipationsbewegung in pazifistische Traditionen eingebunden. Bereits im Ersten Weltkrieg wurde 1915 der „Internationale Frauenausschuss für den dauernden Frieden“ gegründet, der sich später (1919) in die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ umbenannte. Sie zählte zu den ersten Organisationen, die von den Nationalsozialisten aufgelöst wurde, reorganisierte sich jedoch schnell wieder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

⁶¹⁰ „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ Presseerklärung vom September 1980. Abdruck in: Friedrich-Naumann-Stiftung 1983, S. 226.

⁶¹¹ „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ 1982, S. 44. (Presseerklärung)

⁶¹² Zitiert nach Kraake 1992, S. 130 f.

Nein!“ stellte fest, dass das Emanzipationsargument zwar das wichtigste Argument in der öffentlichen Debatte sei, aber „*worin diese Emanzipation liegen soll, die uns Frauen da angeboten wird und ob sie uns tatsächlich nützt*“⁶¹³, bezweifelte sie stark: „*Mich würde es wundern, wenn Frauen ausgerechnet in einer so relativ festgefahrenen Struktur mehr gleichberechtigt wären als sie es gegenwärtig in unserer Gesellschaft überhaupt sind.*“⁶¹⁴

Ihr zufolge ging es den Befürwortern der Öffnung nicht um die Gleichberechtigung an sich, sondern um die innere Militarisierung der Gesellschaft sowie die Beseitigung eines akuten Personalproblems. Die Initiative forderte ein klares „Nein“ zu jeglicher Form von Frauenbeteiligung in den Streitkräften, sei sie freiwillig oder verpflichtend. Diese Position argumentierte damit auf der friedenspolitischen Ebene. Die Initiatorinnen forderten von ihren Anhängern „*konkretes Handeln*“ und „*konkreten Widerstand möglichst vieler Frauen*“⁶¹⁵. Trotz großen Aufsehens durch mehrere von der Initiative organisierte Demonstrationen in Köln, Berlin, Hamburg und München 1980 sowie der über 150.000 gesammelten Unterschriften für das Anliegen⁶¹⁶ verlief sich das Projekt Mitte der 80er Jahre, bevor es im Zusammenhang mit dem Kreil-Urteil⁶¹⁷ unter der neuen Losung „*Frauen ans Gewehr? Wir sagen nein!*“ 1998 wieder aufgenommen wurde.

4.3.3. Der Frauenausschuss der IG Metall/ Deutscher Gewerkschaftsbund

Auch die gewerkschaftliche Interessenvertretung, der Frauenausschuss der IG Metall, äußerte sich zu der Thematik. Auf der 10. Frauenkonferenz der IG Metall 1979 wurde hauptsächlich auf die „*negativen geschichtlichen Erfahrungen, insbesondere zweier Weltkriege*“⁶¹⁸, verwiesen und betont, dass eine allgemeine Dienstpflicht nicht mit den

⁶¹³ Jansen, Mechthild: Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! Referat, gehalten auf dem Seminar der Friedrich-Naumann-Stiftung „Frauen und Bundeswehr vom 3.-5.7.1981 in Gummersbach. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung 1983, S. 61-68. Hier S. 61.

⁶¹⁴ Ebd. S. 62.

⁶¹⁵ Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! 1982, S. 15.

⁶¹⁶ Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! 1982, S. 2.

⁶¹⁷ Mit dem Kreil-Urteil wurde der Art. 12a Abs. 4 GG, der Frauen allgemein vom Dienst mit der Waffe ausschließt und ihnen nur den Zugang zum Sanitäts- und Militärmusikdienst erlaubt, vom EuGH als Verstoß gegen die einschlägigen Gemeinschaftsbestimmungen zur Gleichbehandlung von Mann und Frau angesehen. Vgl. Hühn, Uta: Die Waffen der Frauen. Der Fall Kreil – erneuter Anlass zum Konflikt zwischen europäischer und deutscher Gerichtsbarkeit?; EuGH, Urteil vom 11.1.2000 in der Rs. C-283/98, Tanja Kreil/ Bundesrepublik Deutschland. Basel, 2000 (= Basler Schriften zur europäischen Integration, Band 51). S. 35-37.

⁶¹⁸ 10. Frauenkonferenz der IG Metall, Vorstand Frauenausschuss: Gegen die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und die Beschäftigung von Frauen in der Bundeswehr. Antrag E 10 vom 08.06.1979. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung 1983, S. 199.

grundsätzlichen gewerkschaftlichen Zielen vereinbar sei. Auch die Bestrebungen, Frauen auf freiwilliger Basis in die Bundeswehr einzubeziehen, wurden abgelehnt mit der Begründung, die derzeitige Berufs- und Ausbildungsnot der Frauen werde ausgenützt und die Entscheidung der Frauen sei somit nur scheinbar freiwillig. Damit lag die gewerkschaftliche Interessensvertretung auf der Linie der Frauenzeitschrift *Courage*, die es für nicht akzeptabel hielt, für eine vernünftige Ausbildung zuerst das Töten lernen zu müssen.⁶¹⁹

Die Frauenvertretung der IG Metall forderte stattdessen den Ausbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen und privaten Bereich. Die IG Metall änderte im Gegensatz zu den politischen Parteien ihre Haltung im Verlauf der Debatte nicht und regte noch 1982 einen allgemeinen Verweigerungsantrag aller Frauen gegen die Dienstpflicht an.⁶²⁰

Auch die Dachorganisation der Gewerkschaften, der Deutsche Gewerkschaftsbund, sah in der Öffnung der Bundeswehr mehr eine „*Gleichmacherei als Mittel zum Zweck des Ausfüllens von Lücken*“⁶²¹ denn als Realisierung der Gleichberechtigung für Frauen im Arbeitsleben. Nach einer Stellungnahme sah der DGB dies sowohl in Bezug auf einen freiwilligen Dienst, als auch in Bezug auf eine Einführung der Wehrpflicht von Frauen.⁶²² Daneben wurde von den Gewerkschaften des Öfteren das Argument eingebracht, dass eine Institution, die auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam beruht, nicht als Gleichberechtigungsinstrument für Frauen geeignet sei, da dies eigenständiges Denken und Handeln der Frauen nicht fördere, sondern verhindere.⁶²³

Aus den Argumentationsmustern der unterschiedlichen Interessengruppen wird erneut die kontroverse Sichtweise der Beteiligten deutlich. Dieselben Sachverhalte wurden dabei in unterschiedlicher Weise zur Diskussion herangezogen. Sahen der Deutsche Bundeswehrverband ebenso wie die CDU/CSU-Fraktion die Öffnung der Bundeswehr als Beitrag zur Gleichberechtigung der Frauen an, lieferte der gleiche Tatbestand der SPD und den Grünen umgekehrt den Beleg einer Ungleichbehandlung, da Frauen in der Bundeswehr weniger qualifizierte Arbeiten ausführten als Männer. Sahen die einen in der Öffnung eine Chance für gering qualifizierte Frauen, einen Beruf innerhalb der Bundeswehr zu erlernen, begründeten die anderen ihre Ablehnung damit, dass Ausbildungs-

⁶¹⁹ Parnaß 1980, S. 8.

⁶²⁰ 11. Frauenkonferenz der IG Metall: Keine Frauen in der Bundeswehr. Antrag A 123 vom 01.09.1982. Friedrich-Naumann-Stiftung 1983, S. 204.

⁶²¹ Tölle, Helga: Bundeswehr. Arbeitsmarkt für Frauen? In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3.

⁶²² Presseerklärung der Bundespressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In: Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! 1982, S. 27.

⁶²³ N.N.: Frauen in die Bundeswehr? In: Der Gewerkschafter (Organ der IG Metall) 30 (1982) Nr. 9. S. 26 f. Hier S. 27.

defizite von Frauen durch die Bundeswehr ausgenutzt würden. Führt die Parteien die Dienstpflicht als Maßnahme gegen die Wehrungerechtigkeit an, bemängelten die in Initiativen gegen die Öffnung der Bundeswehr engagierten Frauen die zusätzliche Belastung von bereits durch Familienpflichten belasteten Frauen durch eine mögliche Verpflichtung.

Die Begründung für die einzelnen Argumentationsmuster konnten somit nicht gegeneinander abgewogen, sondern nur in unterschiedlicher Weise ausgelegt werden. Der Ausschluss von Frauen aus der Bundeswehr wurde aber generell von einer früher eher biologistischen begründeten Ablehnung hin zu einer im Rollenbild der Frau begründeten Argumentation verlagert.

4.3.4. Die Sicht der Männer – Briefe an das Bundesverteidigungsministerium

Wie bereits erwähnt, stellte sich mit zunehmender Modernisierung und Technisierung der Streitkräfte die Frage, inwieweit eine allgemeine Wehrpflicht auch für Frauen zu fordern sei, da der Auftrag der Bundeswehr immer weniger körperlichen Einsatz erforderte. Dabei wurden die Wehrdienstbestimmungen weniger als Verstoß gegen die Gleichberechtigung der Frau dargestellt denn als Diskriminierung der Männer, die durch die Wehrpflicht deutlich benachteiligt seien.

Vor allem bei Männern regte sich Widerstand gegen die als ungerecht empfundene Sonderstellung im Sanitätsdienst. Viele empfanden es außerdem zunehmend als ungerecht, dass Frauen durch die Nichtheranziehung einen damals zweijährigen Karrierevorsprung und keinen finanziellen Ausfall während der Dienstzeit (wie die Männer) hatten sowie angeblich keine Verantwortung für ihre Vaterland übernehmen mussten. Politischer Hintergrund der Debatte war ein 1976 vom Bundestag beschlossenes Gesetz, durch das die Gewissensprüfung der Wehrdienstverweigerer abgeschafft wurde, wodurch faktisch jeder junge Mann zwischen Wehr- und Ersatzdienst frei wählen konnte.⁶²⁴ Dieses Urteil akzentuierte die Debatte und rückte auch die Gemeinschaftsdienstpflicht von Frauen in den Vordergrund, obwohl dies offenkundig zunächst nichts mit dem Urteil zu tun hatte. Dieses gipfelte sogar in überzogenen Forderungen eines Soldaten an das Bundesverteidigungsministerium, man möge alle weiblichen Sanitätsoffiziere entlassen und sofort die Wehrpflicht für alle Frauen einführen.⁶²⁵ Dabei sah der Autor nur in der Wehrpflicht für Frauen deren Gleichberechtigung umgesetzt und hielt ihre Nichtheranziehung für „*unmoralisch*“.⁶²⁶ Ein anderer Einsender beklagte sich, dass ein männlicher Wehrpflich-

⁶²⁴ Seidler 1978, S. 400.

⁶²⁵ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Brief an das Bundesministerium für Verteidigung vom 11.09.1978.

⁶²⁶ Ebd.

tiger im Schnitt zwischen 25.000 und 45.000 DM durch den Wehrdienst im Vergleich zu Frauen verliert.⁶²⁷

Dabei berücksichtigte der Autor aber nicht den Ausfall von Frauen für Kinderzeiten. Die Frage des Wehrsolds war unabhängig vom Geschlecht des Dienstleistenden strittig. Hierzu ist festzustellen, dass die Ableistung des Wehrdienstes grundsätzlich unentgeltlich zu erbringen ist und es sich beim Wehrsold nicht um ein Gehalt, sondern um eine Art Taschengeld handelte. Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass dem Soldaten weitere Leistungen wie Verpflegung, Unterbringung, ärztliche Versorgung und Dienstbekleidung ebenfalls unentgeltlich erbracht wurden. Während also einerseits die Nichtheranziehung von Frauen zum Pflichtdienst als Benachteiligung wahrgenommen wurde, wurde der freiwillige Zugang von Frauen zur Bundeswehr von den Männern nicht als Schritt zur Gleichberechtigung, sondern vielmehr umgekehrt als Basis für zusätzliche Privilegien gesehen.

An den Reaktionen erkennt man die Verunsicherung der Männer, die die Öffnung für weibliche Sanitätsoffiziere nach sich zog: der freiwillige Dienst wurde als ungerechtfertigtes Privileg empfunden, welches sogar verfassungswidrig sein sollte, ebenso wie die Tatsache, dass Frauen nur „in den höchsten Positionen“ eingesetzt wurden. Dabei beachteten die Verfasser der Briefe nicht, dass die Akademikerinnen bereits vor Beginn ihres Dienstes in der Bundeswehr im Gegensatz zu den männlichen Sanitätsoffizieren ihr Studium gänzlich selbst finanzieren mussten, da sie ja erst mit Erhalt der Approbation eingestellt wurden.

Fazit: politisch bedeutsamer als die rechtlichen Probleme einer vollständigen Öffnung der Bundeswehr für Frauen war die (fehlende) Akzeptanz in der Bevölkerung. Vor allem die Bestimmung der Frau in der Gesellschaft wurde im Zusammenhang mit der verstärkten Einbeziehung von Frauen in das Militär diskutiert.⁶²⁸ Es fällt auf, dass sich die Debatte erst voll entfaltete, nachdem bereits die ersten Ärztinnen und mittlerweile auch Apothekerinnen mehr als fünf Jahre im Dienst waren.⁶²⁹ Aufschluss über einen weiteren Grund für die zunehmende Polarisierung der Debatte geben Zahlen zur Wehrdienstver-

⁶²⁷ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Brief an das Bundesministerium für Verteidigung vom 14.03.1978.

⁶²⁸ Albrecht-Heide und Bujewski-Crawford 1991, S. 19.

⁶²⁹ Hierfür ebenfalls signifikant war eine Studie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften aus dem Jahre 1982, die den Kenntnisstand zum Thema „Freiwilliger Militärdienst von Frauen“ abfragt und mit einer ähnlichen Datenerhebung aus dem Jahre 1979 vergleicht. Dabei wurde deutlich, dass sich der Kenntnisstand in Abhängigkeit vom Bildungsgrad deutlich verbesserte. Dies könnte ebenfalls ein Hinweis auf eine stärkere Beschäftigung mit der Thematik in der Öffentlichkeit sein. Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/11473: Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Repräsentativbefragungen durch Meinungsforschungsinstitute und durch die Bundeswehr.

weigerung. Von 1979 auf 1980 gab es einen massiven Anstieg von Wehrdienstverweigerungen: über 20 % mehr junge Männer als 1979 verweigerten 1980 den Dienst im Heer aus Gewissensgründen.⁶³⁰ Auch diese Tatsache rückte die Frauenwehrpflicht und den freiwilligen Dienst in den Vordergrund.

4.3.5. Die Öffnung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im Fokus der Medien

Generell wertete die Presse die Öffnung der Bundeswehr eher als einen Schritt zur praktischen Umsetzung der Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft im Jahr der Frau denn als Versuch der Bundeswehr, den evidenten Personalmangel im Sanitätsbereich zu decken.

In der Berichterstattung der Medien wurden mehrere Diskussionen zum Thema aufgegriffen. Dabei gilt es, zwei Diskussionsstränge zu unterscheiden: neben den bereits nachvollzogenen Diskussionen auf gesellschaftspolitischer Ebene wurde die direkt betroffene Institution Bundeswehr als „Militärkörper“ angesprochen und die Problematik der Integration der Frauen in eine Militärorganisation thematisiert. Insgesamt hielt sich das Interesse am Themenkreis Gleichberechtigung der Frau in den Streitkräften, v.a. in den populärwissenschaftlichen Zeitschriften wie „Der Spiegel“ und „Stern“, in Grenzen. In Frauenzeitschriften wie „EMMA“ und „Courage“ und den bundeswehrinternen Zeitungen (vgl. Kap. 3.4.2.1) wurde hingegen kritisch darüber berichtet.

Dem Emanzipationsgedanken, der sich um die Definitionen von Gleichbehandlung und Gleichberechtigung sowie um das Eindringen in Männerwelten drehte, kam dabei in der Diskussion eine zentrale Bedeutung zu.⁶³¹

In diesem Zusammenhang wurde meist unter Bezug auf die beiden Weltkriege die Problematik der Rolle der Frau als Lückenbüßerin angesprochen. Bezeichnend für die kontroverse Debatte war die in der Zeitschrift EMMA abgedruckte Diskussion der beiden Journalistinnen Alice Schwarzer (EMMA) und Sibylle Plogstedt (Courage), deren Meinungen in dieser Frage durchaus differierten.

Sibylle Plogstedt führte aus, dass mit der von Alice Schwarzer favorisierten grundsätzlichen Möglichkeit des Wehrdienstes der Emanzipation „um keinen Schritt näher“⁶³² zu kommen sei. Im Gegenteil, durch die Einstellung von Soldatinnen würden diejenigen

⁶³⁰ Während seit Gründung der Bundeswehr bis 1967 jährlich zwischen 2.900 und 5.900 Anträge eingingen, waren es 1968 bereits 11.900 und 1975 40.000 Anträge. Vgl. Werner, Günter: Die Kriegsdienstverweigerung und die Verfassung. In: Janning, Heinz et al. (Hg.): Kriegs-/ Ersatzdienstverweigerung in Ost und West. Essen, 1990. S. 46-53. Hier S. 48.

⁶³¹ Vgl. Funcke 1979.

⁶³² Plogstedt, Sibylle: Frauen ins Militär? Feministinnen kontrovers. In: EMMA (1980) Nr. 12. S. 18-22. Hier S. 18.

Frauen, die zivil in der Bundeswehr arbeiteten, aufgrund ihres im Vergleich zu Soldaten übertariflichen Gehalts entlassen werden. Damit würden diese Frauen diskriminiert.⁶³³

Alice Schwarzer hingegen führte zu der gleichen Zeit aus, dass es bei der Diskussion nicht allein um die Frage gehe, ob Frauen zur Bundeswehr sollen, sondern sie stellte die Bundeswehr selbst in Frage:

„Die Parole ‚Frauen zur Bundeswehr: Nein danke!‘ ist gefährlich kurzsichtig. Wenn schon, dann kann es nur heißen: ‚Frauen und Männer zur Bundeswehr – nein danke!‘ Ich persönlich wäre, das habe ich oft genug gesagt, als Mann Kriegsdienstverweigerer. Und ich bin unter den gegebenen Umständen in der Bundesrepublik überhaupt gegen jede Wehrpflicht. Für Männer wie, versteht sich, für Frauen.“⁶³⁴

Trotz ihrer Anti-Wehrpflichthaltung brach Alice Schwarzer damit mit einer bestimmten Weiblichkeitsvorstellung, an die eine besondere Verantwortung für den Frieden geknüpft war. In einem anderen Interview verdeutlichte sie, dass es ihr um mehr ging als um die Frage des Personalbedarfs in der Bundeswehr; sie stellte die Bundeswehr an sich in Frage:

„Die Bundeswehr ist meiner Meinung nach sinnlos. Es wäre besser, sie würde abgebaut, statt mit Soldatinnen ausgebaut.“⁶³⁵

Alice Schwarzer sah in dem Ausschluss von Frauen aus der Bundeswehr einen Ausschluss von Macht unter dem Vorwand erzwungener Friedfertigkeit. Mit dieser Begründung forderte sie die prinzipielle Möglichkeit der Partizipation von Frauen in der Bundeswehr mit gleichzeitiger Entscheidungsfreiheit, diese Möglichkeit nicht nutzen zu müssen.⁶³⁶ Sie forderte, dass *„wir [Frauen, Anm. d. Autorin] nicht hinnehmen, im Namen dieser ‚Friedfertigkeit‘ aus einem gesellschaftlich so relevanten Bereich [der Bundeswehr, Anm. d. Autorin] ausgeschlossen zu werden.“⁶³⁷*

Andererseits waren viele Anhängerinnen der Frauenbewegung überzeugte Pazifistinnen und lehnten Krieg und somit die Bundeswehr als politisches Machtmittel grundsätzlich

⁶³³ Ebd.

⁶³⁴ Schwarzer, Alice: Frauen ins Militär? Feministinnen kontrovers. In EMMA (1980) Nr. 12. S. 18-22. Hier S. 22 (vgl. Kap. 4.3.1).

⁶³⁵ Pfütze, Doris: Ich würde den Kriegsdienst verweigern. Interview mit Alice Schwarzer. In: Münchener Abendzeitung vom 23.08.1979.

⁶³⁶ Nach jeder Veröffentlichung, welche die Öffnung der Bundeswehr für Frauen forderte, musste EMMA eine Welle von Abonnement-Kündigungen und Leserbriefen hinnehmen. Vgl. Seifert 1998, S. 7 f.

⁶³⁷ Schwarzer 1980, S. 18-22.

ab. Es wurde also das Recht als solches gefordert, ohne es für das Individuum einzufordern, wie Alice Schwarzer es ausdrückte:

*„Bevor Frauen überhaupt sagen können ‚Bundeswehr, nein danke‘, müssen wir erst einmal eine Bundeswehr haben, die sagt ‚Frauen, ja bitte‘.“*⁶³⁸

Es lag also eine gewisse Widersprüchlichkeit in der Argumentation vor. Christine Eifler bezeichnet die zwei Gruppen als „Gerechtigkeitsethikerinnen“ und „Friedensethikerinnen“⁶³⁹ und sah den Konflikt zwischen ihnen als wesentliches Charakteristikum der feministischen Debatte.

Andere Autoren forderten einen weiterhin beschränkten Zugang zur Bundeswehr und unterschieden in ihren Ausführungen streng nach militärischen Einsatzbereichen. Nicht die weiblichen Sanitätsoffiziere seien ein Problem; dieses „würde sich erst von dem Tag an stellen, an dem zum ersten Mal Frauen in die Kasernen einziehen würden, die nicht mehr den Äskulapstab für Leiden und Helfen, sondern ein taktisches Zeichen an den Ärmeln ihrer Uniform tragen.“⁶⁴⁰ Hier findet sich das tradierte Rollenverständnis von „weiblichen“ und „männlichen“ Berufen wieder. Andere politische Zeitschriften werteten die Öffnung der Bundeswehr dennoch als Zeichen der Gleichberechtigung. „Der Staatsbürger“, ein Zeitschrift der Bayerischen Landeszentrale, führte die ersten fünf weiblichen Sanitätsoffiziere unter der Rubrik „Frauen an der Spitze“ neben der ersten Bundestagspräsidentin, den ersten weiblichen Pastorinnen und der Präsidentin des Finanzgerichtes etc. auf.⁶⁴¹

Der Autor bezeichnete die gesetzlich verordnete Laufbahnregulierung, die zum damaligen Zeitpunkt nur für eine geringe Anzahl von Frauen – nämlich nur die weiblichen Sanitätsoffiziere – existierte, als „politisch erzwungene Unwirtschaftlichkeit.“⁶⁴² Damit erhielt die Forderung nach Gleichberechtigung einen neuen Aspekt. Der „Preis“ für die Gleichberechtigung der Frauen war für ihn eine immense Kostensteigerung in der Bundeswehr. Der Autor leitete daraus aus ökonomischen Gesichtspunkten weiter ab, dass es wirtschaftlich weitaus sinnvoller sei, Reservisten heranzuziehen:

„Solange etwa mindestens 200.000 MOB⁶⁴³ ausgeplante, an einer Heranziehung zu Wehrübungen interessierte Reservisten im Alter von 25 bis 45 Jahren einen bundes-

⁶³⁸ Schwarzer 1984, S. 4.

⁶³⁹ Eifler und Seifert 1999, S. 44-71. Hier S. 49.

⁶⁴⁰ Schueler 1979, S. 7.

⁶⁴¹ N.N.: Gleichberechtigung- noch keine Realität. In: Der Staatsbürger. Beilage zur Bayerischen Staatszeitung ohne Jahrgang (1977) Nr. 4. S. 1-6. Hier S. 3.

⁶⁴² Hahn 1985, S. 65.

⁶⁴³ MOB = Mobilmachung.

wehrbezogenen Arbeitslosenstatus besitzen, sollte das Thema ‚Frauen in die Bundeswehr‘ tabu sein.“⁶⁴⁴

Im „Spiegel“ widerlegte die Redakteurin Ariane Barth mit einer aus den USA stammenden Studie bereits 1978 die These, dass der Einsatz von Frauen in der Armee unwirtschaftlich sei, weil sie im Schnitt öfters keine Familie besäßen und seltener dienstunfähig auf Grund von Krankheit seien:

„Im Gegenteil, Soldatinnen haben meist keine Familie, weder Mann noch Kind. Die Kosten-Nutzen-Rechnung spricht für die Verwendung von Frauen in der Armee.“⁶⁴⁵

Der „Preis“ für die Verwendung bestand somit für die Frauen im Verzicht auf Familie. Die Ausschnitte der öffentlichen Debatte zeigen, wie sich die Diskussion ausgehend von der Öffnung der Bundeswehr für Frauen immer mehr polarisierte. Befürwortung und Ablehnung lagen zeitlich dicht beisammen und wurden emotional verteidigt.

4.3.6. Die ersten Ärztinnen im Fokus von Soziologie und Frauenforschung

Die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte warf nicht nur die Frage einer Öffnung der Bundeswehr auf, sondern auch die Frage nach den Auswirkungen auf die Stellung der Frau innerhalb der Institution Bundeswehr, obwohl bereits im Vorfeld der ersten Öffnung in der Soziologie Positionen vertreten wurden, die das Militär einer soziologischen Betrachtung gänzlich entziehen wollten.⁶⁴⁶

In jedem Fall ging es zum einen um die Identifikation mit dem sozialen Umfeld, zum anderen um die konkrete Ausformung der Rollen- bzw. Handlungskompetenz. Das setzt voraus, dass die Gesellschaft bestimmte Tätigkeiten – hier die des Soldatenberufes – geschlechterspezifisch definiert und die dazugehörige soziale Rolle konstruiert und damit die Akzeptanz für bestimmte Berufe festlegt. Je stärker die ausgeübte Tätigkeit geschlechterspezifisch zugeordnet ist, desto höher ist im Allgemeinen das Ressentiment gegenüber der Ausübung dieser Arbeit durch das andere Geschlecht. Umgekehrt verringert sich diese Barriere, je weniger der Tätigkeit eine geschlechtsspezifische Auslegung zugeschrieben wird. Dabei ist noch zu beachten, dass das „militärische Wertesystem“⁶⁴⁷ nicht unbedingt dem zivilen entsprach. Die Institution Bundeswehr ist stark geprägt von einer autoritären Struktur, die stets durch den auch äußerlich sichtbaren Dienstgrad er-

⁶⁴⁴ Hahn 1985, S. 66.

⁶⁴⁵ Barth 1978, S. 38-57. Hier S. 44.

⁶⁴⁶ Vgl. Renn, Heinz: Gibt es eine Militärsoziologie in der Bundesrepublik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament ohne Jahrgang (1972) Nr. 44. S. 12-17.

⁶⁴⁷ Kümmel et al. 2000, S. 47.

kennbar war. Robert Presthus legte in seinem Werk „Individuum und Organisation“ dar, dass Rangabzeichen im Militär eine wichtige Rolle spielen und immer eine antizipierte Reaktion auslösen,⁶⁴⁸ d.h. die weitere Kommunikation wird von einer schnellen Einschätzung dieses Signals bestimmt. Die Tatsache, dass eine Anordnung von einem Vorgesetzten erteilt wurde, reichte in der Regel als Legitimation zur Ausführung aus. Den Anforderungen dieser Art von Autorität konnten auch die ersten Frauen in der Bundeswehr nur durch Akzeptanz derselben gerecht werden. Die Frage, ob jede Freiwillige sich bei Eintritt in die Bundeswehr dieser Anforderungen bewusst war, kann wahrscheinlich mit „ja“ beantwortet werden, da die meisten Frauen entweder schon als Zivilangestellte in der Bundeswehr gearbeitet hatten oder in Familien mit männlichen Bundeswehrangehörigen aufgewachsen waren. Eine der ersten Ärztinnen gab in einer Befragung explizit an, sich für eine Bewerbung bei der Bundeswehr aufgrund von „Gefallen am militärischen Milieu“ entschieden zu haben.⁶⁴⁹ Weiterhin gaben alle Frauen als weiteren Motivationsgrund für die Bewerbung bei der Bundeswehr an, etwas ganz Neues im Arbeitsleben auszuprobieren zu wollen.⁶⁵⁰ Darüber hinaus entwickelten sie als Angehörige der Bundeswehr aufgrund ihrer gesellschaftlichen Sonderstellung eine spezifische Gruppenidentität und dementsprechend ein eigenes Sozialisationsmuster. Dabei stellt sich auch die Frage nach der schon erwähnten geschlechtsspezifischen Zuordnung der Tätigkeit eines weiblichen Sanitätsoffiziers, was Auswirkungen auf die Integration und Sozialisation der ersten Frauen in der Bundeswehr hatte. Die Tätigkeit der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere wurde in ihrer geschlechtsspezifischen Zuordnung mit stark weiblichen Eigenschaften in Verbindung gebracht wie die Pflege, Fürsorge und das Heilen von Kranken. Gleichzeitig stellte sie aber im Rahmen der Institution Bundeswehr auch eine militärische Tätigkeit im Sinne des Soldatenseins dar.

Sicher ist, dass durch den geringen Anteil an Frauen diese eine gesonderte Stellung innerhalb der Truppe im Sinne von „hochgradig sichtbar“ einnahmen, was bedeutet, dass sie erstens besonders intensiv und zweitens nicht als Individuen, sondern als Vertreter ihrer Gruppe wahrgenommen wurden. Dieses Phänomen wird in der Literatur als Tokenismus oder Tokenisierung bezeichnet.⁶⁵¹ Dieser Ansatz, der auf Rosabeth Kanter zu-

⁶⁴⁸ Presthus, Robert: Individuum und Großorganisation. Typologie der Anpassung. Frankfurt am Main, 1966. S. 152.

⁶⁴⁹ Quelle: Eigene Befragung von drei der fünf ersten Ärztinnen in der Bundeswehr. September 2006.

⁶⁵⁰ Ebd.

⁶⁵¹ Für eine andere Verwendung beschreibt Christine Cnossen, dass Vertreter einer unterrepräsentierten Minderheit (max. 15 %) als Repräsentanten, nicht als Individuen verstanden werden. Damit verbunden sind eine erhöhte Aufmerksamkeit, eine erhöhte Polarisierung (Aufrechterhaltung der Differenzen) sowie eine Assimilierung im Sinne einer Rollenfestschreibung mit festen Stereotypen. Die zahlenmäßig stärkere Gruppe dominiert dabei die Organisationsstruktur. Vgl.

rückgeht,⁶⁵² postuliert als Voraussetzung einer vollzogenen Integration einen quantitativen Mindestanteil der zu Integrierenden an der Gesamtgruppe von 15 % als Richtwert.⁶⁵³ Unterhalb dieser Größe wird die Gruppe immer als Minderheit wahrgenommen, unterliegt einer verstärkten Beobachtung und besonderen Maßstäben bei der Leistungsbemessung und ihre Mitglieder werden nicht als Individuen, sondern als Repräsentanten ihrer Gruppe wahrgenommen, und müssen daher oft als Bezugsobjekt für Unmut, Frustrationen etc. herhalten. Außerdem können sich die Individuen nicht in gleichberechtigter Weise in die Gesamtinstitution einbringen.⁶⁵⁴ Dies alles erhöhte den Leistungsdruck auf die ersten Frauen in der Bundeswehr, da sie ihre Anwesenheit durch gute Leistung quasi rechtfertigen mussten. Betrachtet wie Helmut Willke Integration als Prozess einer autonomen Gruppe (in diesem Fall der Gruppe der männlichen Soldaten), bestimmte Handlungsspielräume und Privilegien in einem neu gebildeten Gesamtsystem abzugeben sowie eine erhöhte interne Abstimmung und gegenseitige Rücksichtnahme der Teile aufeinander zu akzeptieren,⁶⁵⁵ kann man in diesem Sinne durchaus von „Integration“ der Frauen in den Sanitätsdienst sprechen. Beide genannten Tatsachen führten aber dazu, dass die Ärztinnen sich dauernd in einem Balanceakt zwischen „doing gender“, dem hochgradigen Sichtbarsein als Frau, und „undoing gender“, dem Zurücknehmen des eigenen Geschlechts, um die Ausgrenzung zu entschärfen und Bestätigung zu erhalten, befanden. Insgesamt fühlten sich die ersten Ärztinnen in der Bundeswehr von den männlichen Kollegen anerkannt und gut integriert.⁶⁵⁶ Gleichzeitig sahen sie ihren Beruf als weiblicher Sanitätsoffizier immer noch als etwas Besonderes an.

Ein ähnlicher Ansatz von Jutta Allmendinger und Richard Hackman⁶⁵⁷ differenziert die „Sichtbarkeit“ einer Minderheit noch einmal in drei Phasen, wobei in der ersten Phase die Organisationsstruktur noch homogen ist, da sie zwar von „tokens“ – in diesem Fall

Cnossen, Christine: Frauen in Kampftruppen: Ein Beispiel für „Tokenisierung“. In: Eifler und Seifert 1999, S. 232-247. Hier S. 245.

⁶⁵² Kanter, Rosabeth: Men and Women of the Corporation. New York, 1977. S. 206-242.

⁶⁵³ Kümmel, Gerhard/ Werkner, Jacqueline (Hg.): Soldat, weiblich, Jahrgang 2001. Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr. Erste Befunde. Strausberg, 2003 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 76). S. 17.

⁶⁵⁴ Seifert 1998, S. 3.

⁶⁵⁵ Willke, Helmut: Systemtheorie. Einführung in die Grundprobleme. 2. Auflage. Stuttgart, 1987 (= UTB für Wissenschaft, Band 1161) S. 156.

⁶⁵⁶ Quelle: eigene Befragung von drei der fünf ersten Ärztinnen in der Bundeswehr. September 2006.

⁶⁵⁷ Allmendinger, Jutta/ Hackman, Richard: Akzeptanz oder Abwehr? Die Integration von Frauen in professionelle Organisationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (1994) Nr. 2. S. 238-258. Hier S. 256.

weiblichen Sanitätsoffizieren – durchsetzt ist, diese aber zahlenmäßig so vereinzelt auftreten, dass durch Anpassung an bestehende Organisations- und Kommunikationsstrukturen die „individuelle Sicherheit“, sowohl der Minderheit, als auch der Organisation, gewährleistet ist. Erst bei einer größeren Minderheit würden Spannungen und Geschlechterpolarisierungen entstehen. Die ersten Ärztinnen – und später auch Apothekerinnen – waren von ihrer Zahl her „token“, jedoch wurden sie als diese in die Bundeswehr integriert, obwohl sie sich selber nicht als solche wahrnahmen (wollten), wie die folgenden Äußerungen der ersten Stabsärztinnen bezeugen:

„Es war eigentlich keine besondere Umstellung“ (Sigrid Fuchs)

„Ach, ich glaube, daß ich mich schnell damit abfinde“ (Eva Neuland)

„Wir haben uns bereits bestens eingelebt“ (Angela v. Porthan)⁶⁵⁸

„Ich war vorher Internistin in einem Kaufbeurer Krankenhaus. Ich kenne Männer, ihre Probleme und Krankheiten. Was soll da bei der Bundeswehr anders sein?“ (Eva Neuland)⁶⁵⁹

Bei den Soldaten und den männlichen Sanitätsoffizieren war diese Wahrnehmung nach Franz Seidler jedoch anders. Hier wurden primär die Probleme gesehen, die sich durch weibliche Sanitätsoffiziere als Vorgesetzte in Bezug auf Disziplinargewalt und den Waffendienst ergaben.⁶⁶⁰ (vgl. Kap. 3.4.4)

Das Bild wäre unvollständig, wenn nicht auch die Probleme erwähnt würden, die allerdings erst bei einer späteren Befragung von Sanitätsoffiziersanwärterinnen sichtbar wurden. Diese Frauen, die nun auch die Ausbildung bei der Bundeswehr durchliefen, beklagten sich über den erhöhten Leistungsdruck („hier und da 150 % Leistung“),⁶⁶¹ um sich in dem männlich geprägten Umfeld zu behaupten.

Innerhalb der Bevölkerung befürworteten laut einer infas-Umfrage aus dem Jahre 1982 51 % der Frauen und 62 % der Männer aus Gründen der Gleichberechtigung das Recht der Frauen auf einen freiwilligen Dienst in der Bundeswehr,⁶⁶² während dies 1979 erst 47 % (bzw. 56 %) taten. Dabei war die Korrelation der Zustimmung mit dem Alter deutlich sichtbar: während in der Altersklasse der 18- bis 24-Jährigen 71 % dem Recht auf freiwilligen Dienst zustimmten, waren es in der Gruppe über 65 Jahre nur 35 %.

⁶⁵⁸ Quellen: Bundeswehr aktuell vom 03.10.1975 und vom 20.11.1975.

⁶⁵⁹ N.N.: Interview mit Eva Neuland. In: Bunte Nr. 47 vom 13.11.1975.

⁶⁶⁰ Seidler 1978, S. 395.

⁶⁶¹ Anker et al. 1993, S. 81 f.

⁶⁶² Infas-Repräsentativumfrage März-Mai 1982.

Gleichzeitig hielt in der gleichen Umfrage über die Hälfte der Frauen das Soldatensein für eine reine Männersache. Dies steht in gewissem Widerspruch zur oben genannten Aussage und zeigt die Ambivalenz der Einstellungen. Mit der Öffnung des Sanitätsdienstes wurde die scheinbar ideale Lösung des Konflikts gefunden: die Ausübung eines freiwilligen Dienstes in der Bundeswehr, verbunden mit einer wenig männlich-soldatischen Tätigkeit. Hinsichtlich der Laufbahnen darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass selbst nach der Öffnung zum Truppendienst, also zu den Laufbahnen der Mannschaften und der Unteroffiziere, bis 2003 nur rund 10 % der Frauen die Offizierslaufbahn eingeschlagen haben, was der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft entsprach.⁶⁶³

4.3.7. Bundeswehr und weibliche Gleichberechtigung?

Wie Christa Hämmerle ausführt, war Krieg seit jeher eine „*Quelle wachsenden Selbstwertgefühls*“⁶⁶⁴ für Frauen. Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass, im Gegensatz zu Friedenszeiten, in Kriegszeiten die Berufstätigkeit der Frauen aus der Not heraus gefördert wurde. Die Frauen wurden dabei nicht voll in den Arbeitsprozess integriert, sondern – freiwillig oder zwangsverpflichtet – in das Kriegsgeschehen einbezogen und übernahmen oft typisch männliche Arbeiten und Funktionen, die aber in der Regel nach Kriegsende schnell wieder in die klassischen Rollenbilder aufgelöst wurden. Dennoch brachte das Aufbrechen starrer Geschlechterrollen jedes Mal ein wachsendes Selbstwertgefühl und steigende Autonomie mit sich, wie beispielsweise die Anerkennung des Wahlrechts kurz nach dem 1. Weltkrieg zeigte, welches sich die Frauen im wahrsten Sinne des Wortes erkämpft hatten.⁶⁶⁵

Was für den 1. Weltkrieg noch von Bedeutung war, muss schon im 2. Weltkrieg und auch bei der Öffnung der Bundeswehr für Frauen 1975 relativiert werden. Nicht so sehr der vermehrte Einfluss in einem bisher Männern vorbehaltenen Machtbereich war der Motor der Emanzipation. Die Frage über Macht und Gleichberechtigung wurde weniger in der Bundeswehr selbst entschieden, sondern vielmehr außerhalb in politischen Debatten, in Demonstrationen und in den öffentlichen Medien. Außerdem schienen die Geschlechterrollen gut in die Konstruktion der Rolle der Sanitätsoffiziere zu passen. Typisch „weibliche Werte“ wie Güte, Pflege und Mütterlichkeit wurden mit den Aufgaben der Ärztinnen und Apothekerinnen in Verbindung gebracht. Die Tatsache, dass medizinisches oder pharmazeutisch-chemisches Wissen beispielsweise auch für die Entwick-

⁶⁶³ Kümmel und Werkner 2003, S. 29.

⁶⁶⁴ Vgl. Hämmerle in Kühne und Ziemann 2000, S. 229-262. Hier S. 253.

⁶⁶⁵ Ein neues Beispiel für die wachsende Autonomie von Frauen während militärischer Krisen waren die erstmalig im ersten Golfkrieg organisierten Frauendemonstrationen in Saudi-Arabien. Vgl. Yuval-Davis in Eifler und Seifert 1999, S. 18-43. Hier S. 32.

lung und den Einsatz biologischer Waffen verwendet werden kann, wurde vernachlässigt, bzw. dem männlichen Stereotyp zugeordnet. Dabei spielte bei der Anwendung moderner Waffen die physische Unterlegenheit von Frauen kaum mehr eine Rolle.⁶⁶⁶

Die Öffnung war jedoch ein symbolischer Schritt zur sozialen, beruflichen und ökonomischen Chancengleichheit von Frauen in den 70er Jahren. Insgesamt war das gesellschaftliche Klima für Reformen günstig. Wenn die Debatte auch kontrovers verlief, lässt sich doch feststellen, dass ab Mitte der 70er Jahre Frauen mit wachsendem Selbstbewusstsein begannen, sich zu vernetzen, ihre Arbeit sichtbar zu machen und ihre Erfahrungen und Erkenntnisse auszutauschen. Der Anteil an Studentinnen erhöhte sich genauso wie die Erwerbstätigenquote von Frauen⁶⁶⁷ und die öffentlichen Stimmen zum Thema Gleichberechtigung im Beruf. Die ersten Frauenzeitschriften entstanden 1976 mit der Gründung der „Courage“ und 1977 mit „EMMA“.⁶⁶⁸ Der erste feministische Frauenverlag wurde gegründet sowie zahlreiche Frauenbuchläden, Frauencafés und Frauenbildungsstätten. Die Frauenforschung nahm in dieser Zeit ihren Anfang. Frauen drängten nach und nach in männerspezifische Berufe, zu denen auch der Dienst in der Bundeswehr zählte. Somit trug die Öffnung des Sanitätsdienstes dazu bei, dass Frauen in der Erwerbswelt real sichtbarer wurden.

Angelika Gardiner-Sirtl hält dagegen die Gleichberechtigung in einer auf Befehl und Gehorsam ausgelegten Organisation für gänzlich ausgeschlossen, da in einem System starrer Strukturen und vorgegebener Handlungsweisen keine Emanzipation im Sinne der Selbstbefreiung möglich sei.⁶⁶⁹ Im Gegenteil, mit der Öffnung der Bundeswehr für Frauen im Sanitätsdienst seien diese in einem weiteren Bereich der Gewalt von Männern ausgesetzt.

4.4. Rechtlicher Diskurs ab 1975

Wenn von dem Thema Gleichberechtigung gesprochen wird, ist damit im Fall der ersten Ärztinnen und Apothekerinnen in der Bundeswehr nicht unbedingt Gerechtigkeit gemeint. Zwar wurde 1975 Frauen formal das grundsätzliche Recht zugesprochen, in die Bundeswehr einzutreten, was aber die Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten anging, waren sie ganz und gar nicht gleichberechtigt. Erstens mussten Frauen, die sich als Sanitätsoffiziere beworben hatten, im Gegensatz zu ihren männlichen Kameraden bereits

⁶⁶⁶ Vgl. Lippert und Rössler 1980, S. 132.

⁶⁶⁷ Statistische Angaben in Lauterbach 1994, S. 38 f.

⁶⁶⁸ Hochgeschurz, Marianne: Zwischen Autonomie und Integration: Die neue (west-)deutsche Frauenbewegung. In: Hervé 1998. 155-184. Hier S. 170.

⁶⁶⁹ Zitiert in: Albrecht-Heide und Bujewski-Crawford 1991, S. 66.

vorher selbst ihr Studium finanzieren und hatten nicht die Vorzüge des Soldatenstatus und der Finanzierung während dieser Zeit. Männliche Sanitätsoffiziersanwärter hingegen wurden schon auf Kosten der Bundeswehr ausgebildet. 1977 konnten sich Frauen zwar erstmals an der staatlich anerkannten Krankenpflegeschule als Krankenschwestern ausbilden lassen.⁶⁷⁰ Im Grundsatz wurde der Missstand aber erst 1990 mit der Öffnung der Laufbahn des Sanitätsoffiziers-anwärters behoben.

Zum Zweiten waren Frauen in Hinsicht auf Fort- und Weiterbildung sowie Aufstiegschancen den Männern gegenüber benachteiligt. Durch das Waffenverbot konnte die Bundeswehr Frauen gar nicht die gleichen Chancen bieten, weil sie nur sehr eingeschränkt eingesetzt werden konnten. Im Folgenden sollen die weiteren Gesetzesänderungen verfolgt werden, die zunächst zur Öffnung aller Sanitätslaufbahnen, und im weiteren Verlauf zur Öffnung aller Mannschaftsdienstgrade der Bundeswehr geführt haben.

4.4.1. Änderung des Soldatengesetzes zur Einstellung von Frauen in allen Laufbahnen des Sanitätsdienstes

Während in den Medien und in der Öffentlichkeit bereits seit Ende der 70er Jahre über den Dienst von Frauen mit der Waffe diskutiert wurde, kam es auf Gesetzgeberseite erst zu Beginn der 90er Jahre zu einer Öffnung des gesamten Sanitäts- und Musikdienstes der Bundeswehr: in den erneuten Beratungen im Ausschuss zu einer Ausweitung der Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen zu Beginn der 90er Jahre stimmte die CDU der Gesetzesvorlage zu, die Grünen und die SPD lehnten sie ab, die FDP regte eine noch umfassendere Öffnung der Bundeswehr für Frauen an.⁶⁷¹ Insgesamt wurde der Gesetzesentwurf aber vom Ausschuss zur Annahme im Bundestag empfohlen⁶⁷² und am 13.09.1990 mit der erforderlichen Mehrheit verabschiedet.⁶⁷³ Mit der Entscheidung, Frauen zum freiwilligen Dienst als Soldatinnen in allen Laufbahnen des Sanitäts- und Militärmusikdienstes zuzulassen, musste folgerichtig wiederum das Soldatengesetz geändert werden, welches bis dahin nur Frauen mit abgeschlossenem Studium als Sanitätsoffiziere zuließ.⁶⁷⁴

⁶⁷⁰ Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab: Stellungnahme zum Thema Frauen in den Streitkräften. April 1982. S. 4.

⁶⁷¹ Ahrens in ders. et al. 2005, S. 32-44. Hier S. 39 f.

⁶⁷² Drucksache XI/7860 des Deutschen Bundestages vom 12.09.1990. Ausschussbericht des Deutschen Bundestages. S. 23 f.

⁶⁷³ Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, 224. Sitzung vom 13.09.1990.

⁶⁷⁴ Vgl. Kapitel 3.2.3.

Damit waren die rechtlichen Voraussetzungen für eine Laufbahn geschaffen, in der Frauen wie die Männer schon vorher auf Kosten der Bundeswehr Medizin, Pharmazie, Zahn- oder Veterinärmedizin an einer zivilen Universität studieren konnten. Paragraph 1 Absatz 3 des Soldatengesetzes wurde als Absatz 2 (neu) wie folgt gefasst:

„In das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten kann berufen werden, wer sich freiwillig verpflichtet, auf Lebenszeit Wehrdienst zu leisten. In das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit kann berufen werden, wer sich freiwillig verpflichtet, für begrenzte Zeit Wehrdienst zu leisten. In ein Wehrdienstverhältnis nach Satz 1 und 2 können auch Frauen für Verwendungen im Sanitäts- und Militärmusikdienst berufen werden.“⁶⁷⁵

Wie schon 1975 musste das Grundgesetz für die Öffnung der Anwärterlaufbahn nicht geändert werden. Sprachlich auffallend am Gesetzestext war die geschlechtsneutrale Formulierung. Während 1975 die Behebung des Personalnotstandes im Vordergrund stand, hieß es nun explizit in der Gesetzesbegründung:

„Die Öffnung des gesamten Sanitätsdienstes und Militärmusikdienstes für Frauen trägt dazu bei, eine umfassende Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft und im Berufsleben zu fördern.“⁶⁷⁶

4.4.2. Ausblick: Weiterentwicklung des Artikel 12a GG durch das Urteil des EuGH-Gesetzesänderung am 19.12.2000

Den entscheidenden Anstoß zum Durchbruch der politischen Debatte um die vollständige Öffnung der Bundeswehr erbrachten nicht die Medien oder die Plenumsdiskussionen im Deutschen Bundestag, sondern die Klage einer Frau am Europäischen Gerichtshof, deren Einstellung in die Bundeswehr mit Verweis auf die aktuelle Rechtslage abgelehnt worden war. Am 11.01.2000 entschied der EuGH, die Ablehnung einer Einstellung der gelernten Elektronikerin in den Truppendienst der Bundeswehr stelle aufgrund der Gleichberechtigungsrichtlinie über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, u.a. hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, einen Verstoß gegen die europäische Gleichberechtigungsrichtlinie dar, da sich Frauen aufgrund einer freiwilligen Verpflichtung nur für Verwendungen im Sanitäts- und Militärmusikdienst bewerben könnten.⁶⁷⁷ Juristisch war dies umstritten, da es sich um eine verteidigungspolitische Frage handel-

⁶⁷⁵ § 1 Abs. 2 Gesetz über die Rechtstellung des Soldaten (Soldatengesetz) i.d.F. vom 06.12.1990.

⁶⁷⁶ Drucksache XI/6906 des Deutschen Bundestages vom 12.09.1990. Ausschussbericht des Deutschen Bundestages. S.12.

⁶⁷⁷ Steinkamm, Armin: Es gibt noch Richter in...! Reaktionen auf das Urteil „Kreil“ des Europäischen Gerichtshofs. In: ders. 2001, S. 280-293. Hier S. 282 f.

te, die eigentlich nicht dem europäischen Gemeinschaftsrecht unterlag. Der Leitsatz der Entscheidung lautete:

„Die Richtlinie 76/207/EWG des Rates vom 9. Februar 1976 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen steht der Anwendung nationaler Bestimmungen entgegen, die wie die des deutschen Rechts Frauen allgemein vom Dienst mit der Waffe ausschließen und ihnen nur den Zugang zum Sanitäts- und Militärmusikdienst erlauben.“⁶⁷⁸

Das Grundgesetz musste nun geändert werden und so lautete Art. 12a Abs. 4 GG i.d.F. vom 19.12.2000 folgendermaßen:

„Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.“⁶⁷⁹

Nach der neuen Fassung konnten Frauen weiterhin nur im Verteidigungsfall zu Dienstleistungen verpflichtet werden: das Verbot des Dienstes mit der Waffe galt damit für die Zwangsverpflichtung, nicht aber für eine freiwillige Tätigkeit. Es galt also rein negativ, schreibt jedoch nicht positiv vor, welche Tätigkeiten Frauen in der Bundeswehr ausüben dürfen. Dieser Normzweck diente dem Schutz der Frauen vor der erzwungenen Inanspruchnahme zum Waffendienst sowie ihrem Schutz vor Gefährdungen durch Kriegshandlungen, ließ aber gleichzeitig den Dienst aufgrund von Freiwilligkeit zu.

Von nun an war der volle Zugang zu allen militärischen Diensten möglich, wurde jedoch wiederum verknüpft mit der Ablehnung einer allgemeinen Wehrpflicht für Frauen. Einige Autoren sehen in dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes die Lösung des „gordischen Knotens“⁶⁸⁰ um die Frage der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, da die politisch eingefahrenen Argumentationsmuster mit einem Mal durch das juristi-

⁶⁷⁸ Urteil des EuGH vom 11.01.2000. Az. C 285/98. Fundstelle: Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Teil I: Rechtssprechung des Gerichtshofes, Jahrgang 2000. S. 69-109. Hier: Leitsatz.

⁶⁷⁹ Art. 12a Abs. 4 GG. i.d.F. vom 19.12.2000.

⁶⁸⁰ Ahrens in ders. et al. 2005, S. 32-44. Hier S. 41.

sche Urteil zerschlagen wurden.⁶⁸¹ Auch hier wird deutlich, dass der Fall weit über das Thema Frauen im Sanitätsdienst herausging, und letztlich vom höchsten europäischen Gericht entschieden werden musste. Genau wie auf gesellschaftspolitischer Ebene hat die Einbindung von Frauen – zunächst nur in den Sanitätsdienst – eine breite juristische Debatte um das Verhältnis von Frauen und Militärdienst ausgelöst.

5. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Die offizielle Einbeziehung von Frauen in die bewaffneten Streitkräfte war 1975 ein Novum für die Bundesrepublik. Sie kennzeichnete die fortschreitende Partizipation von Frauen am wirtschaftlichen und politischen Leben und war somit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung.⁶⁸² Es konnte gezeigt werden, dass die Öffnung zunächst offensichtlich keine Auswirkungen auf die öffentliche Meinung hatte. Dazu war die Anzahl der Frauen, die 1975 als Sanitätsoffiziere ihren Dienst in der Bundeswehr antraten auch viel zu gering. Das mediale Interesse entwickelte sich bis zum Ende der 70er Jahre nur schleppend⁶⁸³ und war weitaus geringer als bei der Öffnung der Mannschaftsdienstgrade für Frauen 1999/00. Gleichwohl gaben die ersten Stabsärztinnen und -apothekerinnen den Anstoß zur späteren öffentlichen Debatte um Frauen in der Bundeswehr.

Außerdem wurden die rechtlichen Grundlagen der Öffnung nachvollzogen, wobei festzustellen ist, dass die Vorgaben des Grundgesetzes kein Hindernis für die Öffnung darstellten, da die Interpretation des Verbots des Dienstes mit der Waffe für Frauen nicht den Sanitätsdienst betraf. Einzelheiten der Öffnung konnten im nur geringfügig geänderten Soldatengesetz und in der Soldatenlaufbahnverordnung geregelt werden.

Des Weiteren konnte mit der Betrachtung der parlamentarischen Diskussionen der Verlauf der politischen Debatte nachvollzogen werden. Während in die frühe bundesdeutsche Debatte die negativen Erfahrungen der beiden Weltkriege hineinwirkten, entwickelten sich später zwei Diskussionsstränge parallel: zum einen im Zusammenhang mit der Organisation der zivilen Sanitätsversorgung im Verteidigungsfall im Zuge der Notstandsgesetzgebung.

⁶⁸¹ Tanja Kreil zog am 15.07.2000 aus beruflichen Gründen ihre Bewerbung zurück, so dass das Urteil des EuGH keine Umsetzung im nationalen Rechtsstreit erfahren hat. Vgl. Steinkamm 2001, S. 548.

⁶⁸² Dabei sollte aber berücksichtigt werden, welche Fortschritte schon lange vorher erreicht worden waren. Noch im späten 18. Jahrhundert durften Frauen in der Regel den Arztberuf nicht, oder nur unter männlicher Aufsicht ausüben. Vgl. Wahrig, Bettina: Arbeit am Habitus: Ärzte und Apotheker im 18. Jahrhundert. In: Brombach, Sabine/ Wahrig, Bettina (Hg.): Lebensbilder. Leben und Subjektivität in neueren Ansätzen der Gender Studies. Bielefeld, 2006. S. 151-177. Hier S. 168.

⁶⁸³ N.N.: Frauen ins Militär? In: Courage 5 (1980) Nr. 10. S. 4.

Zum anderen im Kontext des Motivs des chronischen Personalmangels im Sanitätsbereich in Friedenszeiten, welches schlussendlich ausschlaggebend war für die Öffnung der Bundeswehr, auch wenn dies im Jahr der Frau besonders häufig als weitere Errungenschaft der Emanzipation dargestellt wurde.

In einem ganz anderen Zusammenhang wurde ab 1964 im Zuge der Frage nach der Wehrgerechtigkeit sogar über eine *Verpflichtung* von Frauen im Militär diskutiert. Noch konkreter wurde die Debatte mit der notwendigen parlamentarischen Zustimmung zur Änderung des Soldatengesetzes im Jahr 1975. Bei der Entscheidung 1975 war in der Analyse die weitgehende Einigkeit der Parteien bei gleichzeitig kontrovers geführter Diskussionen über die Öffnung der Bundeswehr für Frauen auffallend. Von der Opposition (CDU/CSU) wurden lediglich die Gründe für die Öffnung der Bundeswehr bemängelt, während die Regierungsparteien (SPD und FDP) in den Debatten v.a. versuchten, die Öffnung als politische Grundsatzentscheidung zur Gleichstellung der Frauen darzustellen. Letztlich war das Motiv der Gleichstellung der Frau nicht wirklich entscheidend. Es konnte somit nachgewiesen werden, dass die parlamentarische Entscheidung zwar durch unterschiedliche Interessen der beteiligten Parteien motiviert war, diese jedoch schlussendlich alle zu einem ähnlichen Ergebnis -nämlich der mehrheitlichen Zustimmung zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzung für die Öffnung der Bundeswehr-führten.

Die Betrachtung der medialen Reaktion auf die Öffnung der Bundeswehr erfolgte sowohl bundeswehrintern anhand von ausgewählten Soldatenzeitschriften als auch mit Hilfe der Magazine „Stern“, „EMMA“, „Courage“ und „Der Spiegel“. Es konnte gezeigt werden, dass auch die Feministinnen unterschiedliche Meinungen zur Öffnung vertraten. Auf der einen Seite gab es Stimmen, die den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und zur gesellschaftlichen Macht befürworteten, auf der anderen Seite argumentierten die Gegner, dass die Frauenbewegung eine antimilitaristische Grundhaltung einnehmen müsse und Krieg und Militarismus generell zu verhindern seien. Insgesamt stieß das Thema in der Öffentlichkeit aber auf weitaus geringeres Interesse, als man nach den Diskussionen auf politischer Ebene hätte erwarten können. Zeitlich verzögert haben sich Ende der 70er Jahre die Öffentlichkeit und die Medien vermehrt kritisch zum Thema „Frauen in der Bundeswehr“ geäußert. Dabei ging es nicht mehr allein um die weiblichen Sanitätsoffiziere, sondern auch um die Frage, ob auch in vielen weiteren Bereichen Frauen in der Bundeswehr eingesetzt werden können. Auch wenn die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere bereits selbst eine Irritation bewirkt haben, wurde die symbolische Ordnung infolge der Beschränkung der Tätigkeit auf Heilung und Pflege restabilisiert, was auch die relativ reibungslose Integration der Frauen in den Sanitätsdienst erklärt. Die Öffnung der Bundeswehr für Ärztinnen 1975 kann aber als Auslöser für die erst später einsetzende, kontroverse öffentliche Debatte gesehen werden.

Die Frage, ob man Frauen schon 1956 bei der Gründung der Bundeswehr hätte einbeziehen können, kann aufgrund der damaligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse wohl verneint werden. Obwohl zum Bild des Staatsbürgers in Uniform vielleicht auch die Frau in Uniform gepasst hätte, waren Politik und Alltag zu dieser Zeit noch so stark vom Geschehen des 2. Weltkrieges geprägt, dass Frauen in der Bundeswehr als Soldatinnen nicht vorstellbar waren. Im Vergleich zu anderen NATO-Staaten erfolgte ihre Integration dann aber in wesentlich kürzerer Zeit. Dementsprechend hoch waren zu Beginn die organisatorischen Probleme. Die Verwendung von Frauen basierte hier nicht auf einer militärischen Tradition, sondern hatte ihren Ursprung in den knapper werdenden personellen Ressourcen im Sanitätsbereich.

Daneben konnte die Bedeutung der Frauen für den Sanitätsdienst beleuchtet werden. Es wurde deutlich, dass der Ausschluss von Frauen aus der Bundeswehr mit der Begründung physischer Differenzen immer unglaubwürdiger wurde, dass aber mit der Öffnung nur zur Laufbahn des Sanitätsdienstes dennoch eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung verfolgt wurde. Ohne Zweifel kam dem Sanitätsdienst der Bundeswehr für Frauen in Hinblick auf die Öffnung der Laufbahn der Sanitätsoffiziersanwärter sowie später der Mannschaftsdienstgrade eine Vorreiterrolle zu. Die Machtbeziehungen zwischen Männern und Frauen bzw. das hergebrachte Verständnis von den Geschlechterrollen konnten dadurch aber nicht aufgehoben werden. Viele Autoren sahen und sehen die Öffnung der Bundeswehr als reine „Personalergänzungsmaßnahme“ des Sanitätswesens, die die „Kommission Personalergänzung beim Sanitäts- und Gesundheitswesen“ als eine von insgesamt 74 Empfehlungen ausgesprochen hatte und die zunächst auch nicht den erhofften Erfolg zur Lösung des Personalproblems brachte.

Wenn auch die personelle Notlage des Sanitätsdienstes aus militärischer Sicht der ausschlaggebende Grund für die Öffnung der Bundeswehr für Frauen war, hat sie eine öffentliche Debatte angestoßen, die über das Thema „Frauen im Sanitätsdienst“ hinausging und auf gesellschaftspolitischer Ebene die Rolle der Frau in der Gesellschaft diskutierte. Obwohl weder im Beruf noch in der Familie von Gleichstellung die Rede sein konnte, mussten sich die Frauen im Zusammenhang mit der Diskussion um die Wehrgerechtigkeit dafür rechtfertigen, nicht in der Bundeswehr zu dienen. Gleichzeitig wurde anhand der Analyse der Diskussion ersichtlich, dass durch die Einbindung von Frauen die Rolle der Bundeswehr in einem demokratischen Staat an sich diskutiert bzw. in Frage gestellt wurde. In der Debatte gab es verschiedene Strömungen: Befürworter eines militärischen Dienstes für Frauen sahen diesen unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung als notwendigen Schritt zur Emanzipation an. Diese Argumentation wurde sowohl von den Regierungsparteien (SPD und FDP) als auch in offiziellen Stellungnahmen der Bundeswehr immer wieder vorgebracht. Aus der feministischen Friedensbewegung entstammten Strömungen, die jeglichen militärischen Dienst von Frauen aus Gründen des Personalmangels mit dem Argument ablehnten, in der Rolle als „Lücken-

büßer“ könne es keine echte Gleichberechtigung geben. Diese Begründung wurde teilweise auch von den Oppositionsparteien in der parlamentarischen Debatte vorgebracht. Der Frauenausschuss der Gewerkschaften argumentierte mit den negativen historischen Erfahrungen mit Frauen in militärischer Verwendung gegen jeglichen Einsatz. Weitere Stimmen, unter ihnen Alice Schwarzer, die FDP als Koalitionspartei und später auch die CDU, forderten das prinzipielle Recht für Frauen, an dem bisher für Frauen verschlossenen gesellschaftlichen Bereich der Bundeswehr zu partizipieren, unter der Voraussetzung der Freiwilligkeit. Diese Ansicht radikalisierte sich in der Forderung nach der prinzipiellen Pflicht für Frauen, Wehrdienst zu leisten, wie es in den Medien diskutiert wurde.

Insgesamt ging es dabei nicht vorrangig um bestimmte Tätigkeiten, die aufgrund physischer Unterschiede von Frauen nicht oder nur eingeschränkt ausgeführt werden konnten, sondern um das gesamte Umfeld von Sitten und Bräuchen, das aus der Geschlechterdifferenzierung entstand. Es ging um die zum Zeitpunkt der Öffnung und auch danach vorherrschenden Rollenbilder von Mann und Frau. Dementsprechend wurde der Unterschied zwischen den Geschlechtern in bezug auf das Militärwesen nach Meinung der Autorin weniger biologistisch, als überwiegend gesellschaftspolitisch konstruiert.

Es hat sich gezeigt, dass es zu keinem Ergebnis führt, den Männer- und Fraueneinsatz in der Bundeswehr gegeneinander abzuwägen, da die Grenzen zwischen Mann und Frau, zwischen kombattant und nicht kombattant, zwischen militärisch und zivil im modernen Heer im Zuge der Technisierung zunehmend verschwanden. Mehr und mehr wurde entscheidend, dass ab dem Zeitpunkt der Öffnung das Geschlecht nicht mehr das sachliche Unterscheidungskriterium sein sollte, sondern Leistungsfähigkeit und Eignung für die jeweils konkrete Aufgabe zählten. Zweifelsfrei führte die Öffnung der Bundeswehr für Frauen wie in anderen Berufsfeldern auch zu spürbaren, wenn auch nicht kontinuierlichen Veränderungen.

Entscheidend war dabei das gesamtgesellschaftliche Rollenverständnis der Frau in Beruf und Gesellschaft. Insofern kann in der Öffnung- wenn auch auf einem sehr schmalen Sektor- eine Weiterentwicklung hin zu mehr Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Leben gesehen werden.

6. Literaturverzeichnis

6.1. Monographien

- Absolon, Rudolf: Wehrgesetz und Wehrdienst 1935 – 1945. Das Personalwesen der Wehrmacht. Boppard am Rhein, 1960 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 5)
- Aegerter, Veronica (Hg.): Geschlecht hat Methode. Ansätze und Perspektiven der Frauen und Geschlechtergeschichte. Beiträge der 9. Schweizerischen Historikerinnentagung. Zürich, 1999
- Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005
- Albrecht-Heide, Astrid/ Bujewski, Utemaria: Militärdienst für Frauen? Frankfurt am Main, 1982
- Albrecht, Ulrich: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln, 1980 (= Schriftenreihe Kleine Bibliothek, Band 200)
- Albrecht-Heide, Astrid/ Bujewski-Crawford, Utemaria: Frauen, Krieg, Militär. Images und Phantasien. Tübingen, 1991
- Albrecht-Heide, Astrid: Frau Macht (macht?) Militär. In: Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.): Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats. 2. Auflage. Pfaffenweiler, 1988 (= Beiträge zur Feministischen Theorie und Politik, Band 2). S. 293-318
- Albrecht-Heide, Astrid: Herrschaftssubjekt und Dominanzkultur. Über die Konstruktion der neuzeitlichen dichotomen Geschlechterhierarchie als ein Element der Dominanzkultur. In: Bertrams, Anette: Dichotomie, Dominanz, Differenz. Weinheim, 1995. S. 191-204
- Albrecht-Heide, Astrid: Militär und Patriarchat. In: Karl, Wilfried/ Nielebock, Thomas (Hg.): Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften. Baden-Baden, 1991 (= Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band 18). S. 109-131
- Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt am Main, 1996
- Anker, Ingrid/ Lippert, Ekkehard/ Welcker, Ingrid: Soldatinnen in der Bundeswehr. Kennzeichen des sozialen Wandels. München, 1993 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 59)
- Apelt, Maja: Geschlecht und Militär. In: Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005. S. 13-31

- Arbeitskreis Westdeutscher Frauen: Die Deutschen Frauen und der Krieg. In: N.N.: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft. Oldenburg, 1953. S. 347-363
- Barrett, Frank: Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit in Organisationen: Das Beispiel der US-Marine. In: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11). S. 71-91
- Baune, Colette: Jeanne d'Arc. Paris, 2004
- Bechtel, Beatrix (Hg.): Die ungeschriebene Geschichte. Historische Frauenforschung. Dokumentation des 5. Historikerinnentreffens in Wien. Wien, 1984 (= Reihe Frauenforschung, Band 3)
- Beisswanger, Gabriele et al.: Frauen in der Pharmazie. Die Geschichte eines Frauenberufes. Stuttgart, 2001
- Bender, Christiane: Geschlechterstereotype und Militär im Wandel. Symbolische und institutionelle Aspekte der Integration von Frauen in die Bundeswehr. In: Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005. S. 45-61
- Bleker, Johanna/ Schleiermacher, Sabine: Ärztinnen aus dem Kaiserreich. Lebensläufe einer Generation. Weinheim, 2000
- Bock, Ulla/ Braszeit, Anne/ Schmerl, Christiane (Hg.): Frauen an den Universitäten. Zur Situation von Studentinnen und Hochschullehrerinnen in der männlichen Wissenschaftshierarchie. Frankfurt am Main, 1983
- Bouzy, Olivier: Jeanne d'Arc. Mythes et réalités. Paris, 1999
- Braun, Fritz-Ulrich: Erinnerungen zum 190. Stiftungsfest der Pépiniere in München, 24.-27. Oktober 1985. Rottweil, 1985
- Brombach, Sabine/ Wahrig, Bettina (Hg.): LebensBilder. Leben und Subjektivität in neueren Ansätzen der Gender Studies. Bielefeld, 2006
- Cnossen, Christine: Frauen in Kampftruppen: Ein Beispiel für „Tokenisierung“. In: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11). S. 232-247
- Connel, Robert William: Masculinity, Violence and War. In: Kimmel, Michael/ Messner, Michael (Hg.): Men's Lives. Boston, 1995. S. 125-130
- Cron, Hermann: Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege. Dargestellt auf Grund der Kriegsakten. Berlin, 1923
- Dammer, Susanna: Militärdienst für Frauen - die große Chance der Emanzipation? In: Bechtel, Beatrix (Hg.): Die ungeschriebene Geschichte. Historische Frauenforschung. Dokumentation des 5. Historikerinnentreffens in Wien. Wien, 1984 (= Reihe Frauenforschung, Band 3)

enforschung. Dokumentation des 5. Historikerinnentreffens in Wien. Wien, 1984 (= Reihe Frauenforschung, Band 3). S. 285-287

- Deckenbrock, Walter: Wehrpharmazie in der Bundeswehr. Ein Rückblick bis zu den Anfängen. Bonn, 1988 (= Schriftenreihe Beiträge Wehrmedizin und Wehrpharmazie, Band 1)
- Delbrück, Jost: Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau. In: Münch, Ingo von (Hg.): Festschrift für Hans-Jürgen Schlochauer zum 75. Geburtstag. Berlin, 1981. S. 247-270
- Desch, Gunter: Soldatinnen in der Bundeswehr. Bedeutung, personelle Entwicklung und Probleme. In: Steinkamm, Armin (Hg.): Frauen im militärischen Waffendienst. Rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des Einsatzes von Frauen in den Streitkräften unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Bundeswehr und des Österreichischen Bundesheeres. Baden-Baden, 2001 (= Schriftenreihe Wehrdienst und Gesellschaft, Band 6). S. 50-56
- Deutscher Bundeswehrverband e.V.: Gemeinschafts-Dienstpflcht als Beitrag zur Gesamtverteidigung. Bonn, 1978
- Deutscher Bundeswehrverband e.V.: Pressemitteilung Nr. 61 (1981) vom 28.10.1981
- Dietz, Heinrich: Das Wehrgesetz vom 21.05.1935 und seine Ausführung im Frieden und Krieg. 2. Auflage. Leipzig, 1943
- Digutsch, Gunnar: Das Ende der Nationalen Volksarmee und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern. Frankfurt am Main, 2004 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 31: Politikwissenschaften, Band 503)
- Dirks, Carsten Gerd: Militärpharmazie in Deutschland nach 1945. Bundeswehr und Nationale Volksarmee im Vergleich. Stuttgart, 2001 (= Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie, Band 79)
- Dokumentarische Berichte aus dem Bundesverwaltungsgericht. Ausgabe A: Bürger und Staat. Berlin, 1976
- Dolzer, Rudolph (Hg.): Bonner Kommentar zum Grundgesetz. Heidelberg, fortlaufende Loseblattsammlung (Stand 1976)
- Drewitz, Ingeborg: Pressemitteilung „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ vom 09.07.1979. In: Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! (Hg.): Pressemitteilungen 1979-1980. Düsseldorf, o. J.
- Effinger, Sabine. Eine andere Welt. Frauen, Männer und Gewaltwahrnehmung. Bochum, 1995 (= Frauen und Massenmedien, Band 5)
- Ehlert, Hans (Hg.): Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. Berlin, 2002 (= Militärgeschichte der DDR, Band 3)

- Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11)
- Elshtain, Jean Bethke: Women and War. Chicago, 1995
- Enloe, Cynthia: Ethnic Soldiers. State security in a divided society. London, 1980
- Feldkamp, Michael: Regentenlisten und Stammtafeln zur Geschichte Europas. Stuttgart, 2002
- Fischer, Hubert: Der deutsche Sanitätsdienst 1921 -1945. Organisation, Dokumente und persönliche Erfahrungen. Band 1. Osnabrück, 1982
- Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bürgerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03. – 05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983
- Gahleitner, Silke Brigitta (Hg.): Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven. München, 2007
- Ganser, Helmut (Hg.): Technokraten in Uniform. Die innere Krise der Bundeswehr. Reinbek, 1980
- Gerhart, Ute et al. (Hg.): Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Königstein/Taunus, 1997
- Gersdorff, Ursula von: Frauen im Kriegsdienst 1914-1945. Stuttgart, 1969 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Band 11)
- Giese, Friedrich/ Schunck, Egon: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. 5. Auflage. Frankfurt am Main, 1960
- Goerke, Heinz (Hg.): Militärsanitätsdienst in drei Jahrhunderten. Bonn, 1997 (= Schriftenreihe Beiträge Wehrmedizin und Wehrpharmazie, Band 12)
- Hahn, Oswald: Militärbetriebslehre: Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte. Berlin, 1997
- Hämmerle, Christa: Von den Geschlechtern der Kriege und des Militärs. In: Kühne, Thomas/ Ziemann, Benjamin (Hg.): Was ist Militärgeschichte? Paderborn, 2000 (= Krieg der Geschichte, Band 6). S. 229-262
- Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der Deutschen Frauenbewegung. 6. Auflage. Köln, 1998 (= Neue Kleine Bibliothek, Band 48)
- Hierl, Konstantin: Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht. (Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht am 23.05.1932 in Berlin). München, 1932
- Hippler, Thomas: Service militaire et citoyenneté sous la Révolution française. In : Monnier, Raymonde (Hg.): Citoyen et citoyenneté sous la Révolution française. Actes du colloque international de Vizille 24 et 25 septembre 2004. Paris, 2006 (= Collection études révolutionnaires, Band 9). S. 271-278

- Hochgeschurz, Marianne: Zwischen Autonomie und Integration: Die neue (west-) deutsche Frauenbewegung. In: Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der Deutschen Frauenbewegung. 6. Auflage. Köln, 1998 (= Neue Kleine Bibliothek, Band 48). S. 155-184
- Hühn, Uta: Die Waffen der Frauen. Der Fall Kreil – erneuter Anlass zum Konflikt zwischen europäischer und deutscher Gerichtsbarkeit?; EuGH, Urteil vom 11.1.2000 in der Rs. C-283/98, Tanja Kreil/Bundesrepublik Deutschland. Basel, 2000 (= Basler Schriften zur europäischen Integration, Band 51)
- Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! (Hg.): Argumente Pro und Contra zur Langzeitplanung der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums im Sommer 1982. Köln, 1982
- Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950 – 1955. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955. Boppard am Rhein, 1975 (= Militärgeschichte seit 1945, Band 1). S. 61-117
- Jagow, Kurt: Daten des Weltkrieges. Vorgeschichte und Verlauf bis Ende 1921. Leipzig, 1922
- Janning, Heinz et al. (Hg.): Kriegs-/Ersatzdienstverweigerung in Ost und West. Essen, 1990
- Jansen, Mechthild: Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! Referat, gehalten auf dem Seminar der Friedrich-Naumann-Stiftung „Frauen und Bundeswehr vom 3.-5.7.1981 in Gummersbach. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bürgerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03. –05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983. S. 61-68
- Janssen, Renate: Frauen ans Gewehr. 2. Auflage. Köln, 1983 (= Kleine Bibliothek, Band 184)
- Jung, Egon: Lehrbuch für den Sanitätsdienst. 5. Auflage. Augsburg, 1990
- Kanter, Rosabeth: Men and Women of the Corporation. New York, 1977
- Kappeler, Susanne: Vergewaltigung, Krieg, Nationalismus. Eine feministische Kritik. München, 1994
- Keller, Jörg: Soldat und Soldatin. Die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit am Beispiel von Printmedien in der Bundeswehr. In: Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005. S. 73-107
- Kilius, Rosemarie: Frauen für die Front. Gespräche mit Wehrmachtshelferinnen. Leipzig, 2003

- Klein, Paul/ Kriesel, Werner: Männliche und weibliche Bewerber für die Laufbahn der Sanitätsoffiziere der Bundeswehr. Ein empirischer Vergleich. München, 1993 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 80)
- Klein, Paul/ Zimmermann, Rolf (Hg.): Beispielhaft? Eine Zwischenbilanz zur Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr. Baden-Baden, 1991 (= Militär und Sozialwissenschaften, Band 11)
- Klimpel, Volker: Frauen in der Medizin. Historisch-biographisches Lexikon von den Anfängen bis zum zwanzigsten Jahrhundert. Hürtgenwald, 2001
- Knight, Chris: Blood relations. Menstruation and the origin of culture. New Haven, 1991. Zitiert nach Yuval-Davis, Nira: Militär, Krieg und Geschlechterverhältnisse. In: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11). S. 18
- Koepcke, Cordula: Von der Helferin zur Soldatin. Entwicklungen, Gefahren und Konsequenzen weiblichen Militärdienstes. In: Hecht, Ingeborg/ Henry, Ruth/ Meves, Christa: Frauen im Wehrdienst. Freiburg im Breisgau, 1982 (= Herderbücherei, Band 962). S. 58-134
- Koerner, Marianne: Auf fremdem Terrain. Studien- und Alltagserfahrungen von Studentinnen 1900-1918. Bonn, 1997
- Kommission des Bundesministers der Verteidigung (Hg.): Bericht „Personaler-gänzung beim Sanitäts- und Gesundheitswesen“. Die Personalsituation im Sani-täts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr. Bonn, 1975
- Königsegg, Ada von: Die Helferin. In: Hadeln, Charlotte von: Deutsche Frauen, Deutsche Treue 1914 – 1933. Ein Ehrenbuch der deutschen Frau. Berlin, 1935
- Kraake, Swantje: Frauen zur Bundeswehr. Analyse und Verlauf einer Diskussion. Frankfurt am Main, 1992 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 31: Politik-wissenschaften, Band 198)
- Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg, 2000
- Kuhn, Axel : Die Französische Revolution. Stuttgart, 1999
- Kümmel, Gerhard/ Biehl, Heiko: Warum nicht? Die ambivalente Sicht männli-cher Soldaten auf die weitere Öffnung der Bundeswehr für Frauen. Strausberg, 2001 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 71)
- Kümmel, Gerhard/ Klein, Paul/ Lohmann, Klaus: Zwischen Differenz und Gleichheit. Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen. Strausberg, 2000 (= Berich-te des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 69)

- Kümmel, Gerhard/ Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.): Soldat, weiblich, Jahrgang 2001. Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr. Erste Befunde. Strausberg, 2003 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 76)
- Kümmel, Gerhard: Backlash am Horizont? Die Bundeswehr und die Integration von Frauen im Praxistest. In: Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005. S. 62-78
- Kumpf, Walter: Der Reichsarbeitsdienst im Kriege. In: N.N.: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft. Oldenburg, 1953. S. 293-296
- Kunstwadt, Walter: Von der Affenjacke zum Tropenanzug. Die Geschichte der Bundeswehr im Spiegel ihrer Uniformen und Abzeichen. Bonn, 2006
- Lang, Andreas: Lebensmittelchemiker in Uniform. Die Geschichte der Lebensmittelchemie als Teil der Militärpharmazie. München, 2006 (= Forum Wissenschaftsgeschichte, Band 3)
- Lang, Myrte: Stephanie Hollenstein (1886 – 1944). Diplomarbeit an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck, 1993
- Lange, Helene: Die Frauenbewegung in ihren gegenwärtigen Problemen. 3. Auflage. Leipzig, 1924 (= Wissenschaft und Bildung, Band 27)
- Lauterbach, Wolfgang: Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt. Frankfurt am Main, 1994
- Lehman, Eva: Frauen in den Streitkräften, insbesondere im Sanitätsdienst. Univ. Diss. Technische Universität München, Fakultät für Medizin. München, 1985
- Liger, Albert: Jeanne d'Arc. Orléans, 1898
- Lippert, Ekkehard/ Rössler, Tjarck: Mädchen unter Waffen? Gesellschafts- und sozialpolitische Aspekte weiblicher Soldaten. Baden-Baden, 1980 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 20)
- Lippert, Ekkehard: „...auf keinen Fall Dienst mit der Waffe...“. München, 1988 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 7)
- Lüders, Marie-Elisabeth: Das unbekannte Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914 – 1918. Berlin, 1936
- Mangoldt, Hermann von (Begr.)/ Klein, Friedrich/ Starck, Christian (Hg.): Kommentar zum Grundgesetz, Band I, 5. Auflage. München, 2005
- Martin, Bärbel (Hg.): Frauen in der Gesundheitsversorgung. Lage, 2000 (= Schriftenreihe Gesundheit, Pflege, Soziale Arbeit, Band 5)
- Maske, Nicole: Freiwillige Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in der Bundeswehr. Zugleich eine Überlegung zu den Kompetenzen der EG im Bereich der Wehrverfassung vor dem Hintergrund des Kreil-Urteils des EuGH. Frankfurt am

Main, 2002 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 2: Rechtswissenschaften, Band 3449)

- Menschik, Jutta: Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis. Köln, 1977 (= Kleine Bibliothek, Reihe: Politik, Wissenschaft, Zukunft, Band 87)
- Möller, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie. 4. Auflage. München, 1993 (= dtv, Band 4512)
- Morgan, David: Theatre of War: Combat, the Military and Masculinities. In: Brod, Harry/ Kaufmann, Michael (Hg.): Theorizing Masculinities. Thousand Oaks, 1994. S. 165-182
- Müller, Bernhard: Militärpharmazie in Deutschland bis 1945. Stuttgart, 1993 (= Quellen und Studien zur Geschichte der Pharmazie, Band 68)
- Münch, Ingo von (Begr.)/ Kunig, Philip (Hg.): Grundgesetz. Kommentar. Band I. 4. Auflage, München 1992
- Münch, Ingo von: Gutachten auf dem 38. Parteitag der FDP. In: Freie Demokratische Partei: Frauen und Bundeswehr. Beschluss des 38. ordentlichen Parteitages der FDP in Kiel vom 5./6. September 1987
- Nöding, Ingeborg: Für Frieden und Gleichberechtigung. In: Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der Deutschen Frauenbewegung. 6. Auflage. Köln, 1998 (= Neue Kleine Bibliothek, Band 48). S. 139-154
- Noelle-Neumann, Elisabeth (Hg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976. Band 6, Wien, München, Zürich, 1976
- Nonn, Melitta: Diskussion zum Thema „Ist das Verbot des Dienstes mit der Waffe für weibliche Soldaten noch zeitgemäß?“ Diskussion der 4. Münchener Wehrrechtsgespräche der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht und des Institutes für Wehrrecht der Universität der Bundeswehr München am 11. Juli 1995. In: Steinkamm, Armin (Hg.): Frauen im militärischen Waffendienst. Rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des Einsatzes von Frauen in den Streitkräften unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Bundeswehr und des Österreichischen Bundesheeres. Baden-Baden, 2001 (= Schriftenreihe Wehrdienst und Gesellschaft, Band 6). S. 95-127
- NS-Frauenschaft: Deutsches Frauenschaffen. Jahrbuch der Reichsfrauenführung. Herausgegeben im Auftrag der Reichsleitung NSDAP. Dortmund, 1937
- Olzog, Günter/ Liese, Hans-Jürgen: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte. Programmatik. Organisation. Personen. Finanzierung. 22. Auflage. München, 1993 (= Geschichte und Staat, Band 277)
- Personalamt der Bundeswehr, Abteilung IV: Personalinformation 2005. Personalführung für Offiziere und Offizieranwärterinnen/ Offizieranwärter des Sanitätsdienstes und des Militärmusikdienstes. Köln, 2005

- Pohl, Rolf: Männlichkeit, Destruktivität und Kriegsbereitschaft. In: Seifert, Jürgen: Logik der Destruktion. Hannover, 1992. S. 157-177
- Presse und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft V. Jahresbericht 1973 des Wehrbeauftragten Fritz-Rudolf Schulz vom 07.03.1974 (= Themen parlamentarischer Beratung Nr. 2/74)
- Presthus, Robert: Individuum und Organisation. Typologie der Anpassung. Frankfurt am Main, 1966
- Rebentisch, Ernst (Hg.): Wehrmedizin. Ein kurzes Handbuch mit Beiträgen zur Katastrophenhilfe. München, 1980
- Rebentisch, Ernst: Die Gesundheit der Soldaten. Dokumente zum Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr. Gräfelfing, 1995
- Reynaud, Emmanuel: Les femmes, la violence et l'armée. Essai sur la féminisation des armées. Paris, 1988
- Richter, Ute: Frauen und Bundeswehr. Analyse der rechtlichen Möglichkeiten einer Frauenintegration in die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland. Univ. Diss. Hamburg, 1998
- Riesenberger, Dieter: Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864-1990. Paderborn, 2002
- Rossbach, Karl: Geschichte und Entwicklung des Bayerischen Militär- und Sanitätswesens. Von den Anfängen bis zur Errichtung des neuen deutschen Reiches. Ingoldstadt, 1904
- Ruddick, Sara: Mütterliches Denken. Für eine Politik der Gewaltlosigkeit. Frankfurt am Main, 1993
- Sass, Hans-Martin: Medizinische Ethik bei Notstand, Krieg und Terror. Februar, 2006 (= Medizinethische Materialien, Band 165)
- Sasson-Levy, Orna: Frauen als Grenzgängerinnen im israelischen Militär: Identitätsstrategien und -praktiken weiblicher Soldaten in „männlichen“ Rollen. In: Seifert, Ruth/ Eifler, Christine (Hg.): Gender und Militär. Internationale Erfahrungen mit Frauen und Männern in Streitkräften. Königsstein/Taunus, 2003. S. 74-100
- Schaffer, Hanne Isabell: Konkurrenz unter Frauen. Arbeitsbeziehungen von weiblichen Beschäftigten bei der Bundeswehr. München, 1994 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 91)
- Schenk, Herrad: Frauen kommen ohne Waffen. Feminismus und Pazifismus. München, 1983 (= Beck'sche Schwarze Reihe, Band 274)
- Schmidt-Bleibtreu, Bruno/ Klein, Franz: Kommentar zum Grundgesetz. 10. Auflage. Neuwied, 2004

- Schneider, Achim: Politische und gesellschaftliche Aspekte einer generellen Öffnung der deutschen Streitkräfte für weibliche Soldaten. In: Steinkamm, Armin (Hg.): Frauen im militärischen Waffendienst. Rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des Einsatzes von Frauen in den Streitkräften unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Bundeswehr und des Österreichischen Bundesheeres. Baden-Baden, 2001 (= Schriftenreihe Wehrdienst und Gesellschaft, Band 6). S. 340-391
- Schneider, Josef et al.: Beiträge zur Geschichte der Wehrpharmazie von 1935 – 1945. Düsseldorf, 1982 (= Düsseldorfer Arbeiten zur Geschichte der Medizin, Beiheft 8)
- Schoenholzer, Jean-Pierre: Der Arzt und die Genfer Abkommen vom Jahre 1949. Genf, 1954
- Schönbohm, Jörg: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee. Berlin, 1992
- Seidler, Franz W.: Das Militär in der Karikatur. Kaiserliches Heer, Reichswehr, Wehrmacht, Bundeswehr und Nationale Volksarmee im Spiegel der Pressezeichnung. München, 1982
- Seidler, Franz W.: Frauen zu den Waffen? Marketenderinnen, Helferinnen, Soldatinnen. Bonn, 1978
- Seidner, Ingo: Der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr mit der Waffe als Gleichheitsproblem. Zum verfassungsrechtlichen Kontext von Art. 12a Abs. 4 S. 2 GG. Aachen, 1997
- Seifert, Ruth/ Eifler, Christine (Hg.): Gender und Militär. Internationale Erfahrungen mit Frauen und Männern in Streitkräften. Königsstein/Taunus, 2003
- Seifert, Ruth: Frauen, Männer und Militär. Eine Ergänzung militärsoziologischer Perspektiven. München, 1991 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 46)
- Seifert, Ruth: Individualisierungsprozesse, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. Eine theoretische Studie zur soldatischen Subjektivität und zu ihrer Wechselwirkung mit der Gesellschaft. München, 1993 (= Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Band 61)
- Seifert, Ruth: Krieg und Vergewaltigung. Ansätze einer Analyse. München, 1993 (= Arbeitspapier des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Nr. 76)
- Seifert, Ruth: Militär und Geschlechterverhältnis. Ein Überblick über aktuelle Problemfelder in der Bundesrepublik, Israel und den USA. Hamburg, 1998
- Seifert, Ruth: Militär und Geschlechterverhältnisse. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte. In: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11). S. 44-70

- Seifert, Ruth: Militär, Kultur, Identität. Individualisierung, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. Bremen, 1996 (= Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit, Band 9)
- Seifert, Ruth: Weibliche Soldaten: Die Grenzen des Geschlechts und die Grenzen der Nation. In: Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (Hg.): Frauen im Militär. Empirische Befunde und Perspektiven zur Integration von Frauen in die Streitkräfte. Wiesbaden, 2005. S. 230-241
- Semmelroth, Ellen/ Stieda, Renate von (Hg.): NS Frauenbuch. München, 1934
- Smith, Francis Barrymore: Florence Nightingale. Reputation and Power. London, 1982
- SPD-Fraktion: Frauen in die Bundeswehr – ein Schritt zur Emanzipation oder Mobilisierung der Reservearmee? Argumentationspapier der SPD- Fraktion vom 05.03.1968. Zitiert in: Kraake, Swantje: Frauen zur Bundeswehr. Analyse und Verlauf einer Diskussion. Frankfurt am Main, 1992 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 31: Politikwissenschaften, Band 198). S. 58
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch 1976 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, 1976
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch FS 1, Reihe 4.1.1. 1994
- Steinkamm, Armin (Hg.): Frauen im militärischen Waffendienst. Rechtliche, politische, soziologische und militärische Aspekte des Einsatzes von Frauen in den Streitkräften unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Bundeswehr und des Österreichischen Bundesheeres. Baden-Baden, 2001 (= Schriftenreihe Wehrdienst und Gesellschaft, Band 6)
- Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen. Freiburg im Breisgau, 1993
- Süchting-Hänger, Andrea: Das „Gewissen der Nation.“ Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937. Düsseldorf, 2002 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 59)
- Szász, Ildiko: Zukunfts-Pharmazeutinnen, Frauen im Apothekerberuf oder weibliche Apotheker? In: Faber, Ulrike (Hg.): Wechselwirkungen. Beiträge zu Pharmazie und Politik. Frankfurt am Main, 1999. S. 321-335
- Teubner, Ute: Geschlecht und Hierarchie. In: Wetterer, Angelika (Hg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt am Main, 1992. S. 45-50
- Thöns, Albert: Militärischer Dienstunterricht für einjährig-freiwillige Militärapotheker, Unter- und Oberapotheker des Deutschen Heeres. Berlin, 1889
- Tuten, Jeff M.: Germany and the World Wars. In: Goldman, Nancy (Hg.): Female Soldiers, Combatants or Noncombatants? Historical and Contemporary Per-

spectives. Westport, 1982 (= Contributions in women's studies. Band 33). S. 57-60

- Van Creveld, Martin: Frauen und Krieg. München, 2001
- Vinz, Dagmar: Zeiten der Nachhaltigkeit. Perspektiven für eine ökologische und geschlechtergerechte Zeitpolitik. Münster, 2005
- Vordermaier, Alfred: Frauen für die Bundeswehr. Beurteilung und Perspektiven. Frankfurt am Main, 1985
- Wallhausen, Johann Jacob von: Kriegskunst zu Fuß. Oppenheim, 1916. Nachdruck Graz, 1971
- Watzke-Otto, Susanne: Ich war ein einsatzbereites Glied in der Gemeinschaft. Vorgehensweise und Wirkmechanismen nationalsozialistischer Erziehung am Beispiel des weiblichen Arbeitsdienstes. Frankfurt am Main, 1999 (= Studien zur Bildungsreform, Band 33)
- Weberstedt, Hans (Bearb.): Die Laufbahnen in der Deutschen Wehrmacht. Minden, 1935
- Wetterer, Angelika (Hg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt am Main, 1992
- Wetterer, Angelika: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive. Konstanz, 2002
- Wetterer, Angelika: Das Geschlecht (bei) der Arbeit. In: Pasero, Ursula/ Braun, Friederike (Hg.): Konstruktion von Geschlecht. Pfaffenweiler, 1995. S. 199-223
- Willke, Helmut: Systemtheorie. Eine Einführung in die Grundprobleme. Stuttgart, 1987 (= UTB für Wissenschaft, Band 1161)
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hg.): Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Stuttgart, 1989 (= Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Band 343)
- Yuval-Davis, Nira: Geschlecht und Nation. Emmendingen, 2001
- Yuval-Davis, Nira: Militär, Krieg und Geschlechterverhältnisse. In: Eifler, Christine/ Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen. Militär und Geschlechterverhältnis. Münster, 1999 (= Forum Frauenforschung, Band 11). S. 18-43

6.2. Zeitschriften und Zeitungen

- 10. Frauenkonferenz der IG Metall, Vorstand Frauenausschuss: Gegen die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und die Beschäftigung von Frauen in der Bundeswehr. Antrag E 10 vom 08.06.1979. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bür-

gerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03.-05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983. S. 199

- 11. Frauenkonferenz der IG Metall: Keine Frauen in der Bundeswehr. Antrag A 123 vom 01.09.1982. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bürgerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03.-05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983. S. 204
- Absolon, Rudolf: Sammlung wehrrechtlicher Gutachten und Vorschriften 9 (1971) Nr. 9
- Adam-Schwaetzer, Irmgard: Frauen in die Bundeswehr. Pro und Contra. In: Die Truppenpraxis 31 (1987) Nr. 3. S. 222-226
- Allmendinger, Jutta/ Hackman, Richard: Akzeptanz oder Abwehr? Die Integration von Frauen in professionelle Organisationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (1994) Nr. 2. S. 238-258
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Beschlüsse der Bundeskonferenz in Bad Godesberg vom 10.-12.05.1983. Hier: Antrag D 22: Frauen in die Bundeswehr
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Beschlüsse der Bundeskonferenz in Erlangen vom 18.-20.05.1979. Hier: Antrag A 22: Wehrpflicht für Frauen
- Bab, Ilse: Zum Jahr der Frau. In: Information für die Truppe 19 (1975) Nr. 4. S. 41-47
- Bajohr, Stefan: Weiblicher Arbeitsdienst im „Dritten Reich“. Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 28 (1980) Nr. 3. S. 331-357
- Barth, Ariane: Etwas anderes als Sex. Über Frauen in der Armee. In: Der Spiegel 32 (1978) Nr. 46. S. 38-56
- Berglar-Schroer, Peter: Äskulap in Waffen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.12.1955
- Berkhan, Karl-Wilhelm: Doch bald Fräulein Leutnant. In: Bild-Zeitung vom 21.08.1979
- Berndt, Helmut: Attraktiveres Berufsbild. In: Loyal 7 (1975) Nr. 8. S. 24-26
- Birckenbach, Hanne: Arbeitsteilung im Frieden. In: Courage 7 (1982) Nr. 8. S. 14-22
- Birckenbach, Hanne: Militär II. Zivile Dienste. In: Courage 4 (1979) Nr. 10. S. 21-24
- Brandes, Ada: Waffenlose Frau. In: Stuttgarter Zeitung vom 28.08.1979
- Bundeswehr 1974: Eine PR-Veröffentlichung des Bundesministeriums für Verteidigung in der Süddeutschen Zeitung Nr. 68 vom 21.03.1974

- Burda, Hubert: Wann gibt es Frauen in Uniform? Interview mit dem Verteidigungsminister Hans Apel. In: Die Bunte 23 (1978) Nr. 47 vom 16.11.1978
- Die CDU: Frauen sind für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr. Presseerklärung vom 22.08.1979
- Die Grünen: Grundausbildung statt Mutterschaftsgeld. Eine Verhöhnung der Frauen. Pressemitteilung Nr. 248/83 vom 29.07.1983
- Elwenspoek, Hans-Joachim: Die Frau als Ersatzmann, weil der Bürger in Uniform knapp wird. In: Hamburger Abendblatt vom 22.08.1979
- Epple, Eva-Maria: Auch zivile Dienste sind Kriegsdienste. In: Courage 4 (1979) Nr. 10. S. 28 f.
- Epple, Eva-Maria: Die Schwestern helfen nicht. Zivile Kriegsdienste. In: Courage 6 (1981) Nr. 3. S. 26-35
- Flensburger Tagesblatt vom 27.08.1975
- Fuchs, Anke: Frauen an die Waffen. Pro und Contra. In: Stuttgarter Nachrichten vom 01.09.1979
- Funcke, Liselotte: Wir sind keine Aushilfssoldaten. In: Die Welt vom 22.08.1979
- Gersdorff, Ursula von: Frauen in der Landesverteidigung. In: Information für die Truppe 19 (1975) Nr. 4. S. 50-63
- Gerste, Margrit: Ende der Schonzeit. In: Die Zeit (1982) Nr. 23 vom 03.06.1982
- Göbelt, Richard: Gleichberechtigung ist nicht Gleichmacherei. Die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere im Einsatz bei der Bundeswehr. In: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung 15 (2005) Nr. 4. S. 22 f.
- Graepel, Peter Hartwig: Die ersten Marburger Pharmaziestudentinnen (1901-1925). In: Pharmazeutische Zeitung 129 (1984) Nr. 29. S. 1660-1665
- Grunwald, Erhard/ Vollmuth, Ralf: Der Sanitätsdienst der Bundeswehr im Wandel der Zeit. In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 30 (2006) Nr. 3. S. 26-34
- Hacker, Hanna: Ein Soldat ist meistens keine Frau. Geschlechterkonstruktionen im militärischen Feld. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 20 (1995) Nr. 2. S. 45-63
- Hahn, Oswald: Frauen in der Bundeswehr. Perfektionierte Unwirtschaftlichkeit. In: Europäische Wehrkunde. Wehrwissenschaftliche Rundschau 34 (1985) Nr. 2. S. 64-66
- Hauer, Erich: Auch Frauen für die Bundeswehr? In: Westfälische Rundschau vom 30.09.1964
- Haedge, K.L.: Gesundheitswesen im Zivilschutz. In: Intensivbehandlung 5 (1980) Nr. 4. S. 149
- Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ (Hg.): Argumente Pro und Contra zur Langzeitplanung der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums im Sommer 1982. Köln, 1982

- Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!“ Presseerklärung vom 01.09.1980
- Jungsozialisten der SPD: Erklärung des Bundesvorstandes der Jungsozialisten durch Sprecher Willi Piecyk vom 29.10.1981. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bürgerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03.-05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983. S. 180
- Juppenlatz, Peter: Dieses Jahr hat mich geschafft. In: Stern 30 (1976) Nr. 1. S. 114
- Kelly, Petra: Auch Frauen in die Bundeswehr? Politikerinnen nehmen Stellung. Stellungnahme der Grünen. In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3. S. 70-73
- Kuchel, Gertrud: Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht. In: Die Studentin Nr. 7 (1925). S. 19-21
- Kümmel, Gerhard: When boy meets girl: the ‘Feminization’ of the military. In: Current Sociology 50 (2002) Nr. 5. S. 615-639
- Lehman, Eva: Weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr. Ein Rückblick über zehn Jahre. In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 10 (1986) Nr. 2. S. 95-98
- Lippert, Ekkehard: Soldat ohne Waffe? Zu einem spezifischem Aspekt der Einbeziehung von Frauen ins Militär. In: SAMS-Informationen. Bulletin des Schweizerischen Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften 6 (1982) Nr. 2. S. 92-101
- Maetzke, Ernst-Otto: Bürgerinnen in Uniform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.02.1975
- Maihofer, Andrea: Gleichheit und/oder Differenz? Zum Verlauf einer Debatte. In: Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen, 1998 (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 28). S. 155-176
- Moniac, Rüdiger: Esther Vilar fordert Wehpflicht für die Frau. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.11.1974
- Moniac, Rüdiger: Jawohl, Frau Stabsarzt. Über die Frauen in der Bundeswehr. In: Loyal 7 (1975) Nr. 3. S. 6-9
- N.N.: „Nur“-Hausfrau wird bekannte Künstlerin. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 11. S. 631
- N.N.: Aus der Arbeit des Beirates für Fragen der Inneren Führung. In: Information für die Truppe 18 (1974) Nr. 3. S. 19-23
- N.N.: Bundeswehr einmal „live“ erleben. In: Bundeswehr aktuell vom 08.04.1974
- N.N.: Damenwahl bei Wörner? In: EMMA (1987) Nr. 9. S. 14 f.

- N.N.: Eine Anzeige – 80 Interessenten. Auch Ärztinnen bewerben sich. In: Bundeswehr aktuell vom 05.08.1974
- N.N.: Ereignis von historischem Rang. In: Bundeswehr aktuell vom 03.10.1975
- N.N.: Frauen als Sanitätsoffiziere. In: Die Bundeswehr 20 (1975) Nr. 2
- N.N.: Frauen in die Bundeswehr? In: Der Gewerkschafter (Organ der IG Metall) 30 (1982) Nr. 9. S. 26 f.
- N.N.: Frauen ins Militär? In: Courage 5 (1980) Nr. 10
- N.N.: Für die Frau. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 1. S. 38 f.
- N.N.: Gast-Soldaten. In: Die Welt vom 27.08.1979
- N.N.: Gleichberechtigung – noch keine Realität. In: Der Staatsbürger. Beilage der Bayerischen Staatszeitung ohne Jahrgang (1977) Nr. 4. S. 1-6
- N.N.: Grünes Licht für Ärztinnen als Sanitätsoffiziere der BW. Gesetzesänderungen sind in Kraft getreten. In: Bundeswehr aktuell vom 11.08.1975
- N.N.: Hat Berkhan gegen seinen Auftrag verstoßen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.08.1979
- N.N.: Hier irrte der Computer. In: Bundeswehr aktuell vom 26.04.1974
- N.N.: Interview mit Bundesverteidigungsminister Hans Apel. In: Familien-Journal Hör zu vom 06.08.1982
- N.N.: Interview mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Jürgen Brandt. In: Hamburger Abendblatt vom 28.06.1982
- N.N.: Interview mit Eva Neuland. In: Bunte Nr. 47 vom 13.11.1975
- N.N.: Jetzt macht der Dienst richtig Spaß. PH-Studentinnen leisten Praktikum bei der Bundeswehr. In: Bundeswehr aktuell vom 11.03.1974
- N.N.: Kabinett billigt Einstellung von Frauen. In: Die Bundeswehr 20 (1975) Nr. 4. S. 144
- N.N.: Kindererziehung durch Fernsehen? In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 2. S. 88
- N.N.: Krankenschwestern in der Bundeswehr. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 4. S. 206
- N.N.: Nirgendwo richtig zu Hause. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 8. S. 447
- N.N.: Nur die Uniform? Frau Stabsarzt sagt entschlossen „Nein“! In: Die Welt vom 03.10.1975
- N.N.: Schick, kleidsam, praktisch. Uniform für weibliche San.Offiziere. In: Bundeswehr aktuell vom 10.06.1975
- N.N.: Schwesternhelferinnen: Ausgebildet für den Tag X – 250.000 Frauen mißbraucht. In: Die Neue vom 17.09.1982
- N.N.: Soldatenfrauen und Gruppenarbeit. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 6. S. 319

- N.N.: Sylvia macht ein Praktikum beim Bundeswehr – Sozialwerk. In: Bundeswehr aktuell vom 07.02.1974
- N.N.: Umzugshäufigkeit wirkt negativ auf den Schulalltag der Kinder. In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 9. S. 505
- N.N.: Wie fördert der Staat unsere Familien? In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 12 . S. 693
- N.N.: Wie lange dürfen Kinder fernsehen? In: Die Bundeswehr 23 (1978) Nr. 3. S. 148
- N.N.: Wir haben uns schon bestens eingelebt. In: Bundeswehr aktuell vom 20.11.1975
- N.N.: Nichts gegen Frauen im Sanitätsdienst. In: Die Bundeswehr 19 (1974) Nr. 12
- Neumann, Paul: Besorgniserregendes Defizit an Ärzten. Vorschläge für das Sanitätswesen der Bundeswehr. In: Sozialdemokratischer Pressedienst der SPD 29 (1974) Nr. 106 vom 06.06.1974. S. 5-7
- Nischelsky, Gisela: Pro und Contra für den freiwilligen Dienst der Frauen. In: Neue Bonner Depesche ohne Jahrgang (1980) Nr. 2
- Parnaß, Peggy: Gleiches Recht, egal wie unmenschlich es ist? In: Courage 5 (1980) Nr. 10. S. 7 f.
- Pfütze, Doris: Ich würde den Kriegsdienst verweigern. Interview mit Alice Schwarzer. In: Münchener Abendzeitung vom 23.08.1979
- Plogstedt, Sibylle: Frauen ins Militär? Feministinnen kontrovers. In: EMMA (1980) Nr. 12. S. 18-22
- Raiser, Elisabeth: Vergewaltigung als Kriegsstrategie. In: Junge Kirche 45 (1993) Nr. 1. S. 4-10
- Rebentisch, Ernst: Der Sanitätsdienst ist stets ein Kind seiner Zeit. In: Wehrmedizin und Wehrpharmazie 30 (2006) Nr. 3. S. 22 f.
- Renger, Annemarie: Wir sind keine Aushilfssoldaten. In: Die Welt vom 22.08.1979
- Renn, Heinz: Gibt es eine Militärsoziologie in der Bundesrepublik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament ohne Jahrgang (1972) Nr. 44. S. 12-17
- Rilke, Alice: Frauenarbeit und Meldepflicht. In: Die Frau 50 (1943). S. 98-103
- Rombach, Rüdiger: Magdalene Neff. Erste deutsche Apothekerin. Selbstbiographien in den Rundbriefen der ersten deutschen Pharmazeutinnen. In: Deutsche Apotheker Zeitung 121 (1981) Nr. 7. S. 343-345
- Ryba, Ruth: Frauendienstpflicht-ein Wehrbeitrag? In: Alte Kameraden 14 (1966) Nr. 1. S. 6 f.

- Salten, Lenhard: „Frau Dr. med. dent.“ auch in der Bundeswehr willkommen. In: Zahnärztliche Mitteilungen 69 (1979) Nr. 9. S. 544 f.
- Schueler, Hans: Frauen als Lückenbüßer? Wenn die Armee zuwenig Soldaten hat. In: Die Zeit (1979) Nr. 36 vom 31.08.1979 S. 7
- Schwarzer, Alice: Frauen an die Waffen. In: EMMA (1979) Nr. 10. S. 5
- Schwarzer, Alice: Frauen an die Waffen. Pro und Contra. In: Stuttgarter Nachrichten vom 01.09.1979
- Schwarzer, Alice: Frauen ins Militär? Feministinnen kontrovers. In: EMMA (1980) Nr. 12. S. 18-22
- Schwarzer, Alice: Frauen ins Militär? In: EMMA (1978) Nr. 6. S. 5
- Schwarzer, Alice: Von Flintenweibern und Flintenkerlen. In: EMMA (1984) Nr. 6. S. 4
- Schwarzhaupt, Elisabeth: Dienstverpflichtung von Frauen. In: Frau und Politik 14 (1968) Nr. 6. S. 5
- Staatliches Gesundheitsamt Karlsruhe: Brief vom 12.03.1979 an Claudia Schneider. Abgedruckt in: Courage 4 (1979) Nr. 10 S. 27
- Stiehm, Judith: The protected, the protector, the defender. In: Women's studies international forum 5 (1982) Nr. 3/4. S. 367-376
- Theens, Ria: Frau Doktor mit drei Silbersternen. In: Rheinische Post vom 24.02.1976
- Tölle, Helga: Bundeswehr. Arbeitsmarkt für Frauen? Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3
- Tübler, Irma: Frauen in den Streitkräften. In: Frau und Politik 24 (1978) Nr. 10. S. 5
- Vilar, Esther: Militärlaufbahn anbieten. In: Der Spiegel 32 (1978) Nr. 49
- Voigt, Karsten: Plädoyer für den freiwilligen weiblichen Soldaten: Politisch Parlamentarischer Pressedienst Nr. 117 vom 22.06.1979. Abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Dokumentation des Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie „Frauen und Bundeswehr – eine allgemeine Bürgerpflicht für Männer und Frauen?“ Gummersbach, 03.-05.07.1981. 2. Auflage. Bonn, 1983. S. 176
- Voigtländer, Dorothea: Frauen in die Bundeswehr? In: Bonner General-Anzeiger vom 12.04.1975
- Weller, Helmut: Die Sterne fallen etwas kleiner aus. In: Kölner Stadtanzeiger vom 26.10.1976
- Wettig-Danielmeier, Inge: Frauen in die Bundeswehr? Politikerinnen nehmen Stellung. Stellungnahme der SPD. In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3. S. 70-73

- Wex, Helga: Frauen in die Bundeswehr? Politikerinnen nehmen Stellung. Stellungnahme der CDU-Frauenvereinigung. In: Anhaltspunkte 27 (1983) Nr. 3. S. 70-73
- Winterstein, Werner: Die Beschäftigung von Frauen in den deutschen Streitkräften von 1914-1945. In: Bundeswehrverwaltung 20 (1976) Nr. 6. S. 129-136
- Wörner, Manfred: Nachgefragt. In: Augsburger Allgemeine Zeitung vom 12.05.1982
- Zimmermann, Horst: Was Georg Leber zum Jahr der Frau beiträgt. In: Die Welt am Sonntag Nr. 2 vom 12.01.1975 S. 3

6.3. Digitale Quellen

- Overesch, Manfred: Das Dritte Reich. Daten, Bilder, Dokumente. Berlin 2001 (= Digitale Bibliothek, Band 49)
- Deutsches Historisches Museum (Hg.): Kaiser, Führer, Republik. Politische Postkarten vom Kaiserreich bis zur Besatzungszeit. Berlin 2002 (= Digitale Bibliothek, Band 92)

6.4. Bundestagsprotokolle/Ausschussprotokolle

- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode, 191. Sitzung vom 08.02.1952
- Protokoll des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, vom 09.02.1954
- Protokoll des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, vom 06.02.1956
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode, 132. Sitzung vom 06.03.1956
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 4. Wahlperiode, 153. Sitzung vom 11.12.1964
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode, 174. Sitzung vom 15.05.1968
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 5. Wahlperiode, 207. Sitzung vom 15.01.1969
- Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 16.10.1974
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 144. Sitzung vom 24.01.1975
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 171. Sitzung vom 16.05.1975

- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 181. Sitzung vom 19.06.1975
- Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode, 182. Sitzung vom 20.06.1975

6.5. Drucksachen

- Drucksache II/2150 des Deutschen Bundestages. Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses vom 29.02.1956
- Drucksache V/1698 des Deutschen Bundestages vom 27.04.1967. Antrag des Verteidigungsausschusses
- Drucksache V/2948 des Deutschen Bundestages vom 22.05.1968. Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Matthias Hoogen
- Drucksache VI/3232 des Deutschen Bundestages vom 29.02.1972
- Drucksache VII/3773 des Deutschen Bundestages vom 12.06.1975. Bericht und Antrag des Berichterstatters Gerstl
- Drucksache XI/7860 des Deutschen Bundestages vom 12.09.1990. Ausschussbericht des Deutschen Bundestages

6.6. Quellenverzeichnis

- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 510: Gesetz, betreffend Änderung der Wehrpflicht vom 15.04.1905
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 510: Zusammenstellung der Gesetze, Verordnungen und Vollzugsbestimmungen über die Verpflichtung zum Kriegsdienste in Bayern
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14383: Informationsschreiben des Kriegsministeriums an alle Landeskriegsministerien und Kriegsamtstellen vom 12.12.1916
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14383: Niederschrift über die 1. Sitzung des „Nationalen Ausschusses für Frauenarbeit im Kriege“ vom 29.01.1917
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14383: Brief des Kriegsministeriums Berlin an alle Kriegsamtstellen und Nebenstellen vom 13.03.1917
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14384: Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Frauenarbeit im Kriege vom 12.07.1917

- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14384: Heranziehung weiblicher Hilfskräfte in den besetzten Gebieten vom 14.07.1917. Erlass des Kriegsammtes Nr. 96/3
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur Mkr 14384: Antrag des Kriegsministeriums vom 06.09.1917
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14386: Verschiedene Abstellungen trotz Minderjährigkeit in die Etappe. Kriegsministerium München an verschiedene Kriegsamtstellen, alle 1918
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14389: Brief des Kriegsministeriums an alle Kriegsamtstellen und Nebenstellen vom 22.10.1918
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14389: Merkblatt zum Eintritt in das weibliche Nachrichtenkorps. Anlage zum Erlass 57/10 vom 05.11.1918
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14391: Tätigkeit der Frauenreferate des Kriegsammtes und der Kriegsamtstellen vom 11.01.1917 bis 01.02.1919
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv/Kriegsarchiv (BHSA/KA), Signatur MKr 14391: Brief des General-Kommando II an das Ministerium für militärische Angelegenheiten (Kriegsamt) vom 01.03.1919
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur Msg 2/177: Richtlinien über Menschenführung in der Truppe vom 29.04.1944. Autor: Oberstabsarzt Dr. Driest
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/73638: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab, Arbeitsbereich Public Relations: Nachwuchswerbung, hier: beratende Agentur Dr. Hegemann GmbH
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/73638: Stellungnahme der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH: Soll die Bundeswehr 1975 ihre Personalwerbung fortsetzen? 08.01.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/11473: Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Repräsentativbefragungen durch Meinungsforschungsinstitute und durch die Bundeswehr
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Fü L I 1 an Referat InSan II 3: Verwendung von Frauen im Soldatenstatus der Bundeswehr vom 11.04.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Brief an das Bundesministerium für Verteidigung vom 14.03.1978
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Brief an das Bundesministerium für Verteidigung vom 11.09.1978

- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/87048: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab: Stellungnahme zum Thema Frauen in den Streitkräften. April 1982
- Bundesministerium für Verteidigung: BMVg InSan II 3/P V7: Stärke- und Ausrüstungsnachweisung Stand 31.12.1974
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/73638: Stellungnahme der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH: Nachwuchswerbung der Bundeswehr- Bedarfsdeckung der Teilstreitkräfte vom 04.10.1974
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/16014: Memorandum des Präsidiums des Deutschen Ärztetages an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, den Bundeskanzler, den Bundesverteidigungsminister und dem Minister des Innern vom 25.07.1952
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/32301: Zusammenfassung der Ausführungen des Bundesministers der Verteidigung, Kai-Uwe Hassel, anlässlich des Gesprächs mit den weiblichen Abgeordneten des Bundestages am 24.03.1963: Frauen und Bundeswehr, Anlage 2: Übersicht über das bei der Bundeswehr beschäftigte und in einem Verteidigungsfall benötigte weibliche Personal
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/113923: Bundesministerium für Verteidigung, Werbebroschüre: Das Heer. Der Gebirgsjäger
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/113923: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab, Arbeitsbereich Public Relations: Brief vom 23.05.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/114876: Bundesministerium für Verteidigung, Informations- und Pressestab, Arbeitsbereich Public Relations: Auftragsuntersuchung des INFA Institutes
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Auszug aus dem Kollegiumsprotokoll vom 07.11.1974. Tagesordnungspunkt 1: Öffnung der Sanitätsoffizierslaufbahn für Frauen
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Schreiben des Abteilungsleiters VR an den Bundesverteidigungsminister. Betreff: Ärztinnen als Sanitätsoffiziere vom 15.11.1974
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes und der Wehrdisziplinarverordnung vom 31.01.1975. Datenblatt-Nr. 7/1734/01
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Ministerialrats Meyer an den Chef des Bundeskanzleramtes vom 31.01.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 2: Presseinformationen aus Anlass der

Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes und der Wehrdisziplinarordnung in der Kabinettsitzung am 19.02.1975

- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Erläuterungen zur geplanten Einstellung von Frauen in die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung vom 19.02.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Marine Flottenkommandos an das BMVg vom 19.04.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Handschriftliche Notiz des OFAp Krauss (InSan II 3) vom 28.05.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Informationen zum Sanitätsdienst. Hier: weibliche Sanitätsoffiziere. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung. Stand Juli 1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Senders Freies Berlin an Oberstleutnant Lübbert vom 29.07.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Brief des Informations- und Pressestabes des Bundesministeriums für Verteidigung an den Staatssekretär Fingerhut vom 01.08.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Material für die Presse. Weibliche Sanitätsoffiziere in der Bundeswehr. Informations- und Pressestab des Bundesministeriums für Verteidigung vom 10.08.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 3. Schreiben an den Sender Freies Berlin vom 25.08.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Einstellung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere. Personalstelle des Bundesministeriums der Verteidigung, P V 7. Schreiben an den Abteilungsleiter vom 23.09.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 1/49803: Interview des Ministers mit dem Sender Freies Berlin. Schreiben des Informations- und Pressestabes des Bundesministeriums für Verteidigung vom 24.09.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA, Signatur BW 1/49803): Brief des Bundesministeriums für Verteidigung, Abteilung InSan II 6 über die Gestaltung der Uniform für weibliche Sanitätsoffiziere vom 14.02.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/4075 – 4076: Zivile Notstandsplanung und weibliches Sanitätspersonal 1970-1972 (InSan II 3, Az. 08-45)

- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief der Abteilung VR III 5 des Bundesministeriums für Verteidigung an InSan II 6 vom 28.11.1974
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 6: Vorstellung von Musteruniformen. Schnellbrief vom 05.02.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Bundesministeriums der Verteidigung an das Sanitätsamt vom 18.02.1976
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief der Abteilung Fü S I 1 des Bundesministeriums für Verteidigung an InSan II 6 vom 18.03.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung: Gewährung von Bekleidungszuschüssen. Bekanntmachung vom 26.08.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung: Uniform für weiblichen Sanitätsoffiziere. Aufstellung vom 02.10.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Persönliche Ausrüstung für weibliche Sanitätsoffiziere. Verfügung vom 07.10.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan III 3: Anzugordnung für die Bundeswehr vom 07.10.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr vom 22.10.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Flugmedizinisches Institut: Az. 49-10-00 vom 23.10.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü H I 1: Weibliche Offiziere im Sanitätsdienst der Bundeswehr vom 28.10.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü H I: Brief betreffend Ausstattungssoll der weiblichen Sanitätsoffiziere mit Bekleidung und persönlicher Ausrüstung vom 24.11.1975
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü S I 1: Ergänzung durch ein Abendkleid vom 13.01.1976
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü S I 1: Verfügung zur Uniform der weiblichen Sanitätsoffiziere vom 15.01.1976

- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Sanitätsamts der Bundeswehr an das Bundesministerium für Verteidigung vom 26.01.1976
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSanII 2: Emblem zur Kappe für weibl. SanOffz. Kurzbrief vom 10.02.1976
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung InSan II 6: Regelung für die Zeit einer Schwangerschaft vom 22.04.1976
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Auszug aus dem Kurzprotokoll der Abteilungsleiterkonferenz des Bundesministeriums für Verteidigung am 26.10.1976
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Bundesministerium für Verteidigung, Abteilung Fü S I 1: Verfügung vom 20.01.1977
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Verteidigungsministers Georg Leber an Bundespräsident Walter Scheel vom 28.01.1977
- Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332: Brief des Bundespräsidenten Walter Scheel an Verteidigungsminister Georg Leber vom 02.02.1977
- Sanitätsakademie der Bundeswehr, München: Vortrag des Inspektors des Sanitäts- und Gesundheitswesens vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages am 30.10.1968. (ohne Signatur)

6.7. Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Frauen in den Streitkräften
- Abbildung 2: Verkrüppelter Soldat mit Landsknechtfrau
- Abbildung 3: Gruppenfoto aus dem Lazarett mit drei Krankenschwestern der Armee
- Abbildung 4: Erfassung junger Frauen für den obligatorischen Reichsarbeitsdienst
- Abbildung 5: Arbeitermädchen im Pflichtjahr auf dem Weg zur Arbeit
- Abbildung 6: Werbeplakat des Gaupropagandaamtes Reichenberg vom 21.01.1945
- Abbildung 7: Ausbildung einer Frau an der Panzerfaust im April 1945
- Abbildung 8: Flakwaffenhelferinnen bei der Ausbildung am Funkmessgerät
- Abbildung 9: Als „Blitzmädel“ bezeichnete Nachrichtenhelferin
- Abbildung 10: Studienstand der Sanitätsoffizieranwärter (WS 1974/1975)
- Abbildung 11: Entwicklung der Personallage der Sanitätsoffiziere 1968 – 1974

- Abbildung 12: Altersstruktur der Sanitätsoffiziere (gesamt)
- Abbildung 13: Stabsärztin des ersten Jahrganges bei einer Untersuchung
- Abbildung 14: Ernennung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere am 01.10.1975
- Abbildung 15: Die ersten weiblichen Sanitätsoffiziere mit dem Bundesverteidigungsminister
- Abbildung 16: Bericht der Zeitschrift Bundeswehr aktuell vom Jahr 1974
- Abbildung 17: Darstellung der ersten Ärztinnen bei ihrer Arbeit
- Abbildung 18: Karikatur von Wilhelm Hartung in Die Welt (1975)
- Abbildung 19: Karikatur in Berliner Morgenpost vom 24.08.1979
- Abbildung 20: Karikatur in Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.08.1979
- Abbildung 21: Karikatur in Hessische Allgemeine Zeitung vom 23.08.1979
- Abbildung 22: Logo der „Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“

Anhang

Anhang I: Ausstattungssoll Bekleidung und persönliche Ausrüstung weibliche Sanitätsoffiziere, Grundausrüstung und Friedenszusatzausstattung

Grundausrüstung

Artikel	Menge
Arbeitsmütze/Barett	1
Mütze, Winter (oliv)	1
Stahlhelm, einteilig	1
Feldjacke, Baumwolle	2
Feldhose, Baumwolle	2
Feldparka	1
Feldhemd	3
Unterhemd, oliv, kurzer Arm	3
Unterhose, oliv, lang	5
Handtuch, Frottier-	2
Socken, Wolle (grau)	4
Leibbinde	1
Kniewärmer	1
Halstuch, steingrau	1
Pullover (grau)	1
Überhandschuhe	1
Kampfschuhe (Paar)	1
Essbesteck, Feld	1
Essgeschirr	1
Dose, Brotaufstrich	1
Feldflasche mit Trinkbecher	1
Schuhputzzeug	1
Waschzeugbeutel	1
Nähzeug, Heer	1
Koppeltragehilfe	1
Koppel, steingrau-oliv	1
Hosenträger	1
Mückenschleier	1
Rucksack	1
Rucksack, klein	1
Stiefelbeutel	1

Riemen für Decke	5
Zeltbahn mit Zubehör	1
Schlafsack	1
Taschenmesser, Mehrzweck	1
Klappspaten (mit Tragetasche)	1
Brille, Schutz und Sonnenbrille	1
Erkennungsmarke	1
Kette zur Erkennungsmarke	1
Kocher, Esbit	1
Esbitbrennstofftabletten	2

Friedenszusatzausstattung

Artikelbezeichnung	Menge	Anmerkung	Preis in DM
Kappe	2		69,20
Wintermantel	1		318,70
Sommermantel (zugl. Regenmantel)	1		264,95
Jacke	2		236,40
Rock (Damen-)	2		120,70
Hose	2		143,70
Blouson	2		114,25
Bluse, hellblau, mit langen Ärmeln	3		65
Bluse, hellblau, mit kurzen Ärmeln	2		62
Bluse, weiß, mit langen Ärmeln	3		k.A.
Bluse, weiß, mit kurzen Ärmeln	2		k.A.
Unterziehpulli, mit langen Ärmeln	2		44,30
Pullover	2		72,35
Halstuch	2		9,75
Schlafanzug	2	Selbstbeschaffung	35 (pauschal)
Schlüpfer	7	Selbstbeschaffung	4 (pauschal)
Wollschlüpfer	2	Selbstbeschaffung	10 (pauschal)
Büstenhalter	3	Selbstbeschaffung	20
Unterhemd	5	Selbstbeschaffung	7
Miederhose/Hüfthalter	3	Selbstbeschaffung	25
Strümpfe/Strumpfhose	7	Selbstbeschaffung	4
Taschentuch	5	Selbstbeschaffung	1,80
Fingerhandschuhe, Leder, gefüttert	1	Selbstbeschaffung	35
Fingerhandschuhe, Leder, ungefütert	1	Selbstbeschaffung	25
Schuhe, Paar	2	Selbstbeschaffung	65,00 – 80,00
Sportschuhe	1	Selbstbeschaffung	30
Schuhspanner	1	Selbstbeschaffung	6

Trainingsanzug	1	Selbstbeschaffung	70
Sporthemd	2	Selbstbeschaffung	7
Sporthose	1	Selbstbeschaffung	15
Badeanzug	1	Selbstbeschaffung	50
Badekappe	1	Selbstbeschaffung	15
Handtasche	1	Selbstbeschaffung	60
Wäschesack	1		Unentgeltlich
Stiefelbeutel	1		Unentgeltlich
Seesack	1		Unentgeltlich

Tabelle 7: Persönliche Ausrüstung für weibliche Sanitätsoffiziere. Aufstellung vom 02.10.1975. Quelle: Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Signatur BW 24/8332. Die Preise sind der Anlage 4 entnommen.

Anhang II : Referate und Aufgabenzuweisung des Sanitätsdienstes 1975

InSan I – Abteilung Sanitätswesen

InSan II – Abteilung Gesundheitswesen

Abteilung	Referat	Aufgabe
InSan I	1	Wehrmedizinische Grundsatzfragen
InSan I	2	Militärischer Dienst, Heilfürsorge
InSan I	3	Allgemeine Hygiene, Seuchenbekämpfung
InSan I	4	Arbeitsmedizin, medizinische Ergonomie
InSan I	5	Ärztliche Angelegenheiten des Wehrrersatzwesens
InSan I	6	Zahnmedizin
InSan I	7	Wehrpharmazie und Lebensmittelchemie
InSan I	8	Veterinärmedizin
InSan I	9	Ernährungsphysiologie, angew. Ernährungswissenschaft
InSan II	1	Führung und Einsatz des Sanitätsdienstes
InSan II	2	Organisation des Sanitätsdienstes
InSan II	3	Personalplanung, personelle Grundsatzforderungen
InSan II	4	Ausbildung
InSan II	5	Infrastruktur auf dem Gebiet des Sanitätswesens
InSan II	6	Materialeinführung und Bedarfsdeckung
InSan II	7	Materialbewirtschaftung und -erhaltung,

Anhang III: Übersicht über relevante Gesetzesänderungen

a) Änderungen des Gesetzes über die Rechtsstellung der Soldaten- Soldatengesetz (SG)

Nr.	Titel/Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte/eingefügte Vorschriften/ Inhalte der Änderungen
1	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten vom 19. März 1956	BGBI. I S.114	Erstfassung
2	Neuntes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 21. Juli 1970	BGBI. I S. 1120	§ 27, 30,39, 46, 55, 56, 72 Neuordnung der Laufbahn der Sanitätsoffiziere
3	Elftes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 10. August 1975	BGBI. I S. 2113	§ 1 ,3, 28, 30,51, 54, 72 Anpassung in Hinblick auf die Öffnung des Sanitätsdienstes für Frauen.
4	Artikel 4 des Achten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 30. Juni 1989	BGBI. I S. 1282	§ 28, 28a, 46, 49, 55, 56 Änderung in den Vorschriften über Betreuungsurlaub für Frauen in der Laufbahn der Sanitätsoffiziere.
5	Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Soldatengesetzes vom 06. Dezember 1990	BGBI. I S. 2588	§ 1, 2, 28, 28a, 30, 37, 39, 40, 43, 45, 46, 51, 54, 55, 60, 61, 72, 74 Aufnahme der Vorschriften zur Einstellung von Frauen in allen Laufbahnen im Sanitätsdienst und im Militärmusikdienst. Erweiterung des Anspruchs auf Erziehungsurlaub für alle Soldaten
6	Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes und anderer Vorschriften vom 19. Dezember 2000	BGBI. I S. 1815	§ 1,2,4,5, 13, 17-20a, 23, 28, 32, 33, 40 – 51a Öffnung aller Laufbahnen für Frauen
7	§ 2 des Gesetzes zur Durchsetzung der Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten (SDGleiG) vom 27. Dezember 2004	BGBI. I S. 3822	§ 28, 30a, 30b, 40, 46, 72 Schaffung der Möglichkeit zur Teilzeitarbeit. Folgeänderungen, zum Beispiel Verlängerung der Dienstzeit.

b) Änderungen des Grundgesetzes

Nr.	Titel/Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte/eingefügte Vorschriften/ Inhalte der Änderungen
1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949	BGBI. I S. 1	Erstfassung
2	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19. März 1956	BGBI. I S. 111	Art. 12, 17a, 36, 45a, b, 49, 59a, 60, 65a, 87a, b, 96 Wehrverfassung
3	Siebzigstes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 „Notstandsgesetze“	BGBI. I S. 709	Art. 9-12a, 19, 20, 35, 53a, 59a, 65a, 73, 80a, 87a, 91, 115a-l, 142a, 143 Notstandsverfassung im Verteidigungsfall. Heranziehung von Frauen u.U. möglich
4	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 19. September 2000	BGBI. I S. 1755	Art. 12a Dienst von Frauen mit der Waffe wird möglich

c) Weitere Gesetze und Verordnungen

Nr.	Titel/Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte/eingefügte Vorschriften/ Inhalte der Änderungen
1	Gesetz über den Aufbau der Deutschen Wehrmacht vom 16. März 1935		
2	Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau vom 31. März 1953	BGBI. II S. 1929 f.	
3	Verordnung über die Laufbahnen der Soldaten (Soldatenlaufbahnverordnung) vom 21. März 1958	BGBI. I S. 148	
4	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres vom 19. Juli 1968	BGBI. I S. 805	Erstfassung

5	10. Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung vom 01. Oktober 1975	BGBI. I S. 2478	
6	Verordnung über den Mutterschutz für Frauen in der Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes vom 22. Januar 1976	BGBI. I S. 176	
7	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 25. April 1985	BGBI. II S. 647	
8	Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes vom 06. Januar 1988		
9	Soldatinnen- und Soldatenteilzeitbeschäftigungsverordnung vom 19. November 2005	BGBI. I S. 3157	